

Dieses Buch dokumentiert die zweitägige Tagung, die die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. in Kooperation mit der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur anlässlich des 70. Jahrestages der Zwangsaussiedlungen aus der Sperrzone an der innerdeutschen Grenze im Jahr 1952 am 29. und 30. April im Roncalli-Haus in Magdeburg durchgeführt hat.

Diese Dokumentation richtet sich an Betroffene, Interessierte, Multiplikatoren und Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft. Das Buch gibt einen guten Einblick in die Thematik anhand persönlicher Zeitzeugenberichte, Fragen zur Rehabilitation und Traumabewältigung von Zwangsausgesiedelten. Weiterführend wird die Aktion „Ungeziefer“ in ihren historischen Kontext eingebettet und die heutige Darstellung in der Gedenk- und Erinnerungskultur dargestellt.

In Kooperation mit

Gefördert durch

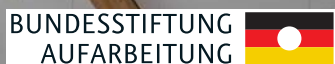


Foto: ©UOKG



demokratieverlag

ISBN 978-3-910685-00-0



„Geraubte Heimat!“ Aktion „Ungeziefer“ – 70 Jahre Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze

UOKG 

UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

„Geraubte Heimat!“



Aktion „Ungeziefer“ –
70 Jahre Zwangsaussiedlungen
an der innerdeutschen Grenze

Tagung 29./30. April 2022 – Roncalli-Haus Magdeburg

demokratieverlag

„Geraubte Heimat!“

Aktion „Ungeziefer“ – 70 Jahre Zwangsaussiedlungen
an der innerdeutschen Grenze

„Geraubte Heimat!“

Aktion „Ungeziefer“ –
70 Jahre Zwangsaussiedlungen
an der innerdeutschen Grenze

Tagung am 29. und 30. April 2022
im Roncalli-Haus in Magdeburg



Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft
in Deutschland e.V. [Hrsg.]

Herausgegeben durch die Union der Opferverbände
Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.

Redaktion

Inge Bennewitz, Sandra Czech

Herstellung

Satzherstellung Neymanns

www.satzherstellung.com

E-Mail: neymanns@satzherstellung.com

BUNDESSTIFTUNG 
AUFARBEITUNG

Das gesamte Projekt, einschließlich Druck, wurde gefördert durch die
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgeset-
zes ist ohne Zustimmung der UOKG unzulässig und strafbar. Das gilt insbe-
sondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und
die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Cover Fotos

Vorderseite: Der Heimat nah und doch so fern. Jenseits des Grenzzaunes
verfällt das Haus, dass die Frau mit ihrer Familie 1952 verlassen musste.

Foto aus: Mitten in Deutschland –

mitten im 20. Jahrhundert. Die Zonengrenze.

Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 1960.

Rückseite: Blick in den Veranstaltungsraum des Roncalli-Hauses

Verlag

Demokratieverlag UG i.G.

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

ISBN 978-3-910685-00-0

Bezug über

Geschäftsstelle der UOKG

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel.: +49 30 55 77 93 51

E-Mail: info@uokg.de

Info: www.uokg.de – www.facebook.com/UOKGeV/

YouTube: UOKGNews

Vorwort

Dieter Dombrowski

Bundesvorsitzender der UOKG e.V.

Aus Anlass des 70. Jahrestages der ersten Zwangsaussiedlungsaktion
von 1952, die in Thüringen unter dem Namen „Ungeziefer“ vorbe-
reitet wurde, führte die UOKG am 29. und 30. April 2022 in Magde-
burg in Kooperation mit der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Tagung durch: **„Geraubte
Heimat!“ Aktion „Ungeziefer“ – 70 Jahre Zwangsaussiedlungen an
der innerdeutschen Grenze.** Finanziell gefördert wurde sie von der
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Als Reaktion auf die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages am
26. Mai 1952 in Bonn erließ der DDR-Ministerrat am selben Tag eine
Verordnung, die von der SED als Grundlage zur Errichtung eines 5 km
Sperrgebiets entlang der innerdeutschen Grenze benutzt wurde. Da-
mit begann die eigentliche Teilung Deutschlands. Noch am 26. Mai
begannen ohne Vorankündigung die ersten Zwangsaussiedlungen
ganzer Familien (8.300 Personen) aus diesem Gebiet.

Elisabeth Freyer, am 3. Oktober 1961 aus Sonneberg ausgewiesen,
hielt eine berührende Gedenkrede. Es kamen Historiker zu Wort, die
den historischen Hintergrund (Stalin-Noten) beleuchteten und die
Vorgänge in den Grenzorten beschrieben. Betroffene schilderten ein-
drucksvoll ihr unfassbares Schicksal, das von Willkür, Verleumdungen
und Restriktionen geprägt war. Ein Psychiater beschrieb die Bedeu-
tung einer angemessenen Entschädigung für die Traumabewältigung
durch die grausame Vertreibung und die anschließende Zwangs-
siedlung in zumeist unzumutbaren Quartieren in Hinterlandkreisen.

Drei Interessenvertreterinnen berichteten von den seit 1990 ent-
täuschten Erwartungen an den Rechtsstaat. Mitglieder des Deut-
schen Bundestages diskutierten mit ihnen über Formen für eine

angemessene Entschädigung. Statt einer Opferpension wurde aus Altersgründen eine angemessene Einmalzahlung favorisiert.

Schließlich berichteten Historiker aus Sachsen-Anhalt über Gedenkorte entlang der einstigen innerdeutschen Grenze und das Nationale Naturmonument Grünes Band.

Der Bruder unseres 89jährigen Zeitzeugen Prof. Adolf Ebel, der Politologe Dr. Karl-Heinrich Ebel, war kurz zuvor 90 Jahre alt geworden. Er hat sich lebhaft an der Diskussion um die historischen Hintergründe und eine geeignete Form der Entschädigung beteiligt. Mit großer Betroffenheit mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass er nur vier Monate später plötzlich verstorben ist.

Es muss rasch eine Entschädigungslösung gefunden werden.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat die Herausgabe dieses Bandes ermöglicht. Dafür sind alle Beteiligten sehr dankbar.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Vorwort | 5 |
| Gedenkrede: „Zwangsaussiedlungen im SED-Staat – staatlich sanktionierter Heimatverlust“ | |
| Elisabeth Freyer | 10 |
| Begrüßung | |
| Birgit Neumann-Becker | 16 |
| Dieter Dombrowski | 20 |
| Martin-Michael Passauer | 24 |
| Grußwort | |
| Dr. Sebastian Putz | 27 |
| Evelyn Zupke | 33 |
| Schriftliches Grußwort | |
| Carsten Schneider | 37 |
| Podiumsgespräch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen | |
| „Zwangsaussiedlung und die Angst davor bis zum 9. November 1989“ | 39 |
| Panel Rehabilitierung | |
| Vortrag: „Der schwierige Weg der Wiedergutmachung“ Inge Bennewitz | 73 |
| Vortrag: „Nach 32 Jahren immer noch Opfer von nachwendebedingtem Folgeunrecht?“ Marie-Luise Tröbs | 90 |

| | |
|---|-----|
| Vortrag: „Dringende Handlungsbedarfe für die Opfer der SED-Diktatur in Politik und Gesellschaft“ Evelyn Zupke | 98 |
| Podiumsdiskussion..... | 104 |
| Panel Historische Einordnung & Wahrnehmung von Zwangsaussiedlungen in der DDR | |
| Podiumsgespräch: „Stalin und die sowjetische Deutschlandpolitik in den Jahren 1945 bis 1952“ | 114 |
| Vortrag: „Der 26. Mai 1952: Die Reaktion auf Deutschland- und EVG-Vertrag“ Rainer Potratz | 141 |
| Vortrag: „Die Zwangsaussiedlungen in der DDR vom Mai/Juni 1952“ Dr. Anke Geier | 156 |
| Journalistische Perspektive – Dokumentation „Aktion Ungeziefer, vertrieben in der DDR“ Sven Stephan | 170 |
| Podiumsdiskussion unter Beteiligung des Publikums | 181 |
| Panel Traumabewältigung | |
| Vortrag: „Die Bedeutung einer angemessenen Entschädigung für die Traumabewältigung von Opfern politischer Gewalt“ Dr. Karl-Heinz Bomberg..... | 193 |
| Panel Gedenk- und Erinnerungskultur | |
| Vortrag: „Erinnerungskultur am Nationalen Naturmonument Grünes Band in Sachsen-Anhalt mit seinen europäischen Verbindungen“ Birgit Neumann-Becker..... | 203 |

| | |
|---|-----|
| Vortrag: Multimediaportal zum Projekt „Erinnerungskultur und Engagement am Grünen Band“ Dr. Hauke Heidenreich | 215 |
| Vortrag: Vorstellung der Karte „Orte der Repression in Sachsen-Anhalt 1945–1989“ Christopher Raak | 222 |
| Andacht in der Kathedrale St. Sebastian | |
| Pfarrerin Birgit Neumann-Becker..... | 227 |
| Schlusswort | |
| Dieter Dombrowski | 232 |
| Danksagung | 234 |

Gedenkrede: „Zwangsaussiedlungen im SED-Staat – staatlich sanktionierter Heimatverlust“



Elisabeth Freyer

Vorsitzende des Vereins Opfer des Stalinismus in Thüringen (Ods)

Herzlich willkommen zur zweitägigen Tagung, die sich anlässlich des 70. Jahrestages der Aktion „Ungeziefer“ im Jahre 1952 den Zwangsaussiedlungen in der DDR widmet.

Liebe Betroffene,

sehr geehrte Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag, Frau Evelyn Zupke,

sehr geehrte Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien und Mitglied des Bundestages, Frau Katrin Budde,

sehr geehrter Staatssekretär für Kultur in der Staatskanzlei und im Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Sebastian Putz,

sehr geehrter Vorsitzender des Fachbeirates Gesellschaftliche Aufarbeitung, Opfer und Gedenken bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Herr Martin-Michael Passauer,

sehr geehrte Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Frau Birgit Neumann-Becker,

sehr geehrter Bundesvorsitzender der UOKG e.V., Herr Dieter Dombrowski,

ich möchte als direkt Betroffene besonders Frau Anneliese Fleischer, ebenso Frau Marie-Luise Busse, Herrn Professor Adolf Ebel und Herrn Gerd Schrimpf und die anderen anwesenden Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die am Zeitzeugenpodium teilnehmen werden, begrüßen.

Meiner Gedenkrede möchte ich ein Zitat von Albert Einstein – welches ich sehr treffend finde – voranstellen:

„Die Welt ist viel zu gefährlich, um darin zu leben – nicht wegen der Menschen, die Böses tun, sondern wegen der Menschen, die danebenstehen und sie gewähren lassen.“

Jeder, der nicht ins Weltbild der neuen Machthaber der SED-Diktatur passte, wurde verfolgt. Wir, die nahe der Demarkationslinie, der späteren innerdeutschen Grenze lebten, wurden der Heimat beraubt. Dies geschah plötzlich, sozusagen über Nacht und mit Gewalt. Mit zwei großen Zwangsaussiedlungsaktionen ins Landesinnere wurden Exempel statuiert. Ein Konstrukt aus Verleumdungen eilte uns voraus an die Orte, die wir zukünftig zu bewohnen hatten.

Bei einer unserer Gedenkveranstaltungen in Sonneberg in Thüringen hatten wir die Landtagsvizepräsidentin des Thüringischen Landtags, Irene Ellenberger, zu Gast. Sie sagte sinngemäß, die Sprache der Täter erinnere sie an die Sprache des Dritten Reichs, wie es damals schon Victor Klemperer wahrgenommen habe. Zu „Ungeziefer“ und „Schädling“ gehöre sprachlich die Vernichtung; dem Opfer werde schon begrifflich die Menschenwürde genommen.

Heute wollen wir den Betroffenen ein „Gesicht“ geben und mit dem Märchen aufräumen, es hätte sich bei diesem Menschenrechtsver-

brechen um normale Umzüge gehandelt. Hier einige wenige eindrückliche Schicksale:

Familie Hildegard und Werner Rüger (Pension Rüger) mit ihrem 12-jährigen Sohn Manfred nahmen sich am 6. Juni 1952 aus Angst vor einer ungewissen Zukunft das Leben. Verantwortung wollten die Kommunisten dafür nicht übernehmen. Am 9. Juni 1952 logen sie frech in der Tageszeitung „Das Volk“: „Lügenparolen der angloamerikanischen Kriegstreiber“ hätten dazu beigetragen, „dass in Sonneberg eine geachtete Familie diesem Mordanschlag zum Opfer gefallen ist.“

Geachtet? Warum sollte sie dann gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben werden?

Ich erinnere an Liddy Unglaub, Mutter von vier Kindern, die laut Deportationsprotokoll „schwer herzkrank“ war. Sie stürzte sich nach der Vertreibung vom Dach des zugewiesenen Hauses.

Wir gedenken heute der mutigen Männer aus Streufdorf, Landkreis Hildburghausen, die 1952 als „Rädelsführer“ des Widerstandes gegen die Zwangsaussiedlungen verurteilt wurden.

Wir gedenken Fritz Bauers. Er wurde mit Frau und zwei Söhnen am 3. Oktober 1961 von Woosmer, Kreis Ludwigslust, in die Gegend von Güstrow verschleppt. Sein ältester Sohn erhängte sich bei seinem dritten „illegalen“ Aufenthalt im Sperrgebiet im Alter von 15 Jahren im Haus seiner Großeltern. Im Abschiedsbrief steht, er werde mit allem nicht mehr fertig, und: „Gebt mein Ersparnes an ‚Brot für die Welt‘.“ Er durfte nicht einmal in seiner Heimerde zur letzten Ruhe gebettet werden!

Ich gedenke auch meines Vaters, meiner Mutter und meines Bruders. Vater kritisierte die Maßnahmen des 13. August 1961, verurteilte die einseitig von russischer Seite wieder aufgenommenen Atombombenversuche, sagte, dass – im Gegensatz zu Ulbricht – Konrad Adenauer ein anständiger Deutscher sei. Er wurde vor dem Bezirksgericht Mei-

ningen zu einer Gefängnisstrafe mit Aufenthaltsbeschränkung nach § 19 Strafrechtsergänzungsgesetzes verurteilt. Infolge der Sippenhaft wurde der Rest der Familie am 3. Oktober 1961 zwangsausgesiedelt. Mein Bruder wollte sich die Pulsadern aufschneiden, wurde gepackt und mit Knebelketten abgeführt. Zum Abtransport war er wieder da. Ich wollte die Tür hinter mir zuziehen und aus dem Fenster springen. Meine Mutter protestierte laut und sagte: „Das, was ihr mit uns macht, hat Hitler mit den Juden gemacht, das ist Sippenhaft wie im Dritten Reich!“

Vater kam ins Arbeitslager Bitterfeld und musste für einen Sklavenlohn schuften. Ab 1962 stellten wir immer am 3. Oktober Ausreisearträge. Stets kam eine Ablehnung. Am Weihnachtshelgabend 1974 – 13 Jahre später – erhielten wir die Nachricht, dass unserem Anliegen Rechnung getragen werde. Wir ließen uns in unmittelbarer Nähe der Zonengrenze gegenüber von Sonneberg, unserer beraubten Heimat nieder. Vater ging auf unseren Hausberg und schaute hinüber. Es war so nah und doch so fern. Das Schlimmste war für ihn, die Heimat sehen zu können. Der Schmerz nahm ihm Kraft und Hoffnung. Sein Wunsch, in Freiheit zu sterben, erfüllte sich nach nur drei Monaten.

Im vereinten Deutschland ruhten unsere Hoffnungen auf dem Rechtsstaat. Statt Recht erfuhren wir kollektives Totschweigen und Verdrängen. Die Täter forderten und jammerten von Rentenstrafrecht und Siegerjustiz. Sie bekamen Recht mit ihren Renten. Ungestraft sagen Täter noch heute, es hätte die Richtigen getroffen, wie ein Vopo [Volkspolizist] in der MDR-Dokumentation „Aktion ‚Ungeziefer‘ – vertrieben in der DDR“, die uns morgen vorgestellt werden wird. Er hatte beide Aktionen, 1952 und 1961, mit durchgeführt!

Die Zwangsausgesiedelten treten lautlos, mehr als bescheiden in möglichst noch gebückter Haltung auf. Bitten um eine mickrige Entschädigung und werden seit 30 Jahren genervt abgetan. Wir wollen kein Mitleid, aber auch keine Brosamen vom Fußboden auflesen. Dazu sind wir zu alt.

1990 stellte unser Rechtsstaat fest, die SED-Maßnahmen an der innerdeutschen Grenze und damit verbundene Enteignungen wären rechtmäßig gewesen. Dadurch wurde zur Freude der SED-Führungselite ein Zerrbild über die Zwangsausgesiedelten konstruiert. Bundesjustizminister Klaus Kinkel revidierte am 10. März 1992 diese Haltung und erklärte, es habe sich um eine „exzeptionelle, individuelle politische Verfolgung“ gehandelt.

Kein für die Zwangsaussiedlungen Verantwortlicher wurde im vereinten Deutschland zur Verantwortung gezogen. Sie hätten „an die Rechtmäßigkeit des Aussiedlungsbefehls glauben dürfen“¹, urteilten gesamtdeutsche Richter 1998.

Damit hat der Rechtsstaat jedem einzelnen Zwangsausgesiedelten einen deftigen Schlag ins Gesicht versetzt! Wir wurden Jahrzehnte später erneut diffamiert, diskriminiert, verleumdet. Ausdrücklich ist zu erwähnen, dass die Zwangsaussiedlungen 1952, 1961 und folgende keine Enteignungsaktionen waren. Das wird oft mit der nach nur vierjähriger Existenz des SED-Staates verbundenen Enteignungsaktion „Rose“ verwechselt. Betroffen waren damals Hotelbesitzer an der Ostsee.

Der Landesbischof Moritz Mitzenheim von Thüringen hat nach der Zwangsaussiedlung 1952 den damaligen amtierenden Innenminister Thüringens, Gebhardt, in einem herzerreißenden Brief vom 10. Juni gebeten, doch alles noch einmal „zu überdenken und Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.“ Er wies ebenso darauf hin, dass es für die Maßnahme „keine gesetzliche Grundlage“ gibt.²

Ich appelliere – hier und heute – an die politischen Verantwortlichen, sich nach über 30 Jahren Wiedervereinigung endlich diesem Thema ernsthaft zu widmen. Warten Sie nicht auf die biologische Lösung! Wir wurden rehabilitiert, zählen zu den politischen Verfolgten und

¹ Roman Grafe: Die Grenze durch Deutschland. Eine Chronik von 1945 bis 1990, S. 503f.

² Brief des Landesbischofs Moritz Mitzenheim an den Thüringischen Innenminister Willy Gebhardt vom 10.06.1952. Das Dokument liegt E. Freyer vor.

sind demnach nach Artikel 17 des Einigungsvertrages anspruchsberechtigt!

Wie soll die gesamtdeutsche Gesellschaft erfahren, welche Verbrechen uns und unseren Familien an dieser unmenschlichen Grenze widerfahren sind und auf das Konto der SED gehen? Unser Rechtsstaat, die Bundesrepublik Deutschland, hat sich hinsichtlich unserer Belange leider zum Steigbügelhalter der ewig Gestrigen gemacht, die erneut den Himmel auf Erden versprechen!

Mein persönliches Schlusswort widme ich, wie ich es versprach, meinen verstorbenen Angehörigen:

Wir werden niemals vergeben und niemals vergessen,
denn sie wussten genau, was sie tun!

Ich bitte Sie, sich zu einer Gedenkminute von Ihren Plätzen zu erheben – sofern es Ihnen möglich ist – und derer zu gedenken, die uns längst verlassen haben. Im Anschluss werden ein Schüler und ein Dozent des Georg Philipp Telemann Konservatoriums ein Stück von Johann Sebastian Bach in Gedenken an die bereits verstorbenen Betroffenen vortragen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!



Musiker des Georg Philipp Telemann Konservatoriums

Begrüßung

Birgit Neumann-Becker
Beauftragte des Landes Sachsen-
Anhalt zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur



Ganz herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung und herzlichen Dank noch einmal für die wunderbare Musik, die das Schwere, über das Frau Freyer gesprochen hat, noch einmal nacherlebbar macht. Und ich möchte mich bei Ihnen sehr herzlich bedanken für Ihre Rede, für Ihre Gedenkrede und Ihre bewegenden Worte. Sie haben fast alle begrüßt. Ich will nur noch die ergänzen, die Sie jetzt nicht im Blick hatten. Ich möchte gerne noch Frau Bennowitz, Frau Tröbs als Präsidentin des Bundes der in der DDR Zwangsausgesiedelten, Herrn Schönemann, mit dem wir auch viel zusammenarbeiten, und alle Betroffenen und Angehörigen von Betroffenen, die hier im Raum sind, begrüßen. Ich möchte auch Frau Titze begrüßen, seit Juni 2021, also seit bald einem Jahr Vizepräsidentin des Bundesarchivs und zuständig für die Stasi-Unterlagen. Und ich möchte auch sehr herzlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den anderen Landesbeauftragten und bei der UOKG begrüßen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Interessierte, Betroffene, Vertreterinnen und Vertreter der Verbände, aus der Politik, aus den Medien, Herr Dr. Winter, nicht zu vergessen, Vorsitzender der VOS (Vereinigung der Opfer des Stalinismus) in Sachsen-Anhalt, auch Sie haben

dieses Thema der Zwangsaussiedlungen in Ihrer Arbeit. Ich bin sehr froh, dass wir uns heute hier zu unserer Veranstaltung treffen, dass es gelungen ist, auf Anregung von Ihnen, Herr Dombrowski, diese Tagung vorzubereiten und jetzt auch hier durchzuführen. Und lieber Michael Passauer, sehr herzlichen Dank für die Förderung der Bundesstiftung, die freundlich und großzügig ist, so dass wir uns hier in Magdeburg im Roncalli-Haus zusammenfinden können.

Ein schwieriges Thema, die Problematik der Zwangsaussiedlungen und ihrer Folgewirkungen, darüber wollen wir sprechen. Ein Thema, das sonst immer so mit besprochen wird, aber selten so im Fokus steht. Solange es die DDR gab, wurde darüber nicht geredet, durfte nicht geredet werden. Das gehört dazu: das lange Schweigen. Sie haben es gesagt, Frau Freyer. Nach der Wiedervereinigung wurde das Thema Zwangsaussiedlungen zu einem eher schwierigen Thema im Bereich der Entschädigung, Wiedergutmachung und Anerkennung. Zwangsaussiedlung bedeutete über den Verlust von Hab und Gut hinaus den Verlust der wirtschaftlichen Existenz, der Heimat, der Familienangehörigen, die dablieben, der Freunde und über diese aktuellen Verluste hinaus, der über Generationen gewachsenen Strukturen und nicht zuletzt der Zugehörigkeit zur Kirchengemeinde, in die die Betroffenen hinein getauft worden sind und auch des Zugangs zu den Gräbern der Vorfahren auf ihren Friedhöfen.

Wir sprechen hier über die Folgen der Deutschen Teilung in Folge des Zweiten Weltkrieges, die mit den Maßnahmen vom 26. Mai 1952 beginnend, vor 70 Jahren in der DDR zu einem menschenrechtsverletzenden Terrorsystem wurde. Bis heute werden diese Erlebnisse geschildert, und wir haben gerade auch in den letzten Jahren wieder vermehrt Anfragen in unserer Beratungsarbeit, die wir in Sachsen-Anhalt durchführen, wo die Kinder, die dies miterlebt haben, also Ihre Generation, die heute hier als Betroffene und Angehörige versammelt ist, über diese schweren Erlebnisse sprechen möchten und auch sprechen müssen. Unter dem Titel „Geraubte Heimat“ wollen wir in dieser Tagung diese Zwangsaussiedlungen in die Zeitgeschich-

te einordnen, wir wollen über die Folgen der Zwangsaussiedlungen für Sie als Betroffene selbst sprechen. Welche gesundheitlichen, welche psychischen und sozialen Folgen waren zu tragen und was kann heute zur besseren Verarbeitung, zur Einordnung, zur Bewältigung oder sogar zur Heilung helfen? Die Frage danach, wie Betroffenen heute konkret Anerkennung und Wertschätzung ausgedrückt werden kann, das wird ein zentrales Thema unserer Tagung sein. Denn der Schaden, der angerichtete Schaden, kann nicht rückgängig gemacht werden. Es gibt keinen Ersatz für Heimat. Und deshalb geht es um Linderung und Minderung der Schäden und um Anerkennung. Darüber wird zu reden sein, und dafür haben wir mit Katrin Budde und Evelyn Zupke kompetente Gesprächspartnerinnen.

Ich bedanke mich sehr herzlich für alle Vorbereitungen und für die Zusammenarbeit mit der UOKG e.V. und die Aufmerksamkeit der Landespolitik. Herr Dr. Putz, durch Sie wird heute diese Aufmerksamkeit der Landespolitik vertreten. Sie werden das gleich ausführen, ein wichtiges Thema auch bei uns im Zusammenhang mit der Gestaltung des Nationalen Naturmonuments Grünes Band. Der Ministerpräsident konnte seine Teilnahme leider nicht persönlich zusagen, weil zeitgleich in Magdeburg der Landtag zusammengetreten ist und er dort anwesend sein muss.

Uns war in der Vorbereitung dieser Tagung wichtig, dass sie mehr ist, viel mehr ist, als Referate und Diskussionen über die historische Einordnung. Uns war wichtig, und das war auch eine gute Erfahrung in der Vorbereitung mit Ihnen gemeinsam als Betroffene, dass wir neben dem Gespräch und dem Austausch miteinander auch die nächste Generation hineinnehmen und darüber sprechen, wie an die Zwangsaussiedlungen zukünftig erinnert werden kann und dass Raum ist für das Nachdenken, auch für die Trauer, für Erinnerungen und die notwendige Neuorientierung nach dem schweren Verlust der Heimat. Denn letztlich ist das schwere Unrecht, das den Zwangsausgesiedelten und ihren Familien zugefügt worden ist, nicht rückgängig zu machen, sondern es geht darum, die Folgen zu mildern,

die Wunden zu heilen und das Unrecht öffentlich anzuerkennen und es auch besser öffentlich anzuerkennen. Und deshalb soll diese Tagung auch dem Verarbeiten dienen, der Würdigung der schweren Schicksale der Zwangsausgesiedelten und ihrer Familien, soweit dies im Rahmen einer solchen Veranstaltung möglich ist. Ich bin gespannt darauf, welche Impulse von dieser Tagung ausgehen werden, die uns für die weitere Ausgestaltung der Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt Anstöße geben können. Und weil dadurch der Horizont etwas weiter ist als bei einer normalen akademischen Tagung, und wir hier die Gastfreundschaft eines Katholischen Tagungshauses genießen, werden wir morgen die Tagung mit einer Andacht und dem Segen in der St.-Sebastian-Kirche beenden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche uns allen eine gute Tagung. Ich grüße auch noch einmal die, die uns an den Endgeräten zugeschaltet sind. Die Corona-Pandemie hat uns viel Beschwerliches gebracht, aber sie hat uns auch in diesem Sinne bereichert, dass wir Tagungen mit denen durchführen, die im Raum sind, aber auch mit denen, die im Moment online zugeschaltet sind. Also auch Ihnen sei ein herzlicher Gruß gesagt. Und ich wünsche uns allen eine gute Tagung.

Herzlichen Dank!

Begrüßung



Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender der
UOKG e. V.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, begrüßt worden sind schon alle, die protokollarisch zu begrüßen waren. Ich möchte aber insbesondere Sie, die unmittelbar Betroffenen, noch einmal insgesamt begrüßen, nämlich die, die dabei waren, die Opfer waren, die Mitleidende waren, als die Zwangsvertreibungen stattgefunden haben.

Wir als Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft haben knapp vierzig Mitglieder – Initiativen, kleine, große Vereine, vor allem die Vertriebenenverbände sind die größten bei uns. Und alle diese Interessengruppen haben unter der kommunistischen Diktatur gelitten. Aber sie haben alle unterschiedliche Lebensverläufe und unterschiedliche Erfahrungen, auch wenn die Ursachen, nämlich die SED und die Kommunisten, immer dieselben waren.

Wir versuchen, so gut es geht, als Dachverband im positiven Sinne Lobbyarbeit zu leisten, auch mit einer solchen Veranstaltung. „Lobbyarbeit“ hört sich immer furchtbar an, aber sie ist einfach notwendig. Denn das, was Sie alle als Betroffene wissen, ist lange nicht allen bekannt und schon gar nicht denen, die darüber zu entscheiden haben, ob versucht wird, Ihnen oder Ihren Angehörigen – Frau Freyer

hatte darauf hingewiesen –, auch wenn sie nicht mehr leben, ein Stück Würde wiederzugeben und Ihnen Respekt zu erweisen.

Diejenigen, die in der DDR zur Schule gegangen sind, werden sich erinnern. Wir mussten, glaube ich, alle das Lied lernen: „Unsere Heimat, das sind nicht nur die Berge und Täler, die Fische im Wasser, die Vögel in der Luft.“ Es ist auch nichts dagegen zu sagen, wenn jemand seine Heimat liebt und besingt. Ich bewundere auch das Brauchtum in Bayern, wo jedes Jahr zu allen Tagen, die dazu geeignet sind, die Heimat gefeiert wird. Aber wir sprechen auf dieser Veranstaltung von „geraubter“ Heimat. Die Heimat verlieren, das konnte man in der DDR in verschiedener Weise: Die einen sind geflüchtet, weil sie es nicht mehr ausgehalten haben, die anderen wurden zwangsausgesiedelt.

Bei dem einen oder anderen kam beides zusammen, wie ich vorhin in der Lobby von einer Dame gehört habe. Sie erzählte, wie ihre Familie noch wenige Stunden, wenige Minuten vorher durch Zufall Warnungen bekommen hatte, sodass sie dann noch schnell über die Grenze fliehen konnte. Es bleibt aber, dass ihnen allen die angestammte Heimat, die sie eigentlich lieben, achten und ehren, genommen wurde. Dem einen oder anderen fällt es auch schwer zurückzugehen, mir zum Beispiel in die ehemalige Hauptstadt Ost-Berlin, wo ich aufgewachsen bin. An jeder Ecke – sofern dort nicht neu gebaut wurde – erinnern mich Dinge daran, wie mein Leben und das Leben vieler anderer eingegrenzt, eingeschränkt und fremdbestimmt war. Nun ist das nicht zu vergleichen mit anderen Schicksalen, aber es ist ein un gutes Gefühl. Und die Kommunisten haben es in verschiedener Weise verstanden, uns die Liebe und auch unsere Heimat zu nehmen. Sie meinten, sie müssten uns eine neue Heimat verordnen, die wir auch zu besingen hätten.

Dies alles Menschen zu vermitteln, bspw. Politikern oder Bundestagsabgeordneten, die sich jeden Tag mit tausend anderen Sachen beschäftigen müssen, das ist schwierig. Es geht nicht einfach nur darum, zu sagen: jeder bekommt das oder das, irgendeine Summe. Sondern Sie als Betroffene erwarten – zu Recht wie ich finde – eine gewisse Empathie. Sie erwarten, dass diejenigen, die es sich anhören

und handeln könnten, hoffentlich auch handeln werden und zwar aus voller Überzeugung.

Ich leide immer mit denen, die über ihre Eltern oder über ihre Großeltern sprechen. Denn die, die jetzt als Betroffene hier versammelt sind, waren zur Zeit der Vertreibung 1952 sehr jung. Und wie ist das? Die meisten von uns sind Eltern. Und Kinder sind wir alle gewesen. Und für Kinder ist das immer so: die Eltern wissen immer Rat, die Eltern halten von ihnen auch unangenehme Dinge fern. Das ist ein natürlicher Instinkt. In den meisten Fällen ist es dann doch so gewesen, dass die Kinder ihre Eltern erstmals rat- und hilflos sehen mussten. Und das ist nicht einfach weg, weil man jetzt fünfzig oder siebzig Jahre älter ist. Dieses Gefühl bleibt natürlich, weil wir unsere Eltern achten und ehren. Und von daher ist es, neben den materiellen Dingen, die zu regeln sind, auch wichtig, diesen Respekt einzufordern.

Frau Freyer hat es gesagt: Sie und auch die anderen Opfergruppen der Kommunisten, das sind ruhige Staatsbürger, die nicht mit irgendwelchen Dingen auf die Straße gehen. Die Aufmerksamkeit hat in unserer Gesellschaft jedoch überwiegend, wer zum Beispiel an der Siegestsäule in Berlin eine Tonne gelbe Farbe auf die Fahrbahn schüttet oder sich auf die Fahrbahn klebt. Das machen wir alle nicht. Aber dennoch haben wir einen Anspruch darauf, dass unseren Anliegen, dass unserem Leid, das insbesondere den Eltern geschehen ist, Rechnung getragen wird. So viel Herz muss man aufbringen.

Ich würde auch gerne meine Heimat lieben, aber es fällt mir schwer. Eigentlich kann ich es nicht. Ich erinnere mich, als ich als Jugendlicher an der Magdalenenstraße, der Ruschestraße oder der Stasizentrale vorbeigelaufen bin, hatte ich das Gefühl, als gäbe es eine böse Strahlung. Ich wusste nicht genau, was das ist, ich habe die Straßenseite gewechselt. Ich werde das Gefühl nicht vergessen, weil es aus meiner Sicht etwas Böses war. Und heute? Die UOKG sitzt in diesem Gebäude, drei Etagen über Erich Mielkes Büro. Und es ist nicht einmal eine Genugtuung. Es wäre schön, wenn ich mich darüber freuen könnte. Aber es ist bei mir immer noch so: Ich bin jedes Mal, wenn ich dort hingehe, gerührt, weil ich es gar nicht glauben kann. Es ist

immer noch unwirklich, auch wenn es mittlerweile so lange her ist, dass nicht Erich Mielke, sondern wir dort sitzen. Und trotzdem stellt sich kein Triumph ein, weil ich im Grunde genommen im Nachhinein gar nicht verstehen kann, warum Menschen so etwas verantworten und so etwas tun.

Dass die Gerichtsbarkeit es so nicht nachvollziehen kann – das ist eine schwierige Aufgabe für unsere Gerichte, das ist mir klar. Ich kann mich nicht daran gewöhnen, das, was in der DDR an Gesetzen und Verordnungen erlassen wurde, so hinzunehmen, als wäre es eine Art Rechtsstaatlichkeit. Nur weil die Volkskammer, die nie frei gewählt wurde – außer einmal, das letzte Mal – Gesetze erließ, die keine demokratische Rechtfertigung hatten, zu sagen: „Das war dann eben so, und da kann man die Leute auch nicht belangen. Die waren im guten Glauben“, das ist so in unserem Rechtsstaat, aber es ist schwer zu akzeptieren.

Meine Damen und Herren, wenn wir diese Veranstaltung hier gemeinsam durchführen und Sie, die Betroffenen, uns anschließend an Ihrem Schicksal teilhaben lassen, dann tun wir das nicht, um mit Spannung irgendetwas zu erleben. Wir wollen damit wieder daran erinnern, dass etwas passieren muss, dass Ihnen Recht zuteil wird, und dazu brauchen wir auch Anlässe. Gut, dass wir die Opferbeauftragte – sozusagen als Übersetzerin unserer Anliegen an die Politik – haben. Wenn wir den Abgeordneten unsere Geschichten erzählen, müssen sie uns ja nicht alles glauben, und den Abgeordneten, der sich Ihre Geschichten so lange anhört, den suchen Sie mal. Das zu filtern und dann sozusagen als unsere Rechtsvertreterin und Meinungsbildnerin im Deutschen Bundestag zu wirken, das ist Ihre Aufgabe, liebe Frau Zupke, und Sie machen das sehr gut. Von daher haben Sie, haben wir allen Grund, optimistischer zu sein als in der Vergangenheit. Es sollten nicht noch einmal 30 Jahre vergehen, ohne dass etwas passiert. Diese Tagung und das, was dann folgt, sollte die Politik zum Handeln bringen. Das wünsche ich uns allen und danke Ihnen dafür, dass sie daran teilnehmen und mitwirken.

Dankeschön!

Begrüßung

Martin-Michael Passauer
Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur



Auf meiner Liste stehen jetzt auch Namen, die ich alle nennen wollte. Da sie aber alle schon genannt worden sind, will ich eine kleine Auslese treffen: Frau Freyer, Sie will ich besonders nennen, weil Sie mich mit dem, was sie gesagt haben, bewegt haben. Birgit Neumann-Becker, wir kennen uns beide schon eine ganze Weile, und ich bedanke mich herzlich, dass du uns als Bundesstiftung eingeladen hast. Und Dieter Dombrowski, wir kennen uns auch schon. Sie begrüße ich auch sehr herzlich und bedanke mich für die freundlichen Worte. Ich grüße Sie alle sehr herzlich im Namen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, namentlich ihrer Direktorin Dr. Anna Kaminsky. Sie ist deshalb nicht hier, weil zur gleichen Zeit in Suhl die Geschichtsmesse stattfindet. Und deshalb hat sie mich gebeten, Ihnen allen ihre Grüße zu überbringen.

Wenn man das Thema Ihrer Tagung „Geraubte Heimat! – Aktion ‚Ungeziefer‘, 70 Jahre Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze“ in Beziehung setzt zu dem Thema der gerade stattfindenden Geschichtsmesse „Demokratie unter Druck“ und zu der Diskussion, die wir gerade im Fachbeirat in Anwesenheit von Frau Zupke geführt haben zum Thema Demokratie Fördergesetz und der Frage, wer eigentlich die wirklichen Opfer in unserer Gesellschaft – auch heute

noch – sind, dann entdeckt man sehr schnell ein gemeinsames, inhaltliches Interesse. Alles, was uns gemeinsam verbindet ist eine große Solidarität, für die ich dankbar bin. Eine Solidarität im Hinblick auf die Aufarbeitung der Vergangenheit eines Landes, das sich demokratisch nannte und in der Realität eine Diktatur war. Und dies alles ins Verhältnis gesetzt zu unserer aktuellen Diskussion, zu unserem aktuellen Spannungsfeld zwischen Freiheit, Protest, Extremismus und nun noch zum Krieg – das ist eine unglaubliche Herausforderung.

Wer z. B. bisher mit dem Stichwort „geraubte Heimat“ und „Zwangsaussiedlung“ nicht viel anzufangen wusste, wird durch die aktuelle Kriegssituationen vor unseren Türen in das dadurch verursachte Leid unmittelbar mit hineingenommen. Menschen werden gegen ihren Willen, unter Anwendung von Gewalt ihrer Heimat beraubt, aus ihr vertrieben und willkürlich umgesiedelt. Fast wie eine Verhöhnung unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit in Deutschland waren und sind für mich persönlich als DDR-Bürger und Flüchtlingskind aus Ostpreußen Diskussionen darüber, ob wir heute in Deutschland, besonders nach 1990, noch in einer Demokratie leben.

In den letzten Monaten wünschte man manchen Demonstranten mit den entsprechenden Plakatierungen zum Beispiel mehr Kenntnisse über die Aktion „Ungeziefer“ und deren Folgen für so viele Menschen. Die Beschäftigung auch mit diesen Epochen unserer Zeitgeschichte, und da danke ich den Organisatorinnen und Organisatoren sehr herzlich, sollten Themen unseres Alltags sein und bleiben. Versucht man sich nur für Augenblicke in die Lage der Opfer von Diktaturen zu versetzen – und ich bin auch ein solches, auf ganz andere Weise –, bekommt die Diskussion um das Demokratieverständnis eine ganz andere Dimension. Deshalb tun Sie und wir alle gut daran, auch heute gemeinsam an die Opfer der SED-Diktatur öffentlich und klar zu erinnern, von ihren Schicksalen zu erzählen und auch ihr Recht auf Wiedergutmachung nachhaltig einzufordern.

Geschichte vermittelt sich am besten durch Erzählung und Darstellung von persönlichen Geschichten. Allein die Tatsache einer sich scheinbar gebenden Deutschen „Demokratischen“ Republik, allein die Tatsa-

che, dass sie Menschen als „Ungeziefer“ bezeichnet, braucht auch heute noch eine angemessene Reaktion. Persönlich bin ich deshalb Ihnen, den Organisatorinnen und Organisatoren dieser Tage, dankbar, dass Sie an dieses vergessene Unrecht erinnern, und dass Menschen unter uns leben, denen das widerfahren ist, heute hier eine Stimme bekommen. Viele Opfer der SED-Diktatur warten immer noch auf Formen öffentlicher Wahrnehmung des ihnen widerfahrenen Unrechtes – eines Unrechtes, das lange kaschiert, kleingeredet und verharmlost wurde.

Noch etwas Persönliches: ich bin in Brandenburg an der Havel aufgewachsen, in einem Pfarrhaus mit einem Pfarrer, der ganz klar gesagt hat, eine Gesellschaftsordnung, die sich als eine ihrer drei Säulen den Atheismus zum Inhalt macht, ist es nicht würdig, von ihm unterstützt zu werden. Und deshalb haben wir als Pfarrerskinder sehr viele Nachteile gehabt. Mein Vater hat in Zeiten schwerer Auseinandersetzung in Brandenburg an der Havel dafür gesorgt, dass manchmal die Kirchenglocken schwiegen. Und deshalb hat mich sehr berührt zu lesen, dass 1952 im thüringischen Streufdorf die Glocken geläutet wurden, um unüberhörbar auf Unrecht in Form eklatanter Verletzung der Menschenrechte aufmerksam zu machen. Und auch in unserer Zeit, unmittelbar nach dem Attentat am 19. Dezember 2016, haben stündlich die Glocken der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin geläutet. In den vielen Kirchen in Berlin und anderswo läuten auch jetzt, während des Krieges, zu ungewohnten Zeiten die Glocken.

Lassen sie uns also gemeinsam als Aufarbeitungsinstitutionen weiter daran arbeiten, dass Unrecht auch Unrecht genannt wird, und auch heute jede Verletzung der Menschenwürde als Angriff auf unsere Demokratie angesehen werden muss. Persönlich füge ich hinzu, dass wir dabei alle die Arbeit von Frau Evelyn Zupke, der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag, nach Kräften unterstützen. Wir hatten sie schon im Beirat und haben mit ihr sehr, sehr kreativ und wirkungsvoll geredet. Das sei hier noch einmal gesagt und ihr gedankt.

Vielen Dank.

Grußwort

Dr. Sebastian Putz
Landesregierung Sachsen-Anhalt,
Staatssekretär für Kultur
in der Staatskanzlei
und Ministerium für Kultur



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

sehr geehrte Frau Neumann-Becker, Frau Zupke, Herr Dombrowski, Herr Passauer, verehrte Anwesende, liebe Gäste,

ich darf Ihnen zunächst die herzlichen Grüße der gesamten Landesregierung, insbesondere des Ministerpräsidenten, Dr. Reiner Haseloff, und des Ministers für Kultur, Herrn Rainer Robra, überbringen. Sowohl der eine als auch der andere wären gerne heute hier bei dieser Veranstaltung gewesen, es wurde bereits erwähnt, wir haben Landtagssitzung und diese fordert die Anwesenheit. Und deswegen bin ich gebeten worden, das Grußwort der Landesregierung zu überbringen. Ich mache das außerordentlich gerne.

Ich will damit beginnen, noch mal zu erinnern, dass vor 70 Jahren, am 26. Mai 1952, der Ministerrat der DDR einen Beschluss erlassen hat, der in der damaligen Funktionärssprache, die schon sprachlich sperrig daherkam, den Titel trug „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Westlichen Besatzungszonen Deutschlands.“ In Umsetzung

dieser Maßnahmen wurde ein Grenzregime etabliert, welches die deutsche Teilung im wahrsten Sinn des Wortes zementierte, und in der Folge bedeutete dies Trennung, Unterdrückung, Vertreibung, Verlust der angestammten Heimat und auch Tod. Der Festlegung von Kontrollstreifen, von Schutzstreifen, von 5 km breiten Sperrzonen und vielen anderen Dingen mehr folgten dann erste Grenzbefestigungen. Die bewaffneten Sicherheitskräfte hatten abzusichern, dass diese Demarkationslinie nicht mehr überschritten werden kann und dies eben auch, falls notwendig, unter Anwendung der Schusswaffe.

Besonders schmerzhaft für die Betroffenen waren die im Mai und Juli 1952 durchgeführten Zwangsaussiedlungen. Wir wollen nicht vergessen, dass über 8.000 politisch Missliebige aus knapp 2.500 Familien der sogenannten Sperrzone in andere Regionen der DDR deportiert worden sind. Und dieses konzentrierte Vorgehen von Polizei, Staatssicherheit und SED trug den Decknamen – man kann es eigentlich auch heute kaum glauben – „Ungeziefer“.

Ich frage mich: Kann es eigentlich einen noch deutlicheren Ausdruck für die Unmenschlichkeit und den Zynismus eines politischen Systems geben? Für die Opfer bedeutete die Zwangsaussiedlung eben nicht nur den Verlust der sozialen Existenz und auch der Heimat. Die traumatischen Erfahrungen und Ängste wirken bis heute nach. Die juristische Aufarbeitung und vor allem die Entschädigung der auch von den Zwangsaussiedlungen Betroffenen kam nach der deutschen Einheit erst relativ spät in Gang. Erst im zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz von 1994 wurden dann auch die Zwangsausgesiedelten aus dem Grenzgebiet der früheren sogenannten Deutschen Demokratischen Republik in die Gruppe derjenigen aufgenommen, die Anspruch auf Rehabilitierung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen haben. Dieser Anspruch wurde aber nur anerkannt, wenn für die Betroffenen die Folgen noch unmittelbar schwer und unzumutbar fortwirken.

Im Koalitionsvertrag der aktuellen Landesregierung von Sachsen-Anhalt findet sich der Satz: „Die Aufarbeitung des SED-Unrechtsregimes

ist, insbesondere aus Sicht der Opfer, noch nicht abgeschlossen.“ Und davon ausgehend wird die Aufgabe definiert und formuliert: „Wir werden einen Härtefallfonds für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte errichten, der als subsidiäre Hilfeleistung all derjenigen, die nach dem SED-Unrechts bereits rehabilitiert wurden und in ihrer wirtschaftlichen Lage in besonderem Maße beeinträchtigt sind, in besonderen Notsituationen unterstützen soll. Die Hilfen sollen dazu beitragen, bis heute anhaltende Folgen politischer Repression zu mindern.“

Es geht aber nicht nur und nicht ausschließlich um die juristische oder auch finanzielle Bewältigung dieses Themas, so wichtig das auch immer sein mag. Die Betroffenen der Zwangsaussiedlung und die Opfer des Grenzregimes beklagen immer wieder, und ich meine die Klagen sind völlig zu Recht, dass ihr Schicksal und ihre Leiden heute fast in Vergessenheit geraten sind. Und um das zu verhindern, ist es wichtig, immer wieder, auch mit dieser Tagung, an diese Ereignisse zu erinnern. In Sachsen-Anhalt hat der Landtag unmittelbar vor dem 30. Jahrestag des Mauerfalls das Grüne-Band-Gesetz beschlossen. Der ehemalige Grenzstreifen wurde zum Nationalen Naturmonument erklärt, und für die Belange der Erinnerungskultur sind die Staatskanzlei und das Ministerium für Kultur Träger dieses Grünen Bandes. In Marienborn, Hötensleben, dem sogenannten Harzer Grenzweg, lässt sich in Sachsen-Anhalt das ausgeklügelte System dieser Grenzanlagen noch immer nachvollziehen. Die Todesopfer entlang dieses Grenzabschnittes, dramatische Einzelschicksale sowie die restriktiven Lebensbedingungen der dort lebenden Bevölkerung stehen bis heute mahrend für diese Zeit.

Das Land fördert Projekte, die sich mit den Auswirkungen der deutschen Teilung auf die Lokal-, Regional- auch Landesgeschichte beziehen. Wir unterstützen die Akteure dabei nicht nur finanziell, sondern natürlich auch bei der Beantragung von Fördermitteln und bei methodischen Fragen der Vermittlung von politisch-historischer Bildung. Diese Projekte bringen auf sehr eindringliche Weise Geschichten von

persönlicher Trennung und Verlust, von Flucht und Verlassen, von Schießbefehl und gefälschten Landkarten, von Liebe und Hass hervor. Die Vorhaben am Grünen Band dokumentieren nicht nur einen dunklen menschenverachtenden Abschnitt der Vergangenheit, sondern sie sind auch ein Hoffnungszeichen für die friedliche Überwindung desselben. Und viele dieser wertvollen Geschichten sind noch nicht erzählt worden, doch schon jetzt verblasst dieser Teil unserer Geschichte für die heutige Generation. Für die meisten ist die innerdeutsche Grenze nicht nur begrifflich und geografisch weit entfernt, sie findet auch beim einen oder anderen im Denken schlichtweg keine Relevanz mehr. Wir müssen uns daher um eine neue Erzählweise und eine neue Kommunikation bemühen, die auch die heranwachsenden Generationen mit einbezieht und die sich im vollen Umfang der Möglichkeiten der neuen Medien und auch der persönlichen Interaktivität bedient.

Es ist wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir dem Verlust unseres gemeinsamen Gedächtnisses entgegenwirken und unsere Erinnerungslandschaft pflegen und ausbauen. Und sehr geehrter Herr Dombrowski, gestatten Sie mir diese Bemerkung: Was Sie gesagt haben, auch über die Generation danach, hat mich sehr bewegt, hat mich persönlich angesprochen. Und ich habe mich deshalb entschieden, noch ein paar persönliche Bemerkungen zu machen: am 20. April 1959, um 6 Uhr morgens, es war ein Montag, wurden im Rahmen des sogenannten operativen Vorgangs „Export“ in Dessau fünf Personen festgenommen. Die Wohnungen der Betroffenen wurden durchsucht. Alle fünf betroffenen Personen waren damals beim Waggonbau Dessau beschäftigt. Der Waggonbau Dessau produzierte unter anderem für die Sowjetunion Kühlwaggons im Rahmen der Reparationsleistungen. Es war wichtig für den Export. Neben dem Werkleiter und den Direktoren befand sich unter diesen fünf Personen auch der damalige Leiter der Einkaufsabteilung des Waggonbaus. Die Wohnung wurde stundenlang durchsucht, und bei der Verhaftung und Durchsuchung des Einkaufsleiters wurde eine Vielzahl auch höchst persönlicher Gegenstände beschlagnahmt, un-

ter anderem persönliche Briefwechsel zwischen ihm und seiner Frau aus der Zeit des Krieges, Fotoalben und andere Dinge mehr. Diese Sachen wurden bereits im Juli 1959 der Vernichtung staatlicherseits zugeführt. Diese höchst persönlichen Dinge! Man brauchte dann offenbar für die Einleitung des Gerichtsverfahrens knapp ein Jahr. Erst am 14. April 1960, also fast ein Jahr später, wurde das Gerichtsverfahren gegen diese fünf Personen eröffnet. In der Zwischenzeit gab es praktisch keinen Kontakt zwischen der Familie, der Ehefrau dieses Einkaufsleiters und ihm selbst, er saß in Untersuchungshaft.

Es gibt beispielsweise ein Schreiben der Ehefrau vom April 1960: „Sehr geehrter Herr Staatsanwalt Steffens, hiermit möchte ich Ihnen den Eingang des Briefes von meinem Mann bestätigen, Ihnen dafür danken. Mein Mann bat mich darin um etwas Geld, und ich erlaube mir deshalb, Ihnen 20 DM zu senden. Ich bitte Sie, den betreffenden Betrag meinem Mann zukommen zu lassen, da er zum letzten Male Anfang Januar Geld von mir erhielt“, so glaubt die Ehefrau. „Außerdem bitte ich Sie, beiliegende Zeilen meinem Mann auszuhändigen. Hochachtungsvoll.“ Darunter steht dann: „Brief und Geld, 20 DM, an MfS.“

Das Urteil in diesem Prozess ist am 23. Mai sehr schnell gesprochen worden, nach einem Jahr Ermittlungsverfahren und einem Monat Prozess. Alle diese fünf Personen sind zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Der Einkaufsleiter wurde zu zwei Jahren und vier Monaten Zuchthaus verurteilt. In der Urteilsbegründung ist davon die Rede, dass der Imperialismus vorhat, einen Dritten Weltkrieg zu entfesseln, spätestens 1961 wird es soweit sein. Mithin: es ging um nichts weniger bei den Verbrechen dieser fünf Leute als um die Gefährdung des Weltfriedens.

Am 24. November 1960 kam der Betroffene vorzeitig frei, Wilhelm Pieck war im September gestorben, es gab eine Generalamnestie und im Rahmen dessen eine vorzeitige Haftentlassung nach anderthalb Jahren. 1992 ist dieses Urteil als Unrechtsurteil von einem Kassationsgericht aufgehoben worden. Im Sommer 1993 hat der Betroffene

eine kleine Entschädigung bekommen, im Herbst 1993 ist er gestorben. Der Mann hieß Walter Putz, er war mein Großvater.

Herr Dombrowski und alle Beteiligten, ich bin Ihnen sehr, sehr dankbar, dass Sie mit Ihrer Arbeit an das erlittene Unrecht, das durch die SED-Diktatur allen Betroffenen – und das sind hunderttausende, wenn nicht Millionen – widerfahren ist, wachhalten, dass Sie daran arbeiten, dass es nicht dem Vergessen anheimfällt, und dass Sie mit der heutigen Veranstaltung dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben und uns allen eine schöne Veranstaltung.

Grußwort

Evelyn Zupke
Bundesbeauftragte für
die Opfer der SED-Diktatur beim
Deutschen Bundestag



Es ist sehr schwer, nach diesen vielen bewegenden Reden und Worten noch Dinge zu sagen, die noch nicht gesagt wurden. Ich bin wirklich sehr berührt. Aber ich habe mir gedacht, dass es darauf hinausläuft. Ich danke Ihnen, dass Sie uns daran haben teilhaben lassen. Frau Freyers Rede hat mich natürlich auch sehr berührt, auch gerade wie Sie über die Betroffenen, die Zwangsausgesiedelten, gesprochen haben und über Ihre persönliche Geschichte und dabei die Fassung behalten haben. Sie haben meine volle Hochachtung. Und auch ich werde mir jetzt an meinen Vorrednern ein Beispiel nehmen, das Protokoll verlassen und alle insgesamt begrüßen.

Ich freue mich, dass ich hier sein darf, dass ich eingeladen wurde, dass ich ein paar Worte sagen darf. Ich begrüße natürlich insbesondere alle Betroffenen mit ihren Familienangehörigen, die heute hier sind. Ich freue mich auf diese Tagung.

Es wurde mehrfach gesagt, weswegen wir hier sind: in diesen Tagen jährt sich die Aktion „Ungeziefer“, die zwangsweise Umsiedlung von rund 8.000 DDR-Bürgern aus dem innerdeutschen Grenzgebiet. Auch ich muss es noch einmal sagen: „Ungeziefer“ – an dieses Wort

sollten wir uns nie gewöhnen! Bevor ich das Amt hier angetreten habe, kannte ich die Geschichte der Zwangsaussiedlungen, aber ich muss gestehen, das Wort „Ungeziefer“ als solches war mir nicht so geläufig. Seither habe ich öfter mit Menschen aus meinem Umfeld darüber gesprochen und habe gemerkt, dass sie es auch nicht kennen. Das Wort „Ungeziefer“, diese menschenverachtende Sprache, spiegelt den menschenverachtenden Geist eines menschenverachtenden Systems wider. Das können wir uns gar nicht oft genug in Erinnerung rufen.

Zusammen mit der Aktion „Festigung“, die rund zehn Jahre später durchgeführt wurde, waren über 11.000 Menschen in der DDR von Zwangsaussiedlung betroffen. Diese Zahl – über 11.000 Menschen, 11.000 Männer, Frauen und Kinder – ist für mich schwer zu greifen. Und es ist klar, hinter dieser Zahl, dieser enormen Zahl, stehen menschliche Schicksale: 11.000 einzelne Menschen, ganze Familien. Jeder Mensch hat einen Namen. Über 11.000 Opfer von Zwangsaussiedlungen, das ist keine anonyme Zahl. Es sind Menschen, deren Leben durch den brutalen Eingriff einer Diktatur von einem Tag auf den anderen für immer verändert worden ist.

Wenn ich an die Zwangsaussiedlung denke, denke ich zum Beispiel an Marie-Luise Tröbs, die als damals Zehnjährige nach dem Kindergottesdienst den Volkspolizisten in die Arme gelaufen ist, während die Volkspolizei und die Staatssicherheit bereits die Zwangsaussiedlung der Familie vorbereitet haben. Marie-Luise Tröbs, Ihnen wurde nicht einmal die Gelegenheit gegeben, sich von Ihren Klassenkameraden zu verabschieden. Nur ein Puppenkleid und eine Spielzeug-Kaffeemühle konnten Sie damals mitnehmen.

Ich denke auch an Inge Bennewitz, die während ihres Studiums in Potsdam weilte, als sie von ihren Eltern ein Telegramm bekam, das von der Zwangsaussiedlung der Familie berichtete. Ein Abschied von ihrer Heimat Dömitz blieb Inge Bennewitz verwehrt. Es gibt noch viele Beispiele, nachher werde ich noch über Herrn Schönemann sprechen. Jetzt sage ich erst einmal: liebe Marie-Luise Tröbs und liebe

Inge Bennewitz, ich bin Ihnen beiden dankbar, dass Sie heute hier bei uns sind und uns von Ihrem Erlebten auch noch berichten werden.

Aber ich denke auch an Klara Oberkirchner aus Hirschberg, die sich in der Nacht vom 6. auf den 7. Juni 1952 zusammen mit ihrem Mann Kasper das Leben nahm. Die Angst vor Zwangsaussiedlungen und davor, möglicherweise in ein sowjetisches Lager geschleppt zu werden, trieb das Paar in den Selbstmord.

Die Geschichte der Zwangsaussiedlungen ist eine Geschichte des Leids, eine Geschichte der Repression, eine Geschichte des Heimatverlustes und ja, auch in vielen Fällen eine Geschichte des Todes. Die Erinnerung an die Zwangsaussiedlung fordert uns als Gesellschaft heraus. Sie hat uns keine Gefängnisse, und sie hat uns keine Mauerteile hinterlassen, keine Orte, die in unserer Erinnerungskultur als Brücken fungieren könnten. Die Zwangsaussiedlung hat bis heute oft nur stille Zeugen. Umso wichtiger ist es, dass wir über die Zwangsaussiedlungen sprechen, dass wir uns mit den bis heute andauernden Folgen auseinandersetzen. Ich bin Dir, liebe Birgit Neumann-Becker, und Ihnen, lieber Dieter Dombrowski, für diese Tagung daher sehr dankbar. Und auch Dank für die Unterstützung der Stiftung Aufarbeitung.

Begreifen wir die Erinnerung an die Zwangsaussiedlungen nicht als eine regionale Aufgabe der früheren Grenzregionen. Nein, das Erinnern der Zwangsaussiedlungen ist von nationaler Bedeutung. Das Leid der Zwangsausgesiedelten zeigt uns, was Vertreibung und ihre Folgen bedeuten. Aber die Aufarbeitung der Zwangsaussiedlungen führt uns auch schmerzhaft vor Augen, wie der Rechtsstaat bei der Aufarbeitung der Verbrechen einer Diktatur an seine Grenzen stoßen kann.

Heute, mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, müssen wir bilanzieren, dass beispielsweise die Rückführung des entzogenen Eigentums in viel zu wenigen Fällen zum Erfolg geführt hat. Die Opfer von Zwangsaussiedlungen konnten eine verwaltungsrechtliche Rehabilitierung erhalten. Wenn es aber um die Durchsetzung von konkreten Ansprüchen ging, wie ein Ausgleich für das entzogene Eigentum, wurden keine befriedigenden Lösungen gefunden. Umso

wichtiger ist es mir als Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, dass wir die individuelle politische Verfolgung der Betroffenen von Zwangsaussiedlung stärker berücksichtigen. Auch wenn tausende Familien von der Zwangsaussiedlung betroffen waren, ist die Zwangsaussiedlung kein kollektives Schicksal, da nur ein Bruchteil der gesamten Grenzbevölkerung von ihr betroffen gewesen ist. Der Zwangsaussiedlung lag jeweils eine individuelle Verfolgung zugrunde. Es war die Entscheidung des Repressionsapparates der DDR, tief in das Leben dieser Menschen, also vieler von Ihnen, einzugreifen.

Aber natürlich will ich nicht alles schwarzmalen. Wir haben in den letzten Jahren auch Gutes erreicht. Ich denke an die letzte Novellierung, durch die die verfolgten Schüler oder auch Opfer von Zersetzungsmaßnahmen einen gesetzlichen Anspruch auf Unterstützung erhalten haben. Für diese wichtigen Schritte möchte ich, zumindest stellvertretend für alle Abgeordneten, die sich für die Opfer eingesetzt haben, der Vorsitzenden des Kulturausschusses, Katrin Budde, danken. Und ich bin natürlich auch dankbar dafür, dass die neue Koalition sich vorgenommen hat, in dieser Wahlperiode die Beantragung von Bewilligungsleistungen für die Opfer der SBZ- und SED-Diktatur zu erleichtern und die Definition der Opfergruppen zu überarbeiten. Und ich denke, diesen Schritt sollten wir dazu nutzen, um auch ein bisschen Ihre Situation, die Situation der Zwangsausgesiedelten, zu verbessern. Setzen wir ein Zeichen und schaffen wir, so wie es auch für die Zersetzungsoffer 2019 möglich geworden ist, einen Zugang zu einfachen und unbürokratischen Leistungen!

Der 70. Jahrestag der Aktion „Ungeziefer“ ist für uns Anlass, an die Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze zu erinnern. Machen wir das Gedenken der Zwangsaussiedlungen zu einem festen Teil in unserer nationalen Erinnerungskultur und helfen wir den Opfern, die bis heute unter den Folgen der Zwangsaussiedlung leiden. Ich möchte alles dafür tun.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Schriftliches Grußwort

Carsten Schneider

Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland

Sehr verehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

„Geraubte Heimat!“ – der Name der Tagung, an der Sie teilnehmen, passt genau für ein Geschehen, das weit zurück liegt – und trotzdem bis heute das Schicksal vieler Menschen überschattet.

In den kommenden beiden Tagen beschäftigen Sie sich mit dem Schicksal von Menschen, die vertrieben wurden. Ihnen wurde die „Heimat“ genommen. Der Ort, an dem Sie oder Ihre Eltern und Verwandten und Bekannten geboren und aufgewachsen sind, an dem Sie sich verliebt und eine Familie gegründet haben, an dem Sie sich nach den furchtbaren Geschehnissen des Zweiten Weltkrieges eine Existenz aufgebaut haben, und in dem Sie zu Hause waren – diesen Ort durften Sie von einem Moment auf den nächsten nicht mehr betreten.

Die Staatsführung der jungen DDR wollte vor 70 Jahren eine Grenze festigen, über die ihr die Menschen massenweise wegliefen. Dafür siedelte sie „politisch Unzuverlässige“ zwangsweise aus dem Grenzgebiet aus und transportierte sie in das Landesinnere der DDR. Die Festigung der Diktatur erforderte Zäune und eine tiefgestaffelte Überwachung der Grenzregionen. Später wurden daraus Mauern und Todesstreifen – und wieder wurden Menschen zwangsweise umgesiedelt. Der Preis für den Erhalt der Diktatur war der Heimatverlust vieler Bürgerinnen und Bürger im Osten.

Der Titel der Veranstaltung beschreibt das Leid, das Ihnen angetan wurde, mit dem richtigen Wort: Raub. Die Betroffenen litten jahrzehntelang darunter, und dieses Leid übertrug sich oft genug auf An-

gehörige und Nachkommen. Ihnen gilt mein Mitgefühl. Bis vor kurzer Zeit erschien uns ein solches Geschehen als abgeschlossene Vergangenheit und heute unvorstellbar – und nun lehrt uns der Krieg Russlands gegen die Ukraine, dass Zwangsaussiedlungen keine Barbarei der Vergangenheit sind.

Das in der DDR Geschehene ist nicht wiedergutzumachen. In der aktuellen politischen Situation des Kontinents aber mahnt dieses Geschehen uns, dass wir eine Wiederholung mit all unserer Kraft verhindern müssen. Den Betroffenen möchte ich sagen: Sie werden in der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag gehört. Zusammen mit Evelyn Zupke werde ich überlegen, wie wir in Zukunft an ihr Schicksal erinnern können, auch, um eine Wiederholung zu verhindern.

Euripides meinte einst, es „gibt’s kein höheres Übel doch als den Verlust der Heimat.“ Ihnen, denen zwangsweise die Heimat geraubt wurde, wünsche ich, dass Ihnen die öffentliche Erinnerung dabei hilft, diesen individuellen Verlust zu überwinden. Ich wünsche Ihnen, dass Sie mit Zuversicht, mit Klarheit, mit neuen Gedanken und neuen Ansätzen der Verarbeitung auf diese Tagung werden zurückblicken können.

Mit freundlichen Grüßen
Carsten Schneider

Podiumsgespräch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen

„Zwangsaussiedlung und die Angst davor bis zum 9. November 1989“

Moderation: Dr. Wolfram von Scheliha

Marie-Luise Busse, Pommau
Prof. Dr. Adolf Ebel, Dömitz
Anneliese Fleischer, Cheine
Gerd Schrimpf, Probstzella



(v.l.n.r.): Dr. Wolfram von Scheliha, Gerd Schrimpf, Anneliese Fleischer, Prof. Dr. Adolf Ebel, Marie-Luise Busse

Dr. Wolfram von Scheliha: „Ich freue mich, Sie sehr herzlich zu unserem Podiumsgespräch mit Zeitzeugen begrüßen zu können. Wenn es nach der Vorstellung des kommissarischen thüringischen Ministerpräsidenten gegangen wäre, müsste ich Sie hier, diese ehrenwerten

Herrschaften, als ‚Ungeziefer‘ vorstellen. Aber ich meine natürlich den damaligen thüringischen Ministerpräsidenten und nicht den heutigen, obwohl die ja der gleichen Partei angehören.

Dieses ungeheure Wort, das ist ja heute schon mal erwähnt worden, war auf einen Zettel gekritzelt. Sehen Sie hier. Also dies wurde von dem damaligen kommissarischen Ministerpräsidenten Willi Gebhardt auf einen Zettel gekritzelt, um seinen Genossen die Zwangsaussiedlung mitzuteilen. Dieses Wort war nicht der offizielle Name dieser Aktion, das sollte man vielleicht auch erwähnen. Im Bereich des MfS Thüringen war es geläufig und wurde intern benutzt. Die Ungeheuerlichkeit dieses Begriffes hat mehrere Dimensionen. Nur sieben Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus wurden immer noch oder schon wieder Menschen oder Menschengruppen als ‚Ungeziefer‘ bezeichnet, und sie wurden innerhalb weniger Stunden aus ihren angestammten Wohnungen vertrieben. Und sie mussten große Teile ihres Besitzes dort zurücklassen, ohne die Möglichkeit, ein rechtliches Gehör zu finden.

Dieser Umstand verdeutlicht, dass nach 1945 in Ost- und Mitteldeutschland eben kein demokratischer Rechtsstaat, sondern eine neue Diktatur entstanden war, für die Menschenwürde und Menschenrechte keine Bedeutung hatten. Dies verdichtet sich auch in der Person von Willy Gebhardt, dem damaligen kommissarischen Ministerpräsidenten. Als Häftling des KZ-Buchenwald zählte er zweifellos zu den Opfern des Nationalsozialismus.

Doch der Ruf nach einer neuen Welt von Frieden und Freiheit, den die kommunistischen Häftlinge in dem notorischen Schwur von Buchenwald geäußert hatten, der später zum Gründungsdokument des antifaschistischen Gründungsmythos in der DDR geworden ist, dieser Ruf bezog sich nur auf einen Frieden und eine Freiheit, wie sie eben nur im engen Korsett der marxistisch-leninistischen Ideologie möglich war. Wer nur, aus welchen Gründen auch immer, mit dieser Ideologie nicht konform war, der wurde ausgesondert, der galt in Gebhardts Augen eben als Ungeziefer, er war rechtlos oder abgesondert.

Deshalb ist es besonders wichtig, zu Beginn dieser Tagung die Betroffenen und ihre persönlichen Erlebnisse vorzustellen. Denn die Zwangsaussiedlung prägte das Schicksal von Einzelpersonen und die Familien für den gesamten weiteren Verlauf ihres Lebens.

Ich freue mich deshalb, Ihnen meine Gäste hier auf dem Podium vorzustellen:

Als erstes wird uns Frau Busse von ihren Erlebnissen in Pommau, Ortsteil Vockfey im Amt Neuhau berichten, an der mecklenburgisch-niedersächsischen Grenze. Ich bin gespannt darauf, was Herr Professor Adolf Ebel, der dort sitzt, an zweiter Stelle, aus Dömitz, ebenfalls an der mecklenburgisch-niedersächsischen Grenze, erlebt hat. Frau Anneliese Fleischer war gerade einmal 13 Jahre alt, als ihre Familie Cheine in Sachsen-Anhalt verlassen musste. Und schließlich erzählt uns Gerd Schrimpf von seinen Erlebnissen in Probstzella an der thüringisch-bayerischen Grenze.

Frau Busse, vielleicht erzählen Sie uns einfach, wie Sie damals, im Jahr 1952 gelebt haben und was an dem Tag, an dem die Zwangsaussiedlung angeordnet worden ist, geschehen ist!“



Marie-Luise Busse

Marie-Luise Busse: „Ich begrüße auch herzlich hier das Publikum, das uns heute noch mal die Aufwartung gibt, an dieses Geschehen zu erinnern. Ich will nicht sagen, ich leide immer noch darunter, aber ich bin immer noch sehr, sehr beeindruckt. Zu dem Tage selbst, der uns die Heimat genommen hat, kann ich sagen: ich war zwölf Jahre alt, eigentlich recht unbedarft, ist man ja als Kind auch oft, und ich kam aus der Schule. Bedeutend war, dass die Tochter vom

Bürgermeister auch in meine Klassen-Schule ging. Wir hatten eine Ein-Raum-Acht-Klassen-Schule, also da saßen in jeder Klassenstufe zwei, drei Kinder. Aber dieses Mädchen war nicht anwesend an dem Tag. Es war an einem Sonnabend, und wir wussten auch nicht, dass sie krank war, und sie machte auch vorher keine Anstalten. Ich hatte einen zwei Kilometer langen Schulweg von der Schule bis nach Hause. Und sie wohnte so auf dem zweiten Drittel des Schulwegs. Und da kam sie mir entgegen, freudestrahlend, und sagte: ‚Hast du schon gehört? Hier müssen einige das Dorf verlassen!‘ Freudestrahlend! Ich sagte: ‚Weißt du denn auch wer?‘ [Sie:] ‚Ne‘. Ich sagte: ‚Sind wir auch dabei?‘ ‚Ne‘, sagte sie, ‚das weiß ich nicht.‘

Na ja, ich bin dann schnurstracks nach Hause. Und wie ich zu Hause ankam, stand meine Schwester, die vier Jahre älter ist, weinend in der Tür. Meine Mutter war zu dem Zeitpunkt gar nicht anwesend, weil sich das schon rumgesprochen hatte, dass einige raus müssen. Und meine Mutter lebte zu der Zeit auch schon mit einem Herrn zusammen, dessen Schwester einen Kilometer weiter wohnte, und die dort auch einen großen Hof hatten. So, meine Mutter hatte, wie gesagt, dies gehört und war gleich losgelaufen und wollte erfahren, was da nun eigentlich wahr ist und was da los ist. Ich kam nach Hause, meine Schwester stand heulend in der Tür, da wusste ich was passiert war, brauchte mir keiner mehr etwas sagen. Meine Mutter kam nachher auch an, völlig aufgelöst, und da hat meine Schwester ihr dann erzählt, dass wir auch raus müssen und sie musste den Zettel, die Aussiedlung unterschreiben. Sie war sechzehn Jahre alt, sie hatte sich gesträubt, und da hat derjenige, der das vermitteln sollte, aber gesagt: ‚Das ist ganz egal, ob Sie unterschreiben oder nicht. Sie müssen trotzdem raus.‘ Also sie hat unterschrieben. Meine Mutter hat dagegen noch versucht zu intervenieren, aber das half alles nichts, wir waren vorgesehen für die Aussiedlung und damit war das besiegelt.

Ja, was kam dann? Es lief alles erst mal kopflos. Wir hatten das Haus noch voller Flüchtlinge, die aus dem Osten kamen wegen des Krie-

ges. Die haben sich verzogen. Rundherum kam auch niemand groß, um uns was zu sagen oder zu trösten. Es war alles sehr komisch. Heute wissen wir warum, heute wissen wir, dass die, die sich mit uns arrangieren wollten, auch gefährdet waren. Das wurde ihnen gesagt. Dann ist meine Mutter – wir hatten ein Telefon in der Poststelle in unserem Ort, in Pommau – zum Telefon gelaufen und hat unsere Verwandten angerufen, hat Bescheid gesagt, dass wir raus müssen. Und die sind dann gleich mit Gefährt, mit Lkw und Lastwagen gekommen und haben packen geholfen. Wir wurden aber noch gefragt, wie viel Waggonraum, also Packraum wir benötigen. Wir wussten gar nicht, wo es hingehet, wir wussten nicht, was uns blüht und wo wir landeten, das wurde uns nicht gesagt. Meine Mutter hat erst mal gesagt: ‚Einen halben Waggon.‘

Wir hatten einen fast fünfzig Hektar großen Bauernhof mit dem entsprechenden Haus, mit Ställen und Umgebung und Viehhaltung. Wir haben noch gefragt, was mit dem Vieh wird. ‚Ja das wird versorgt.‘ Und wir haben dann gesagt, wir wollten einen halben Waggon Ladefläche, den haben sie uns auch zugestanden. Oder nicht? Ich weiß es gar nicht mehr genau.

Und den haben dann die Verwandten gepackt und das Mobiliar und Geschirr und alles drum herum auch. So, und dann hieß es: ‚Ja, Sie werden abgeholt.‘ Am 7. Juni war das, 1952. [Sie sagten,] am 9. Juni werden wir abgeholt und nach Brahlstorf, das ist der nächstgrößere Bahnanschluss, da stehen Waggon bereit, und dahin werden wir hingebracht. Und wir hätten auch Quartiere innerhalb des Zuges, um dort zu verweilen. Na ja, die Sachen wurden umgeladen. Da standen denn auch Leute bereit, die das gemacht haben. Sie sagten, wir bekommen einen Waggenteil. Das waren diese alten Zugwaggons, wo immer ein Waggonabteil hintereinander war. Und irgendwann am 9. Juni spät abends sind wir losgerollt. Aus unserem Ort sind insgesamt, das haben wir dann erfahren, im Laufe der zwei Tage elf Bauern, Großbauern, abtransportiert worden. Also mussten gehen, wurden zwangsausgesiedelt.

Dann waren da noch ein paar einzelne Damen und Herren. Meine Lehrerin, die morgens noch Schule gemacht hatte, die musste auch mit raus mit ihrem Mann. Die waren schon aus Ostpreußen geflüchtet. Ihr Mann war Drechsler, der musste auch mit raus. Und dann waren da noch einzelne Personen, die aber auch Haus und Hof hatten. Die mussten auch mit raus. Wir waren, wie gesagt, elf Bauern und insgesamt 55 Personen. Dieser Ort Vockfey, beziehungsweise der Ortsteil Pommaw, war das Dorf, das innerhalb dieser sowjetischen Besatzungszone die meisten Zwangsausgesiedelten zu verzeichnen hatte. Das haben wir dann nachher recherchiert. Es sind aus allen anderen Orten immer nur punktuell Leute rausgenommen worden. Bei uns sind elf Großbauern rausgekommen. Warum wussten wir ja nicht. Aber wir sind der Meinung, dass die auf unsere Flächen angewiesen waren und dass die die Höfe haben wollten. Na ja, vorher war ja schon die Demarkationslinie festgemacht worden, mit einem Stacheldrahtzaun durch unseren Garten. Der ging an unserem Küchenfenster vorbei. Dann wurde der 10 m Streifen eingerichtet, der jeden Morgen geharkt werden sollte. Und dann waren an der Außenseite der Straße, das war ein Längsdorf, die Obstbäume markiert, und das war der 500 m Streifen. Und insgesamt sieben Kilometer weiter, das ging aber so hin und her, das war dann die 500 m Zone, die angezeigt war. Das ging schon voraus. Meine Mutter hatte schon ihren Stempel im Ausweis, dass sie aus diesem Sperrgebiet stammt. Wir durften uns ja nur noch mit dem Personalausweis und den Stempeln im Sperrgebiet bewegen.

Der Lebenspartner von meiner Mutter ist nicht mit ausgewiesen worden, und wir haben gedacht, er bleibt noch und könnte dann noch ein bisschen was retten. Jeder von uns, der ausgewiesen wurde, war der Meinung, das ist nur vorübergehend. Das dauert nicht lange. Wir kommen irgendwann bald wieder zurück. Wir leben ja im ‚glorreichen, sozialistischen, modernen Staat‘ und der macht so was nicht. Nichtsdestotrotz, wir hatten Herdbuchtiere, und da stand ein Bulle noch zum Verkauf. Und die Bullen wurden damals in Güstrow, so siebzig Kilometer weiter, gekürt und verkauft. Diesen Bullen hat

der Lebensgefährte von meiner Mutter noch nach Güstrow gebracht und verkauft. Und wie er wieder zurück zu dieser Hofstelle wollte, haben sie ihn nicht mehr reingelassen.

Unser Zug rollte gen Osten, und wir waren uns im Zug alle einig: wenn es über die polnische Grenze geht, ziehen wir die Notbremse. Ich glaube, dann hätten wir alle demonstriert, sagt man heute. Dann hätten wir einen Aufstand gemacht.

Wir haben in Güstrow auch noch einmal Station gemacht, um Frischwasser zu holen und auf die Toilette zu gehen. Und da habe ich in diesem Kasten an dem Zug, da waren immer so kleine Kästen, da stand immer der Zielbahnhof dieser Güterwagen und Personenwagen drin, und da stand auch ‚Ungeziefer‘ drin. Das habe ich gelesen, aber ich konnte mit diesem Wort wirklich nichts anfangen. Ich habe gedacht, das stammt noch aus einer Ladung, die vorangegangen ist. Ich konnte damit nichts anfangen, ich habe mich nicht als ‚Ungeziefer‘ gefühlt, und ich habe das auch nicht weitergesagt. Aber ich habe es gesehen, mit der Hand geschrieben ‚Ungeziefer‘.

Dann fuhren wir bis Pasewalk, und in Pasewalk ging es auf einmal retour, zurück. Wir wussten nicht wohin. Und dann fuhren wir noch eine Stunde ungefähr mit immer ein bisschen Unterbrechung. Pasewalk ist ja schon dicht an der polnischen Grenze. Und dann hielt der Zug in Malchin. Malchin, das ist bei Teterow, an der Berliner Strecke.

Es regnete in Strömen, aber es waren einige Fahrzeuge vorbereitet, die dort standen und uns abtransportieren sollten. Wir hatten einen kleinen Lkw, mehr nicht. Wo sollten wir mit unseren Möbeln hin? Die wurden erst einmal alle ausgeladen und auf das Bahnhofsgebäude geschleppt. Da blieben sie erst mal stehen bis dann ein Fuhrunternehmer uns in einen Ort gebracht hatte. Faulenrost hieß der, heißt auch heute noch so. Und dort haben wir ein 16-Quadratmeter-Zimmer zur Verfügung gestellt bekommen. Ja, was sollten wir da machen? Da haben wir zwei Betten aufgestellt und einen Kleiderschrank und dann einen Tisch und drei Stühle. Das wars.

Die Frau des Hauses, die war ja schon sehr skeptisch. Man hatte ja vorher verkündet, dass jetzt Personen kommen, die nicht republik-treu sind und die nicht zuverlässig sind. Die einzelnen Beschreibungen dazu, die kann man ja überall noch nachlesen, aber wir haben sie damals nicht bekommen. Aber die war sehr skeptisch, die Frau. Die hat uns gesagt: ‚Ja, wenn sie hier kochen wollen,‘ – Kochgelegenheiten hatten wir nicht – ‚dann aber bitte erst nach 14 Uhr.‘ Das war alles.

Meine Schwester war, wie gesagt, 16 Jahre alt. Sie [die Frau] hatte noch einen großen Bauernhof, LPG war noch nicht so weit, und die hatten auch Acker zu pflegen. Und da hat sie uns gleich eröffnet, damit wir keine Miete zahlen müssen, könnte ja meine Schwester bei ihr arbeiten. Die hat dann Rüben gehackt und ist morgens um fünf mit zum Melken gefahren. Ich habe dort meine sechste Klasse beendet. Das war eine sogenannte Zentralschule. Inzwischen ist auch der Lebenspartner von meiner Mutter zu uns gestoßen, weil der ja nicht wieder in den Ort reingekommen ist. Der war dann auch noch in dieser 16-Quadratmeter-Wohnung. Na ja, wie ich meine drei Wochen Schule absolviert hatte, haben wir gesagt, das geht nicht so weiter und sind zur Verwandtschaft in die Zarrentiner Ecke, in den Kreis Hagenow zurück. Dort stammte meine Mutter her, der Vater hatte einen großen Bauernhof, dort sind wir erst einmal geblieben, und ich bin bei meiner Tante geblieben.

Ich war ein Dreivierteljahr bei meiner Tante und habe da meine Schule absolviert. Aber der Hof trug keine zwei Familien und mehrere Personen. So war das auch nichts. Und dann hat meine Mutter sich eine Siedlung gesucht, das heißt, andere haben die für sie mitgesucht, in Dargun. Dort hat sie eine sehr heruntergekommene Bauernwirtschaft gefunden. Wir haben uns dann noch ein bisschen Vieh von der Elbe nachgeholt. Das durften wir. Mit dem haben wir aber wenig Glück gehabt. Das habe ich auch nicht gewusst, dass solche Viehumstellung von einem guten Marschboden auf einen anderen Boden, Sandboden, dass es das gar nicht verträgt. Uns sind alleine drei

Pferde kaputtgegangen. Und dann, ja was machen wir denn nun? Schule war für mich beendet. Und was machen wir denn nun weiter? Meine Mutter sagte: ‚Ja, mein Kind, wenn du was werden willst, musst du lernen.‘ Und ich habe erst einmal bei meiner Mutter gelernt, die hatte eine Landwirtschaftsbefähigung, um Lehrlinge auszubilden in der Landwirtschaft. Ich habe Landwirtschaft gelernt, und da war die Berufsschullehrerin so gut, ob zu meiner Mutter oder zu mir, weiß ich nicht, und hat gesagt: ‚Das Kind muss weitergehen. Ich delegiere sie zur Fachschule, zur Landwirtschaftlichen Fachschule.‘ Ich bin dann zur Landwirtschaftlichen Fachschule gegangen, und nach einem Jahr Unterstufe bot sich mir die Möglichkeit, in die Veterinärmedizin einzusteigen. Und da bin ich zur Veterinärmedizinischen Fachschule gegangen und habe dort mein Staatsexamen gemacht.

Meine Mutter hat die Siedlung noch bis 1957 betrieben, dann konnte sie aber auch nicht mehr. Die Siedlung ist dann sang- und klanglos in die LPG eingeflossen, mit den Tierbeständen, die noch da waren. Damals mussten die Leute, die ihr Eigentum der LPG zur Verfügung stellten, auch noch Mitglied werden. Meine Mutter hat gesagt, sie geht nicht in die LPG, sie stellt das Vieh zur Verfügung. Und der Lebenspartner ist dann mit in die LPG gegangen. Meine Mutter hat dann erst Kindertransporte organisiert, die gemacht wurden für lebensschwache Kinder, die noch vom Krieg gezeichnet waren und die in Heime oder Kureinrichtungen kamen. Später hat sie dann aber für die LPG-Leute das Mittagessen gekocht. Da wurde eine Werkküche eingerichtet, und da hat sie gekocht. Das ging dann auch bis kurz vor ihr Rentenalter.

Dann mussten wir noch ein paar Mal in Dargun umziehen, weil wir da eine sehr bescheidene Wohnung zur Verfügung gestellt bekamen. Die Siedlung mussten wir räumen, da hatten wir vier Räume, aber da mussten wir raus. Die wurden benötigt, und wir sind dann ins Gutshaus umgezogen. Da hatten wir ein Zimmer unten, ein Zimmer oben, das war sehr schön, und eine kleine Küche, das war mal so eine Abstellkammer von der Küche. Da haben wir gekocht. Das mussten wir

dann aber auch räumen, und es wurde ein großer Raum im Gutshaus freigeräumt. Den haben wir geteilt, und da hat meine Mutter sich ein Wohn- und Schlafzimmer eingerichtet. Vorne wurde der Flur abgeteilt und als Küche benutzt. Das war unser Leben.“

Dr. Wolfram von Scheliha: „Vielen Dank, Frau Busse, für die doch sehr eindrucksvolle Geschichte Ihrer Zwangsaussiedlung.“

Marie-Luise Busse: „Ich möchte aber trotzdem noch etwas sagen, zu meinen Geschehnissen. Ich war auch ein paar Mal bei der UOKG, mit Helmut Ebel vom Zwangsausgesiedelten Verein (Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V. – FVZ). Von daher kenne ich noch einige Leute.“

Ich habe einen Beitrag mehrfach geschrieben und veröffentlicht, mindestens in zehn Büchern! Aber wer liest so etwas? Die Nichtbetroffenen? Und wenn du das erzählst? „Ach nee, erzähl mal!“ Und wenn du anfängst zu erzählen. Ach Gott, und dann werden sie immer leiser, immer leiser. Ich finde diese Veranstaltung und alle anderen auch sehr wichtig, dass das alles noch einmal in Erinnerung gerufen wird. Ich versuche jetzt und heute noch einmal an meinen Geburtsort Pommou bzw., Vockfey heranzutreten, ob die nicht zu diesem Anlass auch noch einmal irgendetwas machen wollen. Wir haben vor zwanzig Jahren in der Kirche eine Gedenkveranstaltung gemacht. Von den Zwangsausgesiedelten hatte sich jeder, wenn er in der Fremde gewesen war, an den Pastor gewandt, hatte Briefe geschrieben. Diese Briefe wurden vor fünfzig Jahren gefunden, auf dem Dachboden im Pastorenhaus. Die haben wir dann öffentlich noch einmal bei einer Veranstaltung in der Kirche vorgelesen. Da war ich auch dabei, und ich werde es auch weiter tun.“

Dr. Wolfram von Scheliha: „Sehr gut. Das ist sehr wichtig, dass Sie das machen. Und deswegen, weil das so wenig bekannt ist, das haben wir ja heute auch in den Beiträgen schon gehört, ist morgen das Abschluss-Podium extra der Gedenkkultur auch gewidmet, um dieses Thema einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.“

Herr Professor Ebel, Ihre Zwangsvertreibung war ja nicht weit weg von den Erlebnissen von Frau Busse, aber unter anderen Umständen. Frau Busses Familie hatte eine Landwirtschaft. Sie stammen aus Dömitz, einer Kleinstadt. Wie ist dort die Zwangsumsiedlung abgelaufen?“

Prof. Dr. Adolf Ebel: „Ja, das war eine Kleinstadt. Ich glaube wir hatten 3.000 Einwohner, zu Kriegzeiten sogar 6.000, wenn ich mich nicht irre. Es ist egal. Es war jedenfalls eine Kleinstadt, und meine Eltern besaßen in dieser Stadt ein Hotel direkt am Hafen. Das nannte sich „Stadt Hamburg“. Das ist ungefähr 1900 erbaut worden. Mein Vater hat es in den dreißiger Jahren von den Eltern übernommen und Wirtschaft, Gastwirtschaft und Hotel weitergeführt. Ich erinnere mich an den 5. Juni 1952, das war der Hochzeitstag meiner Eltern. Da fuhren vor diesem Haus, vor diesem Hotel, plötzlich, ich glaube es waren zwei Motorräder, vier Polizisten vor, suchten uns auf, holten meinen Vater und teilten uns mit, dass wir innerhalb von 48 Stunden unser Haus und Dömitz zu verlassen hätten. Meine Mutter, die arbeitete gerade auf dem Felde, die haben wir dann geholt. Wir waren natürlich erst mal sehr ratlos. Was machen wir nun?“



Foto: ©UOKG

Prof. Dr. Adolf Ebel

Ich habe dunkle, nur relativ dunkle Erinnerungen an alles. Ich stand mitten im Abitur zu der Zeit, und dadurch habe ich einiges nicht richtig wahrgenommen, muss ich sagen. Nur das Einzige, was ich weiß, als ich hörte, wir dürfen zwar in unserem Hotel noch unsere Privaträume betreten, aber nicht die Geschäftsräume, da bin ich durch die Geschäftsräume gefegt, habe alle Glühbirnen rausgedreht, weil das

damals Mangelware war, und habe gesagt: ‚Wenn wir sonst nichts mitnehmen, wenn wir irgendwo hinkommen, dann haben wir Glühbirnen.‘ So ungefähr habe ich da reagiert. Ich kann auch wenig darüber sagen, wie meine beiden Schwestern und meine beiden Brüder reagiert haben. Wir waren noch fünf zu Hause. Der Älteste, der sitzt da [zeigt auf Karl-Heinrich Ebel], der war schon in Berlin als Student an der Humboldt Universität. Und mein etwas jüngerer Bruder, der war in der Lehre in der Mathias-Thesen-Werft in Wismar.

Für mich war nun die Frage: Kann ich noch Abitur machen oder kann ich es nicht machen? Und da muss ich sagen, haben wir auch Gutes erfahren. Denn es gab Leute, die das nicht akzeptieren wollten, dass einfach so viele, es waren ja, glaube ich, 40 Familien, die ausgewiesen wurden. Wir haben später sogar den Grund erfahren, warum wir ausgewiesen wurden, nämlich wegen ‚feindlicher Haltung‘. Mehr Begründung haben wir bisher nicht gefunden, nicht bekommen. Später habe ich von einem Klassenkameraden erfahren, dessen Mutter aktive Kommunistin und gut integriert in das System dort war, dass die Listen für uns in Dömitz von zwei Frauen angefertigt wurden: der Bürgermeisterfrau und einer Frau Klawonn. Ich glaube, wir hatten überhaupt keine Beziehung zu Frau Klawonn und wussten gar nicht richtig, wer das war, zu der Bürgermeisterfrau sowieso nicht. Aber wenn ich das richtig weiß, musste das in Ludwigslust dann vom Kreis bestätigt werden, die Ausweisung. Das konnte nicht einfach vom Ort her gemacht werden.

Gut, kann ich noch Abitur machen oder nicht? Das schriftliche Abitur hatte ich hinter mir. Das war fertig, es fehlte nur noch das mündliche. Die Lehrerschaft hat sich zusammengesetzt, hat den Kreisschulrat hinzugezogen, und die haben dann entschieden: Wir machen am nächsten Tag, am Abend, ein Not-Abitur. Nicht nur für mich, sondern auch für eine Klassenkameradin, Irene Nimptsch, die mit ausgewiesen wurde. Ihr Vater war Schulleiter, stand kurz vor der Verhaftung, ist dann aber geflohen. Die Familie war dageblieben. Wir gehörten mit zu denen, die wegen ‚feindlicher Haltung‘ ausgewiesen werden sollten. Das lief alles soweit ganz gut.

Wir räumten natürlich zu Hause, suchten zusammen, was wir mitnehmen durften oder konnten. Wir hatten beschränkten Raum. Es war ein halber Güterwagen, der uns zur Verfügung gestellt wurde, für Möbel und alles Mögliche. Wenn ich mich nicht irre, haben wir sogar noch Brennholz oder Kartoffeln mitgenommen, um dann nicht irgendwo dazusitzen und nichts zu haben. Meinen Klassenkameraden wurde gesagt: keine Kontakte weiterhin zu denen, die ausgewiesen werden sollten. Aber die standen dann alle bei uns im Haus und halfen ausräumen – gegen die Anweisung von der Polizei oder der Schule. Ich weiß nicht genau, wer das gemacht hat. Das Verladen dauerte natürlich einige Zeit, und wir haben versucht, die Sachen so gut es ging in dem Güterwagen zu verstauen und kriegten dann ein Abteil zugewiesen, wo wir als Familie drinsäßen, die Eltern mit fünf Kindern. Der Zug stand lange Zeit, es wurde Abend, es wurde spät, der Zug rührte sich lange Zeit nicht.

Am 6. Juni, nachdem es dunkel wurde, durfte er ausfahren. Meine Schwester erinnert sich, dass auf dem Bahnsteig, das war der Güterbahnsteig, dass da viele Leute standen und den Zug mit einem Lied verabschiedet haben. Die Bahnstrecke führt am Friedhof vorbei, der auf einem Hügel liegt. Da stand unser Pastor Schliemann und segnete den Zug. Das haben wir aber alles erst später erfahren. Das war aber schon berührend und anrührend.

Welche Gefühle hatten wir damals? Für meine Eltern war das schrecklich, ganz klar. Ich denke, meine Eltern wurden auch durch ihre Kinder gehalten. Der Jüngste war gerade fünf, der Zweitjüngste acht. Ich war kurz vor dem 19. Lebensjahr, und die Schwestern sind 1938 und 1940 geboren. Also es war schon eine dramatische, für mich eine dumpfe Stimmung. Ich hatte zwar mein Abitur in der Tasche, es wurde auch noch ein bisschen von den Schulkameraden nachgefeiert. Aber sonst? Wenn ich jetzt daran denke, das geht mir schon ziemlich nahe.

Gut, wir fuhren in die Dunkelheit, waren überzeugt, dass wir nach Sibirien gebracht werden würden. Sibirien, das war sozusagen die

Parole. Ich denke, das war auch den Kommandos, die uns da rausgebracht haben, ganz recht, dass wir die Sorge hatten, wir würden irgendwie in die Sowjetunion ausgewiesen, deportiert werden. Sie wollten Angst und Unruhe erzeugen.

Dann weiß ich nur, dass ich während der Fahrt ziemlich fest geschlafen habe. Und als ich aufwachte, stand der Zug, und es wurden unsere Sachen schon ausgeladen. Wir wussten nicht genau wo. Irgendwo in Mecklenburg. Wir haben dann rumgesucht, wo wir mal irgendwas über den Ort, an dem wir waren, erfahren könnten und waren in Güstrow. Wir wurden von Güstrow aus in die Umgebung, eher verschickt, sozusagen in die Umgebung transportiert. Meine Familie kam nach Tarnow im Kreis Bützow damals, ungefähr in der Mitte zwischen Güstrow und Bützow gelegen. Wir bekamen Räume auf einem Bauernhof, kleine feuchte, richtig feuchte Räume, ein Loch eigentlich. Das war ein Hintereingang zum Bauernhof mit ein paar Räumlichkeiten daneben. Es war ziemlich bedrückend, weil wir gar nicht wussten, wie wir in den Räumen mit sieben Leuten unterkommen sollten. Die Möbel, die wir hatten, konnten auch gar nicht aufgestellt werden. Die wurden erst einmal zum Teil auf den Boden des Bauernhauses gebracht. Später bekamen wir mehr Räume, dann konnte man die auch aufstellen.

Das Dorf wurde informiert, dass Kriminelle kämen. Das wussten wir nicht. Aber natürlich ist dann ein bisschen Zurückhaltung, um mit den Leuten ins Gespräch zu kommen, sich anzufreunden. Es war schwer. Mit dem Bauern, der Bauernfamilie, das ging, es gab sich allmählich. Meine Eltern und wir als Familie waren sehr kirchlich eingestellt. Ich denke, dass auch daher die ‚feindliche Haltung‘ kam, dass wir regelmäßig die Kirche besuchten und in Dömitz in der Jungen Gemeinde mitgearbeitet haben. Mein Bruder, der hat sich in der FDJ engagiert, aber kriegte plötzlich ein Verfahren an den Hals, weil er irgendwas nicht so richtig gemacht hatte und wurde abgesetzt, als ‚nicht zuverlässiger Erster Sekretär‘ unserer Oberschulgruppe. Wir hatten eine sehr aktive Oberschulgruppe.

Wir brachten auch einiges an Kultur mit rein in das kleine Dömitz. In Tarnow war dann natürlich die Kirche für uns ein Anlaufpunkt, und wir haben da auch gute Erfahrungen gemacht, gerade mit den Freunden, die wir in der Jungen Gemeinde und in der Kirche getroffen haben. Ich denke, bis hierhin reicht erst einmal mein Bericht und vielleicht später mehr.“

Dr. Wolfram von Scheliha: „Vielen Dank für diese sehr berührenden Erlebnisse, die Sie geschildert haben.“

Frau Fleischer, Sie kommen aus Sachsen-Anhalt, ursprünglich aus Cheine. Das ist heute ein Teil von Salzwedel. Aber damals war es eine kleine Gemeinde. Wie ist die Zwangsaussiedlung damals bei Ihnen abgelaufen? Wie haben Sie das erlebt? Wann haben Sie erfahren, dass Ihre Familie zwangsausgesiedelt wurde?“



Anneliese Fleischer

Anneliese Fleischer: „Ja, ich muss hier eigentlich heute noch sagen: Ich bin erschüttert, dass manche das nicht geschafft haben und das mit dem Leben bezahlt haben. Das ist sehr bedauerlich. Wir haben es geschafft.“

Um die 14 Jahre alt war ich, bin auch in der Schule gewesen, und da wurde ich vom Klassenlehrer rausgeholt und sollte nach Hause kommen. Da bin ich dann auch hin. Meine Schwester ist auch dazu geholt worden, und da saßen meine Eltern schon im Wohnzimmer. Und wie üblich kriegten wir auch ein Schreiben vorgelegt, dass wir zu unserer Sicherheit raus sollten, denn ‚wir werden vom Westen bedroht‘. Mein Vater hat es aber nicht unterschrieben. Und dabei blieb es dann. Unterstützung hatten wir keine. Nur das Mädels, was wir zu Hause hatten, das hat geholfen.

Und dann kam eine, die im achten Monat schwanger war, sie hatte das gehört und kam den Gartenweg runter. Die war noch zur Hilfe mit dabei. Mein Vater selbst konnte nichts machen, weil er sich beim Färsenmelken ein Bein gebrochen hatte. Also war ich mit meiner Mutter dann soweit alleine am Räumen. Da ringsum die Polizei bereitstand, kam keiner dazu. Auch Schulzens als Nachbarsleute waren wahrscheinlich nicht informiert, konnten nicht kommen. Also es wurde eben abgesteckt.

Unser Besitztum waren 45 Hektar, zwei Bauernhöfe, ein Tagelöhnerhaus, zehn Hektar gingen schon an die Bodenreform als Flugzeugplatz bei Hitler ab. Also für 35 Hektar waren wir Soll[zins] gebunden, hatten unsere Verpflichtungen eingehalten. Aber wie gesagt, wir waren am 29. Mai die ersten. Meiner Ansicht nach ging das von der Gemeinde aus, vom Bürgermeister Knoch. Und der Lehrer Lampe, der wusste wahrscheinlich auch Bescheid, und der guckte sehr hinterher.

Wie gesagt, es half nichts. Die Fahrzeuge standen bereit, es musste aufgeladen werden. Wir hatten Kiepen mit Heu. Porzellan rein, Spiegel rein, und die Hälfte war zerdonnert. So ungefähr ging die Bereitstellung. In einer Stunde, sagte man uns, sollten wir [das Haus] verlassen. Wir sind dann nach Ellenberg gekommen, dann trafen wir auch Leute von Barnebeck oder irgendwoher waren sie, die liefen alle Wagen ab. Und dann sind wir nach allem auch ins Rollen gekommen bis Salzwedel, bis zur Ritzer Brücke. Und da sagte mein Vater: ‚So, das wird wohl das Ende sein, hier wurden 1945 die Juden erschossen. Jetzt sind wir dran‘.

Aber vor dem Finsterwerden fuhr der Zug an. Dann sind wir weiter gerollt, und Gott sei Dank sind wir dann nächsten Mittag in Delitzsch am unteren Bahnhof gelandet. Da kriegten wir die erste Nudelsuppe. Da haben wir uns sozusagen eigentlich noch gefreut, dass wir nicht weiter, wie schon gesagt wurde, nach Sibirien, Russland und, und, und gebracht wurden. 1948, 1949 zu Hause noch, da kamen die ganzen Ostausiedler an uns vorbei. Über die Bauernhöfe wurden die

Panjewagen aufgenommen und versorgt, und die gingen durch die Dumme [Fluss] über die Grenze. Und da sagten die: ‚Herr Niemeyer kommen Sie mit, wir reißen aus vorm Russen.‘ Und da sagte mein Vater: ‚Ich kann doch meine Wirtschaft nicht hinterlassen, die so und so lange vererbt worden ist.‘ Das war 1948, 1949. Und 1952 waren wir dran. So, und dann waren wir froh, dass wir in Delitzsch angekommen sind, da standen auch die Lkw bereit.

Und dann das Bisschen, was wir mitkriegt: Wohnzimmer, Schlafzimmer – Kinderzimmer wollten sie gar nicht mitgeben – und Küche. Meine Mutter sagte: ‚Na und meine Mädels?‘ Dann kriegten wir es mit. Es war ganz schön. Aber als wir dann in Seelhausen bei Familie Klöpsichs ankamen, da kriegten wir anderthalb Zimmer, und da mussten wir dann das Wohnzimmer und auch die Wäsche im Saal unterbringen. Da lag ein Haufen Getreide, und da sagten Klöpsichs: ‚Uns wurde das nicht gesagt, dass eine ganze Familie kommt! Ja, und Sie wären Grenzgänger gewesen!‘

Ja, wir waren doch keine Grenzgänger. Wir waren zwar über die Grenze gegangen, um landwirtschaftliche Ersatzteile zu holen von Bergen, weil die Maschinen dort erzeugt worden sind. Und die Ersatzteile gab es nur dort, und Öl, um die Leute zu versorgen, denn wir hatten gerade einen Topf Kochkäse mit im Waggon und das war alles. Und da waren wir froh, dass wir dann die erste Versorgung hatten und haben das andere Geschlachtete vom Keller hochgeholt. Aber das mussten wir alles wieder runter schaffen zur Versorgung der Leute. ‚Das muss dableiben. Sie kommen in vier Wochen zurück.‘ Ja, das haben wir natürlich nicht geglaubt. Wozu dann eine Umsiedlung?

So, nun kamen wir in Seelhausen an. Und das Konto blieb natürlich für die Leute in Salzwedel ohne einen Pfennig Geld. Wie meine Eltern das gestemmt haben! Also das ist unbeschreiblich. Heute regt man sich über jedes bisschen auf, die fingen mit Null an. Eine DDR-Mark kriegten wir beim Landwirt, wenn wir auf dem Feld mitgeholfen haben, Rüben verzogen. Ich musste mitgehen, wir mussten uns das al-

les so zusammenknabbern, und da sagte mein Vater: ‚So, – für die Landwirtschaft waren wir zu Hause nicht mehr gut genug – und ihr Mädels lernt jetzt was anderes.‘

Da habe ich dann nach einem Jahr eine Stelle bekommen – ich hatte Stenographie und Schreibmaschine zwischendurch privat erlernt – als Großhandelskaufmann. Das habe ich beendet und war darin zehn Jahre tätig. Meine Schwester hat Schneiderin gelernt. Und wie das Unglück so will oder das Glück: Meine Verheiratung fand dann wieder auf einem Bauernhof statt. Meine Mutter war, als ich 17 war, verstorben, und ich hatte dann nur noch meinen Vater und meine Schwester. Mein Vater war eigentlich sehr glücklich über den Beruf, den wir beide erlernt haben und dass wir dann doch wieder zurück in die Landwirtschaft gingen. Das haben wir uns dann – er hat viel mitgeholfen – mit Erfolg erweitert und aufgebaut.

Und weil Seelhausen in der Zeit des Braunkohleabbaus verschwunden ist, der ganze Ort wurde abgebaggert, da waren wir froh, dass wir in Delitzsch, dem nächsten Ort, eine Bleibe hatten. Nun lebe ich da schon 61 Jahre. So ist es dann noch, wollen wir mal sagen, zum Guten ausgegangen. Aber nur durch viel Arbeit, durch viel Verzicht. Urlaub kannten wir damals alle gar nicht. Und dann haben wir uns in Delitzsch zusammengefunden, die Ausgesiedelten von der Altmark, haben zusammen Geburtstag gefeiert und dies und jenes. Und daraus ist auch einiges zurückgeblieben. Aber wie gesagt, es waren schwere Zeiten.“

Dr. Wolfram von Scheliha: „Ja, wenn man das so hört, kann man das nur bestätigen, dass es eine sehr schwere Zeit für Sie und Ihre Familie war.“

Anneliese Fleischer: „Ich muss doch noch einmal etwas sagen. Die Sehnsucht ist immer noch die Altmark, ist Cheine.“

Dr. Wolfram von Scheliha: „Ja, das ist die Sehnsucht nach der Heimat, die eben geraubt worden ist.“

Anneliese Fleischer: „Na, vor 61 Jahren. Wo ich nun wieder auf einem Bauernhof bin. Das lag drin, das hat mir gefallen. Aber die Sehnsucht bleibt immer noch die nach Cheine.“

Dr. Wolfram von Scheliha: „Das kann man sehr gut nachvollziehen. Ja, vielen Dank für diese Offenheit und die bewegenden Worte. Herr Schrimpf, Sie kommen aus Thüringen, aus dem Grenzort Probstzella. Thüringen, da waren besonders scharfe Politiker, wie wir eingangs gehört haben, z. B. der Ministerpräsident. Wie ist die Aussiedlung bei Ihnen vonstattengegangen?“

Gerd Schrimpf: „Das ähnelt sich in vielen Dingen, wenn man die Berichte hört, wie zu dieser Zeit die Aussiedlungen, die Zwangsaussiedlungen vonstattengingen. Bevor ich dazu komme, was konkret bei uns gewesen ist, damals in Probstzella, vielleicht noch eine kurze Bemerkung zu etwas anderem: Was mich bedrückt, ist eigentlich die Unkenntnis dieses Vorgangs vor 70 Jahren, der für viele Betroffene sehr nachgewirkt hat. Und wenn man heute davon spricht? In vielen Ländern, auch hier in Sachsen-Anhalt, würde wohl doch eine Entschädigung in Aussicht gestellt. Wenn ich dann aber sage: von 12.000 schätze ich, sind heute noch vielleicht 500 da. Denn das biologische Alter, es geht weiter und wir mit über 80 Jahren, wir haben nicht mehr viel zu erwarten. Es hätte schon viel früher etwas geschehen müssen in allen Bundesländern.“



Gerd Schrimpf

Foto: © UOKG

Ich bin gern ein Thüringer. Ich habe meine Heimat, ich liebe sie. Aber als diese Entscheidung getroffen wurde oder die Entscheidung gefallen ist, dass Thüringen eine Regierung bekommt, die ich gar nicht

mag, da war ich ziemlich sauer und bin es eigentlich jeden Tag. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass eine linke Partei heute über uns bestimmt, uns belügt. Und eine Frau Hennig-Wellsow sich so benimmt, wie ein dummes, kleines Kind, einen Blumenstrauß einem Abgeordneten hinschmeißt und noch dumme Bemerkungen macht, das kann ich nicht verstehen, und das ist natürlich furchtbar.

Und dieser Herr Ramelow, ich habe mir alle alten Zeitungsartikel aufgehoben. Seit sechs Jahren predigt er davon, er will etwas tun, will sich zusammensetzen mit seinen Kollegen, den ostdeutschen Ministerpräsidenten, um da eine einheitliche Regelung zu finden, damit wir entschädigt werden. Ich habe mir wieder so eins rausgezogen, da, wo er das gesagt hat: ‚Mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Betroffenen von Zwangsaussiedlungen aus dem früheren Grenzgebiet nach Ansicht ihres Interessenverbandes noch immer benachteiligt.‘ Und wir wissen das, die Thüringer wissen das sowieso, dass da nur leere Worte gesprochen werden, da passiert gar nichts, überhaupt nichts. In vielen Dingen lassen die uns links liegen, und es gibt keine Unterstützung.

Und wenn man im Nachhinein noch sagt: ‚Ihr seid damals zwangsausgesiedelt worden, es wird schon etwas Wahres daran sein, dass wir einen Grund hatten, damit ihr rauskommt.‘ Das sind die Meinungen einiger. Und unser rotes Suhl. Ich sage immer ‚unser rotes Suhl‘. Ich bin ja Suhler. In dieser grünen Stadt, die ein zerschossenes Rathaus hat, heißt es immer, wo heute diese Geschichtsmesse auf dem Ringberg im Ringberghotel ist. Da ist das ganz schlimm. Diese alten Genossen, diese Scharen, die früher immer zusammengearbeitet haben, die stehen heute noch in der Fußgängerzone zusammen und diskutieren und wünschen sich bestimmte Dinge zurück. Das weiß ich. Man hört es auch. Und das ist das Schlimme, dass so etwas heute noch passieren kann.

Ich habe es ja nun selbst erlebt, ich bin an eine Schule gekommen, das war ja fast eine Strafversetzung. Ich habe sie die Stasi-Schule genannt: Dr. Richard Sorge. Der Name sagt schon alles. Er war „Kund-

schafter“. Da war die Einheit der Staatssicherheit bei uns. Da wurden in dem Schuljahr 1989/90 von 60 Lehrern nur zehn Lehrer für das neue Gymnasium übernommen. Wir wurden dann ein Gymnasium. Und die anderen 50 wurden alle überprüft. Wir haben im Nachhinein herausbekommen, dass jeder zehnte Lehrer ein inoffizieller Mitarbeiter der Stasi war. Und diese Leute, von den 50, die überprüft worden sind, sind 30 wieder in den Schuldienst gekommen, weil sie den Prozess gewonnen haben. Da hat Thüringen wieder versagt. Thüringen hat auch versagt in dem, was heute schon mal erwähnt wurde, dass die das damals veranlasst hatten, diese Aussiedlung, dass keiner verfolgt bzw. bestraft worden ist. Die Prozesse haben die alle gewonnen, und wir saßen da und hatten gar nichts. Das ist für mich eine persönliche Sache. Also das juckt mich unheimlich, dass da nichts geschieht. Und da müsste wirklich mehr publiziert werden. Und wir können ja dazu beitragen. Aber wir, die über 80-Jährigen, wir haben doch nicht mehr die Kraft und den Mumm, jetzt hinzugehen und mit den Leuten zu sprechen.

Ich war voriges Jahr in einer zehnten Klasse am Gymnasium und habe einen Vortrag gehalten, und da wurde mir vom Klassenlehrer gesagt: ‚Pass auf, die sind ziemlich vorlaut. Da haben wir Probleme mit dieser zehnten Klasse, die sind nicht unsere Besten. Aber du schaffst das schon.‘ Sie können mir glauben, ich habe anderthalb Stunden geredet. Es war mucksmäuschenstill. Keiner hat gewagt, irgendwas zu äußern oder zu stören oder irgendwas. Die waren so tief beeindruckt von der Schilderung der Zwangsaussiedlung von den Betroffenen, was die mitgemacht haben. Sie haben ja nichts gewusst! So geht es vielen Bürgern. Die wissen nichts. Sie kennen das gar nicht, was sie erlebt haben.“

Dr. Wolfram von Scheliha: „Deswegen ist es ja so wichtig, dass wir das heute auch noch mal alles erzählen und hier schildern. Und es ist gerade wichtig, dass die Zeitzeugen in die Schulen gehen und das den jungen Menschen mitteilen. Ich glaube, jeder hier im Saal kann Ihre Wut und ihre Empörung über das was passiert ist, verstehen.“

Gerd Schrimpf: „Ich habe das einige Male gemacht, ich habe auch Vorträge gehalten. Es war wirklich gut, aber es ist zu wenig, es ist viel zu wenig.“

So, jetzt zu meiner Situation. Also, es war der 5. Juni. Mein Vater war, bevor er in den Krieg musste, im öffentlichen Dienst tätig. Er war Postangestellter, war NSDAP-Mitglied. Und da war die Sache schon raus. Als er aus dem Krieg zurückkam, 1947, musste er zur Strafe in den Wald gehen, musste dort bis zur Aussiedlung arbeiten. Kein anderer Arbeitsplatz, nichts.

Es kam so: früh morgens um sechs hat uns die Mutter noch einmal erzählt, kamen fünf Personen unter Führung des Bürgermeisters an die Tür, klopfen und machten meiner Mutter klar, dass wir zu den unerwünschten Personen dieses Ortes gehören, dass wir nicht mehr willkommen sind. ‚Sie werden bis 10 Uhr diesen Ort verlassen müssen: die Autos fahren vor, die Lkw nehmen die Mühle mit und Sie halten sich hier zurück und warten, was dann geschieht.‘ Na gut, meine Mutter kam gleich ins Weinen. Mein Vater wurde aus dem Wald geholt, er war ja dort als Waldarbeiter tätig. Er hat auch einen ziemlichen Wutausbruch gehabt, aber er hat sich dann beruhigt oder man hat ihn beruhigt und dann ging es los. Der größte Teil der Möbel wurde verladen. Ein Teil blieb noch, konnte nicht mit, blieb dort in Probstzella. Wir hatten eine Hasenzucht, hatten dort auch ein kleines Grundstück, eine Wiese. Darüber hat man gar nicht gesprochen.

Und dann ging es um 10 Uhr, oder zwischen 10 und 12 Uhr weg aus Probstzella. Auf einem Lkw wurden wir zum Bahnhof Eichicht gebracht. Das ist kurz vor Saalfeld. Da ist ein Bahnhof, der ziemlich im Wald liegt, wo die Bevölkerung keine Einsicht bekommt, was da los ist. Und da standen Viehwaggons bereit. Eine Reihe. Man kann es sich nicht vorstellen: Viehwaggons! Wir waren ja ‚Ungeziefer‘. Und in diese Viehwaggons wurden wir verladen. Da war ein bisschen Heu drin, ein bisschen Stroh. Und da saßen wir von mittags bis abends. Erst als die Dunkelheit kam, kam der Zug in Bewegung, und wir wussten gar nicht, wo es hingeht.

Keiner hat gesagt, was los ist. Nur durch die kleinen Schlitzlöcher bei so einem Viehwagen haben dann die Eltern geschaut, wo es hingeht. Wir haben den Bahnhof Saalfeld gesehen, den Bahnhof Arnstadt, und dann ging es Richtung Zella-Mehlis, und in Zella-Mehlis hielt der Zug an. Von Probstzella waren es an diesem Tag 17 Familien mit 57 Personen, die ausgesiedelt worden sind. Die meisten wurden hier aus dem Zug genommen und in ihre Orte verwiesen. Einige Familien in Zella-Mehlis, dann Steinbach-Hallenberg, Schmalkalden, Suhl, wurde alles aufgeteilt. Und nun ging es darum, wo kommt ihr hin? Ich schäme mich fast heute noch, wenn ich sage, was die mit uns gemacht haben.

Wir wurden in einen ehemaligen Pferdestall hineingebracht. Es ist nicht zu glauben! Wer würde sich das heute noch erlauben, so was? Und in diesem Pferdestall, da hat es noch gemieft, gerochen. Die Bretter wurden erst ein, zwei Tage vorher aufgeschlagen auf dem Fußboden, damit das bisschen verdeckt ist. Und alles im Untergeschoss, also in Erdbodennähe, mussten wir in die Wohnung gehen. Meine Eltern waren verzweifelt. Ich war 13 Jahre. Man hat es als Kind nicht so hingemommen und hat es nicht so verstanden. Ich hatte mir damals gewünscht, wenn ich etwas älter gewesen wäre, wäre ich wahrscheinlich gleich Richtung Grenze gegangen oder mit dem Bruder zusammen. Aber es hat sich keiner gewagt. Es waren zwei Zimmer. Es war keine Toilette da. Es war eine Wohnung direkt neben einem Sägewerk. Vor unseren Fenstern lagen die Baumstämme, die die Pferdefuhrwerke immer gebracht haben. So war das ja früher. Die Pferde haben die gezogen, sie transportiert. Das lag alles vor unseren Fenstern. Und wir hatten zusammen mit den Arbeitern, es waren ungefähr zwölf Beschäftigte im Sägewerk, eine Toilette, die über den Hof war. Wir hatten im Haus gar nichts. Wir mussten nachts, auch im Winter, wenn es draußen gefroren war oder wenn schlechtes Wetter war, immer über den Hof zur Toilette gehen.

Für die Männer war draußen zwischen dieser Toilette und dem Haus, in dem wir gewohnt haben, ein öffentliches Pissoir, eine Rinne. Die

haben sich jeden Tag hingestellt, die Männer und haben in diese Rinne eben das gemacht, was man normalerweise in so ein Pissoir macht. Und das hat natürlich Ratten angezogen und anderes Getier. Wir hatten den ganzen Sommer über in der Wohnung alles voller Ameisen. Die Ameisen kamen runter, und wo sie herkamen, wissen wir nicht. Wahrscheinlich durch die Tiere. Zehn Jahre lang haben wir in dieser Wohnung wohnen müssen! Es ist nicht zu glauben. Wir haben alles gemacht. Ich habe Briefe geschrieben. Meine Mutter war fast jede Woche auf dem Wohnungsamt, hat mit dem Bürgermeister gesprochen. Und eben dieser Bürgermeister sagte zu mir: ‚Na komm, ich weiß nicht, was bei euch gewesen ist, vielleicht habt ihr doch was gemacht, dass die einen Grund hatten, euch auszusiedeln.‘ Das hat der Bürgermeister gesagt!

Dann ging es ja weiter, der Werdegang durch die Umsiedlung: Ich kam in die Schule in Zella-Mehlis, siebte Klasse. Es war kurz vor den Sommerferien, es war Juni. Und der Lehrer, dem ich das heute noch nachtrage, der hat vor den Kindern gesagt: ‚Wollen wir mal sehen, was der Neue hier,‘ – der Neue hier! – was der so alles kann. Sag uns noch einmal ein Gedicht auf.‘ So. Na gut. Ich war natürlich gehemmt, verlegen. Ist doch klar. Erst die Umsiedlung und der Ärger mit allem. Die Eltern waren verzweifelt. Und ich komme in die Schule und soll da gleich beweisen, was ich kann. Da habe ich, das weiß ich heute noch, da habe ich den Osterspaziergang von Goethe ‚Vom Eise befreit‘ aufgesagt, so in meinem Dialekt, ‚Probstzella-Dialekt‘ hat man das genannt. Es geht ein bisschen ins Fränkische, ein bisschen in den Erfurter Dialekt, also so ein Gemisch. Aber gut, wir haben das nicht wahrgenommen als Einheimische. Aber jetzt hat sich die ganze Klasse fast gebogen vor Lachen. Die haben dann gefragt: ‚Kann denn der auch Deutsch?‘ So haben die mich bloßgestellt. Und mit dieser Klasse – ich kenne das ja nun, wie es läuft in den Schulen. Ich habe das ganze letzte Schuljahr keinen Kontakt gefunden, bin nicht warm geworden mit denen. Ich habe sogar die Konfirmationsfeier ausgelassen. Es war mir so peinlich. Das hat mich innerlich so gewurmt und getroffen, da ich auch wusste, was

ich konnte, und dass ich zu Hause in Probstzella, in der Schule, anders, ganz anders dagestanden habe. Und die stellen mich als dummen Kerl bloß. Was will der halt hier?

Und dann ist noch das andere: Zella-Mehlis ist ein Ort, der finanziell sehr gut dasteht. Auch heute übrigens noch! Viele Handwerker, viele Privatleute, die etwas besessen haben, etwas produziert haben. Sehr gute Familienverhältnisse. Und wenn da einer kommt, von der Grenze, der da ausgesiedelt wird! Womöglich ist es einer, wo die Eltern nicht arbeiten wollten, oder er ist asozial, wie wir genannt wurden, all diese Begriffe. Das hat sich alles so rumgesprochen, das war für mich ganz einschneidend. So, und dann ging es weiter.

Ich habe dann meine Leistung wieder gebracht zu Beginn der achten Klasse. Da gibt es immer eine Schulkonferenz, wo die Lehrer festlegen, wer zum Abitur zugelassen wird. Das war ja damals nach der achten Klasse EOS (Erweiterte Oberschule). Und dann hat man mich, im Nachhinein haben wir das erfahren, abgelehnt. Meine Eltern hatten den Antrag gestellt zur EOS. Und der Klassenlehrer kam zu einem Elternbesuch zu uns nach Hause. Er hat meinen Vater gut gekannt und gesagt: ‚Also, es hat gar keinen Zweck. Euer Junge kommt nicht zur EOS. Er wird nicht delegiert.‘ Die Eltern haben es hingenommen. Ich hätte ja damals gekämpft. Man hätte mehr wissen müssen. Dadurch war es aus, und ich musste dann eben einen Beruf erlernen. Ich meine, es ist keine Schande, einen Beruf zu erlernen. Das ist auch gut. Aber ich wollte eben die Hochschulreife haben. Ich hatte ja vor, weiter zu studieren. Übrigens, mein Berufswunsch war damals, Pfarrer zu werden. Na gut, manche lächeln drüber, aber das war ja nun mein Wunsch. Und das war ja nun passé. Also Theologie zu studieren, das war nichts. Gut, das hat sich weiterentwickelt, teilweise negativ entwickelt, auch für mich.

Ich habe viele Verfahren am Hals gehabt und habe dann durch Zufall nach meiner Lehre als Werkzeugmacher, wo ich leider zum Kaderleiter [Personalchef] gegangen bin und habe gesagt: ‚Wie sieht es aus? Ich möchte studieren, delegiert mich doch.‘ Und er sagte:

„Du, wenn du nicht zwei Jahre zur Kasernierten Volkspolizei gehst, werden wir dich nicht studieren lassen. Du wirst vom Betrieb nicht delegiert. Aber wenn du jetzt ja sagst, machen wir das schon klar.“ Ich war ziemlich stur damals.

Ich habe gesagt: „Nein, das mache ich nicht. Dann studiere ich lieber nicht. Lass mal sein.“ Nach einem halben Jahr kommen sie wieder an, die gleichen Genossen und haben gesagt: „Hör zu, wir machen dir einen Vorschlag zur Güte. Zurzeit werden Lehrer gesucht. Das wäre doch was für dich! Aber es sind leider nur Unterstufenlehrer. Du hast ja kein Abitur, hast keine Hochschulreife.“ So, und was habe ich aus Verzweiflung gemacht? Ich wollte was studieren und bin dann zum Studium nach Meiningen gegangen. Ich sollte dort drei Jahre studieren. Und nach zwei Jahren hat man mich nicht entlassen, man kann fast sagen befördert: ich dürfte schon in die Schule gehen. Man hat mir ein Jahr geschenkt. Es war 1959. Dann habe ich viel erlebt. Es waren viele Dinge, die ich während meiner Schulzeit [erlebt habe], Beobachtungen. Ich habe Staatssicherheitsberichte hier, was man alles mit mir gemacht hat und was man vorhatte. Aber na gut, es ist eine Zeit gewesen, die durch diese Zwangsaussiedlung vieles im Leben verändert hat. Traumatisiert war man teilweise. Da wird ja einiges dazu gesprochen werden.“

Dr. Wolfram von Scheliha: „Herr Schrimpf, auch Ihnen vielen Dank für Ihre sehr bewegende Geschichte. Aber was wichtig ist, und das haben wir ja eigentlich bei allen Zeitzeugen auch schon gemerkt, dass das Unrecht mit der Zwangsaussiedlung nicht vorbei war, sondern dass es auch den weiteren Lebensweg in der DDR sehr stark bestimmt hat. Und dass dieses Stigma, als ‚politisch unzuverlässig‘ zu gelten oder was unter dem Stichwort ‚Ungeziefer‘ so benannt worden ist, dass Sie das doch auch ein ganzes Stück weiter begleitet hat und dass es Sie danach im Grunde auch noch verfolgt hat. Und auf diesen Punkt würde ich gerne noch einmal näher eingehen.“

Frau Busse, haben Sie auch solche Erfahrungen gemacht, dass Sie wegen Ihrer angeblichen Unzuverlässigkeit – Sie selbst waren ja

noch ein Kind, Sie selbst waren ja nicht unzuverlässig, aber Ihre Eltern wurden so stigmatisiert – haben Sie auch solche Erlebnisse gehabt?“

Marie-Luise Busse: „Die haben sich alle distanziert verhalten in unserem Umfeld. Lediglich die Verwandten und gute Bekannte, die wussten ja, was geschehen war. Aber die anderen haben das einfach nicht geglaubt. Es war nicht anzunehmen, dass der Staat DDR, der sich ja nun frisch etabliert hatte und der nur Parolen des guten Willens rausposaunt hat, dass der so etwas macht. Das wollte keiner glauben, und es wollte auch keiner hören.“

Dr. Wolfram von Scheliha: „Und dauerte das die ganze Zeit bis 1989 oder hat sich das Verhalten Ihnen gegenüber auch mal geändert?“

Marie-Luise Busse: „Man hat sich dann auch bewiesen, will ich sagen. Ich habe gelernt und habe dann die Tippeltappeltour bis zum Studium und bis zur Arbeit gemacht. Und dann war man dem alten Umfeld oder da, wo man hingekommen ist, ja schon entronnen. Und in dem neuen Umfeld, da hat man das erzählt. Aber Sympathie hat man auch nicht dafür gefunden oder Gehör, wenn man das so will. Nein. „Die trägt dick auf. Das ist wohl alles gar nicht so gewesen, wie es war und wer weiß, was dann noch war.“

Mein Vater ist nicht aus dem Krieg wiedergekommen. Meine Mutter war alleine mit dem Hof und dann später mit dem Lebensgefährten. Das war dann auch schon anrühlich. Das war ja dann auch alles nicht so und na ja: „Und da wollen wir sehen, was die dann nun so bringt.“ Aber wir haben uns durchgeschlagen, muss ich ehrlich sagen. Alle, die Schicksalsschläge gehabt haben im Leben, sei es die Flüchtlinge von 1945 oder auch andere, die moralisch unten gewesen sind oder moralisch fertig waren. Die haben sich herausgearbeitet, soweit ich die kenne und das gehört habe.“

Dr. Wolfram von Scheliha: „Vielen Dank. Herr Professor Ebel, wie war es bei Ihnen? Sie konnten ja noch Abitur machen. Im Gegensatz zu

Herrn Schrimpf hatten Sie ja das Glück, dass Sie gerade in dem Alter waren.“

Prof. Dr. Adolf Ebel: „Natürlich hat die Ausweisung, die Zwangsausiedlung, das Leben von uns allen enorm geprägt. Fangen wir bei meinen Eltern an. Die standen ohne Einkommen da, waren vorher selbstständig und mussten erst einmal sehen, wie sie überhaupt finanziell über die Runden kommen. Mein Vater wurde in Güstrow von den Ärzten krank, arbeitsunfähig geschrieben. Der war durch die Ausiedlung wirklich fertig. Der konnte nicht mehr und ging in den Ruhestand mit einer Minimalrente. Ich weiß gar nicht, wie das finanziell dann überhaupt gelaufen ist. Mein Bruder Karl-Heinz in Berlin, dem wurde gesagt, das sei alles ‚Fake‘, also ‚Fake News‘, die Aussiedlung hätte es gar nicht gegeben. Er sagte dann in seiner Seminargruppe: ‚Aber meine Eltern!‘ Also er hat dann erzählt, dass das wirklich wahr ist. Der stand dann auf der Liste, ich würde mal sagen von der Stasi. Da wurde mit Verhaftung gedroht. Der packte dann seine Sachen, kam kurz noch einmal zu Besuch zu uns, eine Nacht. Da war gerade Schweinepest, in dem Dorf in dem wir waren. Wir sind dann heimlich rausgeschlichen. Rein konnte man, aber raus eigentlich nicht. Wir haben es dann durch die Wälder schon geschafft, zum Bahnhof Bützow.

Und der war dann zunächst in Westberlin und hat seinen Weg weiter gemacht im Westen. Meine beiden Schwestern und die beiden jüngeren Brüder, die mussten in Tarnow in die Schule, und was sie da erfahren haben, ist sehr unterschiedlich. Ich weiß relativ wenig davon. Meine Schwester ist hier, die könnte sicher mehr darüber erzählen. Ich weiß nur, dass einer meiner Brüder, der auf die Oberschule wollte, nicht durfte, weil die Schulleiterin absolut gegen ihn war. Er war Bester oder Zweitbester in der Klasse, aber als Zwangsausgesiedelter und ‚Volksfeind‘, sozusagen, gehörte man nicht auf die Oberschule. Mein Vater war ein Kämpfer, in der Beziehung. Der hat es dann geschafft, durch Behördenbesuche und auch Rumfragen – wo ist denn hier in Mecklenburg vielleicht in der Oberschule ein Platz frei? – einen gefunden und dann konnte er da auch seinen Weg machen.

Aber das waren alles so die Folgen, direkte Folgen der Zwangsausiedlung. Der jüngere Bruder landete nachher im dualen Bildungssystem, dem Abitur und der Berufsausbildung nebenher. Das war in Wittenberge, wo er unterkam.

Ich selbst wollte Theologie studieren, habe das – ich habe ja hier sozusagen einen Geistesfreund – in Rostock auch begonnen, zwei Jahre lang und war dann raus aus dem Ort. Ich habe dann auch eine völlig andere Umgebung gehabt, eine Umgebung, in der ich aufgenommen und auch getragen wurde. Das war ganz wichtig für mich. Ich habe aber nach zwei Jahren das Theologiestudium aufgegeben, wollte ein naturwissenschaftliches Fach studieren. Und da kriegte ich es mit der Zwangsausiedlung zu tun. Man sagte mir zwar, man würde mir einen Studienplatz zur Verfügung stellen, aber ließ einfach die Akten irgendwo liegen. Und als ich merkte, das wird nichts mit dem Studium in der DDR – die ich nicht verlassen wollte, ich wollte bei der Familie bleiben –, daraufhin habe ich dann auch meine Koffer gepackt und bin über Westberlin in den Westen gegangen.

Das war 1955, da war ich weg. Ich muss noch dazusagen, da war immer auch viel Persönliches dabei. Ich war heftig verliebt, als wir ausgewiesen wurden und musste mich von meiner Freundin trennen, und die wusste auch nicht wo wir hin [sind]. Sie sitzt jetzt da [zeigt ins Publikum]. Das ist alles gut gegangen, würde ich sagen. Aber mit welchen Ängsten das alles verbunden war. Dann auch nachher meine Flucht in den Westen. Da war auch wieder die Frage: bleiben wir zusammen oder bleiben wir nicht zusammen? Aber es hat gehalten über die Grenzen hinweg und auch über alle schwierigen Umstände. Gut, so viel erst einmal. Ich weiß nicht, ob Sie vielleicht noch über die 1990er Jahre sprechen. Dann kommt da noch ein bisschen mehr.“

Dr. Wolfram von Scheliha: „Machen wir gleich noch ganz kurz. Frau Fleischer, haben Sie irgendwelche Diskriminierungen oder können Sie das noch einmal erzählen, welche Diskriminierungen Sie in der

DDR nach der Zwangsaussiedlung erfahren haben? Sie haben das ja auch schon ein bisschen angedeutet.“

Anneliese Fleischer: „Nein, es ging eigentlich dann seinen Weg, beruflich und so. Aber ich bin mir klar darüber, dass wir danach – muss ich noch mal sagen – sicherlich beobachtet und weiterhin verfolgt worden sind, auch im Ort. Der Nachbar war der Bürgermeister, der hat mit Sicherheit den Auftrag gekriegt, uns zu beobachten, wie wir uns verhalten, ob wir wieder zurückwollen, ob wir in den Westen ausweichen wollen oder über Berlin. Also ich denke mir, beobachtet worden sind wir hinterher auch noch. Aber wie gesagt, wir hatten beide, meine Schwester und ich, unseren Beruf.“

Mein Vater ging in die Grube nachdem in der Landwirtschaft alles LPG wurde, Gleisarbeiter war er dann. Aber als wir in Seelhausen waren, ja, das war ja noch so ein Fakt: da wurde er noch einmal abgeholt, und wir wussten nicht wohin. Und dann hat meine Mutter auf Anraten von unseren Nachbarsleuten aus Cheine, Wagenknechts bzw. Schulz, den Hinweis gekriegt, doch sämtliche Gefängnisse anzuschreiben, wo er sich vielleicht befindet. Wir haben angeschrieben: Magdeburg, Torgau, Chemnitz alles Mögliche. Zu 50 Prozent wurde geantwortet. Wer nicht geantwortet hat, war Magdeburg, und da hatten sie ihn in Untersuchungshaft genommen, weil er noch einmal nach Salzwedel runter [gefahren ist] und mit dem Konto etwas klären wollte. Da hatte man auf unserem Hof Schweine abgestochen, Ferkel. Und dafür wurde er im Nachhinein verantwortlich gemacht. Wie weit das ihm nun auch noch später zur Last gelegt werden sollte oder wie, weiß man nicht. Jedenfalls wurde auch beobachtet, dass er Gewehre eingegraben hatte. Und das kam in Magdeburg auch zur Debatte. Das hat er uns nachher erzählt. Aber er hat gesagt: ‚Ich gebe die nach 1945 nicht ab.‘ Sondern er hat sie ungeölt im Grundstück vergraben. Und das hat man ausgegraben, und es war tatsächlich so: er hat es verrostet lassen.“

Aber ich wollte bloß sagen, diese Spitzeltätigkeit, wie die schon nach 1945 funktioniert hat, wie ein Gremium jeden beobachtet hat, was

man so für Geld ausgegeben hat, um jeden einzelnen, nicht nur jetzt von eh und je schon nachzuverfolgen. Aber wie gesagt, dann kam er plötzlich nach dem 17. Juni 1953 nach Hause, weil man in Magdeburg das Gefängnis stürmen wollte. Da fühlte sich die Regierung unsicher und hat alle, die in Untersuchungshaft waren, entlassen. Und dann tauchte er nach einem Vierteljahr wieder auf. Also das mussten wir auch noch erdulden. Im Gefängnis, sagte mein Vater, war einer dabei, von Lieste. Der sagte: ‚Ja, ich kenne das. Ich bin auch politisch verfolgt.‘ Er sagt, er hatte so ein Gefühl dabei, dass auch der Spitzel mit reingesteckt wurde, dass er sich dazu bekennt und die Aussage macht: ‚Ja, ich war es in irgendeiner Form.‘ Und er hat es nicht gemacht. Er hat immer gesagt: ‚Nein, ich war’s nicht, ich war’s nicht.‘ Jedenfalls hatten wir ihn nach einem Vierteljahr wieder, und dann war das erledigt.“

Aber die Bespitzelung! Ich war drauf und dran, auch unsere Akte rauszuholen, ich bin nicht mehr dazu gekommen. Aber es ist interessant zu hören: das sind manchmal Freunde, manchmal Ehepartner, was man im Nachhinein gehört hat, wie man beobachtet wurde.“

Das haftet dem SED-Staat an, die Bespitzelung. Ich meine, jetzt ist ja auch Verschiedenes nicht in Sack und Tüten zu bringen. Aber wie gesagt, wir wurden persönlich jeder beobachtet, dafür hat man sehr viel Geld ausgegeben.“

Dr. Wolfram von Scheliha: „Ja, ja, vielen Dank auch noch einmal dafür. Herr Schrimpf, Sie haben ja schon gesagt, dass Sie zunächst nicht studieren durften. Wie ging es weiter, als Sie nachher dann tatsächlich Lehrer waren? Haben Sie da dann auch noch dieses Stigma gespürt?“

Gerd Schrimpf: „Ja, ich muss dazu sagen, das habe ich anhand meiner Stasiunterlagen erfahren. Die siebzig Seiten habe ich hier in der Hand. Bis 1989 wurde über mich berichtet. Das erste war, dass sämtliche Briefe, die wir geschrieben hatten, geöffnet, kopiert und bei der Staatssicherheit hinterlegt wurden. Selbst als meine Frau mal zur Kur

war und ich das Enkelchen bei mir zu Hause hatte. Das Enkelchen hatte eine Zeichnung mit einem kleinen Haus mit einer Blume und hat gesagt: ‚Für die Oma schicken wir das mit zur Kur.‘ Dieser Brief wurde geöffnet, und diese Zeichnung ist mit in den Unterlagen drin. Von dem Kind! Das kann man sich kaum vorstellen. Ja, also postalisch wussten die über alles Bescheid.

Wenn wir Besuch zu Hause hatten, wurde das Autokennzeichen aufgeschrieben. Wer besucht die Schrimpf? Wer war das? Das wollten Sie wissen. Dann hatten wir im Haus über uns in der Wohnung eine Frau, die beim Rat des Kreises beschäftigt war und die immer gelauscht hat. Die wusste genau, was bei uns in der Wohnung los war. Sie hat auf dem Boden nachgesehen und gesehen, dass der Schrimpf sich zwei Antennen gebaut hat: eine für den Ochsenkopf und eine für den Hohen Meißner, also einmal bayerisches und einmal hessisches Fernsehen. Das war für mich kein Problem, ich habe ja Werkzeugmacher gelernt, da habe ich mir auch Antennen gebaut. Und habe die oben am Boden angebracht. Und sie? Was hat sie zu tun? Bei einer Kreisparteiaktivtagung, die haben immer das Sagen gehabt, beim Rat des Kreises, da ist sie aufgestanden und hat gesagt, sie ist sehr entrüstet, dass es Lehrer gibt in unserem Staat, die Westfernsehen und Westrundfunk hören, die ihre Antennen auf dem Boden versteckt haben. Na, da war was los! Der Vorsitzende vom Rat des Kreises hat sofort dem Kreisschulrat den Auftrag gegeben: ‚Ihr müsst den ranzieren, und ihr müsst ihn so weit bringen, dass er sich die Kanäle oder den Westkanal im Fernsehen‘ – das ging damals – ‚ausbauen lässt.‘ Ich wurde natürlich gleich zum Kreisschulrat bestellt, und es wurde ein großes Gespräch mit mir geführt. Sie haben mir gesagt: ‚Das geht nicht, als sozialistischer Lehrer, da Westfernsehen sehen. Wir verlangen von dir, dass du deinen Kanal in deinem Fernseher ausbauen lässt. Das dürfte ja kein Problem sein.‘ Ich war stur, wie immer. Ich habe gesagt: ‚Nein, der Kanal bleibt drin. Das ist mein Fernseher. Das ist jetzt eine Sache von mir, die ich entscheide.‘ Und da wurden Sie hellhörig und haben noch einmal nachgefragt, in der Schule, überall. ‚Was leistet

eigentlich der Schrimpf für eine Arbeit?‘ Und mein Vorteil war – ich wäre schon längst aus dem Schuldienst rausgeflogen, kann man sagen – dass an der fachlichen Arbeit nichts anzuprangern war, dass alles gut lief.

Wenn Delegationen kamen aus Ungarn oder andere Delegationen, die in der Schule hospitiert haben, zu wem gingen sie in die Klasse? Zum Schrimpf! Jedes Mal. Und das war das Plus bei mir. Sie wollten, sie konnten mich nicht gehen lassen. Das war dann auch mein Vorteil. Das heißt, auf der anderen Seite war es ein Nachteil: 1977 wurde ich wieder zwangsgemäßregelt, dass ich in eine andere Schule kam. Und das war diese Stasi-Schule, Dr. Richard-Sorge, von 1977 bis 1990. Und da wussten die Lehrer über jeden Bescheid. Da waren sie sich sicher, dass der keine Dummheiten machen kann. ‚Und den werden wir jetzt auch immer in Augenschein nehmen.‘ Früh morgens, Montag früh, da war eine Zeitungsschau, aus dem ‚Neuen Deutschland‘ wurde berichtet, diskutiert. Und dann hatten wir das Parteilehrjahr. Es ist klar, dass ich kein Görlitzer war, aber da wäre ich auch nie hingegangen, hätte ich lieber aufgehört. Beim Parteilehrjahr musste man teilnehmen. Bei mir wurde eingeschätzt: ‚Er ist stets passiv. Er sagt nichts, äußert keine Meinung.‘ So wurde ich immer eingeschätzt. Und das war die Zeit, die ich bis 1990 durchgehalten habe. Und 1990 zur Wende, als aus unserer Polytechnischen Oberschule ein Gymnasium wurde: plötzlich wurde ich das erste Mal befördert, anstatt runtergedrückt zu werden. Sofort Stellvertretender Schulleiter vom Gymnasium mit 300 Schülern. Und es hat mich riesig gefreut. Das war die andere Seite.“

Dr. Wolfram von Scheliha: „Auf einmal brauchte man die angeblich Unzuverlässigen. Vielen Dank auch noch mal für diese Schilderung. Eigentlich wollten wir noch auf die Zeit nach 1990 eingehen, aber ich habe schon ein Zeichen gekriegt, dass wir jetzt Schluss machen sollen. Tatsächlich ist unser Panel ja schon eine Stunde über der Zeit. Und insofern gibt es aber bestimmt jetzt im nachfolgenden Gespräch auch noch Gelegenheit, weil das Thema nach 1990 auch ein großes

Thema ist, das dann auch noch in der heutigen Podiumsdiskussion beizutragen. Ich danke Ihnen sehr, sehr herzlich für dieses offene und sehr bewegende Gespräch und dass Sie uns an Ihrer Vergangenheit haben teilhaben lassen. Und ich glaube, das hat noch mal sehr eindrücklich geschildert, dass diese sogenannte Aktion ‚Ungeziefer‘ wirklich ein schwerwiegendes Unrecht war, dass Sie bis heute auch noch bewegt und mit starken Emotionen erfüllt. Und deswegen danke ich Ihnen noch einmal sehr herzlich. Vielen Dank auch für Ihre Aufmerksamkeit.“

Panel Rehabilitierung

Vortrag: „Der schwierige Weg der Wiedergutmachung“



Inge Bennewitz
Aufarbeitungsinitiative
Zwangsaussiedlung (AIZ)

Der schwierige Weg zur Wiedergutmachung – Man könnte auch fragen: eine unendliche Geschichte? Oder späte Rache des SED-Regimes?

Vor fast genau vier Jahren haben Dieter Dombrowski (Bundesvorsitzender der UOKG) und ich eine Petition an den Deutschen Bundestag eingereicht. Sie ist noch nicht abschließend bearbeitet. Wir bitten darin um eine einmalige finanzielle Zuwendung für jeden einzelnen Zwangsausgesiedelten für den zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden durch die grausame Vertreibung aus dem Sperrgebiet, die elende Zwangsansiedlung im Hinterland der DDR und die darauffolgenden Reglementierungen und Schikanen.

Letztere könnte man auch staatlich organisierte Zersetzung nennen. Zwei Tage nach unserer Vertreibung am 3. Oktober 1961 konnte man in der SED-Presse den Grund dafür lesen: Wir waren „unverbesserliche Elemente“, unsere Nachbarn wollten mit uns nichts mehr zu tun haben.

In Lenzen und Dömitz wurden faschistische Literatur, Hetzflugblätter, Stichwaffen, SS-Ausweise u. a. in Ausstellungen gezeigt, die man bei den umziehenden Bürgern fand. Auch unmoralische Elemente, die durch ihren Lebenswandel versuchten, die bewaffneten Organe zu demoralisieren, bekamen einen neuen Wohnsitz zugewiesen. Unverbesserliche Elemente, oft mit den demokratischen Gesetzen in Konflikt gekommen, verließen das Grenzgebiet. Fast alle Personen hatten bei ihren Nachbarn und in der Bevölkerung kein Ansehen. Die Bevölkerung hatte sich schon vorher von solchen Personen distanziert; sie wollten mit ihnen nichts mehr zu tun haben. Trotzdem bezogen die aus dem Grenzgebiet entfernten Personen als gleichberechtigte Bürger der DDR an einem anderen Ort einen geeigneten Wohnraum und werden einer neuen friedlichen Arbeit nachgehen.

Auszug aus der Schweriner Volkszeitung vom 5.10.1961, Regionalseite Kreis Ludwigslust

Nun zum Jahr 1990: schon im Januar wurde an gesetzlichen Regelungen zur Wiedergutmachung gearbeitet. Im September trat ein Rehabilitierungsgesetz in Kraft. Die Zwangsausgesiedelten waren darin ausdrücklich erwähnt, es kam aber nicht mehr zur Anwendung. Fast alle gingen irrtümlich davon aus, beide Aktionen seien Enteignungsaktionen gewesen.

Ende April 1990 trafen sich über 2.000 Betroffene in der Erfurter Thüringenhalle. Viele schilderten, was sie erlitten hatten und verwandelten den Saal in ein wahres Meer von Tränen, darunter auch Fritz Bauers – auf dem Foto noch in der Heimat. Dieser Kongress führte zur Gründung des Bundes der in der DDR Zwangsausgesiedelten (BdZ). Der Begriff Zwangsausiedlungen fand dadurch 1994 Eingang in das Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz. Eine Zwangsausiedlung im Sinne dieses Gesetzes ist es nur, wenn individuelle politische Verfolgung vorlag. Nach diesem Kongress begann ein riesiger Medienrummel über dieses in der DDR verleugnete und im Westen inzwischen vergessene Thema. Es war die Rede von 50.000 Betroffenen. Viele hofften auf eine schnelle Wiedergutmachung. Aber das Gegenteil trat ein.

Bald darauf saßen Ost und West an einem Tisch und handelten den Einigungsvertrag aus. Als die Reihe an die Zwangsausgesiedelten kam, fragte die westdeutsche Seite die ostdeutsche: „Wisst Ihr wie viele es gewesen sind?“ Es herrschte Ratlosigkeit. Die Bundesregierung gab aber fast jährlich eine Broschüre heraus: „Mitten in Deutsch-



Familie Bauers 1959 vor ihrem Haus in Woosmer



Foto der Broschüre „Mitten in Deutschland. Mitten im 20. Jahrhundert. Die Zonengrenze“

land. Mitten im 20. Jahrhundert. Die Zonengrenze“. Darin ist seit 1962 die Zahl der Betroffenen für 1952 fast richtig mit 8.000 und die von 1961 mit 2.000 etwas zu niedrig angegeben. In Folge dessen wurden in Artikel 17 des Einigungsvertrages, der eine zügige und angemessene Entschädigung für politisch Verfolgte vorschreibt, die Zwangsausgesiedelten nicht mehr wörtlich erwähnt. Der 2020 verstorbene Jurist Wolfgang Clement war in seiner Funktion als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag dabei und schrieb mir, Artikel 17 sei auch für unsere Zwecke – die Wiedergutmachung – anwendbar. Er war nicht der Einzige, der mir sagte, es falle ihm schwer, sich an den Gedanken zu gewöhnen, dass beide Aktionen keine Enteignungsaktionen waren. 30 Prozent der betroffenen Familien hatten kein Grundeigentum.

Im Juli fuhr ich in meine alte Kreisstadt Ludwigslust, um die Restitution unserer in „Volkseigentum“ überführten Immobilien zu sichern. Mein Vorsprechen dauerte nicht lange. Nachdem ich erklärt hatte, dass wir 1961 aus Dömitz vertrieben, 1962 enteignet wurden und in der DDR geblieben waren, sagte die Dame mir gegenüber: „Für sie machen wir gar nichts.“ Sie wusste, dass wir entschädigt worden waren. Im Warteraum saß ein Mann, der 1952 betroffen und kurz da-

rauf in den Westen geflüchtet war. Seinen Antrag hat sie zum Glück angenommen, obwohl es weder das „Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen“ – noch die entsprechenden Ämter gab. Mit Vermögensfragen sollten wir uns heute eigentlich nicht beschäftigen, sie sind aber ein Schlüssel zum Verstehen der Tatsache, dass das eigentliche Unrecht, die Vertreibung, bis heute keine Würdigung durch eine angemessene Entschädigung erfahren hat.

Der Begriff „Offene Vermögensfragen“ entstand 1972 im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag. Über Vermögensfragen, die durch die Teilung Deutschlands und die damit verbundene Fluchtbewegung entstanden waren, konnte man sich damals nicht einigen, sie blieben offen. Das „Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen“ wurde 18 Jahre später von der DDR in Kraft gesetzt. Es enthält im Gegensatz zu sämtlichen Rehabilitierungsgesetzen keine Ausschlussklauseln, jeder Funktionär von Gestapo oder MfS konnte sein Vermögen unbesehen zurückbekommen, bzw. eine Entschädigung. Das Vermögensgesetz sollte teilungsspezifische Vermögensverluste ausgleichen: „Darunter fallen auch Maßnahmen auf Grund unlauterer Machenschaften, z. B. Machtmissbrauch, Korruption, Nötigung. Grundsätzliche Rückübertragung soll erfolgen bei entschädigungsloser oder zu gering entschädigter Enteignung.“ Jedem war klar, dass bei den Zwangsausiedlungen der Tatbestand der Nötigung vorlag, was 1993 durch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bestätigt wurde. Es war eine Nötigung Einzelner zur Abschreckung der Dagebliebenen. Ein Staatsanwalt sagte mir damals: „Das muss ja gekommen sein, wie der Knüppel aus dem Sack“ und nannte die Zwangsausiedlungen „massenhafte, staatlich organisierte Gewaltkriminalität“.

Um einen Schein von Rechtmäßigkeit zu erwecken, hat die SED – im Gegensatz zu allen anderen politisch verfolgten Enteigneten – die von „Festigung“ betroffenen Enteigneten mit Geld entschädigt. Bedauerlicherweise wurde ihnen dadurch als einziger Gruppe der direkte Zugang zum Vermögensgesetz verwehrt. Dadurch brauchten sie erst einen Rehabilitierungsbescheid. Dazu wurde geprüft, ob der

Antragsteller gegen Grundsätze der Menschlichkeit verstoßen hatte. War das der Fall (z. B. wenn er IM der Stasi war), wurde ggf. kein Bescheid erteilt. Dem Betroffenen blieben dadurch sowohl Restitution als auch Entschädigung verwehrt.

Das Rehabilitierungsgesetz trat aber erst im Juli 1994 in Kraft, die ersten Reha-Bescheide konnten ab Mitte 1995 erteilt werden. Diese mussten dann beim Vermögensamt vorlegt werden, damit ein Restitutions-Antrag gestellt und bearbeitet werden konnte. Jahr um Jahr verging. Es drohte ein Verkauf, Mieten, Pacht und Fruchtgewinn gingen verloren. Außerdem wurde das Vermögensgesetz immer mehr zum Nachteil der Alteigentümer verändert, 1992 gravierend – der Ausgleich für Wertminderung, z. B. durch Gebäudeabriss – fiel weg. Als die ersten Anträge 1995 beschieden wurden, waren die 1990 großzügig angelegten Fördertöpfe zum Aufbau Ost bereits leer.

Dann kam der 29. Jahrestag von „Festigung“, der 3. Oktober 1990. Kurz darauf schrieben, angeregt durch den BdZ, 140 Andere und ich eine Petition, baten darin um Entschädigung für das uns zugefügte Vertreibungsunrecht und verlangten die Restitution unserer geraubten Immobilien. Beides wurde abgelehnt.

Justizminister Kinkel schrieb mir: „Rechtsgrundlage für die beiden Großaktionen war die **Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der DDR und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands** vom 26. Mai 1952.“ Der Ministerrat der DDR hatte diese Verordnung als direkte Reaktion auf die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages (am selben Tag in Bonn) erlassen und die Volkskammer einfach übergegangen. Die Vertreibung verstieß außerdem gegen Artikel 8 der Verfassung der DDR: „Unverletzlichkeit der Wohnung, das Recht, sich an einem beliebigen Ort niederzulassen [...] sind gewährleistet.“ Das wurde aber erst 1968 geändert.

Enteignungen, so schrieb Justizminister Kinkel weiter, wurden nach damals geltendem DDR-Recht, nach dem Verteidigungsgesetz, abgewickelt. Unsere Wohnungen und Häuser wurden aber nicht ab-



Sommer 1991 in Berlin in den Räumen der ASTAK: Eröffnung der Ausstellung „Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze“. Inge Bennewitz, Ilona Rothe (damalige Präsidentin des BdZ), Karl-Heinz Rothe (v.l.n.r.)

gerissen oder umfunktioniert, sondern anschließend wieder normal bewohnt.

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen hat noch 1987 einen faksimilierten Nachdruck von einem 1953 erschienenen Weißbuch über „Die Sperrmaßnahmen der DDR vom Mai 1952“ von mindestens 147 Seiten Umfang herausgegeben. Darin steht: Die Evakuierungsmaßnahmen „hatten in keiner Weise in der Verordnung vom 26.5.52 eine gesetzliche Grundlage.“

1991 machten mein Mann und ich im heutigen Stasimuseum in der Ruschestraße in Berlin eine Ausstellung. Das Foto stammt von der Eröffnung, die Frau in der Mitte ist Ilona Rothe, die Gründungspräsidentin und dritte Präsidentin des BdZ, links von ihr steht die zweite, das bin ich.

Diese Ausstellung verhalf mir zu einem Vortrag in der Landesvertretung Brandenburgs in Bonn. Dort erklärte ich, dass nicht 50.000, sondern nur 12.000 Menschen betroffen waren. Da ich mit Ludwig A. Rehlinger (Freikauf) und Peter Brandt starke Konkurrenten hatte, erweckte mein Vortrag kaum Interesse. Im Anschluss an die Vorträge kam ein Mann vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) zu mir, stellte die 12.000 in Abrede und sagte, ein Kollege von ihm habe die Zahl 50.000 im Archiv des Ministerrats der DDR in Potsdam recherchiert.

In Potsdam bekam ich einen Ordner, in dem nur zwei Nutzer eingetragen waren, der besagte Mitarbeiter des BMJ und Rainer Potratz. Ich sah in den Akten eine Unmenge von Namenslisten, blätterte zum Kreis Ludwigslust und fand des Rätsels Lösung. Ohne nähere Bezeichnung standen dort nicht nur mir bekannte Namen von Zwangsausgesiedelten, sondern auch die von Funktionsträgern, wie Schul- oder Bankdirektoren usw., die nur ihres Postens enthoben worden waren.

Im Oktober 1991 fand in Mühlhausen eine Veranstaltung des BdZ statt. Von dort stammt dieser Zeitungsbericht, den ich erst kürzlich in meinen eingemotteten Akten entdeckte. Darin behauptet der Bonner Staatssekretär Walter Priesnitz, mit der Angabe von 50.000 Betroffenen habe der BdZ die Rehabilitierung verzögert, und er behauptet, es seien 7.000 gewesen.

Eine genaue Zahl der Zwangsausgesiedelten lässt sich nicht angeben, das gilt insbesondere für die Aktion 1952. Viele Familien sind unmittelbar nach Verkündung des Aussiedlungsbefehls geflüchtet. Wurden sie dazu gezählt? In Tabellen aus dem SED-Parteiarchiv, z. T. mit Tintenstift geschrieben, stimmt keine der ausgerechneten Summen für die fünf Länder. Wurde falsch addiert oder falsch in die Spalten eingetragen? Unsere Recherchen haben 8.331 ergeben. Für die Aktion „Festigung“ 1961 sind die Zahlen (3.175 am 3. Oktober und 162 in der Probeaktion in Mecklenburg am 30. August) vermutlich zu niedrig, da viele Familienangehörige nicht in den Listen stehen, z. B. auch nicht Elisabeth Freyer, ihr Bruder und ich.

Bonn: Bund der Zwangsausgesiedelten hat falsche Zahlen genannt

»Opfer verzögern die Rehabilitierung«

Sonderregelung für 7 000 Deportierte geplant – Ilona Rothe wirft Regierung Schwindel vor
 Von Volker Hagenauer

Mühlhausen/ Erfurt/ Bonn (TP). Nur 7 000 und nicht 50 000 Bürger seien aus den ehemaligen Grenzgebieten der DDR zwangsausgesiedelt worden. Das hat der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Walter Priesnitz, in Mühlhausen erklärt. Die 7 000 Betroffenen würden aufgrund einer Sonderregelung rehabilitiert. Hierfür sei kein Gesetz notwendig, sagte Priesnitz, der auch Sonderbeauftragter für die fünf neuen Länder ist, der TAGESPOST. Priesnitz warf den Zwangsausgesiedelten vor, ihre Rehabilitierung zu verzögern, da sie in einem Anhörungsverfahren falsche Zahlen genannt hätten. Ilona Rothe aus Erfurt, Präsidentin des Bundes der Zwangsausgesiedelten, bezeichnete die Zahlenschinderei des Staatssekretärs als Schwindel.

Das neue Zahlenspiel sei bereits die dritte Begründung, mit der die Bundesregierung eine Rehabilitierung dieser Opfer des SED-Regimes ablehne, sagte Rothe. Aufgrund der Angaben von 50 000 Deportierten habe die Bundesregierung im Gesetz für Rehabilitierung die Regelungen für Zwangsausgesiedelte wieder herausnehmen müssen, sagte Staatssekretär Priesnitz. Hätte die Bundesregierung richtige Angaben erhalten, läge die Sonderregelung bereits vor. Die Verzögerung müsse der Bund der Zwangsausgesiedelten verantworten.

Nach Hochrechnungen seien 42 000 Menschen betroffen, sagte hingegen Frau Rothe. Eine Sonderregelung aber werde begrüßt, da die Rehabilitierung dann einfacher als bei einem Gesetz in die Praxis umgesetzt werden könnte. Rothe forderte das Bundesjustizministerium auf, das Wissen des Bundes der Zwangsausgesiedelten zu nutzen. Bisher habe es die Expertenkommission des Justizministeriums nicht für notwendig erachtet, die Akten des Bundes einzusehen. Bonn begnüge sich mit völlig unzureichenden Akten, die die ehemalige DDR-Polizei zusammenge-

nannte gegenüber der TAGESPOST konkrete Zahlen. In den Jahren 1952 und 1961 seien jeweils 2000 Familien aus den ehemaligen Grenzgebieten zwangsausgesiedelt. Diese verbrecherischen Aktionen des SED-Regimes seien unter den Bezeichnungen »Ungeziefer« und

Heute

Kanzler nach Südamerika
 Bonn (TP/dpa). Bundeskanzler Helmut Kohl fliegt am 18. Oktober zu einem viertägigen Besuch nach Chile, wo ihm in Santiago die Ehrendoktorwürde der Universität und die Ehrenbürgerwürde der Stadt verliehen wird. Kohl kommt in der chilenischen Hauptstadt mit dem Präsidenten Patricio Ailyn zusammen. Anschließend reist der Kanzler weiter nach Brasilien. Stationen sind hier Brasilia und Rio de Janeiro.

EG-Bürger werden Beamte
 Bonn (TP/AP). Bürger anderer Staaten der Europäischen Gemeinschaft sollen in Deutschland Beamte werden können. Der Innenausschuß des Bundestages bereitet eine Gesetzesänderung vor. Die EG-Kommission hat Bonn mit einer Klage gedroht, wenn die Beamtenlaufbahn für Deutsche reserviert bleibe. Nach dem EG-Vertrag müssen in den Mitgliedstaaten alle Berufe für EG-Bürger zugänglich sein.

Dann war da noch...
 ... der Geburtsort einer 46jährigen Wellheimlerin.

Staatssekretär Walter Priesnitz: »Nur 7 000 Bürger sind betroffen.«

Präsidentin Ilona Rothe: »Bonn betreibt Zahlenschinderei.«

»Kornblume« durchgeführt worden. Allein in Hirschberg (Kreis Schleiz) hätten 48 Familien und in Vacha (Kreis Bad Salzungen) 100 Familien über Nacht ihre Heimat verlassen müssen.




Zeitungsartikel zur BdZ-Veranstaltung in Mühlhausen 1991.

Quelle: Inge Bennewitz

Am 15. Februar 1992 fand hier in Magdeburg ein BdZ-Kongress statt. Justizminister Kinkel versprach ein zweites SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, in dem alle Ansprüche der Zwangsausgesiedelten geregelt werden sollten, auch vermögensrechtliche. Am 11. März 1992 gab er eine Presseerklärung heraus. Darin steht indirekt, dass die Zwangsausgesiedelten als einzige Gruppe entschädigt wurden (andere wurden mit Hilfe konstruierter Wirtschaftsstrafverfahren entschädigungslos enteignet) und es sich um eine exzeptionelle politische Verfolgung gehandelt habe.

Schon damals kursierte ein Entwurf dieses Gesetzes, und ich wurde vor dessen Tücken gewarnt. Deshalb führten wir ein Gespräch mit dem BMJ. Unser Ziel bestand darin, die Vermögensfragen aus diesem Gesetz herauszulösen. Dessen Hauptautor, Klaus Wimmer, lehnte dies ab. Sein Argument lautete, dadurch werde eine einheitliche Materie auseinandergerissen. Die Tücken dieser als „Einheit“ behandelten Materie (Gesundheit, Beruf und Vermögen) haben sich leider erst viel später bei der Ablehnung entsprechender Petitionen gezeigt.

Im Juli 1994 trat das Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in Kraft und regelte für alle anerkannten politisch Verfolgten Folgeansprüche: gesundheitlicher, beruflicher und – leider auch vermögensrechtlicher Art.

Weil damals in der Kürze der Zeit eine Vielzahl von Gesetzen geschaffen werden musste, wurden auch grobe Fehler gemacht, die in der Eile nicht überblickt wurden. Wer seinen Grund und Boden zurückhaben wollte, musste z. B. auch die gesamte Entschädigung zurückzahlen, auch die für Vieh. Ein Landwirt aus Lütkenwisch/Elbe bekam für eine Kuh namens Elli 2.250 Mark Entschädigung. Insgesamt zahlte der SED-Staat auf ein für ihn angelegtes Konto bei der Deutschen Bauernbank 142.188 Mark ein. Da er jährlich nur 3.000 Mark abheben durfte, war das Konto 1990 noch nicht leer.

Elli war natürlich nach 29 Jahren längst in einen sozialistischen Kochtopf gewandert. Das wertvolle Rindvieh hat am Rande einer Veran-

staltung in der Evangelischen Akademie Berlin, an der auch Roland Bude (ehem. UOKG-Vorsitzender), Klaus Wimmer, Hans-Joachim Hacker – damals für die SPD im Rechtsausschuss – und Arnold Vaatz teilgenommen haben, für nicht enden wollendes Gelächter und damit für eine schnelle Änderung dieser Bestimmung gesorgt. Kurz nach der Veranstaltung ließ Herr Hacker mir ausrichten, die Kuh Elli sei vom Eis.

Leider werden ähnlich gravierende Fehler bis heute nicht erkannt, weil die Zusammenhänge komplizierter sind. Die DDR-Entschädigung mit Geld war – wie gesagt – der Grund dafür, dass die von Festigung betroffenen Enteigneten den Umweg über das Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz gehen mussten. Es ist kaum zu glauben aber wahr: Das wird heute als Entschädigung für die komplette Gruppe der Zwangsausgesiedelten hingestellt.

2007 erhielt ich Kenntnis von einer Studie der Universität Greifswald, der zufolge Zwangsausgesiedelte und Zersetzungsoffer psychisch mit derselben Häufigkeit erkranken wie Opfer politischer Haft, nämlich 60,8 Prozent. Das ist in einem UOKG-Kongressbericht vom 24. September 2011 mit dem Titel: „Zwangsausgesiedelte als Opfer von Mauer und deutscher Teilung“ beschrieben. In einer Tabelle und darunter sind rund 30 Zersetzungsmethoden aufgelistet, viele treffen auf die Zwangsausgesiedelten zu. Die Forscher, Prof. Freyberger, Prof. Spitzer u. a., kritisierten die bisherigen Entschädigungsleistungen als unzureichend und mahnten bessere an – sowohl im Interesse der Betroffenen als auch unserer Gesellschaft. Sie schrieben: „Aber nicht allein für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt entscheidet der Umgang mit den Opfern politischer Verfolgung mit darüber, wie die Überwindung der deutsch-deutschen Teilung und der SED-Diktatur gelingen kann.“

2007 fand in Görlitz ein Bundeskongress der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Opferverbänden statt. In einer Resolution forderten Horst Schüler (ehem. UOKG-Vorsitzender) und die Verbände die Einführung einer Opferpension. Helmut Ebel (Föde-

rative Vereinigung Zwangsausgesiedelt, FVZ, gegr. 1992) machte sich dafür stark, dass die Zwangsausgesiedelten da wieder herausgenommen werden, damit die Opferpension baldmöglichst wenigstens für die Haftopfer kommt.

Drei Monate später trat das entsprechende Gesetz in Kraft – ohne die Zwangsausgesiedelten. Kurz darauf wendete sich ein Betroffener an den Bundestagsabgeordneten Stephan Hilsberg (SPD) und fragte an, ob es möglich sei, die Zwangsausgesiedelten in die Opferpension einzubeziehen. Stefan Hilsberg ließ vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages prüfen, ob verfassungsrechtliche Bedenken dagegen bestehen. Das war nicht der Fall. Im Mai 2014 richteten dadurch mehrere Betroffene, darunter Elisabeth Freyer und ich, eine Petition an den Bundestag und forderten darin die Einbeziehung in die Opferpension. Da der monatliche Betrag der Inflation angeglichen werden muss, wird die Öffentlichkeit immer wieder an SED-Unrecht erinnert, und genau das wollten wir.

Bei einem Bundeskongress in Fulda unterzeichneten die Teilnehmenden dazu eine Resolution, die wir im Reichstagsgebäude an die zwei Abgeordneten Annette Sawade (SPD) und Günter Baumann (CDU) übergaben. Diese Petition wurde abgelehnt u. a. mit der Begründung, uns aufzunehmen, widerspräche den Einführungsklauseln für die Opferpension. Danach müssen Betroffene Leben und Gesundheit im Kampf um Freiheit und Demokratie in der DDR aufs Spiel gesetzt haben. Sieht man sich die Begründungen für Zwangsausiedlungen und die Praxis der politischen Strafjustiz an, kann man auch zu anderen Ergebnissen kommen. Sie war wie in allen Diktaturen unberechenbar, das Strafmaß hing nicht nur vom Vernehmer und den Strafverfolgern ab, sondern auch von der aktuellen Tagespolitik oder gar einer Person wie Erich Honecker. Im Zusammenhang mit der angeblichen „Glatzkopfbande von Bansin“ sind 1961 vier junge Männer zu Zuchthausstrafen von vier bis acht Jahren verurteilt worden. Als ein Historiker ihnen auf einer Veranstaltung sagte, sie könnten froh sein, dass nicht die Todesstrafe verhängt wurde, waren nicht nur die Vier geschockt.

Im Dezember 2014 schrieben Elisabeth Freyer, weitere Zwangsausgesiedelte und ich eine neue Petition und forderten darin eine Einmalzahlung für jeden Betroffenen. Sie wurde mit einigen völlig unzutreffenden Argumenten abgelehnt. Ein Argument aus Schwerin lautete: beide Aktionen seien wie „Aktion Rose“ 1953 an der Ostsee Enteignungsaktionen gewesen. Ein anderes Argument lautete: mit dem Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, das lediglich drei Arten von Folgeschäden ausgleichen kann, sei genug Entschädigung geleistet. Die Resultate aus diesem Gesetz für die Zwangsausgesiedelten sind in der vierten Auflage des Buches „Zwangsausiedlungen an der innerdeutschen Grenze“ von Inge Bennewitz und Rainer Potratz beschrieben. Vom Ausgleich für Gesundheitsschäden haben laut zuständigen Ämtern und Ruth Ebbinghaus, einer profilierten Gutachterin, maximal 40 Zwangsausgesiedelte profitiert, berufliche Nachteile lassen sich an einer Hand abzählen. Das sind zusammen rund 0,5 Prozent.

Von den über dieses Gesetz zu regelnden vermögensrechtlichen Folgeansprüchen, die man gar nicht in ein Rehabilitierungsgesetz hätte reinschreiben sollen, ist wie gesagt – nur ein kleiner Teil der enteigneten Zwangsausgesiedelten betroffen. Das Tragische daran ist, dass der gemeine Entschädigungs-Trick der SED, der nichts weiter als den Schein von Rechtmäßigkeit erwecken sollte, sich negativ auf die ganze Gruppe ausgewirkt hat, auch auf die ohne Vermögen. Es wird immer wieder zur Abwehr von Ansprüchen benutzt, auch bei unserer Petition von 2018.

Deren Text beginnt mit etwas Kleingedrucktem. Luise Meyer geht darin auf ihre Flucht 1945 ein. Das Gespräch mit ihr in Warin hatte meine Mutter arrangiert. Als nach meinem Klingeln eine Frau Anfang siebzig die Haustür öffnete, fragte ich, ob sie die Frau Meyer sei, die 1961 aus Boizenburg ausgewiesen worden war. Sie lief schlagartig rot an im Gesicht und sagte sehr erregt: „Ja, das bin ich, aber eins kann ich Ihnen sagen: Ich bin 1945 aus Ostpreußen geflüchtet, aber die Flucht war nicht so schlimm wie das 1961.“ Dabei hatte sie auf der

Flucht ihre Mutter und bis auf ihre Handtasche ihr gesamtes Gepäck verloren und fand sich am Ende auf verschimmeltem Stroh in einer Scheune in Zarrentin mit schwerem Typhus wieder. Auch bei späteren Gesprächen ist sie nie von dieser Einstellung abgewichen.

2016 fand in Erfurt eine Konferenz der Landesbeauftragten statt: Sie kam zu dem Ergebnis, es bestehe für die Zwangsausgesiedelten kein Handlungsbedarf in Bezug das Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz. Daran kann man auch nichts ändern, höchstens an den Ausführungsmodalitäten, was aber für die Zwangsausgesiedelten wegen ihres ausnahmslos hohen Alters nicht mehr in Betracht kommt. In den Medien wurde daraus leider: bei den Zwangsausgesiedelten bestehe grundsätzlich kein Handlungsbedarf. Das wurde trotz öffentlicher Kritik nie richtiggestellt.

Am 19. Oktober 2018 kam es zu einer einstimmigen EntschlieÙung des Bundesrats, darin wurde unter c) für die Opfer von Zwangsausiedlungsmaßnahmen *um einen angemessenen Ausgleich für erlittenes Unrecht* gebeten.

Im Juni 2019 existierte ein Entwurf eines Positionspapiers der CDU/CSU Fraktion zu „30 Jahre Deutsche Einheit: Erinnern – Anerkennen – Brücken bauen“. In Punkt 20 stand, es sei zu prüfen, ob die bisherigen Regelungen für Zwangsausgesiedelte ausreichend seien. Anschließend erfolgte darüber eine Abstimmung der Landesgruppenvorsitzenden der CDU-Ost, Vorsitzender war Arnold Vaatz. Das Ergebnis war, dass die Zwangsausgesiedelten daraus wieder gestrichen wurden.

Am 11. September 2019 gab es eine hoffnungsvolle Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages zu einem sechsten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz. Ein Sachverständiger äußerte sich ausdrücklich nur zu Haftopfern, alle anderen bemängelten die unzureichenden Regelungen für die Zwangsausgesiedelten und forderten Verbesserungen für diese Gruppe. Ende 2019 trat das Gesetz in Kraft – ohne die Zwangsausgesiedelten.



Öffentliche Übergabe der Petition an zwei Mitglieder vom Petitionsausschuss am 11.9.2018. Elisabeth Freyer (am 3.10.1961 aus Sonneberg ausgewiesen), Ernst-Otto Schönemann (etwas verdeckt, am 3.10.1961 aus Lenzen/Elbe ausgewiesen), Dr. Karl-Heinrich Ebel (am 7.6.1952 aus Dömitz/Elbe ausgewiesen), Inge Bennewitz (am 3.10.1961 aus Dömitz ausgewiesen, Günter Baumann (CDU), Annette Sawade (SPD) und Prof. Adolf Ebel, Bruder von Karl-Heinrich. (v.l.n.r.)

Im Juni 2021 kam die Antwort auf unsere Petition vom 26. April 2018. In dem Schreiben steht fast dasselbe wie bereits zuvor: die bereits geltenden Regelungen (Gesundheit, Beruf und Vermögen) seien sachgerecht und angemessen. Dennoch wurde die Petition an das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) „als Material“ überwiesen und den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis übergeben – weil die Zwangsausiedlungen beim Sechsten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz nur Randthema waren. Ein Vorschlag zur Abhilfe lautet hier, z. B. durch einen Härtefallfonds. Dem Wortsinn nach kann der niemals eine Lösung für eine ganze Gruppe sein, es sei denn, man betrachtet die stiefmütterliche Behandlung der ganzen Gruppe als Härtefall. Jedoch nach den Re-

gelungen bereits existierender Fonds muss der Betreffende in prekären Verhältnissen und gleichzeitig in einer Notlage sein, um einmalig Geld für die Anschaffung eines Hilfsmittels zu bekommen.

Ich komme zum Schluss:

In der TV-Dokumentation des MDR von Sven Stephan, die Sie morgen sehen, sagt ein ehemaliger DDR-Vopo, „Ungeziefer“ habe keine Unschuldigen betroffen. Das ist – wie ich finde – eine fatale Folge einer völlig verfehlten Wiedergutmachungspolitik gegenüber dieser Verfolgtengruppe. Diese Aussage ist kein Einzelfall und droht, uns heute wieder mundtot zu machen. Daher mein Dank an Sven Stephan, dass er diese Aussage nicht weggelassen hat, obwohl mit Unmutsäußerungen seitens Betroffener zu rechnen war und es diese bei der Ur-aufführung in Salzwedel auch gegeben hat.

Wenn ein Justizminister schreibt, unsere Vertreibung und Enteignung seien rechtmäßig gewesen – das glaubt einem kein Mensch. Unverantwortlich ist es zu behaupten, der BdZ hätte mit falschen Zahlenangaben die Rehabilitierung verzögert, wenn die Fehlerquelle beim damaligen BMJ lag. 1962 enteignete Zwangsausgesiedelte schlechter zu entschädigen als z. B. in Hamburg lebende Erben ostdeutschen Eigentums und diese unbewusste Schlechterstellung dann auch noch als Entschädigung für die ganze Gruppe hinzustellen – das muss geändert werden.

Hier noch mal die Begründung für unsere Petition:

„Eine Vertreibung ist ein völkerrechtlich geächteter Akt, der eine ähnlich einschneidende Wirkung hat, wie eine zeitlich begrenzte Haft.“

Wenn rund 61 Prozent der Haftopfer und ebenso rund 61 Prozent der Zwangsausgesiedelten psychisch erkranken; wenn die Zwangsausgesiedelten gleich drei Verfolgungsarten – nämlich Vertreibung, Zwangsansiedlung und Zersetzung – ausgeliefert waren; wenn es keine erwähnenswerte Anzahl von Anerkennungen für psychische und

berufliche Folgeschäden gab; wenn die von „Festigung“ betroffenen Enteigneten und mit DDR-Geld Entschädigten im Vergleich zu teilungsbedingt Enteigneten vermögensrechtlich eher bestraft als entschädigt werden, dann ist der Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt und der Gesetzgeber verpflichtet, den Sachverhalt ernsthaft zu prüfen. Deshalb brauchen wir eine Anhörung vor dem Rechtsausschuss des Bundestages, damit unsere Volksvertreter endlich mal die Zeit finden, sich mit der komplizierten Materie ernsthaft auseinander zu setzen. Noch liegt unsere Petition beim BMJV.

Für „80 Jahre Aktion Ungeziefer“ werden kaum noch Zeitzeugen zur Verfügung stehen. Unser Podiumsteilnehmer Prof. Adolf Ebel und sein ebenfalls anwesender Bruder Karl-Heinrich, wären in der Summe dann rund 200 Jahre alt. Eile ist also geboten. Die Betroffenen stehen sämtlich auf Listen, die den Ämtern längst vorliegen.³

Liebe Frau Budde, liebe Frau Zupke, bitte unterstützen Sie unser Bemühen. Es gilt nicht nur, die Verfolgung zu Zeiten der SED-Diktatur auszugleichen, es gilt auch, 32 Jahre Hinhalten und Brüskieren wieder gut zu machen. Besonders unsere Eltern haben zu schwer an diesem Unrecht gelitten, als das wir auf halber Strecke aufgeben würden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

³ Mit großer Betroffenheit mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass Karl-Heinrich Ebel nur vier Monate nach der Tagung plötzlich verstorben ist.

Panel Rehabilitation

Vortrag: „Nach 32 Jahren immer noch Opfer von nachwendebedingtem Folgeunrecht?“



Marie-Luise Tröbs
Bund der in der DDR Zwangsausgesiedelten e. V. (BdZ)

Sehr geehrte Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag, Frau Evelyn Zupke,
sehr geehrte Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien und Mitglied des Bundestages, Frau Katrin Budde,
sehr geehrter Staatssekretär für Kultur in der Staatskanzlei und im Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Sebastian Putz,
sehr geehrter Vorsitzender des Fachbeirates Gesellschaftliche Aufarbeitung/Opfer und Gedenken bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Herr Martin-Michael Passauer
sehr geehrte Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Frau Birgit Neumann-Becker,
sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender der UOKG e. V., Herr Dieter Dombrowski,
liebe Zeitzeuginnen und Zeitzeugen,

aufgrund der im Februar 2022 erhaltenen Anfrage fasste ich zunächst spontan den Entschluss, an der zweitägigen Tagung der UOKG anlässlich des 70. Jahrestages der ersten Zwangsausiedlungsaktion an der ehemaligen innerdeutschen Grenze teilzunehmen. Gleichzeitig wurde ich gebeten, heute vor Ihnen zu sprechen. Dieser Bitte komme ich gerne nach. Mein Dank gilt aber vor allem denjenigen, die das Stattfinden dieser Veranstaltung überhaupt erst ermöglicht haben.

Die im Vorfeld erhaltenen ergänzenden Informationen weckten beim Vorstand des BdZ, der mit einem weiteren Mitglied anwesend ist, eine Neugier auf die Redebeiträge der anwesenden Parlamentarier, und wir stellten uns insbesondere die Fragen:

- Wie werden die politischen Vertreter des Landes Sachsen-Anhalt sowie des Bundes aktuell mit dem Schicksal der Zwangsausgesiedelten umgehen und
- was wird sich am Ende der Tagung für einen mehr als 30 Jahre geführten Kampf für die bis derzeitig vernachlässigte SED-Opfergruppe der Zwangsausgesiedelten herauskristallisieren?

Fortsetzen möchte ich mit dem Artikel 1, Absatz 1 unseres Grundgesetzes, der aus gutem Grund lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Die exponierte Stellung des Bekenntnisses zur Menschenwürde macht deutlich, dass auf diesem geschützten Rechtsgut letztendlich alle anderen Grundrechtsbestimmungen unserer demokratischen, offenen und freiheitlichen Gesellschaft beruhen. Für die Machterhaltung der SED und der Existenz des von ihr kontrollierten Staates praktizierte man Methoden, die eine Missachtung der Menschenrechte bedingten. Die SED-Diktatur unterdrückte nicht nur Andersdenkende, auch „vermeintliche Gegner“ waren Objekt willkürlichen Handelns. Zu den brutalsten Willkürmaßnahmen im Zuge der Grenzsicherung gehören die beiden stabsmäßig durchgeführten Zwangsausiedlungsaktionen.

Als Präsidentin des BdZ teile ich das Schicksal der SED-Opfergruppe, der man auf unwürdige Weise aufgrund politischer Missliebigkeit und Denunziation die Heimat geraubt hat. Das in der DDR erlittene Unrecht hat bei den Zwangsausgesiedelten tiefe Wunden hinterlassen, auch der bisherige Umgang mit diesem DDR-Unrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Für Menschen, die unter der SED-Diktatur gelitten haben, sogar in einer Form, die tief in ihr Leben eingeschnitten hat und wo die Folgen bis heute noch einschneidend sind, muss es Aufgabe der Gesellschaft sein, eine entsprechende Aufarbeitung sicherzustellen sowie das folgenschwere Leid zu lindern. Deshalb darf bei der gesellschaftlichen Aufarbeitung auch nicht die finanzielle Hilfe für die Opfer außer Acht gelassen werden!

Gegenüber dem Rechtsstaat wurde und wird immer wieder dargelegt, dass die Zwangsausiedlungen als Willkürakt der SED-Diktatur zweifelsfrei eine Menschenrechtsverletzung sind. Dennoch hat man die bisherigen gesetzlichen Regelungen zu restriktiv erlassen, sodass sie sich gravierend nachteilig auf unsere Verfolgtengruppe auswirken. Es wurden weder in ausreichendem Maße die durch die Zwangsausiedlung erlittenen ideellen und vermögensrechtlichen Verluste anerkannt, noch die gesundheitlichen Beeinträchtigungen, resultierend aus psychischen Belastungen. Der erst 1994 errungene SED-Opfer-Status wird dennoch staatlich ignoriert.

Durch Gesetze des Rechtsstaates macht man die Zwangsausgesiedelten „legal“ zu neuen Opfern. Eine angemessene Entschädigung blieb bisher aus. Dabei hätten von vornherein keine belastenden gesetzlichen Regelungen getroffen werden dürfen. Dafür wäre insbesondere erforderlich gewesen, die SED-Unrechtsbereinigung als Aufgabe der Rechts-, der Innen- und der Demokratiep politik zu verstehen. Dieses Versäumnis bedingt leider nach wie vor den von den Zwangsausgesiedelten zu beklagenden nachteiligen Umgang mit den gravierenden Verletzungen der Rechtsgüterfreiheit, Rechtszerstörung des Verfassungsrechtes der DDR sowie der Menschenwürde durch die SED-Diktatur.

Unverständlicherweise hat man sogar noch nachwendebedingtes Folgeunrecht zugelassen, auf das ich noch detailliert eingehen werde. So viel vorab. Diesbezüglich verstummte seit Jahren nicht die Kritik des BdZ gegenüber den politischen Entscheidungsträgern. Immer wieder wurden insbesondere die zeitliche Verschleppung der Rehabilitation sowie die gravierenden Härten nach dem Entschädigungsgesetz kommuniziert und aufgrund des fortgeschrittenen Alters der Betroffenen eine pauschale Entschädigungssumme gefordert.

Deshalb wertete der BdZ die am 19. Oktober 2018 erfolgte Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politisch Verfolgter durch Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze zunächst als eine „Kursänderung“ bei den politischen Akteuren, denn kaum zu glauben war, dass die bisherige Vernachlässigung sowie das Hinnehmenmüssen wiederholter Verletzungen unserer Würde nunmehr ein Ende haben sollten! Doch die Ernüchterung ließ wiederum nicht lange auf sich warten!

Aber was sollte eigentlich zur Umsetzung kommen? In dieser Entschließung wurde das spezifische Verfolgungsschicksal der DDR-Zwangsausgesiedelten hervorgehoben. Deshalb sollte die Bundesregierung nach Möglichkeiten suchen, an sie einen angemessenen Ausgleich für das erlittene Unrecht zahlen zu können, ggf. in Form einer gesetzlichen Einmalzahlung. Eingeräumt wurde sogar, dass die erlassenen Entschädigungsregelungen zu kurz greifen, zumal nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Zwangsausgesiedelter erst ab 1994 ein Anspruch auf Entschädigung geltend machen konnte.

Als Sachverständige zeigte ich in der öffentlichen Anhörung vor dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages am 11. September 2019 die Kardinalfehler bei den bisher für die Zwangsausgesiedelten erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durch die Bundesregierung auf. Auch war mein Appell, dass der 30. Jahrestag der friedlichen Revolution endlich Anlass sein müsse, das spezifische Verfolgungsschicksal der Zwangsausgesiedelten angemessen zu entschädigen, anstatt sie weiterhin zu diskriminieren. Auf

keinen Fall dürfe die Bundesregierung eine biologische Lösung in Erwägung ziehen.

Ich forderte einen gesetzlichen Rahmen für die Zahlung einer Einmalsumme, womit auch das unfassbare nachwendebedingte Folgeunrecht ausgeglichen werden müsse, für dessen Beseitigung die Zwangsausgesiedelten bereits jahrzehntelang kämpfen, obwohl bereits das erlittene Unrecht durch die SED-Diktatur die Zahlung einer gesetzlichen Einmalzahlung rechtfertige. Als große solidarische Geste empfand ich das Verhalten der weiteren neun Sachverständigen; auch sie gingen auf einen noch bestehenden Handlungsbedarf bei der SED-Opfergruppe der Zwangsausgesiedelten ein. Doch leider konnte die Bundesregierung nicht davon überzeugt werden, auch Verbesserungen für die Zwangsausgesiedelten im neuen Gesetz zu verankern.

Anhand folgender Fakten soll nun die unbegreifliche Dimension des nachwendebedingten Unrechts transparent gemacht werden:

Die Gründung des BdZ am 19. Mai 1990 erfolgte mit der Zielstellung, eine Rehabilitierung und angemessene Entschädigung zu erreichen. Das Rehabilitierungsgesetz der letzten DDR-Volkskammer vom 6. September 1990 erkannte die Zwangsausiedlungen als Verletzung verfassungsmäßig garantierter Grundrechte an. Dennoch erfolgte keine Aufnahme als fortgeltendes Recht in den Einigungsvertrag, womit man ihnen den bereits erkämpft gewesenen Rechtsanspruch auf Rehabilitierung/Wiedergutmachung wieder nahm, was als schwerwiegende Benachteiligung der Zwangsausgesiedelten zu werten ist.

Im Vergleich dazu muss die „Gemeinsame Erklärung“ vom 15. Juni 1990 über die teilungsbedingten offenen Vermögensfragen für Bundesbürger nur als eine skrupellose Ungleichbehandlung bezeichnet werden. Kaum zu glauben, aber danach wurde bereits vor dem Einigungsvertrag für die Wiedergutmachung von „Teilungsunrecht“ der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ für Westdeutsche durchgesetzt. Dieser Grundsatz kam zwecks Übernahme in den Einigungs-

vertrag in das noch am 23. September 1990 von der letzten Volkskammer erlassene Vermögensgesetz. Dieser galt jedoch nicht für Zwangsausgesiedelte, die durch die Sicherung der teilungsbedingt bestandenen innerdeutschen Grenze DDR-Unrecht erleiden mussten, durch Enteignung den Verlust des gesamten Eigentums erlitten haben und in der DDR einen zugewiesenen Wohnort bekamen, dort bis zur Wiedervereinigung lebten.

Dies war Bundesrecht nach zweierlei Maß:

- Für den Entzug von Vermögenswerten galt zwar als Maßnahme der Wiedergutmachung primär die Rückgabe, jedoch
- für die Zwangsausgesiedelten lehnte das Bundesjustizministerium ein analoges Recht nach dem Vermögensgesetz ab, sodass die neu gebildeten Vermögensämter Anträge von Zwangsausgesiedelten zurückwiesen. Ohne einen Rechtsanspruch war ein Rechtsweg aussichtslos!

Eine Antragstellung konnte erst nach dem ab 1. Juli 1994 in Kraft getretenen Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes erfolgen. Durch den Ausschluss der Zwangsausgesiedelten nach dem Vermögensgesetz unmittelbar nach der Wiedervereinigung sowie der zeitlichen Verschleppung der Rehabilitierung bis 1994 entstand ein finanzieller Schaden, der durch Berechnungsbeispiele aufgezeigt werden kann. Ab dem 1. Juli 1994 galt also erst der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“, aber in vielen Fällen war eine Rückgabe durch den Erwerb „Dritter“ nicht mehr möglich. Ein Antrag auf Entschädigung machte sich erforderlich, der nach dem Entschädigungsgesetz nicht vor dem 31. Dezember 2003 einer abschließenden Prüfung unterlag. Dieses erneute zeitliche Hinhalten krönte in der Demütigung, ab 2007 einen abschließenden Nullbescheid in den Händen halten zu müssen.

Die zeitliche Verschleppung der Rehabilitierung nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes verstößt gegen den

Gleichheitsgrundsatz sowie die Verhältnismäßigkeit, denn danach konnten erst ab den 1. Juli 1994 die Zwangsausgesiedelten die Rehabilitation beantragen. Ferner beinhaltet das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz keinen Anspruch auf soziale Ausgleichsleistungen, was als Benachteiligung gegenüber den Opfern nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz gewertet wird.

Der Standpunkt des damaligen Bundesjustizministers Klaus Kinkel: „Aufgrund der unübersichtlichen Ausgangslage hätten keine Regelungen für Fälle, in denen Unrecht durch Maßnahmen der Verwaltungsorgane der früheren DDR zugefügt worden ist, als Bundesrecht übernommen werden können“⁴, bedingte die Nichtaufnahme der Rehabilitation der Zwangsausgesiedelten in das Erste Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht. Mit dem am 4. November 1992 beschlossenen Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz wurden die Zwangsausgesiedelten wieder ungleichbehandelt, da man zu diesem Zeitpunkt den Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen plötzlich als Folgeanspruch die Rückgabe von Vermögenswerten nach dem Vermögensgesetz eingeräumt hat.

Die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit weiteren Schicksalen politischer Verfolgung in der DDR setzte sich kontinuierlich fort. Nach dem aktuellsten Novellierungsgesetz, das der Deutsche Bundestag am 24. Oktober 2019 angenommen hat, ergeben sich insbesondere folgende Begünstigungen:

- Ehemalige politische Häftlinge in wirtschaftlicher Notlage;
- Strafrechtlich Verfolgte (Herabsetzung der 180-Tage-Haft auf 90 Tage);
- Zugang verfolgter Schüler in wirtschaftlicher Notlage zu Ausgleichsleistungen;

⁴ Zitat: Schreiben vom 10. Februar 1992 an Herrn Georg Wagner, Langewiesener Str. 6, O-6300 Ilmenau, mit dem Betreff: Verwaltungsrechtliche Rehabilitation, hier: Zwangsausiedlungen in der ehemaligen DDR, Bezug: Ihr Schreiben vom 15. Januar 1992, Seite 1.

- Herabsetzung der Hürden für eine Rehabilitation ehemaliger Heimkinder sowie dem Gewähren von Folgeansprüchen;
- Rehabilitation bisher nicht entschädigter Opfer staatlicher Zersetzungsmaßnahmen sowie Regelung des Zugangs für die Zahlung einer einmaligen Ausgleichsleistung.

Wie bereits erwähnt, erfolgte ein diskriminierender Ausschluss der Zwangsausgesiedelten trotz Entschließung des Bundesrates vom 19. Oktober 2018. Der grundsätzliche Ausschluss der Zwangsausgesiedelten aus den bisherigen Novellierungsgesetzen stellt eine schwerwiegende Ungleichbehandlung dar. Das Verfolgungsschicksal sowie die mangelnde Wertschätzung durch den deutschen Rechtsstaat lassen die Opfer nicht zur Ruhe kommen bzw. die damit verbundene Auseinandersetzung übersteigt oftmals die Kraft des Lebens. Die Folgen der Traumatisierung sind bereits nicht unerheblich, aber auch der würdelose Umgang im Rehabilitierungs- und Entschädigungsprozess löst negative Symptome aus. Da der Rechtsfrieden im vereinten Deutschland dauerhaft gesichert sein muss, ist es höchste Zeit, dafür einen politisch anerkanntswerten Konsens zu finden.

„Enttäuschung“ ist eine abgeschwächte Einschätzung für das, was Justiz, Politik und Verwaltung bisher den Zwangsausgesiedelten zugemutet haben. Deshalb fragt sich der BdZ: Wann will man die bisherige politische Schwerfälligkeit aufgeben und endlich den legislativen Verpflichtungen nachkommen? Erst recht wegen des Fortschreitens der biologischen Lösung ist es an der Zeit, dieses verantwortungslose Handeln angemessen zu heilen und finanziell auszugleichen. Für die aufgezeigten belastenden Umstände sollte endlich eine gesetzliche Einmalzahlung zum Tragen kommen. Wie schnell ist Unrecht begangen, wie oft ist es nicht wiedergutzumachen; doch das, was machbar ist, sollte getan werden!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Panel Rehabilitation

Vortrag: „Dringende Handlungsbedarfe für die Opfer der SED-Diktatur in Politik und Gesellschaft“



Evelyn Zupke
Bundesbeauftragte
für die Opfer der SED-Diktatur
beim Deutschen Bundestag

Sehr geehrte Gäste,
liebe Inge Bennewitz,
liebe Marie-Luise Tröbs,

vielen Dank für ihre bewegenden Schilderungen, die wir eben gehört haben. Sie beide haben uns eindrücklich gezeigt, dass wir es eben nicht einfach mit Dingen aus der Vergangenheit zu tun haben, mit Stoff für die Geschichtsbücher. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist eine Aufgabe der Gegenwart. Für die Zwangsausgesiedelten müssen wir heute handeln.

Als ich vor rund neun Monaten das Amt als erste Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Bundestag angetreten habe, gab es zwei Fragen, die mir wieder und wieder von Journalisten gestellt wurden:

Frau Zupke, wie kommt es, dass wir uns mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer mit dem SED-Unrecht und seinen Folgen auseinandersetzen müssen?

Kann es wirklich sein, dass nach so vielen Jahrzehnten noch immer neue Opfergruppen in Erscheinung treten und dass noch immer Handlungsbedarf besteht?

Wenn wir uns diesen Fragen nähern, ist es mir besonders wichtig, dass wir eines erkennen: Für den Prozess der Aufarbeitung der Diktatur und der Unterstützung der Opfer gab es kein Vorbild. Es gab keine Blaupause, an der man sich hätte orientieren können.

In den zurückliegenden drei Jahrzehnten wurde viel für die Opfer erreicht. Die Rehabilitierungsgesetze sind ein Anker für die Betroffenen. Das Unrecht, dass die Diktatur ihnen zugefügt hat, wird in der Demokratie gelindert. Gerade im Gespräch mit internationalen Partnern merke ich, wie sehr man uns für das beneidet, was bei uns für die Opfer geschaffen wurde. Aber all das Erreichte darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch heute noch vor großen Herausforderungen stehen. Die Herausforderungen der 1990er und 2000er Jahre sind jedoch andere als die heutigen.

Direkt nach der Wiedervereinigung ging es insbesondere darum, erste Erkenntnisse über die Strukturen der Diktatur zu gewinnen. Es ging darum, den ehemaligen politischen Häftlingen möglichst schnell eine Rehabilitation zu ermöglichen. Und es ging auch darum, eine Möglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, dass sie Einsicht in ihre Stasi-Akte nehmen konnten. Über 30 Jahre später sehen wir: Der Schatten der Diktatur reicht weit. Er reicht viel weiter als viele von uns es damals vermutet hätten. Manche Probleme zeigen sich – wie bei den Traumatisierungen – erst Jahre oder Jahrzehnte später.

Lieber Herr Schönemann, es hat mich tief berührt, als Sie mir von Ihrer Jugend erzählt haben. Davon, wie Sie als junger Mensch erleben mussten, wie Sie und Ihre Familie aus ihrem Heimatort Lenzen vertrieben wurden. Dem Ort, wo die Schönemanns seit fast hundert Jahren einen eigenen Elektrobetrieb geführt hatten. Sie berichteten mir davon, wie Ihr „neues Leben“ von Stigmatisierung

und Benachteiligung geprägt war. Und wie Sie von vielen wie Aussätzige behandelt wurden. Beeindruckt hat mich, wie Sie auch ganz offen von Ihrer Traumatisierung und den gesundheitlichen Folgen sprachen. Und wie 1989 alles aus Ihnen herausbrach. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das Schweigen gebrochen haben. Denn nur, wenn wir das Schweigen brechen, können wir den langen Schatten der Diktatur überwinden. Nur so können wir es unserer heutigen Gesellschaft erklärbar machen, was es heißt, in einer Diktatur leben zu müssen. Und warum die Folgen bis heute fortwirken.

Unsere heutigen Herausforderungen sind andere als die der ersten Jahre, aber sie sind eben nicht weniger herausfordernd. Zu dem, was heute für viele der Opfer besonders wichtig ist, habe ich als Bundesbeauftragte im Herbst dem damals frisch gewählten Bundestag einen ersten Bericht vorgelegt. Und ich bin dankbar, dass die neue Bundesregierung viele dieser Punkte in ihrem Koalitionsvertrag aufgegriffen hat.

Drei Punkte sind mir dabei besonders wichtig:

1. Schließen wir Gerechtigkeitslücken in den Reha-Gesetzen!

Unsere Reha-Gesetze sind gut, und sie sind eine wichtige Hilfe für viele tausende Betroffene. Hilfe ermöglichen sie jedoch nur den Betroffenen von SED-Unrecht, die in den Gesetzen adäquat berücksichtigt sind. Immer wieder scheitern daher Opfergruppen, die nicht explizit in den Gesetzen genannt sind, bei ihrem Versuch, sich rehabilitieren zu lassen. Ich denke dabei insbesondere an die Menschen, die bei ihrer Flucht oder als Fluchthelfer im osteuropäischen Ausland inhaftiert wurden. Ich denke an die Betroffenen, die in Westdeutschland oder Westberlin von der Stasi verfolgt wurden. Und selbstverständlich denke ich dabei auch an die Zwangsausgesiedelten. Was hilft es den Zwangsausgesiedelten, wenn sie eine Rehabilitation erhalten können, es ihnen in Folge dessen aber nicht gelingt, Ansprüche geltend zu machen? Ich werbe daher dafür, dass wir aufgrund ihres individuellen Verfolgungsschicksals auch für die Zwangsausgesiedel-

ten einen einfachen unbürokratischen Zugang zu Leistungen ermöglichen. So wie es der Bundestag 2019 auch für die Zersetzungsoffer geschaffen hat. Dies sind nur Beispiele für Opfergruppen, die mit unserer heutigen Gesetzeslage nur geringe oder teils keine Aussichten auf eine Rehabilitation haben. Aus meiner Sicht ist es Zeit, dass wir diese Gerechtigkeitslücken in unseren Gesetzen schließen.

2. Ich werbe für die Verbesserung der sozialen Lage der Opfer.

Im vorletzten Jahr hat die Brandenburger Landesbeauftragte hierzu eine umfangreiche Studie für ihr Bundesland vorgelegt. Die Ergebnisse der Studie sind alarmierend. Fast jeder zweite Betroffene von SED-Unrecht lebt heute an der Grenze der Armutgefährdung.⁵ Michael Körner aus Brandenburg, der gleich mit auf dem Podium sitzen wird, kann zur Studie sicher noch mehr berichten. Wenn man diese Studie liest oder mit den Opferverbänden in Kontakt ist, wird eines deutlich: Wir brauchen dringend ein verbessertes Netz, welches die Opfer – gerade im Alter – auffängt. Es sind dabei kleine Stellschrauben in unseren Gesetzen, mit denen wir die soziale Lage von vielen Betroffenen deutlich stabilisieren könnten. So wissen wir heute beispielsweise, dass viele Betroffene nach mehrmonatigem Arbeitsplatzverlust, nach zwei, drei Monaten in Haft oder Unterbringung in einem Jugendwerkhof beruflich nicht mehr richtig auf die Beine gekommen sind. Drei Jahre Verfolgungszeit als Voraussetzung für Unterstützungsleistungen, wie es das Gesetz aktuell vorsieht, sind einfach zu lang. Ermöglichen wir daher den Zugang zu Leistungen auch bei kürzeren Verfolgungszeiten! Viele Betroffene wurden am Studium oder an der Ausbildung gehindert. Hierzu gehören auch viele Zwangsausgesiedelte. Als Stigmatisierte und „Aussätzige“, wie Ernst-Otto Schönemann es so treffend beschrieb, wurden vielen von ihnen wieder und wieder Steine in den Weg gelegt. Diese Betroffenen haben aufgrund ihrer gebrochenen

⁵ „Fast jeder zweite Betroffene – 69 Prozent sind Rentner – lebt an der Grenze der Armutgefährdung, die in Brandenburg bei einem monatlich verfügbaren Nettoeinkommen von 1135 Euro liegt. 49 Prozent haben ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.000 Euro, im Landeschnitt sind das 27 Prozent.“

Erwerbsbiografie meist sowieso nur Anspruch auf eine niedrige Rente. Dass ihnen bei Renteneintritt auch noch die Ausgleichsleistung von 240 auf 180 € gekürzt wird, ist besonders fatal. Verzichten wir auf eine Absenkung der Ausgleichsleistungen bei Renteneintritt. Unterstützen wir die Opfer insbesondere im Alter.

3. Vereinfachen wir die Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden!

In den letzten Monaten habe ich viele SED-Opfer getroffen, die seit Jahren um die Anerkennung ihrer Gesundheitsschäden kämpfen. Es beschämt mich zutiefst, wenn ich sehe, was viele der Betroffenen erleben müssen. Verfahren von zehn oder zwölf Jahren sind keine Seltenheit. Auf Gutachten folgen Gegengutachten. Und schließlich wird sogar in vielen Fällen die Glaubwürdigkeit der Betroffenen infrage gestellt. Was folgt ist ein Glaubwürdigkeitsgutachten, welches von den Betroffenen als besonders erniedrigend wahrgenommen wird. Und schließlich scheitert die übergroße Mehrheit der Betroffenen auch noch bei der Anerkennung ihrer gesundheitlichen Schäden. Sie scheitern daran, dass sie als ehemals politisch Verfolgte den Behörden nachweisen müssen, dass eine jetzige Erkrankung auf damalige Haft, auf Zersetzung oder auf Zwangsaussiedlung zurückzuführen ist. Ohne den Beweis dieses Zusammenhangs erhalten sie keinen Zugang zu dringend benötigter Unterstützung. Gerade die Zwangsausgesiedelten können ein Lied von diesem ermüdenden und frustrierenden Bürokratie-Marathon singen.

So wie es jetzt ist, kann und darf es nicht weitergehen.

Ich wünsche mir daher, dass wir keine Kosmetik an dem bestehenden Regelungsrahmen betreiben, sondern dass wir eine grundsätzlich andere Herangehensweise finden. Dass auch über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch Handlungsbedarfe für die SED-Opfer bestehen, ist für mich mehr als verständlich. Über vierzig Jahre Diktatur hinterlassen tiefe Spuren in der Gesellschaft, in den Familien und bei jedem einzelnen Betroffenen.

Schließen wir Gerechtigkeitslücken in den Reha-Gesetzen, verbessern wir die soziale Lage der Opfer und erleichtern wir die Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden!

Kein Mensch, der in der Diktatur für Freiheit und Selbstbestimmung gekämpft hat, sollte heute – in unserer Demokratie – ins Abseits geraten.

Vielen Dank!

Panel Rehabilitation

Podiumsdiskussion

Moderation:

Isabel Fannrich-Lautenschläger



(v.l.n.r.): Katrin Budde, Michael Körner, Inge Bennewitz, Elisabeth Freyer

Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag

Katrin Budde, MdB, SPD,
Vorsitzende Ausschuss für Kultur und Medien

Michael Körner, Referent der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Inge Bennewitz, Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ)

Elisabeth Freyer, Vorsitzende des Vereins Opfer des Stalinismus in Thüringen (OdS)

Marie-Luise Tröbs, Präsidentin des Bundes der in der DDR Zwangsausgesiedelten e.V. (BdZ)

Isabel Fannrich-Lautenschläger: „Ich stelle ganz kurz vor: Katrin Budde, Vorsitzende des Kulturausschusses im Bundestag und für die SPD im Bundestag. Elisabeth Freyer haben wir vorhin schon bei der Gedenkrede gehört. Michael Körner ist Referent bei der Aufarbeitungsbeauftragten in Brandenburg, Dr. Maria Nooke.

Ich würde jetzt gerne bei der Politik anfangen, denn da stellen sich ja die drängendsten Fragen. Im Koalitionsvertrag sind Verbesserungen angedacht für die SED-Opfer, möglicherweise auch für die Opfer von Zwangsaussiedlungen.

Frau Budde, Sie wollen in den nächsten Monaten beim Bundesjustizministerium ein Eckpunktepapier vorlegen. Vielleicht können Sie beide jetzt mal ganz konkret werden, wie die Situation verbessert werden kann für Zwangsausgesiedelte, was ganz konkret getan werden kann.“

Katrin Budde: „Ich würde gerne woanders anfangen, weil ich die einzige Überlebende aus der Politik bin, die hier ist. Ich werde mir aber nicht anziehen, was bis 2017 nicht gemacht worden ist. Ich sage das ganz deutlich, weil ich bis 2017 Landespolitikerin in diesem Land war. Ich bin Magdeburgerin und war 27 Jahre im Landtag. Wir haben hier gute Gesetze gemacht für die Landesbeauftragte und andere Dinge. Erst 2017 bin ich in den Bundestag gewechselt und habe erst da dieses Thema übernommen. Und da haben wir, Herr Dombrowski und die Landesbeauftragten, das ganze Thema wieder aufgenommen. Wir haben gesagt, wir wollen jetzt versuchen, die Verfolgten, die noch nicht in den Gesetzen berücksichtigt sind oder wo die Gesetze nicht funktionieren, zu berücksichtigen.

Wir haben es aber am Anfang beide nicht geglaubt, dass wir das durchkriegen, was wir 2019 durchgekriegt haben in dem Gesetz. Das ist ein sehr heftiger, sehr langer Prozess gewesen, und es gab wirklich Gott sei Dank gute Verbesserungen. Was wir nicht mehr durchgesetzt haben, ist das Thema der Zwangsausgesiedelten. Sie [zu Frau Tröbs gewandt] waren ja im Bundestag in der Ausschussanhörung. Ich bin nicht Mitglied des Rechtsausschusses und war an diesem Tag

nur im Rechtsausschuss, weil ich die ganzen Themen federführend für meine Fraktion mache. Ich hatte meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD vorher gesagt: ‚Wenn ihr das Gesetz vorher nicht verändert, dann werdet ihr ein Desaster erleben in der Anhörung.‘ Und genauso war es.

Alle Sachverständigen waren sich einig: Es waren ja ganz viele Dinge überhaupt nicht berücksichtigt. Und daraufhin haben wir das Verfahren anhalten können. Deshalb will ich auch noch mal allen Sachverständigen, auch Ihnen [Frau Tröbs], Danke sagen für die klare Schilderung im Rechtsausschuss, weil die Kolleginnen und Kollegen, Juristinnen und Juristen das nicht geglaubt haben, was wir fachlich und inhaltlich gesagt hatten.

Das ist ein Problem, dass Sie keine Unterstützung haben, dass Sie in denjenigen, die die Aufarbeitung machen, den Fachpolitikern, keine Unterstützung haben. Wir kennen das auch, und wir versuchen, das durchzusetzen und auch vieles zusätzlich noch reinzubekommen. Jetzt ist das noch übriggeblieben und viele andere Dinge auch noch für diese Legislatur. Frau Zupke hat ein paar Sachen gesagt, aber es gibt da noch eine ganze Reihe an Verbesserungen, die notwendig sind. Das werden wir auch in Angriff nehmen. Es ist immer ein juristisches Problem, und das Problem ist, dass das aus der Sicht der Juristen von heute gesehen wird. Das ist das grundsätzliche Problem.

Sie haben recht, das ist einfach so spät, dass die Juristinnen und Juristen, die sich das heute angucken, da einfach ganz anders rangehen. Die sehen das aus der heutigen Situation, und sie müssen heute denen erst mal erklären, dass es so etwas in der DDR überhaupt gegeben hat. Das ist inzwischen so weit weg. Das habe ich auch in meinen Reden mehrmals im Bundestag gesagt. Das ist die Gnade ihrer Geburt in der Bundesrepublik oder ihrer späten Geburt, dass sie gar nicht wissen, dass es so was tatsächlich gab.

Das ist vergleichbar mit anderen Dingen. Wenn wir sagen Jugendwerkhöfe, dann sagen die: Ja, bei uns gab es auch betreute Wohn-

gruppen für sozial Auffällige. Ich will das mal so hart vergleichen, das ist wirklich heute viel schwieriger. Und ich bedauere das. Nein, es haben jetzt anderthalb Stunden Leute geredet. Ich sage das jetzt, die Zersetzungsoffer sind ja jetzt auch drin.

Ich weiß nicht, was ich versprechen kann. Deshalb kann ich Ihnen keinen Fahrplan vorlegen. Aber die Idee ist, dass Frau Zupke die ganzen offenen Probleme aufnimmt in ihren Bericht, dass wir zusammen mit den Landesbeauftragten gucken, die auch selber noch mal gucken, worauf können sie sich verständigen, was muss als erstes getan werden?

Da sind die Zwangsausgesiedelten. Eine Gruppe, die wirklich dringend an den Anfang gestellt werden muss. Wir werden zusehen, dass die ostdeutschen Bundesländer möglichst auch noch mal eine Bundesratsinitiative starten, damit man in der Bundesrepublik sieht, dass sich die ostdeutschen Länder einig sind. Das sind die drei großen Blöcke. Und dann werden wir gucken, dass wir ab Herbst Schritt für Schritt versuchen, einen Gesetzentwurf hinzukriegen, wo das alles drinsteht.

Die Juristinnen und Juristen habe ich dann trotzdem noch. Ich will Ihnen nichts versprechen, was ich nicht durchsetzen kann. Ich kann das nicht alleine entscheiden und nur sagen: Ja, wir, die wir hier sitzen und das in den letzten Jahren wirklich schon vorangebracht haben, werden bei diesem Thema nicht lockerlassen, sondern das wird in dieser Legislatur, wo die Rehabilitation, die Überarbeitung der Gesetze natürlich wieder auf der Tagesordnung steht, auf jeden Fall einer unserer Punkte mit sein. Ich kann Ihnen noch nicht mehr dazu sagen, ich kann Ihnen keine Formulierung geben, es macht auch keinen Sinn.

Es macht auch keinen Sinn, irgendwelche internen Papiere in der SPD zu schreiben. Ich lasse so was nämlich nicht abstimmen, weil dann kann ich nicht scheitern, sondern ich mache das gleich anders, und wir werden das versuchen. Das kann ich Ihnen versprechen. Aber ich

kann Ihnen natürlich nicht den Erfolg garantieren, sondern ich kann nur Ihr Sprachrohr sein. Das werde ich sein.

Wir werden auch viele andere Dinge noch mit aufnehmen, was schon mal positiv in der letzten Legislatur erreicht worden ist, dass bei der Ausbildung von Richterinnen und Richtern dieses Thema DDR-Unrecht mit in die Ausbildung aufgenommen worden ist. Weil nachher hängt vieles davon ab, wie dann entschieden wird, wenn es zu Verfahren kommt, auch vor Gerichten.

Es war ein großes Problem, das gleichberechtigt hinzubekommen mit dem Thema Nationalsozialismus, weil es natürlich in der Bundesrepublik viele gibt, die sagen: Ja, aber das Thema Nationalsozialismus ist doch nicht mit dem DDR-Unrecht vergleichbar, und wir sagen: nein. Es ist zwar nicht vergleichbar, aber beides ist Unrecht, und deshalb steht es auch im gleichen Paragraphen drin, sonst hätten wir es gar nicht mehr hingekriegt. Das haben wir auch noch hingekriegt. Und wir machen weiter.“

Isabel Fannrich-Lautenschläger: „Frau Zupke, was soll in Ihr Eckpunktepapier ganz konkret bezogen auf die Zwangsausgesiedelten rein?“

Evelyn Zupke: „Da sind wir ja im Gespräch, auch mit den Landesbeauftragten. Es ist natürlich ganz klar, dass diese Gruppe jetzt berücksichtigt werden muss. Es steht ja im Koalitionsvertrag: Überarbeitung und Anpassung, Neubewertung der Opfergruppen und neuer Opfergruppen. Analog dazu, wie es jetzt schon auch mehrfach gesagt wurde, zu den Zersetzungsoffern. Und so weiter. Und dann gibt es natürlich noch viele andere Themen.“

Isabel Fannrich-Lautenschläger: „Es gibt zum Beispiel noch das Thema, ob es eine Entschädigung geben soll.“

Evelyn Zupke: „Das meine ich ja mit Einmalzahlung, das ist ja eine Form der Entschädigung. Das Vermögensrecht, das lasse ich jetzt mal außen vor. Das ist jetzt nicht Teil dieser Überarbeitung der sogenann-



(v.l.n.r.): Isabel Fannrich-Lautenschläger, Marie-Luise Tröbs, Evelyn Zupke

ten Unrechtsbereinigungsgesetze. Da geht es darum, ein Instrumentarium zu schaffen, wo niemand betteln muss.

Härtefallfonds wurde gesagt, das verstehe ich total. Es muss aber etwas sein, wo man einen gesetzlichen Anspruch darauf hat. Wenn klar ist, es fand eine Zwangsausiedlung statt, dann kann ich diese Leistung beantragen. Ein gesetzlicher Anspruch ist etwas anderes als ein Almosen. Und darum geht es dabei, um die Entschädigung als solche. Aber ich glaube, was mindestens genauso oder vielleicht noch wichtiger ist, ist die Würdigung und Anerkennung, dass das endlich ausgesprochen wird. Sie haben 30 Jahre gekämpft um so viel, und es ist jetzt wirklich unsere Aufgabe, das umzusetzen.“

Isabel Fannrich-Lautenschläger: „Sehen denn die Anderen hier auf dem Podium das auch so, dass eine Einmalzahlung jetzt die beste Lösung wäre? Das würde mich mal interessieren, auch aus Ihrer Sicht, Herr Körner, als Berater und Referent.“

Michael Körner: „Wir hatten das mal vor, noch weit vor der Novellierung. Wir haben uns überlegt, die Sache mal von hintenrum zu betrachten und haben uns die Folgen für die Leute angeguckt, die zu

uns gekommen sind, sowohl die Opfer von Verwaltungsunrecht als auch die Zersetzungsoffer und die Zwangsausgesiedelten. Wir haben festgestellt, dass die Folgen eigentlich ähnlich sind. Das hat auch unsere Sozialstudie bestätigt.

Und mit der Zahl, die Frau Bennewitz nennt: 60 Prozent der Zwangsausgesiedelten haben tatsächlich Gesundheitsschäden davongetragen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Das deckt sich so ziemlich gut mit dem, was wir in einer Sozialstudie festgestellt haben. Da waren es auch so rund zwei Drittel der Betroffenen, die von sich aus angaben, an gesundheitlichen Folgeschäden aus der Zeit ihrer Verfolgung zu leiden.

Wir hatten deswegen mal die kühne Idee, das dadurch zu regeln, dass wir auch den verwaltungsrechtlich Rehabilitierten eine monatliche Ausgleichszahlung zubilligen würden. Weniger als die Opferrente. Wir hatten uns damals an der beruflichen Rehabilitation orientiert, an den 240 Euro und hatten das auch mal versucht reinzubringen. Ich weiß nicht, warum es dann letztendlich doch gescheitert ist, aber das war mal unsere kühne Idee. Wir sind aber im Ergebnis trotzdem ganz froh über das, was bei der Novellierung dann rausgekommen ist, dass eben viele Betroffene da doch Verbesserungen bekamen. Ich fand es wirklich sehr schade, dass die Zwangsausgesiedelten nicht berücksichtigt worden sind. Was uns echt ein Anliegen war.“

Isabel Fannrich-Lautenschläger: „Eine Einmalzahlung ist ja etwas ganz anderes als eine monatliche Zuwendung, die für gesundheitliche Belange verwendet werden kann oder die soziale Situation verbessert. Das ist das andere Ergebnis der Studie, dass sich viele unterhalb der Armutgefährdungsschwelle befinden. Also ein Viertel muss mit weniger als 1.500 Euro auskommen, so das Ergebnis der Studie. Also eine richtig dramatische Situation. Von Ihnen als Betroffene würde ich gerne noch kurz wissen, welche Lösung Sie bevorzugen?“

Marie-Luise Tröbs: „In den heutigen Ausführungen wurde ja deutlich, dass die Zwangsausgesiedelten bisher immer hingehalten wor-

den sind. Immer sind sie ausgeschlossen worden. Es wurde gesagt, es mussten sich immer die Betroffenen selbst stark machen, um bei ihren Ansprüchen etwas voranzukommen.

Wenn wir von Anfang an unsere Ansprüche nach dem Vermögensgesetz hätten geltend machen können, wäre ein bestimmter Schaden nicht entstanden. Ein Beispiel, damit man das sieht: wenn z. B. das Haus dem Zwangsausgesiedelten gleich 1990/91 hätte zurückgegeben werden können und es nicht Dritte erworben hätten, dann hätten sie Mieteinnahmen gehabt. Das wurde ihnen aber verwehrt, also ist da ein Schaden entstanden. Also der Schaden, den Sie als Zwangsausgesiedelte davongetragen haben, ist bei weitem höher, als wenn wir jetzt sagen würden, wir erwarten 20.000 Euro.“

Isabel Fannrich-Lautenschläger: „Aber das ist Vergangenheit, Frau Tröbs. Und jetzt überlegen wir, wie wir die Situation verbessern.“

Marie-Luise Tröbs: „Die Einmalzahlung muss jetzt auch aus dem Grund kommen, weil die Opfer hochbetagt sind. Wenn es jetzt heißen würde, das Opfer bekommt pro Monat 200 Euro, und das Opfer ist 82 Jahre alt. Sie hoffen jetzt über 30 Jahre, dass für Sie etwas passiert. Es ist würdevoller den Zwangsausgesiedelten eine Einmalzahlung zukommen zu lassen, damit sie endlich ihren Seelenfrieden finden.“

Isabel Fannrich-Lautenschläger: „Das verstehe ich, das ist einleuchtend. Sehen Sie beide das denn auch so, Frau Bennewitz und Frau Freyer?“

Inge Bennewitz: „Ich wollte noch etwas zu den Vermögensfragen sagen. Wenn ein politisch verfolgter Enteigneter einen Nullbescheid bekommt, so ist es kaum einzusehen, aber schwer zu ändern, denn den haben auch politisch nicht Verfolgte bekommen. Wir sollten das Vermögensrechtliche ruhen lassen.“

Es geht jetzt vorrangig darum, das eigentliche Verfolgungsschicksal mit einer angemessenen Entschädigung zu würdigen. Die eigentliche

Verfolgung, die alle erlitten haben, das sind die grausame Vertreibung, die elende Zwangsansiedlung und die darauffolgenden Restriktionen und Zersetzungsmaßnahmen. Das muss gewürdigt werden.“

Isabel Fannrich-Lautenschläger: „Genau. Aber wie möchten Sie das gerne gewürdigt sehen? In welcher Form?“

Inge Bennewitz: „Mit einer Einmalzahlung in angemessener Höhe.“

Isabel Fannrich-Lautenschläger: „Okay, da sind Sie sich einig.“

Inge Bennewitz: „Eine Opferpension hatte ich auch schon mal vorgeschlagen. Viele Haftopfer sind ja in den 50er Jahren verfolgt worden. Als das dann kam mit der Opferpension, da haben viele gesagt, was soll ich jetzt noch damit, ich habe eine Lebenserwartung von vielleicht nur noch zwei Jahren. Sie sehen ja auch, wie alt wir sind.“⁶

Evelyn Zupke: „Eine Einmalzahlung ist die beste Lösung, es muss ein gesetzlich verankerter Anspruch sein – in angemessener Höhe.“

Inge Bennewitz: „In angemessener Höhe. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, als ich gehört habe, dass die Zersetzungsoffer einmalig 1.500 Euro kriegen sollen, das finde ich peinlich. Zersetzungsmethoden haben Menschen in den Tod getrieben.“

Isabel Fannrich-Lautenschläger: „Ich weiß, ja. Gibt es noch irgendwelche wesentlichen Schritte, die jetzt zu unternehmen sind, die Sie noch nicht genannt haben? Damit es vorangeht?“

Elisabeth Freyer: „Ich möchte mich dem anschließen, was Frau Bennewitz gesagt hat. Und vor allen Dingen auch Frau Zupke danken, dass sie jetzt extra noch mal erwähnt hat, dass es gesetzlich verankert werden muss. Und auch bei Ihnen, Frau Budde, bedanke ich mich ganz herzlich, dass Sie sich so einsetzen möchten. Ob es klappt, wissen wir nicht, aber ich favorisiere auf alle Fälle auch eine Einmal-

⁶ An dieser Stelle, meldete sich – leider ohne Mikrofon – auch der verstorbene Dr. Karl-Heinrich Ebel zu Wort und sprach sich für eine Einmalzahlung und gegen eine Opferrente aus. Er begründete dies mit dem hohen Alter und der beschränkten Lebenserwartung der Betroffenen. [Anm. d. Red.]

zahlung, denn ich bin jetzt 81 Jahre alt. Eine Einmalzahlung wird viele von den Opfern befrieden. Ich kenne auch Opfer, die am Existenzminimum gelebt haben und ein schreckliches Leben führen mussten. Ich muss ehrlich sagen, mir fällt manchmal gar nichts mehr ein, um diese Leute zu trösten. Die Leute sind einfach enttäuscht vom Rechtsstaat insgesamt. Und was seit 30 Jahren läuft, ist teilweise auch Willkür sämtlicher Regierungen, die in den vergangenen 30 Jahren am Werke waren, also nicht gerecht.“

Isabel Fannrich-Lautenschläger: „Gut, dass wir jetzt mit Frau Zupke und mit Frau Budde zwei Politikerinnen haben, die sich sehr dafür einsetzen. Vielen Dank. Jetzt ist schon nach 19 Uhr, wir müssen leider jetzt aufhören. Das tut mir total leid. Ich danke Ihnen allen ganz herzlich, dass Sie gekommen sind und Ihnen fürs Zuhören. Und ich denke, die Diskussion geht weiter. Heute Abend und morgen auch. Vielen Dank.“

möchte, sondern ich schätze solche Veranstaltungen sehr. Ich sage immer, ich werde aus Steuermitteln bezahlt, und dann habe ich auch das Recht und nicht nur das Recht, sondern vor allen Dingen auch die Pflicht, mich einem historisch interessierten Publikum zur Verfügung zu stellen. Ich freue mich sehr darüber, wie gut diese Veranstaltung besucht ist. Wenn Sie Fragen haben, bitte löchern Sie mich. Ich bitte um Entschuldigung, leider muss ich ein bisschen früher weg. Ich würde gerne länger bleiben, aber ich bitte um Nachsicht.“

Sandra Czech: „Wir haben gestern über die Aktion ‚Ungeziefer‘ gesprochen und Einzelschicksale kennengelernt. Wir hatten vier Zeitzeugen: Marie-Luise Busse, Anneliese Fleischer, Gerhard Schrimpf und Professor Adolf Ebel im Podium und weitere Zeitzeugen im Publikum. In den Gesprächen in den Pausen oder auch am Abend wurde festgestellt, dass jeder sein individuelles Schicksal hat. Gesprochen wurde über die subjektive Wahrnehmung der Ereignisse, aber auch über die Verarbeitung.“

Wir versuchen heute, mit der historischen Einordnung aus der objektiven Sicht des Wissenschaftlers, diese Thematik anzugehen.

Wie geschehen derartige Ereignisse? Wir werden uns von der internationalen Ebene in die nationale, dann in die regionale Ebene begeben und zuletzt mit Sven Stephan über die journalistische Perspektive und die öffentliche Wahrnehmung sprechen. Der Zeitzeuge Gerhard Schrimpf sagte gestern, alle stellen immer wieder fest, dass die Thematik nicht bekannt ist und das nicht nur bei jungen Schülerinnen und Schülern, sondern auch in der normalen Bevölkerung. Warum dort Unkenntnis herrscht, obwohl das gute Buch von Inge Bennewitz und Rainer Potratz schon seit 1994 auf dem Markt ist, das versuchen wir heute ein bisschen zu ergründen. Wir wollen darüber reden, wie wir die Sache besser vermitteln können. Wie können wir den jungen und aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Grenzlandmuseen ein bisschen Hilfe an die Hand geben? Oder einfach Leute aktivieren, die dann Kontakte knüpfen können und von deren Erfahrung profitieren.

Herr Professor Kreuzberger, ich möchte Sie bitten, uns zur Einführung die weltpolitische Situation nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges zu schildern. Und gegebenenfalls weiterführend: Welche Auswirkungen hatte dies auf die sowjetische Deutschlandpolitik?“

Prof. Dr. Stefan Kreuzberger: „Wir machen dies – wie besprochen – in Gesprächsform und umrahmen das Ganze, damit man anschließend die Vorträge, die geplant sind, besser einordnen kann und damit die Kolleginnen und Kollegen nach uns sich stärker auf ihre Sachen konzentrieren können.“

Was sind die Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren? 1944/45 ist klar, der Krieg geht dem Ende zu. Es ist unweigerlich klar: Die Deutschen werden verlieren. Dieses sogenannte Dritte Reich wird zusammenbrechen. Und das konfrontiert natürlich die Siegermächte oder die zukünftigen Siegermächte mit dem Gedanken – man muss Nachkriegsplanungen vornehmen. Und das Bemerkenswerte bei der sowjetischen Seite ist: Stalin ist ein Politiker, der immer gesamtdeutsch gedacht hat. Der hat nicht gedacht: Ich will nur einen Teil Deutschlands bekommen und natürlich in meinen Machtbereich einbeziehen, sondern gesamtdeutsch. Er war allerdings konfrontiert mit der Situation, dass er nicht alleine entscheiden konnte. Es gab noch drei weitere Alliierte oder sagen wir mal zwei. Die Franzosen, die leiden heute noch darunter, dass sie nicht so richtig gleichberechtigte Alliierte waren. Die Grand Nation. Die ist dann erst zum Schluss noch mal mit reingenommen worden, zum Leidwesen de Gaulles.

Aber es waren die Briten, es waren die Amerikaner, natürlich vor allen Dingen von der westlichen Seite her, und man einigt sich auf ein Regelwerk, auf ein Rahmenwerk für die Besatzung. Und das sind die vier Besatzungszonen, die wir alle kennen. Für Berlin sind es die vier Sektoren. Es ist der Mechanismus zu sagen, wir haben einen Alliierten Kontrollrat, der ist für Deutschland als Gesamtes zuständig. Man legt sich darauf fest, ein Einstimmigkeitsprinzip, ein Veto-Prinzip. Und wir wissen ja alle, was vom Veto zu halten ist. Wir erleben das

tagtäglich im Bereich von Europa. Wir erleben das auch im Bereich der Vereinten Nationen.

Ein Veto kann immer wieder bedeuten, dass es Probleme gibt. Allein schon aufgrund dieses Regelwerkes auf alliierter Ebene kann es Probleme geben. Wir werden am Ende auch der Frage der Teilung nachgehen. Es gab die Regelung, dass jeder in seinem Besatzungsgebiet nach mehr oder weniger eigenem Gutdünken vorgehen kann. Das heißt für den östlichen Teil Deutschlands, die sowjetische Besatzungszone, ist es die Sowjetische Militäradministration in Deutschland, die die Verantwortung trägt.

Man spricht von Demokratie. Erst mal müssen die Deutschen entnazifiziert werden, es muss abgerüstet, entmilitarisiert werden. Es geht auch um die Entflechtung der Monopole usw. Man spricht davon, die Deutschen irgendwann demokratisieren zu wollen. Und wenn das erreicht ist, dann können sie vielleicht auch mal die Staatlichkeit bekommen.

Mit dem Ende des Krieges, mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und vor allen Dingen auch im Juni 1945 mit der Wiener Erklärung, gibt es den deutschen Staat, die deutsche Staatlichkeit in dem Sinne nicht mehr.

Es sind allein die Alliierten, die dieses Regelwerk haben. Das ist die eine Ebene. Und die andere Ebene ist: Die Sowjetunion plant parallel dazu, und das wissen die Westmächte so nicht. Und was ist naheliegender? Sie plant mit Hilfe der Moskauer Exilkommunisten, mit Ulbricht und Pieck.

Ich glaube, ich brauche die Namen hier nicht zu erklären. Heute Morgen beim Frühstück saß ich mit einem Ehepaar am Tisch, das meinte, die jungen Leute heute wissen ja nicht mal, wann der Krieg zu Ende war oder wann er begonnen hatte.

1945. Und ich will jetzt nicht durch die Stadt Magdeburg gehen und fragen: Wer war Pieck und wer war Ulbricht? Das ist vielleicht eine

Herausforderung, fast schon eine Abiturfrage. Ich will aber damit sagen: Es sind die Spitzenfunktionäre, die sich ins Moskauer Exil begeben haben. Es waren diejenigen, die die Stalinisierung der Sowjetunion, die Schauprozesse, überlebt haben, die also ganz im Geiste Stalins loyale Weggefährten gewesen sind. Stalin hat nicht von ungefähr auf diese Kader zurückgegriffen. Er wusste, die haben etwas Kompetenz und wissen, was es heißt, in Deutschland zu sein. Wobei man dazu sagen muss: Das letzte Mal, dass diese Leute in Deutschland waren, das war 1933.

Sie mussten, um als Kommunisten nicht verhaftet zu werden oder in Konzentrationslagern zu landen, nach Westeuropa oder in die Sowjetunion emigrieren. Sie waren natürlich besser informiert, als die sowjetische Seite. Es waren also loyale deutsche Gewährsleute, mit denen die Zeit nach der Besatzung geplant wurde. Und wenn man sich diese Planungen anguckt, wird man feststellen: Das Ganze war immer auf Gesamtdeutschland gedacht.

Es gab die Aktionsgruppe Ulbricht. Ulbricht geht nicht von ungefähr nach Berlin, sondern weil er für Berlin-Brandenburg damals Erster Sekretär war. Er war in der Weimarer Republik bestens vertraut mit der Region. Eine Reihe anderer Spitzenfunktionäre ging mit ihm, unter anderem ein Jungkommunist, Wolfgang Leonhard, der bemerkenswerte Memoiren geschrieben hat, die heute noch lesenswert sind. Ich empfehle Sie meinen Studenten immer wieder, sie waren zu Recht Bestseller. Man erfährt so wahnsinnig viel, und wir hatten lange, lange Zeit vor dem Fall der Mauer, solange wir nicht in die Archive kamen, keine bessere Quelle als das, was Wolfgang Leonhard geschrieben hat.

Und was war die Parole? Das kennen Sie alle, die Leonhard gelesen haben. ‚Es muss demokratisch aussehen, aber wir haben die Fäden in der Hand.‘ Und das war im Grunde so die große Schiene, die große Linie, die man sich von sowjetischer Seite mithilfe der deutschen Kommunisten auf die Fahnen geschrieben hatte.

In diesem Geiste sind diese Leute dann am 30. April 1945 nach Berlin gekommen. Es ist eine Ironie der Geschichte, da sich an diesem Tag Adolf Hitler im sogenannten Führerbunker der Verantwortung entzog, indem er Selbstmord beging. Also just zu dem Zeitpunkt kam die Gruppe Ulbricht nach Berlin. Berlin war ungemein wichtig. Das kann man sich damit erklären, und das ist sehr sowjetisch oder russisch gedacht: In einem Zentralstaat wie dem heutigen Russland oder dem zaristischen russischen Imperium oder wie auch der Sowjetunion, denkt man in Kategorien vom Zentrum aus. Das ist die Ausstrahlungskraft, und das dachten die auch 1945.

Deshalb ist es ja bemerkenswert, dass die sowjetische Seite so schnell und möglichst vor den Westalliierten nach Berlin kommen wollte. Und das erklärt auch die Schlacht um die Seelower Höhen. Sie wissen – in den letzten Tagen vor Kriegsende hat es immense Verluste auf sowjetischer Seite gegeben. Auch auf deutscher Seite, die also noch mal wirklich mit allen Mitteln verteidigen wollte, mit Volkssturm usw., um die Sowjets aufzuhalten.

Man muss sich das einfach mal vorstellen: So kurz vor Kriegsende werden noch Leute verheizt auf beiden Seiten. Und Stalin bringt seine Truppen möglichst vor den Westalliierten nach Berlin, weil er Berlin wollte, die Symbolkraft der Hauptstadt. Aber vor allen Dingen wollte er auch die Anfänge in Berlin gestalten können, immer in der Hoffnung, wer Berlin hat, verfügt über die Schlüsselposition.

Die Gruppe Ulbricht sollte im Kommunalwahlrecht, im Parlament, im Rathaus die Schlüsselfunktionen Inneres, Justiz und Wirtschaft einnehmen. Alles im Sinne von: ‚Es muss demokratisch aussehen, aber wir haben die Fäden in der Hand.‘ Das setzt voraus, als Erster nach Berlin zu kommen und immer in der Hoffnung, wenn wir in Berlin sind und hier die Schlüsselpositionen besetzen, nehmen wir Weichenstellungen vor. Und das hat möglicherweise Ausstrahlungskraft auf Gesamtdeutschland. Das ist ganz wichtig, betone ich immer wieder. Stalin denkt gesamtdeutsch. Wir sehen das oftmals so vom Ende her. Also Ende heißt die Teilung Deutschlands 1949.

Aber trotz allem: Wenn es nach Stalin gegangen wäre, er hatte stets die gesamtdeutsche Perspektive im Blick.“

Sandra Czech: „Gesamtdeutsche Perspektive. Das meinen Sie dann auch eben in dem Sinne: demokratischer Anschein? Wir haben ja trotzdem die anderen Besatzungsmächte. Wie würden Sie es interpretieren, dass er sozusagen gesamtdeutsch gedacht hat?“

Prof. Dr. Stefan Kreuzberger: „Gesamtdeutsch gedacht und auch demokratisch? Das sage ich meinen Studenten immer wieder. Wir kommen vielleicht nachher noch zur Stalinnote. Das ist ja der Grund, weshalb ich hier bin – unter anderem.

Nein, das ist ja das Problem. Und das ist ja die Erfahrung, die auch die Westmächte mit Stalin während des Krieges machten. Die haben zunächst mal gedacht, dieser Stalin oder die Sowjetunion, die kannte man ja. Churchill ist das beste Beispiel. Churchill war ein Antikommunist vor dem Herrn und das berechtigterweise, muss man ganz einfach auch sagen. Die dachten aber während des Krieges, man kämpft gemeinsam gegen Hitlerdeutschland, und man dachte auch in dieser Allianz.

Vor allen Dingen der amerikanische Präsident Roosevelt, könnte man heute sagen, war ziemlich naiv. Es ist immer ein Problem, wenn man das aus der heutigen Sicht sagt. Ich sage immer wieder, wir müssen die Zeitzeugen und die Akteure aus der Zeit heraus entwickeln. Wir müssen die Kontexte sehen, was konnten die wissen, was waren die Handlungsspielräume?

In Parenthese ganz kurz – das ist auch das, wenn wir heutzutage die deutsche Russlandpolitik beurteilen wollen und immer so leichtfertig sagen, die deutsche Russlandpolitik der letzten Jahrzehnte habe kläglich versagt. Zum Teil, aber nicht nur. Aber das war das Problem. Die gingen davon aus, Stalin hat sich geändert. Und wenn man von Demokratie sprach – und alle Seiten sprachen von Demokratie – man war sich nicht darüber im Klaren, dass, wenn Stalin von Demokratie

sprach in einer Inbrunst von Überzeugung, dann dachte er an sozialistische Demokratie. Nur das ist eine völlig andere Vorstellung von dem, was wir oder ein Churchill oder ein Roosevelt im Sinne von liberaler Demokratie dachten. Man merkt diese semantischen Probleme, dass man aneinander vorbeiredete, noch nicht 1944/45, sondern im Zuge der Entwicklung, die dann kam.“

Sandra Czech: „Wenn wir jetzt auf die Zwangsaussiedlung an der innerdeutschen Grenze hinauswollen: Die Bevölkerung weiß, wir sind unter Besatzungsmächten aufgeteilt, sie hat natürlich nicht zwangsläufig diesen Einblick: Was passiert wirklich im Alliierten Kontrollrat, was wird zum Beschluss? Man ist froh, wenn überhaupt Informationen nach außen sickern können. Wie schätzen Sie die Situation ein? Ich persönlich habe den Eindruck, dass der Bevölkerung das Vorstellungsvermögen für so eine krasse Teilung fehlte.“

Prof. Dr. Stefan Creuzberger: „Einerseits ja. Aber die Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone hat ja bestimmte Entwicklungen unmittelbarer und eher mitbekommen, als das zunächst mal für die Westmächte der Fall war. Aber auch bei den Westmächten – wann zeichnet sich denn da eine Teilung ab? Oder zeichnete sich irgendwann eine Teilung ab? Und die zeichnete sich ab. Und das nicht erst 1949, wo es für jeden offenbar war, dass wir auf der einen Seite eine Gründung der Bundesrepublik hatten und die DDR zeitverzögert wenige Tage später gegründet wurde. Das hat man ja ganz bewusst so gemacht, damit man sagen konnte: Guckt mal an, die BRD, wie es seinerzeit offiziell hieß. Wir können ja gar nicht anders, die sind ja vorgeprescht. Aber wenn man die Akten kennt, ist die Gründung der DDR zu einem weitaus früheren Zeitpunkt geplant worden zwischen der SED-Spitze und Moskau. Aber es zeichnete sich bereits früh ab. Meine Damen und Herren, wenn man sich vergegenwärtigt: In Potsdam treffen sich die alliierten Siegermächte und machen ein Protokoll, kein Abkommen. Man sagt über das Potsdamer Abkommen: „Es gibt kein Potsdamer Abkommen, ein Abkommen wäre völkerrechtlich.“ Es ist ein Protokoll, an dem man sich orientiert, auf Prinzipien

einigt, wie das jetzt mit dem besetzten Deutschland zusätzlich neben dem Regelwerk weitergehen soll.

Und es gibt ein Prinzip. Man sagt, Deutschland soll als wirtschaftliche Einheit erhalten bleiben. Man redet nicht groß von Politik. Man geht nicht davon aus, die Deutschen werden keine Möglichkeit haben, politisch aktiv zu sein. Es sind die Siegermächte, die das Geschick bestimmen sollen.

Und bemerkenswert ist die Bodenreform. Da ist insofern auch gerade Sachsen-Anhalt ein Schüsselnd gewesen. Auch damals haben wir ja noch Länder gehabt, Länder und Provinzen, die erst 1952 aufgelöst wurden, auch die Landtage. Aber es findet eine Bodenreform statt. Die sogenannte demokratische Bodenreform. Wenn man sich anguckt, wie diese Bodenreform durchgeführt wurde, von wem initiiert, was waren die Intentionen?

Es war formal nach außen sichtbar. Man hatte den Eindruck, es ist die KPD gewesen, die im Herbst 1945 die Initiative ergreift. Es sind die Bauern gewesen, die Jung- und Neubauern, die sich damit solidarisieren wollen. Den sowjetischen Akten zufolge war es Moskau, es war die sowjetische Seite, die das initiierte und zwar mit klarem Kalkül. Es ist also auch Bündnispolitik gedacht worden. Natürlich wusste man auch: Im mitteldeutschen Bereich gab es Regionen, die sehr stark von Arbeiterschaft, allen voran in Sachsen, geprägt waren. Das waren natürliche Allianzpartner aus der Sicht und der Ideologie der Sowjetunion, aber auch der KPD.

Nur allein wie steht es mit der bäuerlichen Bevölkerung? Ich lebe in Mecklenburg-Vorpommern, und – das brauche ich nicht sagen – wir haben schöne Strände. Wenn das Wetter schön ist und die Sonne scheint, kann man das ganz besonders genießen. Wunderbare Landschaften, ein großer Nationalpark mit Siedlungsinseln. Aber nein, der große Nationalpark und die landwirtschaftlichen Möglichkeiten machen doch klar: Da sind Bauern, und die sind nicht unbedingt die natürlichen Verbündeten der KPD oder einer sowjetischen Politik. Und

da geht es darum, Allianzpartner zu suchen. Und man zieht diese Bodenreform durch, ganz massiv, auch mit drakonischen Maßnahmen, undemokratisch. Man missachtet das Eigentumsrecht, das, was CDU und die Liberaldemokraten immer wieder einforderten.

Enteignungen werden in den Westzonen nicht durchgeführt. Und das ist so ein Beispiel: Die Parteigründungen in der sowjetischen Besatzungszone am 10. Juni 1945 waren eine der ersten Maßnahmen, die nicht abgesprochen wurde mit den Westmächten. Die Westalliierten waren überrascht, genauso wie die Deutschen. Überrumpelt. Wer hätte gedacht, dass man vier, fünf Wochen nach Kriegsende plötzlich Parteien gründen würde? Es war ein Befehl, und auch die Gründung der Parteien ist kontrolliert worden.

Und die Interpretation dessen, was es hieß, demokratisch oder antifaschistisch zu sein, lag bei der Besatzungsmacht und bei der SED, bei der KPD. Und man konnte sehr schnell stigmatisiert werden, wenn man nicht in dieses Schema passte. Dann war man plötzlich Faschist, und bürgerliche Politiker bekamen das zu spüren und wurden vorgeführt.

Ein weiteres Beispiel: die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. Da gab es mit Sicherheit Leute, die das wollten, aufrichtig wollten – bei der KPD und bei der SPD. Nachdem die sowjetische Besatzungsmacht und die KPD festgestellt hatten, dass wider Erwarten die SPD viel populärer war als die KPD, sind die Weichenstellungen in Richtung Zwangsvereinigung gestellt worden, zumal die Besatzungsmacht in Ungarn und auch die sowjetische in Österreich die Erfahrung gemacht hatte, wenn man Wahlen zuließe, würde man ein Fiasko erleben.

Die Kommunisten sind derartig abgeschmiert, sodass man gesagt hat, das darf uns nicht in Deutschland passieren. Und Deutschland war wahrlich wichtiger. Also haben wir Österreicher hier, Österreicher im Publikum? Nein, dann kann ich es offen aussprechen: als das kleine Österreich machen wir uns doch nichts vor. Rein strategisch.

Also da war völlig klar, auch da dürfen wir nichts dem Zufall überlassen. Zwangsvereinigung vielleicht. Ja, ich will es mal bei diesen Beispielen bewenden lassen. Sie wissen das alle. Sie kommen aus der Region, kennen das zum Teil aus Erzählungen der Eltern oder haben es vielleicht sogar selbst erlebt. Es geht hier darum, ein paar Wegmarken noch mal aufzuzeigen.“

Sandra Czech: „Es zeichnet sich ab, was die großen Hoffnungen sind, oder dass eine Nation vielleicht doch nicht gespalten wird. Es gab, kurz bevor die Zwangsaussiedlung unter diesem schrecklichen Begriff „Aktion Ungeziefer“ an lief, noch die Stalin-Note vom 10. März 1952, die natürlich auf der Ostseite mit einer linientreuen Propaganda funktionalisiert und instrumentalisiert wurde. In der alten Bundesrepublik gab es da ganz andere Diskussionen. Man spricht auch über Jahre von Legendenbildung. Welche Meinung haben Sie in Bezug auf die Stalinnote? Wer hatte sie letztlich initiiert und welche möglichen Intentionen standen dahinter?“

Prof. Dr. Stefan Kreuzberger: „Mich wundert es, dass wir darüber noch diskutieren müssen. Ich habe den Eindruck, es ist doch schon fast alles bekannt, oder? Wir werden es ja gleich sehen an der Diskussion. Vielleicht gibt es ein paar Leute, die sagen nee, der Kreuzberger erzählt hier was, da gibt es doch noch so viel Diskussionsbedarf. Was hat es damit auf sich oder in welchem Kontext? In welcher Zeit entsteht sie?“

Die DDR war gegründet, die Zweistaatlichkeit war da. Stalin spricht damals in seinem Telegramm an Wilhelm Pieck, dem Präsidenten der DDR, dass das eine der wichtigsten Friedenstaten war mit Blick auf die Geschichte in Europa.

Was noch viel wichtiger ist, das war vielleicht eher Selbstsuggestion bei Stalin als alles andere. Aber noch viel wichtiger war der zweite Teil dieses Telegramms, dass er sagte: die Gründung der DDR ist im Grunde ein Meilenstein und ein Orientierungspunkt für das vereinigte Deutschland. Also man hat gesamtdeutsch gedacht auf der einen

Seite und auf der anderen Seite die DDR als leuchtendes Vorbild, als Blaupause für das hingestellt, was ein vereintes Deutschland am Ende sein sollte.

Es ist die Zweiteilung. Stalin denkt gesamtdeutsch einerseits. Und wir haben nun die Entwicklungen in der Bundesrepublik. Hier wirkt vor allen Dingen Konrad Adenauer, ein Weimarer Demokrat, der das Kaiserreich erlebt hat und in der Zeit des Dritten Reiches in der inneren Emigration war, aus der Situation heraus. Die Bundesrepublik war zunächst einmal noch nicht souverän. Adenauer kann man es abnehmen, aufrichtig im Sinne eines liberalen Verständnisses Demokrat gewesen zu sein.

Das trifft so nicht immer für die Bundesrepublik zu. Ich sage immer die Bundesrepublik 1945/49, nicht 1990. Das war noch nicht in dem Sinne ein demokratischer Staat. Der Krieg war gerade mal ein paar Jahre zu Ende und die Nazis? Man fand keine Nazis mehr, es gab ja keine mehr. Nein. Also Sie wissen, was ich meine. Natürlich gab's die überall auch noch. Und Adenauer wusste natürlich, diese Bundesrepublik ist noch nicht souverän. Es gab das Besatzungsstatut, und wenn man aus dieser Bundesrepublik einen souveränen Teilstaat machen möchte, wenn man aus diesem Deutschland, aus der historischen Erfahrung, dass die Deutschen bis dahin immer eine unruhige Großmacht waren, jetzt eine ruhigere, verlässlichere Großmacht, nicht aber Macht machen wollte – zumindest den Teilstaat Westdeutschland – dann muss diese Schaukelpolitik zwischen Ost und West aufhören.

Und das ist sozusagen der Startschuss aus innerster Überzeugung eines Konrad Adenauers, der aus dem Rheinland kommt. Ein Grenzland zu Frankreich. Das motiviert immer auch noch mal solche Leute, auch vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung. Der setzt auf Westintegration, was auch in der Bundesrepublik nicht unumstritten war. Wenn es nach Schumacher gegangen wäre, der kam aus Kulm/Westpreußen, ein wilder Nationalist als Sozialdemokrat – da wäre es ganz anders gegangen. Und Sie kennen und wissen vielleicht auch

noch, wie das im Bundestag hoch herging im Zuge der Westintegration.

Adenauer setzt auf Westintegration, und die gelingt auch spätestens 1955. Westintegration heißt einerseits ökonomische Integration. Westintegration heißt natürlich vor dem Hintergrund des Kalten Krieges auch militärische Westintegration. Und da laufen in den frühen 50er Jahren die Diskussionen und auch die Verhandlungen. Und da sieht auch Adenauer die Möglichkeit, im Westen anzukommen und die Souveränität für die Bundesrepublik zu erlangen.

Zunächst einmal war bei ihm stets die Perspektive, auch gesamtdeutsch zu denken, aus der Politik der Stärke heraus die Vereinigung herbeiführen zu wollen. Schumacher wirft ihm vor: ‚Du vergisst den Osten und dergleichen, du bist nur auf den Westen konzentriert‘. Und auf diese Art und Weise kommt man nicht zusammen.

Da lagen zwei unterschiedliche Konzepte dahinter, und das nimmt der Osten wahr, und das nimmt auch Stalin wahr. In vielerlei Hinsicht muss man sagen: Stalin ist Katalysator für die westdeutsche Westintegration vor dem Hintergrund dessen, was in der sowjetischen Besatzungszone passiert. Das, was ich gerade eben charakterisiert habe, zwingt den westdeutschen Kanzler, sich als Schutz in Richtung Westen zu orientieren.

Das hängt alles miteinander zusammen. Aber man sieht natürlich aus der Sicht Stalins: Wie steht es um Gesamtdeutschland? Er denkt gesamtdeutsch. Und da kommen Überlegungen auf, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der westdeutschen Wiederbewaffnung, die auch ansteht, die von ihm als Bedrohung wahrgenommen wird. Und der gesamtdeutsche Gedanke, der mit reinspielt: diese Geschichte zu konterkarieren, unterlaufen zu wollen. Das ist in vielerlei Hinsicht die Vorgeschichte oder der Kontext, in dem sich die Stalin-Note abspielt.

1951/52 zeichnet sich das ab. Das Ganze bahnt sich allerdings natürlich nicht erst wenige Tage vor der Stalin-Note an, dem ist ein ganzer

Prozess vorausgegangen. Ich hatte gerade mit Frau Bennewitz noch mal ganz kurz ein paar Worte gewechselt. Das sind jetzt nicht meine Forschungsergebnisse, was ich erzähle. Da baue ich auf meinen Kollegen, vor allen Dingen auch Gerhard Wettig auf, der sehr intensive Forschungen gemacht hat. Das ist nach meinem Wissen einer der besten Kenner der Geschichte der Stalinzeit. Das ist nicht auf meinem Mist gewachsen, sondern ich referiere jetzt durch meinen Kollegen Gerhard Wettig. Ein paar eigene Forschung habe ich auch gemacht, da werde ich auch noch gleich was dazu sagen.“

Sandra Czech: „Müsste man nicht auch noch andere erwähnen?“

Prof. Dr. Stefan Kreuzberger: „Natürlich gab es auch noch andere, aber Wettig war einer der ganz zentralen.“

Schon im Sommer 1951 beginnen die Diskussionen, das können wir nachvollziehen aufgrund der sowjetischen Akten im Außenministerium. Im Außenministerium wird überlegt: Was können wir tun, um diese Entwicklung im Westen, die Westintegration, die Remilitarisierung der Bundesrepublik, zu unterlaufen? Und da gibt es Initiativen und Pläne und Noten mit Blick auf die deutsche Frage. Und das wird in enger Absprache auch mit der SED-Führung durchgeführt, wobei die natürlich eher eine nachgeordnete Funktion hat. Die verhandeln nicht auf Augenhöhe, sondern die SED wird immer nur wieder eingebunden und funktionell instrumentalisiert.“

Sandra Czech: „Darf absegnen.“

Prof. Dr. Stefan Kreuzberger: „Und darf absegnen und muss sich immer wieder, auch im Zuge der gesamten Dramaturgie, an Moskau wenden. Ist das jetzt so in Ordnung? Es gab ja im Vorfeld der Stalin-Note auch eine Initiative aus der DDR, die Grotewohl-Initiative, auch aus dem Parlament, der Volkskammer, den Vorschlag an die Alliierten zu unterbreiten: Bitte, gebt uns jetzt, zwei Jahre nach Gründung der beiden deutschen Staaten, diesen Friedensvertrag. Ihr seid verantwortlich, wenn es darum geht, die deutsche Teilung zu überwinden.“

Das Problem war von Potsdam her in der Obhut der Siegermächte. Da hatten die Deutschen keine Karten im Spiel, anders als bei Zwei plus Vier. Und jetzt geht es um die Glaubwürdigkeit auch dieser Stalin-Note, die schlug ja ein wie eine Bombe. Machen wir uns doch nichts vor, wenn man die Stalin-Note liest und den Kontext nicht kennt, denkt man doch ernsthaft: Wieso haben die das nie ernsthaft angenommen? Da wird vom demokratischen Deutschland gesprochen. Da wird davon gesprochen, dass die Deutschen sogar eine Armee bekommen sollen und das sieben Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Ich sage immer wieder: Es wird spannend.

Interessant ist es, wenn man sich die Stalinzeit mal genauer anguckt. Was heißt denn eigentlich Demokratie? Vor dem Hintergrund dessen, dass man die sozialistische, stalinistische Vorstellung von Demokratie zwischen 1945 und 1949 im östlichen Teil Deutschlands ja nachvollziehen konnte, merkte man, dass das etwas anderes ist als die liberale Vorstellung westlicher Demokratien. Da wird von Deutschland gesprochen. Die Frage: Welches Deutschland meint man denn? Meint man nur die Bundesrepublik? Und die DDR? Wie steht es denn um die sogenannten Ostgebiete?

Wir reden heute immer leichtfertig von Ostdeutschland, vergessen aber, dass es ein Deutschland jenseits von Oder und Neiße gab. Das war vielleicht weniger für die DDR ein Problem, weil es mit dem Görlicher Vertrag von 1950 ja bereits schon aus Sicht der DDR-Regierung in der SED gegessen war, weil man ja die Grenze hatte. Das ist eine Initiative der SED gewesen. Das wäre nicht zu vereinbaren gewesen mit Potsdam, denn das wollten sich am Ende die Siegermächte vorbehalten.

Da sind bestimmte Weichenstellungen davor gewesen. Das war der Stalin-Note gar nicht klar zu entnehmen. Wie steht es darum? Und wie würde sich der Prozess der Einheit eigentlich überhaupt vollziehen? In Moskau war klar, man würde die „Errungenschaften“ in der DDR, das, was ich hier gerade skizziert habe, Bodenreform, das politische System usw. nicht aufgeben. Das sollte nicht zur Dispositi-

on stehen. Durch die internen sowjetischen Akten wissen wir: Die Vorstellung von Deutschland und von Demokratie waren immer im Sinne dessen, was sich in der SBZ und DDR bereits vollzog. Das können wir nachvollziehen. Das ist herausgenommen worden, weil man die Sorge hatte, wenn wir das zu dezidiert in diese Stalin-Note reinschreiben, dann geht der Schuss gleich nach hinten los.

Sandra Czech: „Wäre zu auffällig.“

Prof. Dr. Stefan Kreuzberger: „Ja, die Frage war: Was war die Intention? Es war ein Störmanöver. Es war der Versuch, die Westintegration, die Wiederbewaffnung, vor allen Dingen auch die Wiederbewaffnung Westdeutschlands zu unterminieren. Die sind gerade mitten in Verhandlungen gewesen, Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die am Ende scheitert. Nachher wird es die NATO, und im Grunde läuft es darauf hinaus. Auch in der DDR sprach man vom sogenannten Adenauer-Regime, dieses Adenauer-Regime politisch zu kippen und die westdeutsche Bevölkerung zu stimulieren, Debatten auszulösen, damit im Grunde die Regierung in Bonn destabilisiert wird.“

Und es gab sehr kontroverse Debatten bis hinein in die Union, bis hinein in die Regierung. Gustav Heinemann, CDU-Minister zum damaligen Zeitpunkt, tritt aus dem Kabinett aus, Jacob Kaiser, der gesamtdeutsche Minister, wirft Adenauer vor: Wir müssen es doch im Grunde mal ausprobieren – ist da was dran oder nicht?

Allein wir vergessen: Diese Stalin-Note richtete sich nicht an die Bundesregierung. Sie richtete sich an die westlichen Besatzungsmächte. Die Bundesregierung und Adenauer waren nicht der Adressat. Aber Sie sehen, welches Kalkül dahinter war. Und es hat ganz immense Debatten gegeben in der Publizistik, in der Politik. Und das war das, was auch Stalin einkalkuliert hatte. Stalin hoffte sehr darauf, und es gibt dafür interne Hinweise: Das Projekt muss scheitern, es muss die Bundesrepublik destabilisieren, das Adenauer-Regime kippen, und dann haben wir alles erreicht.“

Sandra Czech: „Gibt es dazu Fragen aus dem Publikum? Nicht. Wie hat sich die sowjetische Außenpolitik bezüglich der Grenzen, speziell der Grenzsicherung gen Westen in anderen Ländern des sowjetischen Einflussgebietes gestaltet? Was ist die Besonderheit in Deutschland?“

Prof. Dr. Stefan Kreuzberger: „Mit dem Aufkommen des Kalten Krieges ab 1947 und der dann folgenden Zweiteilung der Welt, was spätestens 1949 für jedermann und jederfrau sichtbar gewesen ist, ging mitten durch Deutschland ein Riss. Deutschland war die Nahtstelle des Kalten Krieges bis 1990 und Ursache des Kalten Krieges. In Deutschland war natürlich klar, dass über kurz oder lang hier das Regime den Einflussbereich in irgendeiner Form sichern musste. Das war in Deutschland der Fall.“

In anderen Ländern gab es das ja auch. Wir wissen, auch in Bulgarien oder den Ländern, die Grenzen zum Westen hatten, sicherte man diese. Die Aktion ‚Ungeziefer‘ und auch die Errichtung des Grenzregimes, das ist der Anfang dessen, wodurch für jedermann und jederfrau sichtbar wird, dass Deutschland jetzt geteilt ist. Die Mauer haben wir erst 1961. Aber dass jetzt hier mitten in Deutschland dieser bis dahin imaginär existierende Eiserne Vorhang mit dieser Aktion befestigt wird – dahinter steckt eine klare Intention.“

Wie ist diese Region aufgeteilt, und wird sie abgesichert? Das war natürlich in Deutschland viel intensiver und viel stärker, mit Brachialgewalt. Und im Übrigen: Als parallel dazu die Stalin-Note lief, das ist nach meinem Dafürhalten – mal jenseits der sowjetischen Dokumente – im Übrigen ein weiteres Indiz dafür, dass man sagen kann, ich kann doch nicht auf der einen Seite ein Gesamtdeutschland offerieren und in Verhandlungen gehen wollen. Gleichzeitig befestige ich das Grenzregime, also schotte ich mich noch weiter ab. Also das ist doch ein Anachronismus, was man eigentlich nicht verstehen kann.“

Also, wie gesagt, das ist nur aus den Indizien heraus rekonstruiert, stets in enger Absprache zwischen der SED-Führung und Moskau.“

Deutschland war geteilt, Bulgarien und Länder im übrigen Ostblock waren nicht geteilt. Und aus dieser Konkurrenz heraus, aus diesem Magnetfeld, war es doch naheliegend, dass man hier gerade zwischen Deutschland Ost und Deutschland West eine solche, später hermetisch abgeriegelte Grenze ziehen würde. Einfach naheliegend. Und das war ein immenser Unterschied zu allen anderen Staaten, bis auf die Tatsache, dass die SED gerne noch Berlin zugemacht hätte, dieses letzte Schlupfloch Berlin. Und das versuchte man auch gegenüber von Semjonow durchzudrücken. Doch die sowjetische Seite sagt, darauf lassen wir uns nicht ein, weil das machen wir sozusagen mit den üblichen Regularien. Die Alliierten haben die Verantwortung dafür, das können wir so nicht machen, das ist viel zu früh.“

Sandra Czech: „Da stellt sich dann trotzdem aber noch die Frage, die gestern viele Betroffene gestellt haben: Warum wir? Wir haben doch diese kulturelle Nähe. Aber man zieht trotzdem eine Grenze, was natürlich auf Unverständnis stößt. Wenn man jetzt sagt okay, eine Grenze zwischen Jugoslawien und Italien. Man spricht nicht dieselbe Sprache. Doch mitten in Deutschland, man kennt sich in den Dörfern. Man hat Geschäfte gemacht, man hat im Westen was bestellt, die sogenannten Grenzgänger als die sie dann identifiziert und benannt wurden in der Zwangsaussiedlungsaktion. Und es ist ja nun so, dass Historiker rückblickend schauen, nie in der Situation, wie Sie vorhin schon angedeutet haben. Aus der aktuellen politischen Situation ist es sicherlich bedeutend schwieriger, etwas zu sagen. Vielleicht kann man sich das dann auch so erklären, dass Geschichte eben von Menschen gemacht wird, und das ist natürlich immer stark abhängig von den Menschen. Verstehen sich die jeweiligen obersten Regierungsmitglieder mit denen anderer Staaten? Was für Verträge können durch ein Miteinander entstehen oder eben nicht entstehen. Kann man das so sagen?“

Prof. Dr. Stefan Kreuzberger: „Ja, natürlich, Geschichte wird von Menschen gemacht. Und in der Tat, sie müssen sich verständigen. Zum

damaligen Zeitpunkt war für diese Region die ausschlaggebende Person noch Josef Stalin, auch wenn er hochbetagt war und auch schon kränkelte. Aber es waren die Vorstellungen, die er hatte mit der Stalin-Note, aber auch gleichzeitig die Absicherung seines Raumes. Und wir sind inmitten des Kalten Krieges, in dem es auf beiden Seiten Befürchtungen gab, das muss man auch als solches feststellen. Es ist ein immenser Antikommunismus in der Bundesrepublik und die Sorge, dass hier die Sowjetunion Expansionspolitik betreiben würde. Auch die DDR, die versuchte, die Bundesrepublik zu unterwandern.

Es gab die KPD im ersten Bundestag, eine kleine Partei. Es gab auch die sogenannten Tarnorganisationen, die von der DDR finanziert wurden, aber auch umgekehrt. Die östliche Seite hatte die Sorge, vom Westen unterwandert zu werden. Ich sage immer wieder auch das gesamtdeutsche Ministerium. Ich habe selbst darüber gearbeitet, auch Gerhard Wettig. Dieses Ministerium, das für die Wiedervereinigung zuständig war, das war ein rotes Tuch für den Osten. Und machen wir uns doch nichts vor: Dieses gesamtdeutsche Ministerium war da und würde sich selbst abschaffen in dem Moment, in dem die deutsche Einheit da wäre.

Das Ministerium hat natürlich einerseits im Sinne von Bewusstseinsbildung in der Bundesrepublik gewirkt, um den gesamtdeutschen Gedanken wach zu halten. Aber sie haben vor allen Dingen auch in Zeiten, in denen es noch nicht diese Abschottung zwischen Deutschland Ost und West gegeben hat, versucht, in den Osten hineinzuwirken im Sinne der liberalen Demokratie, im Sinne der politischen Kräfte, die es in der DDR noch gab.

Ich sage immer, die DDR war eine stalinistische Gründung, aber es hat in den späten 40er und frühen 50er Jahren noch Politiker gegeben, zum Beispiel die der Liberal-Demokratischen Partei oder der CDU angehörten. Natürlich sind die auch sowjetisiert worden. Aber es war ja gerade Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre, wo man gegen die letzten verbliebenen demokratischen Politiker vorgegangen ist. Sie wurden inhaftiert, wenn sie nicht in den Westen geflohen

sind. Solange die Grenze zwischen Ost und West noch nicht so abgeriegelt war, war Deutschland in dem Sinne so noch nicht geteilt. Man konnte noch einigermaßen unbehelligt in den Westen gehen, wie auch umgekehrt.

Deshalb ist diese Aktion ‚Ungeziefer‘ eine ganz wichtige Zäsur, jetzt für jedermann und jederfrau sichtbar. Deutschland ist geteilt, jetzt kann man es sehen. Und von der politischen Kultur: Rein physisch hätten Menschen schon zum damaligen Zeitpunkt, wenn sie diese Linie übertreten wollten, aufgegriffen werden können.

Später gab es die Selbstschussanlagen. Das ist die Konstellation, die wir immer wieder berücksichtigen müssen. Es sind Menschen und Akteure, Stalin war sicher ein ganz entscheidender in diesem Zusammenhang.“

Sandra Czech: „Eine Frage aus dem Publikum? Ja, sehr gern.“

Dr. Karl-Heinrich Ebel: „Ich bin Jahrgang 1932 und war zu der Zeit, in den 50er Jahren, im Liberalen Studentenbund aktiv. Sie können sich vorstellen, wir waren damals mit dieser Frage der Stalin-Note natür-



Dr. rer. pol. Karl-Heinrich Ebel (*13.04.1932 †21.08.2022)

lich auch sehr stark befasst und diskutierten sehr engagiert darüber. Ich kenne also auch die alten Leute, die damit zu tun hatten, zum großen Teil in der Studentenbewegung. Und eine Frage, auf die man vielleicht noch ein bisschen näher eingehen sollte, ist die Reaktion der Amerikaner. Zum Beispiel die Notiz von George Kennan, der ja dann sehr klar ausgesprochen hat, was die westliche Seite tun müsste. Es war ja eine sehr zögerliche Reaktion, zunächst der westlichen Alliierten. Sie waren dauernd im Nachzug. Und wir waren uns auch nicht klar darüber, wie es weitergehen sollte damals.

Das war also eine sehr verworrene Situation damals. Es gab ja auch Initiativen aus der DDR, wo Studenten rübergeschickt wurden, um uns zu bekehren und uns auf eine Wiedervereinigung einzustimmen. Aber im Sinne der DDR natürlich. Es war eine sehr spannende und auch eine gefährliche Zeit damals. Denn es verschwanden immer mehr Leute, es war sehr, sehr dramatisch damals.“

Prof. Dr. Stefan Kreuzberger: „Ich bin sehr dankbar für diese Frage, vor allen Dingen, weil das sehr authentisch rüberkommt. Sie sagen das vollkommen zu Recht. Sie haben ja alle noch an die Wiedervereinigung geglaubt. Das war doch eigentlich völlig klar, die wird kommen. Das sind vielleicht ein, zwei Jahre noch. Dass das noch vier Jahrzehnte brauchen würde nach 1949, das konnte man sich beim besten Willen nicht vorstellen. Also von daher noch mal vielen Dank für das Zeitkolorit, was Sie überbringen. Und Sie haben den Kennan genannt. Das war ein amerikanischer Diplomat, der die ganzen Jahre, auch während des Zweiten Weltkrieges, in Moskau war. Er ist einer der ganz wenigen amerikanischen Sowjetunion-Spezialisten, der schon sehr, sehr frühzeitig den expansionistischen Charakter des stalinistischen Regimes erkannte und die amerikanische Regierung informierte. Manchmal war er verzweifelt darüber, wie zurückhaltend Roosevelt war – fast blauäugig aus Kennans Sicht. Truman sah das nach dem Tod von Roosevelt ein bisschen anders.“

Sie sagen, die Amerikaner haben sich zögerlich verhalten. Das war auch einer der Gründe, weshalb Stalin diese Note initiierte. Ihm war

klar, dass das scheitern würde. Der Westen wird sie nicht annehmen, die Amerikaner hatten entsprechende Geheimdienstinformationen. Aber auch die Sowjets hatten Spione, z. B. in Frankreich im Außenministerium am Quai d'Orsay. Diese Spione informierten Moskau und sagten, der Westen werde es nicht annehmen, weil er auf die Westintegration ausgerichtet war und die Bundesrepublik im Zuge des verschärften Kalten Krieges ein Bündnis haben wolle.

Es gibt auch sowjetische Dokumente, aus denen hervorgeht, dass Stalin gegenüber seinem politischen Berater in der sowjetischen Militäradministration in Berlin, Semjonow, klipp und klar gesagt hat: ‚Wenn das schiefeht, Semjonow, dann rollen Köpfe.‘ Es dürfe nicht darauf hinausgehen, dass der Westen die Note ernsthaft annimmt und auf diese Weise eine Wiedervereinigung zustande käme. Semjonow war auch ein Anhänger dieser Note.

Es war klar, dass der Westen das nicht annehmen würde, allen voran die Amerikaner. Es war Kalter Krieg, es zeichnet sich eine Front ab, mitten in Europa, und es besteht eine Gefahr, die man sieht. Daher war völlig klar: So wie die Konstellation ist, wird das erst mal auch bleiben. Wir können die Deutschen nicht aufgeben, dafür sind die zu wichtig. In der Mitte Europas darf es kein Machtvakuum geben. Ein neutrales Deutschland, das ist ungemein gefährlich. Und davon war auch Adenauer überzeugt. Aber, wie gesagt, Adenauer war nicht Adressat.“

Sandra Czech: „Wir haben noch eine letzte Frage, Frau Bennewitz.“

Inge Bennewitz: „Sie haben die weltpolitische Bedeutung des 26. Mai 1952 – Unterzeichnung des Deutschlandvertrages – angesprochen. Es naht dessen 70. Jahrestag. Aber wir werden sehen, kein Medium wird darüber berichten. Aber zum 70. Jahrestag des Mauerbaus werden alle Medien berichten. Was hat denn nun die größere historische Bedeutung? Der Mauerbau oder der 26. Mai 1952?“

Prof. Dr. Stefan Kreuzberger: „Die symbolträchtigere Bedeutung hat sicher der Mauerbau, auch von der ganzen Dramatik her. Vor allen Dingen, weil man zu dem Zeitpunkt schon viel mehr Kalte Kriegs-

erfahrung hatte. Das war sozusagen das i-Tüpfelchen. Aber das Ganze ist etwas prozesshaft. Die Ursünde oder der Auftakt war der 26. Mai 1952. Und die Mauer hat einfach nur Symbolkraft. Aber wenn ich es jetzt mal rein geografisch, von der Länge betrachte, dieser Riss, dieses Grenzregime, was errichtet wird zwischen Deutschland Ost und Deutschland West, das zieht sich komplett durch Deutschland.

Das ist für mich der Auftakt zu dem, was danach kam. Wenn es nach Ulbricht gegangen wäre und auch nach der SED, hätten die Berlin damals auch gleich zugemacht. Also Berlin ist im Grunde der Schlusspunkt. Vor dem Hintergrund der Abstimmung mit den Füßen und um den Braindrain⁷ von Ost nach West zu unterbinden. Aber für mich ist der Auftakt entscheidend.“

Sandra Czech: „Noch eine Wortmeldung, Herr Dr. Bomberg.“

Dr. Karl-Heinz Bomberg: „Herr Professor Kreuzberger, ich danke Ihnen für die fundierte historische Einführung. Mir ist jetzt noch mal deutlich geworden, dass diese politischen Botschaften immer schon wahrscheinlich Strategie von Herrschenden waren, insbesondere auch von Stalin. Ich dachte, ob diese zunehmenden inneren Widersprüche, die dann für das Thema heute (1952) auch schon zum Volksaufstand 1953 geführt haben könnten? Ich dachte, dass es da einen zunehmenden Schmelztiegel gab, auch von innen heraus, nicht nur von außen, um die Situation zu verändern und vielleicht ein bisschen mehr Demokratisierung umzusetzen.“

Prof. Dr. Stefan Kreuzberger: „Das war ja in dem Sinne, Herr Bomberg, keine Frage, sondern noch eine Ergänzung. Vielen Dank. Sie haben vollkommen recht, auch das ist wichtig, wenn man mal die Ursachen für 1953 vor dem Hintergrund des Machtvakuum in Moskau und der Ungewissheit betrachtet. Was passiert da eigentlich? Zeiten der Unsicherheit, des Machtvakuum in der Sowjetunion, waren immer wieder auch Phasen, die dann liberales Aufbegehren oder auch Aufbegehren im Ostblock nachgezogen haben. Das haben

⁷ Talentabwanderung

wir 1953 in der DDR, das haben wir 1956, als Chruschtschow sich im Machtkampf durchsetzt und die sogenannte Entstalinisierung kam, die es de facto so nicht gegeben hat.

Das haben wir 1985 dann unter Gorbatschow, auch wenn die Dinge da ins Schleudern gerieten. Und in der Tat ist auch 1953 als Folge von 1952 zu sehen. Es wird abgeriegelt, und auch für die Deutschen im östlichen Teil wird deutlich, wie es um die deutsche Einheit steht und auch die Maßnahmen, mit denen diese Aktion durchgeführt wurde. Nicht nur, dass das Grenzregime errichtet wird, auch dass Leute vertrieben werden, dass ihre Grundstücke enteignet werden. Auch die gewaltsame Art des Vorgehens, die Leute aus der Grenzregion rauszuholen, die werden ja von heute auf morgen innerhalb weniger Stunden mit der Tatsache konfrontiert, in den Zug gesetzt und sehen ihre Häuser nicht mehr wieder, gehen mit dem Nötigsten im kleinen Kofferchen. Und dann ist es gelaufen.

Parallel dazu haben wir den Aufbau des Sozialismus, die Zweite Parteikonferenz gefolgt von entsprechenden Maßnahmen wie Kolchosen, LPGs, also Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Länder werden aufgelöst, es wird verschärft gegen die verbliebenen demokratischen, liberalen Politiker vorgegangen. Für den Aufbau des Sozialismus erfolgt jetzt die Weichenstellung.

Das sind alles Faktoren, die mit dazu beigetragen haben, dass sich das am 17. Juni 1953 entlädt und nur durch den Einsatz von sowjetischen T 34 Panzern wieder in den Griff bekommen werden konnte, niedergewalzt wurde. Und die DDR stellte es so dar, als wäre es ein westlicher Putschversuch gewesen. Weit gefehlt, das brauche ich nicht zu erläutern, das wissen Sie viel besser.“

Sandra Czech: „Gibt es noch weitere Fragen? Ja, eine noch.“

Isabel Fannrich-Lautenschläger: „All das, was Sie beschrieben haben, zeigt ja eigentlich, dass Stalin nicht gesamtdeutsch dachte, wenn er davon ausgehen konnte, dass das sowieso nicht klappt mit seinem Konzept der Ausdehnung in Richtung Westen?“

Prof. Dr. Stefan Kreuzberger: „Nein, zum damaligen Zeitpunkt nicht. Das ist eine Zwischenetappe gewesen vor dem Hintergrund, dass sich im Westen eine Integration vollzieht, die auf Militarisierung hinausläuft. Und das ist das, was er zumindest etappenweise zunächst einmal konterkarieren wollte. Was er konterkarieren wollte, war der Umstand eines Konrad Adenauers, der sehr stark auf Westintegration gezielt hat. Und er wollte ja ganz bewusst auch diese Adenauer Regierung stürzen.“

Also es ging erst mal darum, das mit Blick auf die Entwicklung in der Bundesrepublik in den Griff zu bekommen und zu unterminieren. Nun ist Stalin aber 1953 gestorben und konnte nicht mehr gesamtdeutsch oder auch nicht mehr politisch weitermachen. Aber im Sinne des Verständnisses der Sowjetunion ist das ganz klar gesamtdeutsch.

In dem Moment mutet es an wie ein Anachronismus, wenn man sagt: ‚Ja, der will das ja doch nicht haben.‘ Aber nicht vor dem Hintergrund, dass eine Entwicklung, die aus seiner Sicht mit Blick auf ein Gesamtdeutschland störend ist, nämlich die Integration der Bundesrepublik in ein westliches Bündnis, die eine Gefährdung des östlichen Teil Deutschlands, des sowjetischen Imperiums darstellt, indem man die Deutschen mit reinholt. Auch keinen Einfluss mehr zu haben, das ist vor diesem Hintergrund zu sehen, das musste erst mal gestört werden, um dann perspektivisch wiederum gesamtdeutsche Initiativen ergreifen zu können. Und die hat es auch immer wieder gegeben.

Die erste Zeit, in der die Sowjetunion nicht mehr dezidiert gesamtdeutsch argumentierte und auch handelte, das war unter Nikita Chruschtschow. Das war die zweite Hälfte der 50er Jahre. Das ist der Zeitpunkt, als Adenauer nach Moskau fährt und diplomatische Beziehungen aufnimmt und dadurch die ganzen Flüchtlinge, Zivilinternierten und die letzten Kriegsgefangenen zurückbekommt.

Das ist das, was man in erster Linie verbindet mit Moskau, weniger diplomatische Beziehungen, an denen die Sowjetunion sehr interessiert war. Unmittelbar nachdem Adenauer das erreicht hat, war die

SED-Delegation in Moskau. Dann ist auch der SED noch mal ein vermeintliches hohes Maß an Souveränität zugestanden worden.

Wir kennen das alle, was aus sowjetischer Sicht unter Souveränität für die DDR zu verstehen war. Das ist nicht zu vergleichen mit dem, was die BRD unter Souveränität zu verstehen hatte. Stalin starb, aber die Nachfolger haben zunächst auch noch gesamtdeutsch gedacht.“

Sandra Czech: „Professor Kreuzberger, ganz herzlichen Dank für diese historische Einordnung aus der Vogelperspektive. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise, und wir sehen Sie morgen bei ‚Hart aber fair‘ im Fernsehen.“

Panel Historische Einordnung & Wahrnehmung von Zwangsaussiedlungen in der DDR

**Vortrag: „Der 26. Mai 1952:
Die Reaktion auf Deutschland- und EVG-Vertrag“**



Rainer Potratz
Historiker

Einleitung

Im Februar 1952 hatte das Zentralkomitee der SED beschlossen, im Sommer 1952 eine Parteikonferenz durchzuführen – die Zweite in der bis dahin kurzen Geschichte der SED. Auf ihr sollten die nächsten Schritte der Partei in der DDR beschlossen werden. Zur Vorbereitung hatte das Politbüro ein Thesenpapier aufgestellt, das in Form eines langen Vortrags vom Generalsekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, auf der Konferenz vorgetragen werden sollte. Im Mittelpunkt sollte der weitere Kampf für die Einheit Deutschlands stehen.

Hierzu wollte man die Meinung Stalins einholen, und so stiegen am 29. März 1952 die drei höchsten Funktionäre der SED und der DDR um 16:04 Uhr in Frankfurt/Oder in den Zug nach Moskau mit Um-

stieg in Brest. Es waren der Vorsitzende der SED und Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, der andere Parteivorsitzende und Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, und der Generalsekretär der SED und stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Walter Ulbricht. Begleitet wurden sie von Fred Ölßner, damals Mitglied des Sekretariats und Politbüros des ZK der SED, der übersetzen sollte.

Am 31. März kam die Delegation in Moskau an und hatte am 1. April 1945 um 21 Uhr das erste wichtige Gespräch mit der sowjetischen Führung unter Leitung Stalins. Dieses Gespräch und ein weiteres vom 7. April wurden von sowjetischer Seite protokolliert und 2003 von dem Osteuropahistoriker Bernd Bonwetsch übersetzt und 2004 publiziert.

Obwohl die SED ihr Thesenpapier vorzeitig nach Moskau gesandt hatte und es von – dem für außenpolitische Fragen im ZK der KPdSU Verantwortlichen – Grigorjan kommentiert und von Molotow an Stalin weitergeleitet wurde, hatte dieser das Papier nicht gelesen. Die SED stellte ihre Probleme dar, Stalin stellte ab und an Nachfragen und kündigte Antworten für das zweite Treffen an.

Neue sowjetische Deutschlandpolitik

Das Wichtigste war, dass Stalin verkündete, dass die Politik der Einheit Deutschlands gescheitert wäre. Die DDR müsste nun eine Armee aufbauen und die Demarkationslinie sichern. Stalin stellte viele Schritte vor, u.a. Steinhoff als Innenminister abzusetzen und Willy Stoph zu ernennen. Unter seinem Dach sollte die Armee im Kern aufgebaut werden. Viele der Maßnahmen wurden später als Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED bekannt, die drei Monate später, im Juli 1952, in Berlin stattfand und auf der Walter Ulbricht in einem achtstündigen Vortrag den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR“ verkündete. Die wichtigsten Maßnahmen, die als Folge der 2. Parteikonferenz gesehen wurden, waren die Abschaffung der Länder und die Bildung von Bezirken sowie die Verkleinerung

der Kreise, die Kollektivierung der Landwirtschaft, der Aufbau einer Rüstungsindustrie, die Schaffung einer Freiwilligen Armee – der Kasernierten Volkspolizei (KVP), die Bildung der Gesellschaft für Sport und Technik (GST), die Gründung des „Dienstes für Deutschland“, in dem männliche und weibliche Jugendliche Kasernen für die KVP errichten sollten und die Stärkung der SED im Staatsapparat. Mit der Auflösung der Länder wurde im Kern auch das formale Prinzip der Gewaltenteilung aufgehoben. Dies alles wurde bereits in den beiden Gesprächen mit Stalin Anfang April vereinbart, bzw. von Stalin verordnet und in weiteren Gesprächen zwischen der SED-Führung und der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) in Ost-Berlin weiterentwickelt. Bereits auf der 1. Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der SED nach der Rückkehr der drei Funktionäre wurde mit der Umsetzung begonnen.

Grenzregime 1952

Die Demarkationslinie sah Stalin im April 1952 als „eine gefährliche Grenze“ an, die eine besondere Sicherung verlangte.⁸

Am 5. Mai 1952 unterbreiteten die für Sicherheitsfragen zuständigen Mitarbeiter der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) in Ost-Berlin dem Operativstab der gerade unter die Fittiche des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) geratene Deutschen Grenzpolizei (DGP) das Konzept für ein Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze. Hier wurde bereits von sowjetischer Seite die Aussiedlung von Menschen aus dem 500 m Schutzstreifen angekündigt, und zwar sollten die Umsiedler aus dem Schutzstreifen ausgesiedelt werden.⁹ Auf der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 13. Mai 1952 konnte Wilhelm Zaisser, damals Minister für Staatssicherheit sowie Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees der SED, ein ganzes Maßnahmenbündel für die Schaffung des neuen Grenzregimes an der

⁸ Vgl. Bennewitz, Inge/Potratz, Rainer: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente. Berlin 2012, 4. aktual. u. erw. Aufl., S. 27.

⁹ Ebd., S. 28.

Demarkationslinie vorstellen. Es war von den „Freunden“ entwickelt worden und sah eine zentrale Kommission mit Sondervollmachten unter Zaisers Leitung vor, die sämtliche Maßnahmen vorzubereiten hatte, um sie schnell umsetzen zu können. Zur Legitimation der schweren Eingriffe in den Alltag und das Leben der Menschen im Grenzgebiet an der Demarkationslinie sollte der Ministerrat der DDR nach der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages durch Bundeskanzler Adenauer und den drei Hohen Kommissaren zu einer Sondersitzung zusammenkommen und eine Regierungsverordnung beschließen, die dem Minister für Staatssicherheit Sondervollmachten zur Sicherung der Demarkationslinie einzuräumen hätte. Die Verordnung wurde ebenfalls von der zentralen Kommission erarbeitet und lag dementsprechend bereit.

Die wichtigsten geplanten Maßnahmen waren:

- Die Schaffung des Grenzgebietes, das aus einem 10 m breiten Kontrollstreifen, einem 500 m tiefem Schutzstreifen und einer 5 km tiefen Sperrzone bestehen sollte, das von Fremden nur in Ausnahmefällen betreten werden durfte.
- Die Überprüfung der gesamten Bevölkerung und aller Kader in Politik, staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen und gegebenenfalls deren Umsetzung.
- Die Zwangsaussiedlung von angeblich politisch feindlich eingestellten und sozial ausgegrenzten Bürgern.
- Die Verlagerung der Betriebe aus der 500 m Schutzzone in das Innere der DDR.
- Die Kontrolle des Zugangs und Zuzugs in das Grenzgebiet.

All diese Maßnahmen standen im Widerspruch zur bisherigen Propaganda der SED, die für Frieden und die Einheit Deutschlands warb. Im Mai 1952 unterstützte sie eine große Demonstration in Westdeutschland gegen die Wiederbewaffnung. Am Ende dieser verbotenen Demonstration wurde der junge Münchner Kommu-

nist Philip Müller von der Polizei in Essen erschossen. Daraufhin begann eine breite Serie von Kundgebungen der SED-Führung gegen den „Generalkriegsvertrag“, also des geplanten Vertrages der Bundesrepublik mit den westlichen Mächten über die Aufhebung des Besatzungsstatuts. Doch in der Propaganda der SED kamen einige neue Akzente hinzu. Bereits am 4. Mai 1952 hatte die „Tägliche Rundschau“, das Organ der sowjetischen Kontrollkommission in der DDR, über die angebliche Schaffung einer Staatsgrenze der Bundesrepublik gegenüber der DDR berichtet und behauptet, dass dort ein 10 km tiefes Sperrgebiet geschaffen worden wäre. In den nächsten Tagen griffen die Zeitungen in allen Teilen der DDR den Bericht auf, verbreiteten ihn und täglich kamen Berichte hinzu. Vom 16. Mai an wurde von der SED behauptet, dass die Bevölkerung an der Demarkationslinie die Regierung um Schutzmaßnahmen vor westdeutschen Angriffen gebeten hätte. Angeblich wurden nun überall in den Betrieben und auf Kundgebungen entsprechende Resolutionen beschlossen. Am 24. Mai hatte die Magdeburger Volksstimme über einen Überfall berichtet, bei dem angeblich ein als „Grenzgänger, Asozialer und Schläger“ bekannter Schmied einen Volkspolizisten angegriffen hätte. Dieser tötete den Schmied mit seiner Dienstwaffe.

Am Vormittag des 26. Mai 1952 unterzeichneten der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, und die drei Hohen Kommissare der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs und der Republik Frankreich den Deutschlandvertrag auf dem Petersberg bei Bonn. Am folgenden Tag unterzeichneten mehrere westeuropäische Staaten und die Bundesrepublik den Vertrag über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in Paris. Während der Deutschlandvertrag das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik ablöste, sollte der EVG-Vertrag zu bundesdeutschen Streitkräften unter einem europäischen Kommando in der NATO führen. Letzterer wurde von der französischen Nationalversammlung nicht ratifiziert, und so wurde dann einige Jahre später die Bundeswehr gegründet und in die NATO aufgenommen.

Verordnung vom 26. Mai 1952

Kurze Zeit nach den Unterschriften in Bonn trat der Ministerrat der DDR zusammen und beschloss eine Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen.¹⁰ Diese forderte den Minister für Staatssicherheit auf „unverzüglich strenge Maßnahmen zu treffen, für die Verstärkung der Bewachung der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen, um ein weiteres Eindringen von Diversanten, Spionen, Terroristen und Schädlingen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern.“¹¹ All diese Maßnahmen sollten so beschaffen sein, „daß sie bei einer Verständigung über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zur Herbeiführung der Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage sofort aufgehoben werden können.“¹² Dies war die fragwürdige rechtliche Grundlage für die oben beschriebenen Maßnahmen, die nun durchgesetzt wurden.

Nicht alle Planungen der zentralen Kommission konnten realisiert werden. Die Verlagerung von Industriebetrieben war völlig unrealistisch. Nur das Braunkohlegebiet im Raum Helmstedt wurde konsequent getrennt. Auch gelang es nicht, genügend Ersatz an politisch zuverlässigen Mitarbeitern für das Grenzgebiet zu mobilisieren. Es wurden viel weniger Kader ausgewechselt als ursprünglich geplant. Die Anlage des 10 m Kontrollstreifens dauerte mehrere Monate.

Der Zugang in das Gebiet an der Demarkationslinie wurde erschwert. Fremde waren von der Bevölkerung der Grenzpolizei zu melden, Busse und Bahnen fuhren teilweise nicht mehr in das Grenzgebiet, in ihnen fanden Kontrollen statt. All dies würde auch zu einer Dämmung der Fluchtzahlen führen – und tat es später auch. Doch für die SED-

¹⁰ GBl. der DDR 65 vom 27.5.1952, S. 405f.

¹¹ Ebd.

¹² Ebd.

Führung war zu diesem Zeitpunkt das Schwinden der Bevölkerung kein Problem. Auch in der Begründung Stalins und der SKK wurde dies nie erwähnt. 1952 wurde das Verlassen der DDR nicht bestraft – erst 1954 wurde mit dem ersten Passgesetz die ungenehmigte Ausreise in das Ausland unter Strafe gestellt. Die SED registrierte natürlich den Verlust an Menschen. Doch betrachtete sie ihn damals noch nicht als existenzgefährdend.

Wer führte die Zwangsaussiedlungen durch?

Die auf der Politbürositzung am 13. Mai 1952 nach sowjetischem Vorschlag eingesetzte zentrale Kommission unter der Leitung von Wilhelm Zaisser bestand aus zehn SED-Funktionären, die führende Positionen im Staatsapparat und bei der Grenzpolizei bzw. Volkspolizei hatten. Jeder von ihnen leitete eine zentrale Unterkommission. Neben Fragen der Infrastruktur, der Organisation des Grenzausbaus (z. B. Pflügen und Roden des 10 m breiten Kontrollstreifens) standen vor allem die Überprüfung der Bewohner des zu schaffenden Grenzgebiets sowie der Kader in diesem und in den Grenzkreisen an. Dieser Prozess verlief im Hintergrund und heimlich. Auf einer Sitzung der Kommission wurde ein Befehl zu Zwangsaussiedlungen diskutiert, der vermutlich von den „Freunden“ kam und vorsah, alle Umsiedler mitauszusiedeln, also all jene, die aus den deutschen Siedlungsgebieten östlich von Oder und Neiße zum Ende des Zweiten Weltkrieges oder anschließend geflüchtet waren oder vertrieben wurden und nun an der innerdeutschen Grenze in der DDR eine neue Heimat gefunden hatten. Dies wurde verworfen. Der Befehl über Zwangsaussiedlungen trat am 26. Mai 1952 nach der Sitzung des Ministerrats in Kraft und war vom Chef der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei (HVDVP), Karl Maron, unterschrieben. Bereits am 21. Mai wurden die Chefs der Landesbehörden der Volkspolizei (VP) über die geplanten Maßnahmen an der Demarkationslinie unterrichtet. Noch am gleichen Tag informierten die Chefs der Landespolizeiverwaltungen die Leiter der Volkspolizeikreisämter in den Grenzkreisen. Hier wurden auch Erläuterungen zu den Aussiedlungsbefehlen gegeben.

Befehl 38/52

Der Befehl 38/52 des Chefs der HVDVP bestimmte vier Gruppen von Menschen, die aus dem neuen Sperrgebiet an der Demarkationslinie, also dem 500 m Schutzstreifen und der 5 km tiefen Sperrzone auszusiedeln waren:

- a) Ausländer, Staatenlose,
- b) dort nicht polizeilich Gemeldete,
- c) Kriminelle, die vermutlich erneut straffällig werden,
- d) „Personen, die wegen ihrer Stellung in und zur Gesellschaft eine Bedrohung für die antifaschistisch-demokratische Ordnung darstellen.“¹³

Die Kriterien a) und b) sind eindeutig. Die Kriterien c) und d) sind problematisch und ungenau. Jemand, der eine Strafe verbüßt hatte, kann nicht ohne weiteres erneut ohne Anlass bestraft werden. Kriterium d) ist sowohl sozial bestimmt „Stellung in [...] Gesellschaft“ als auch politisch-ideologisch definiert – „Stellung [...] zur Gesellschaft“. Damit können einerseits sowohl Angehörige des Mittelstands oder Besitzer größerer Landwirtschaftsbetriebe gemeint sein, als aber auch sozial Ausgegrenzte und politische oder vermeintlich politische Kritiker der Entwicklung in der DDR. Diese Unschärfe war vermutlich bewusst gewählt worden, aber sie überforderte die Angehörigen bei der Volkspolizei und dem MfS in den Kreisen.

Auswahl

Sie sollten laut dem Befehl 38/52 Anzeigentagebücher, Berichte des Sektionsdienstes (Spitzelberichte der Abteilung Schutzpolizei der Volkspolizei), die Karteien der Abteilung Pass- und Meldewesen in den Volkspolizeikreisämtern (VPKÄ) auswerten und anschließend

¹³ Befehl 38/52 des Leiters der HVDVP Deutsche Demokratische Republik, Berlin, den 26. Mai 1952 zit. nach Bennewitz/Potratz, S. 266ff.

eine Liste mit einer kurzen Begründung erstellen. Angesichts der Ungenauigkeit der Kriterien gab es z. B. in Thüringen noch einige Hinweise zur Beschreibung des Kreises. So sollten bekannte „Grenzgänger“, Personen, die nach dem Befehl 201 der SMAD (Übergabe der Entnazifizierungsverfahren von der sowjetischen Besatzungsmacht an die deutschen Behörden in der SBZ) verurteilt worden waren und Haushaltsmitglieder eines geflüchteten Haushaltsvorstandes ausgesiedelt werden.¹⁴

Solche Vorschläge waren von einer Kommission im Kreis (SED, Landkreis, VP, MfS) zu beschließen und einer vergleichbaren Kommission beim Landesinnenministerium zur Bestätigung vorzulegen. Während ursprünglich der Befehl vorsah, dass die Betroffenen selbstständig innerhalb von 48 Stunden den Ort verlassen und einen neuen Wohnort aufsuchen sollten, wurden sie in der Praxis abtransportiert und an einen fremden, ihnen zuvor nicht mitgeteilten Ort mit der Bahn und Lastwagen sowie Treckern transportiert.

Begründungen

Allein aus den Grenzkreisen des Landes Thüringen wurden von den VPKÄ 6.686 Personen zur Aussiedlung vorgeschlagen. Davon übernahmen die Kreiskommissionen 5.136 Personen. Dies illustriert die Ungenauigkeit der Kriterien des Befehls 38/52, aber auch wie viele Bürgerinnen und Bürger als Gegner der SED-Politik betrachtet wurden.

Ablauf 1952 - 1

Die Aktion war sehr konspirativ vorbereitet worden, und vor allem vor Ort wurden die staatlichen Instanzen sehr spät einbezogen. Vor den Zwangsaussiedlungen wurden noch die Bürgermeister und Landräte in den Grenzdörfern und -kreisen überprüft und vereinzelt abgesetzt, um auch zu verhindern, dass Kritiker Informationen vorzeitig weiterreichen könnten. Wenn es dennoch zu vorherigen Gerüchten

¹⁴ Bennewitz/Potratz, S. 39.

gekommen sein mag, waren dies die Ausnahmen. Überhaupt: Die SED misstraute noch dem Staatsapparat und schuf deshalb operative Kommissionen, die für jeweils zwei Grenzkreise zuständig waren und die Verbindung zwischen der Zentrale in Berlin und den Kreisen aufrechterhielten. Landräte, die nicht der SED angehörten, waren nicht in die Vorbereitungen einbezogen. Auch die zahlreichen Befehle, die zum 26. Mai 1952 nach dem Beschluss des Ministerrats in Kraft traten, wurden durch Boten am Tag zugestellt.

Am frühen Abend hatten die Auszusiedelnden sich an Sammelpunkten einzufinden, während die persönlichen Habseligkeiten mit Traktor- und Pferdefuhrwerken zu abgelegenen Güterbahnhöfen gefahren wurden. Dorthin mussten die Auszusiedelnden in einer Gruppe marschieren – unter den Augen ihrer Nachbarn, Verwandten und Freunde. In alten Personenwagen wurden die Menschen untergebracht, und die Güterwagen befanden sich ebenfalls an dem Zug.

Wie viele Menschen wurden ausgesiedelt?

Angesichts der von der Zentralen Kommission am 30. Mai 1952 festgestellten Mängel bei der Durchführung der Aussiedlungsaktionen sollte nun die Ballung von Auszusiedelnden und Massentransporte vermieden werden. In Sachsen-Anhalt wurde am 7. Juni eine zweite Aussiedlungsaktion durchgeführt, in deren Rahmen bis zum 10. Juni erneut 951 Personen zwangsumgesiedelt wurden.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Thüringen sprach von der „Aktion Ungeziefer“.¹⁵ Hier wurden zwischen dem 5. und dem 7. Juni 3.540 Menschen zwangsumgesiedelt, darunter viele Landwirte und auch einzelne Gastwirte aus dem Kreis Nordhausen nach Mecklenburg, Kreis Neustrelitz. Vielen gelang während der Aktion in Thüringen die Flucht in den Westen, und in Streufdorf und Dorndorf kam es zu Protestaktionen.¹⁶

¹⁵ Bennewitz/Potratz, S. 37.

¹⁶ Ebd., S. 52ff.

In Mecklenburg kam es zu einigen Verwirrungen bei den Organisatoren vor Ort, und sie siedelten am 6. Juni nur Bewohner des Schutzstreifens aus, insgesamt 1.012 Personen. Nachdem der „Genosse Warnke“ (damals Staatssekretär beim Ministerium des Innern der DDR) „korrigierend eingriff“ wurde der Kreis der Auszusiedelnden auf die 5 km Sperrzone erweitert, und weitere Aktionen fanden zwischen dem 10. und 14. Juni statt. Insgesamt 1.949 Menschen wurden aus ihrer Heimat in Mecklenburg in das Innere des Landes zwangsumgesiedelt.¹⁷

Das Land Brandenburg hatte damals in der Prignitz ein Grenzgebiet an der Elbe zu Niedersachsen. Verantwortlich war hier die gleiche Operative Kommission wie jene für die Kreise Ludwigslust und Hagenow-Süd. Hier wurden 157 Personen in die Kreise Ruppiner, Oberbarnim, Prenzlau und Templin zwangsumgesiedelt. Die Betroffenen wurden mit Lastwagen transportiert.

Sachsen hatte zwei Kreise an der Demarkationslinie zur Bundesrepublik – Plauen und Oelsnitz. Hier wurden bis zum 7. Juni 128 Familien zwangsausgesiedelt und bis zum 18. Juni 332 Personen aus dem Kreis Oelsnitz und 214 aus Plauen.¹⁸

Ablauf 1952 - 2

Den Zwangsausgesiedelten wurde in der Regel 1952 nicht mitgeteilt, warum sie und nicht ihre Nachbarn ausgewählt wurden und die Heimat verlassen mussten. Insbesondere mehrere Besitzer größerer landwirtschaftlicher Betriebe nahmen an, dass die SED ihren Hof für eine zu gründende Landwirtschaftliche Genossenschaft (LPG) wollte. Doch dies erwies sich zumeist als falsch, denn die SED hatte große Probleme, die frei gewordenen Höfe fachkundig zu bewirtschaften. Die Gründung der LPGs begann erst im August 1952. Nach der Bodenreform 1945 in der SBZ, in deren Rahmen alle landwirtschaft-

¹⁷ Ebd., S. 280.

¹⁸ Ebd., S. 54.

lichen Betriebe ab 100 ha großer Landwirtschaftlicher Nutzfläche (LNF) enteignet worden waren, wuchs der Einfluss der größeren Bauern (50-100 ha LNF) auf den Dörfern. Dies ist mit ein Grund für den überdurchschnittlich hohen Anteil von Besitzern größerer landwirtschaftlicher Betriebe unter den Ausgesiedelten. Dennoch waren die meisten Landwirte Besitzer kleinerer Betriebe.

Markant ist die große Gruppe von Gastwirten. Ein Grund hierfür ist, dass nach der Polizeiverordnung vom 26. Mai 1952 alle Gaststätten im 500 m Schutzstreifen schließen mussten. Zugleich waren die Gaststätten im Grenzgebiet Kommunikationszentren, die die SED kontrollieren wollte. Nicht selten wird der Aufenthalt von Grenzpolizisten in den Gaststätten als Aussiedlungsgrund genannt. Auch verkehrten viele Grenzgänger aus beiden deutschen Staaten in ihnen. Zweifelsohne sind auch Gewerbetreibende und Handwerker überdurchschnittlich stark vertreten. Insgesamt scheinen aber vor allem die spezifischen Bedingungen in den Grenzkreisen die Zusammensetzung der Zwangsausgesiedelten zu bedingen. In einigen Kreisen mit engen Bindungen der Bevölkerung zum Westen, wie im Eichsfeld oder in Hildburghausen, dominiert der Vorwurf des „Grenzgänger-tums“. Auffällig sind die aus dem Grenzgebiet des Kreises Sonneberg ausgesiedelten 23 Angehörigen der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas. Letztlich dominieren politische Kriterien die Auswahl der Zwangsausgesiedelten: „negative Einstellung“, „Unzuverlässige“, „Reaktionäre“ oder „Politische Gründe“ sind die meistvergebenen Kategorien zur Klassifizierung der Aussiedlungsgründe in den Ländern Mecklenburg und Thüringen.¹⁹

Die Quartiere an den Zielorten waren mehrheitlich menschenunwürdig, und nicht wenige der Zwangsausgesiedelten wurden argwöhnisch von der ortsansässigen Bevölkerung beobachtet. Für die Zurückgebliebenen wirkte die Maßnahme einschüchternd, denn es waren Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die oftmals seit Ge-

¹⁹ Bennewitz/Potratz, S. 278f.

nerationen dort lebten und wie viele andere auch unzufrieden mit der von außen aufgezwungenen SED-Diktatur waren. Die Zwangsaus-siedlungen sollten helfen, das Grenzregime durchzusetzen.

Konsequenzen

Die meisten Betroffenen konnten diese Zwangsmaßnahmen nicht verstehen. Sie suchten nach Fehlern bei sich selbst oder aber nahmen von ihnen unabhängige politische Hintergründe an (s. o.). Wer eine Chance für eine Flucht sah, z. B. mit der S-Bahn nach West-Berlin, versuchte diese. Doch die meisten blieben in der DDR und wandten sich mit Eingaben an den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl oder andere bekannte Vertreter des Staates und baten um Rückkehr, da es sich um einen Irrtum gehandelt haben müsste. Diese Eingaben wurden an die entsprechenden Kreise zur Beantwortung weitergeleitet. Seit dem 9. Juni gab es in den Grenzkreisen und den Ländern an der Demarkationslinie Kommissionen, die für Zuzüge und Baumaßnahmen im Grenzgebiet zuständig wurden. Diese hatten auch über die Eingaben zu entscheiden und lehnten bis 1956 nahezu alle ab. Die Gründe wurden den Betroffenen nicht mitgeteilt. Sie erhielten vom Rat des Kreises, Abteilung Inneres, an ihrem neuen Wohnort mündlich die Ablehnung mitgeteilt.²⁰

Die Zwangsaus-siedlungen an der innerdeutschen Grenze – der Demarkationslinie zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland – wurden auf Geheiß der Sowjetunion durchgeführt. Sie bestimmte die Eckpfeiler der Aktion und begutachtete diese permanent. In mehreren Gesprächen während und nach der Aktion kritisierten Vertreter der SKK gegenüber dem Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, die Durchführung. Sie erschraken über die hohe Zahl von Flüchtlingen während und nach der Aktion und einen aus ihrer Sicht zu hohem Anteil kleiner Landwirte unter den Zwangsausgesiedelten.

²⁰ Ebd., S. 88f.

Die SED setzte die Vorgaben um. Hierbei ging sie konspirativ vor. Bis zum 26. Mai 1952 waren ausschließlich Funktionäre der SED im Partei-, Staats- und Sicherheitsapparat in die Planungen einbezogen. Vom 26. Mai an wurde der Kreis erweitert, und zahlreiche Mitarbeiter anderer Institutionen kamen hinzu: Reichsbahnmitarbeiter, die die Züge zusammenstellten und in die Lücken des Fahrplans einpassten sowie Lokomotivführer, Lkw-Fahrer, die die Möbel zu den Bahnhöfen transportierten, Mitarbeiter der Volkeigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben (VEAB), der Handwerkskammern und der Genossenschaftsbanken, die das zurückgelassene Eigentum erfassten und bewerteten und Mitarbeiter der Wohnungsämter in den neuen Wohnorten, die den Unterbringungsraum für die Zwangsausgesiedelten aussuchten und bereit stellten.

Und nicht zu vergessen die vielen Arbeiter, die zur Rodung des 10 m Streifens auch aus den Städten an die Demarkationslinie gekarrt wurden. Zeugen waren die Nachbarn, die Angehörigen der Blockparteien, die zumeist nach der Aussiedlungsaktion diese in einer Resolution der Nationalen Front befürworteten und schließlich die Pfarrer und Bischöfe der beiden christlichen Kirchen, die das beobachteten und zum Teil dagegen protestierten – vergeblich.

Die Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze der DDR waren schwere Verstöße gegen die Menschenrechte und widersprachen selbst der damals gültigen Verfassung der DDR. Die Betroffenen wurden überrumpelt und gesellschaftlich ausgegrenzt. Diese persönliche Erfahrung prägte über Jahrzehnte die Familien der Betroffenen, selbst wenn in einigen Familien dies vorerst verschwiegen wurde. Sie sind mit der Flucht und Vertreibung geschlossener ethnischer Gruppen nicht gleichzusetzen, weil es eben individuelle Verfolgungsmaßnahmen waren, die Betroffenen wurden aus einer Gemeinschaft herausgerissen, auf deren Mitglieder vergleichbare Kriterien in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht zutrafen. Dies führte jahrzehntelang zu der Frage: Warum wir?

Ich möchte zum Schluss noch darauf hinweisen, dass es die Verfolgten selbst waren, die ihre Geschichte seit 1990 in der Öffentlichkeit

darstellen und dass die seit dem 3. Oktober 1990 beschlossenen Gesetze und deren Durchführung sie nicht zufriedenstellen konnten. Doch dies ist ein weiteres Thema: der Stellenwert der Zwangsaussiedlungen in der gesamtdeutschen Aufarbeitung seit 1990 und die Erinnerung daran, die erfreulicherweise vor allem in den Grenz Museen an dieser ehemaligen Grenze einen Schwerpunkt darstellt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Panel Historische Einordnung & Wahrnehmung von Zwangsaussiedlungen in der DDR

Vortrag: „Die Zwangsaussiedlungen in der DDR vom Mai/Juni 1952“



Dr. Anke Geier
Historikerin

Einleitung

Wie Herr Creuzberger und Herr Potratz bereits erhellend ausgeführt haben, legitimierte die DDR-Regierung mit der „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der DDR und den westlichen Besatzungszonen vom 26. Mai 1952“ die endgültige Abriegelung der innerdeutschen Grenze und den Aufbau eines Grenzsperrgebietes. Nur die Berliner Sektorengrenzen blieben offen. Eine unmittelbare und einschneidende Folge der Grenzabriegelung waren die Zwangsaussiedlungen, die das Thema meines Impulses sind. Eine ausführliche Betrachtung der Ereignisse mit allen Details ist an dieser Stelle nicht möglich. Hier empfehle ich das Standardwerk zum Thema Zwangsaussiedlungen von Inge Bennewitz und Rainer Potratz (Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze) sowie regionale und lokale Studien.

Definition „Zwangsaussiedlungen“

Unter dem Begriff „Zwangsaussiedlungen“ wird die staatlich angeordnete Ausweisung von tausenden Bewohnern des Grenzgebietes der DDR und ihre Ansiedlung im Landesinneren verstanden. Synonym wird auch der Begriff Umsiedlung oder Zwangsumsiedlung benutzt. Mitunter tauchen auch die Begriffe Evakuierung oder Vertreibung auf, wobei der Begriff Vertreibung eher als Überbegriff gesehen werden muss.

Vertreibungen sind kein originäres „Phänomen“ des Kommunismus, trotzdem waren sie ein häufig angewandtes repressives Instrument der kommunistischen Politik in der Sowjetunion, in Ostmittel- und Südosteuropa. Die Methode der zwangsweisen Vertreibung von Personen und Personengruppen, die ein herrschendes Regime als „unerwünscht“ deklariert und dadurch deren Vertreibung rechtfertigt, wurde im kommunistischen Herrschaftsbereich seit Langem angewandt.

Diese repressive Methode hat viele charakteristische Merkmale, die sich ebenfalls bei den Zwangsaussiedlungen in der DDR zeigten. Zu den Merkmalen zählen unter anderen die massive Anwendung von Propaganda im Vorfeld und im Nachhinein, um ein „Feindbild“ zu erzeugen. Dieses „Feindbild“ wurde von der kommunistischen Staatspartei, in der DDR die SED, festgelegt. Die Auswahl der Auszusiedelnden wurde trotz eines „abgeschlossenen Feindbildes“ oftmals dennoch willkürlich vorgenommen. Weiterhin wurde die Bevölkerung mobilisiert, an der Ausgrenzung teilzunehmen bzw. diese zumindest zu dulden.

Die Staatspartei nutzte die Methode ebenfalls, um im Vorfeld der Zwangsaussiedlungen „missliebigen“ Personal in entscheidenden Positionen in den kommunalen Verwaltungen durch regimetreue SED-Mitglieder zu ersetzen. Das betraf unter anderem Bürgermeister in vielen Grenzorten, die zumeist in der CDU oder LDPD organisiert waren. Ein weiteres Merkmal der Zwangsaussiedlungen war, dass die Maßnahme konspirativ vorbereitet wurde: Anfangs waren nur die führenden Mitglieder der Partei, des Innenministeriums, der Volkspolizei und der Geheimpolizei eingeweiht. Die Erstellung von Listen



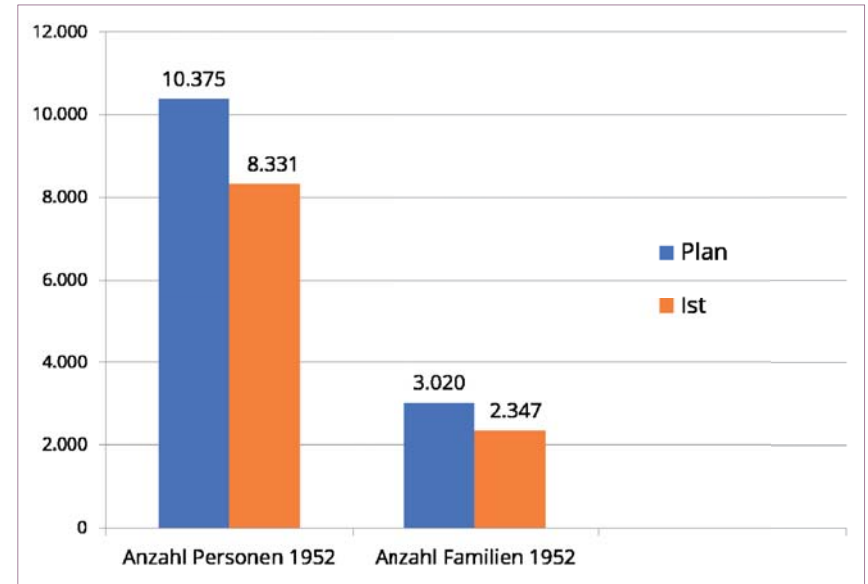
„Das Jahr 1941“, Bild von Peter A. Below mit Bezug auf die Vertreibungen in der Sowjetunion, 1988.

mit ausführlichen Angaben zu den auszusiedelnden Personen (wie Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnort mit Adresse, Beruf, Bemerkung zur „Kategorisierung“ der Person), aber auch die Organisation der Ausweisung durch Kommissionen auf verschiedenen Ebenen sind weitere Merkmale dieser Form der Repression.

Zwangsaussiedlungen in der DDR

In der DDR gab es zwei große Zwangsaussiedlungsaktionen: Die erste lief im Mai und Juni 1952 ab. DDR-weit wurden hierbei 8.331 Personen ausgesiedelt. Die im Vorfeld geplanten Aussiedlungszahlen lagen noch weit höher, doch viele Betroffene konnten in die Bundesrepublik fliehen, so beispielsweise im Landkreis Sonneberg in Thüringen, wo mindestens 500 Personen der Zwangsmaßnahme durch Flucht zuvorkamen.

Eine zweite große konzertierte Zwangsaussiedlungsaktion fand am 3. Oktober 1961 im Nachgang des Mauerbaues statt. Hierbei wurden 3.175 Personen von der Grenze zwangsausgesiedelt. Insgesamt wurden 1952 und 1961 beinahe 12.000 Menschen aus ihrer Heimat an der innerdeutschen Grenze ausgesiedelt. Neben den zwei großen Aussiedlungsaktionen 1952 und 1961 gab es bis Mitte der 1980er Jahre auch willkürliche Einzelaussiedlungen, die vor allem mit dem weiteren Ausbau und der Sicherung der Grenze zusammenhängen.



Zahlen entnommen aus Bennewitz / Potratz, S. 280, nach: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/ 13/ 10

Polzeiverordnung vom 26. Mai 1952

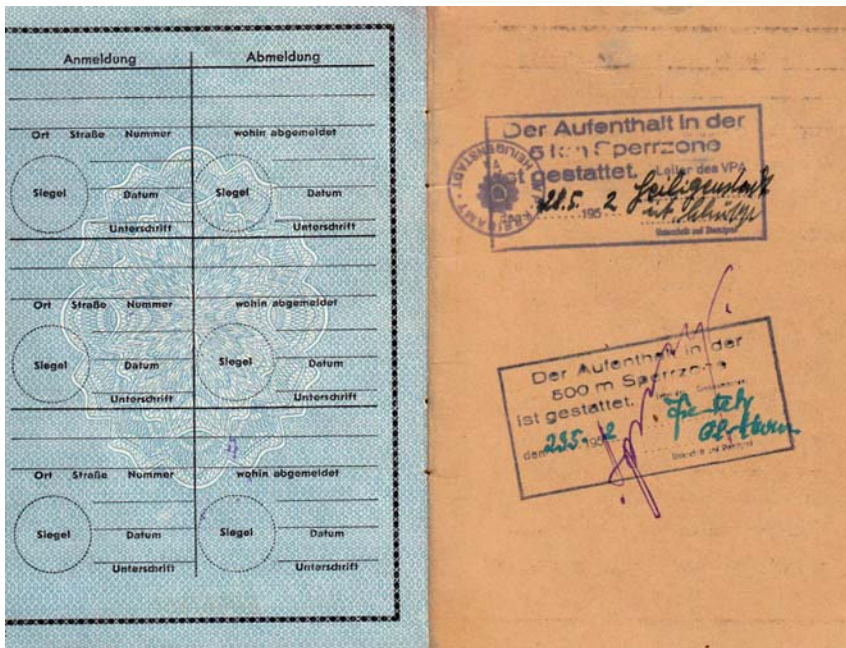
Die Zwangsaussiedlungen stehen in engem Zusammenhang der „Polzeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie vom 26. Mai 1952“. Die Polzeiverordnung trat am 27. Mai 1952 in Kraft. Sie wurde in allen Grenzorten ausgehängen. Sie definierte das ab sofort geltende Grenzsicherungssystem: So hatte die 1.400 Kilometer lange innerdeutsche Grenze zu West-



Quelle: Grenzlandmuseum Eichsfeld

deutschland aus einem dreifach gestaffelten Sicherungssystem zu bestehen: aus einem 10 m breiten Kontrollstreifen unmittelbar an der Grenzlinie, einem daran anschließenden 500 m Schutzstreifen und einer 5 km Sperrzone.

Einen Tag nach der Veröffentlichung der Regierungsverordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie und der Polizeiverordnung, am 27. Mai 1952, wurde das Sperrgebiet abgeriegelt. Dann wurden alle Bewohner des Grenzsperrgebietes registriert. Innerhalb weniger Tage waren alle Bewohner von den örtlichen Volkspolizei-Dienststellen der Grenzreise registriert worden. Ihre Personalausweise wurden mit einem besonderen Stempel versehen, der die Aufenthaltsberechtigung in der 5 km Sperrzone belegte. Die Bewohner des 500 m Schutzstreifens erhielten zusätzlich noch einen Stempel der Grenzpolizei in ihren Ausweis.



Gestempelter Personalausweis aus dem Kreis Heiligenstadt, Mai 1952.

Quelle: Grenzlandmuseum-Bad Sachsa/ Archiv

1952 wurden fast 400.000 (389.267) Sperrgebietsbewohner registriert. Von diesen wurden 8.331 (2,14 Prozent) zwangsausgesiedelt. Die Registrierung der Bewohner war ein wichtiger Teil der Grenzsicherungsmaßnahmen und wesentlich für die folgenden Zwangsausiedlungen: denn auch die wenige Tage später aus dem 500 m Schutzstreifen und der 5 km Sperrzone Ausgesiedelten wurden registriert.

Im Folge der Registrieraktion wurden Einwohner- und Parteiversammlungen abgehalten, um über die Maßnahmen der Polizeiverordnung zu informieren und die Bewohner zu agitieren, d. h. von der politischen Notwendigkeit der Abriegelung des Sperrgebietes zu überzeugen.

Vorbereitungen / Auswahl der Personen

Schon Anfang Mai 1952 wurde deutlich, dass im Zusammenhang mit der bevorstehenden Grenzabriegelung auch Zwangsausiedlungen bestimmter Personengruppen an der innerdeutschen Grenze vorgenommen werden sollten. Begründet wurde diese Maßnahme mit der Sicherung der Grenze. Die konkreten Vorbereitungen für die Zwangsausiedlungen 1952 begannen knapp 14 Tage vor der eigentlichen Aktion.

Am 20. Mai 1952 beriet die Zentrale Regierungskommission unter Leitung des Ministers für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, den auszusiedelnden Personenkreis. Im Ergebnis der Beratung erging am 26. Mai der Befehl 38/52 durch den Chef der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei, Karl Maron. Im Befehl 38/52 waren die aus der Sperrzone auszusiedelnden Personenkreise aufgenommen: hierzu zählten Ausländer, Staatenlose, Personen, die nicht polizeilich gemeldet waren, Personen, die kriminelle Handlungen begangen haben und Personen, die die antifaschistisch-demokratische Ordnung gefährden.

Kurz darauf wurde der Personenkreis in einer weiteren Dienstanweisung noch einmal entscheidend erweitert: es sollten nun vor allem auch sogenannte Grenzfürher, d. h. die anderen Personen zum Grenzübertritt verholfen hatten, „illegale Grenzgänger“, die des Öff-

teren die Grenze illegal überschritten hatten, Personen die nach dem Befehl Nr. 201 der sowjetischen Militäradministration verurteilt worden waren, d. h. die während des Nationalsozialismus verantwortliche Funktionen innehatten, und Personen, die zum Haushalt eines „republikflüchtigen Haushaltsvorstandes“ zählten, auf die Listen geschrieben werden.

Es war nicht schwer, auf eine Aussiedlungsliste zu geraten. Vor allem unter dem Punkt „Gefährdung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ konnte eine Vielzahl an Personen versammelt werden.

In den Quellen wurden oftmals folgende Begründungen für eine Aussiedlung genannt: Grenzgänger, Grenzfürher, verwandtschaftliche und andere Beziehungen in den Westen, Republikflucht von Familienmitgliedern, Gastwirt, RIAS-Hörer/Verbreiter von Nachrichten, ablehnende Haltung zu Polizei, negative Einstellung zum Staat, war im Internierungslager, Zeuge Jehovas usw.

Noch einmal zusammenfassend ist zu sagen, dass die Kriterien, wer für eine Aussiedlung aus dem Grenzgebiet im Jahr 1952 vorgesehen war, durch die SED und die Verfolgerbehörden, Ministerium für Staatssicherheit und der Volkspolizei festgelegt wurden. Hilfestellungen gaben die sowjetischen Freunde mit ihren vielfältigen Erfahrungen bezüglich Vertreibungen in der Sowjetunion.

Unter diesen Vorgaben erstellten nun die Volkspolizei in den Grenzkreisen Auswahllisten unter Zuhilfenahme der Einwohnermeldekartei. Eine dreiköpfige Kommission mit je einem Polizei-Mitarbeiter aus der Abteilung Pass- und Meldewesen, Kriminalpolizei und Schutzpolizei schrieben die Listen, wer auszusiedeln war und fügten eine Begründung an. Diese vorläufige Liste wurde nun durch die übergeordneten Kreiskommissionen beim Landrat ergänzt oder geändert. In den Kreiskommissionen beim Landrat waren Vertreter des Kreisamtes, der Grenzpolizei, der Volkspolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit vertreten. In einem dritten Schritt wurden diese Listen den sogenannten „operativen Kommissionen“ zur endgültigen Bestätigung vorgelegt.

| Ausweisungsgrund | Anzahl | Anteil |
|-------------------------------------|--------------|--------------|
| Ausländer + Staatenlose | 19 | 1,7 % |
| Grenzgänger + „Schieber“ | 455 | 41,6 % |
| „politisch unzuverlässig“: | 473 | 43,2 % |
| davon SMAD-Befehl 201 | 28 | 2,6 % |
| davon Internierte | 12 | 1,1 % |
| davon negative Einstellung | 433 | 39,5 % |
| Organisation gegnerischer Tätigkeit | 37 | 3,4 % |
| Von Volkspolizei ausgeschlossen | 10 | 0,9 % |
| Vorbestrafte | 29 | 2,6 % |
| Wirtschaftsverbrecher | 19 | 1,7 % |
| SED-Ausgeschlossene | 24 | 2,2 % |
| Zeugen Jehovas | 29 | 2,6 % |
| Summe | 1.095 | 100 % |

Ausweisungsgründe 1952 in den Grenzkreisen Thüringens.

Quelle: Bennewitz/Potratz Berlin 2012, S. 278-279.

Auf der Folie sehen Sie die angegebenen Aussiedlungsgründe in Thüringen. Betrachtet man die Statistiken, die nach der Aussiedlung von den staatlichen Institutionen aufgestellt wurden, wird deutlich, dass vor allem Personen ausgesiedelt wurden, die als „Grenzgänger und Schieber“ und aufgrund ihrer „negativen Einstellung“ als politisch unzuverlässig bezeichnet wurden. Das Etikett „politisch unzuverlässig“ traf auf viele Personen zu, auch auf unpolitische Grenzbewohner, denen eine „negative Einstellung“ gegenüber dem Staat nachgesagt wurde. Auch diejenigen, die weiterhin verwandtschaftliche Verbindungen zum Westen hielten, die den RIAS hörten oder mitunter eine Gastwirtschaft betrieben, gerieten auf die Liste. Auch Neid und Missgunst spielten eine Rolle bei der Auswahl der Umzusiedelnden.

Ablauf

Im Mai und Juni 1952 wurden DDR-weit 8.331 Personen umgesiedelt. Auf den Aussiedlungslisten standen ursprünglich mehr Menschen, knapp 2.000 Bürger flohen vor der Aussiedlung nach Westdeutschland. DDR-weit wurde aus folgenden 23 Grenzkreisen ausgesiedelt: in Mecklenburg aus Grevesmühlen, Schwerin, Hagenow, Ludwigslust und in Brandenburg aus Westprignitz. Aus Sachsen-Anhalt wurde aus den Kreisen Salzwedel, Gardelegen, Haldensleben, Oschersleben, Wernigerode und Osterburg ausgesiedelt. In Thüringen waren zehn Grenzkreise betroffen: Nordhausen, Worbis, Mühlhausen, Eisenach, Bad Salzungen, Meiningen, Hildburghausen, Sonneberg, Saalfeld und Schleiz. Allein in Thüringen waren über 240 Grenzorte in der 5 km Sperrzone von den Aussiedlungsmaßnahmen betroffen. Daneben wurde in Sachsen aus den Kreisen Plauen und Oelsnitz ausgesiedelt.

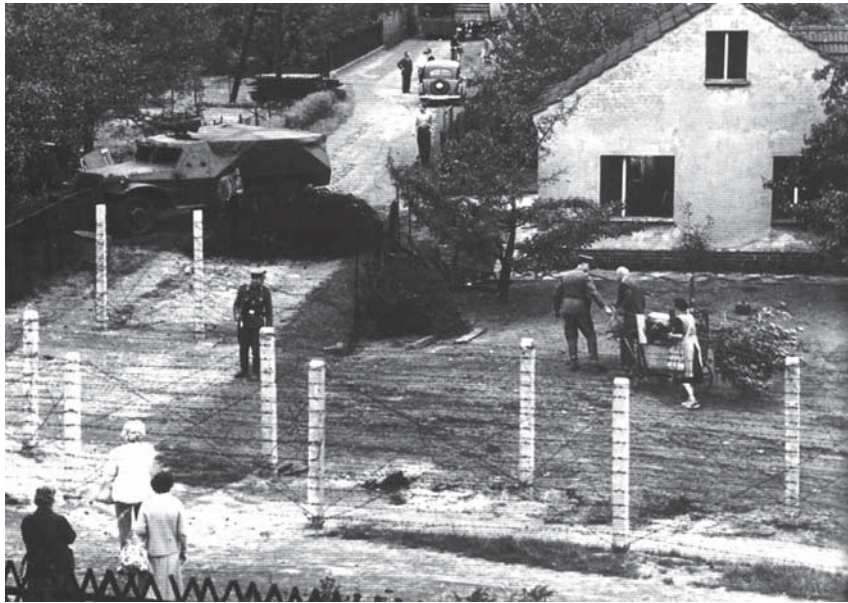


Foto einer Aussiedlung, Datum (vermutlich 1961) und Ort unbekannt.

Quelle: Fotograf unbekannt

In Sachsen-Anhalt begannen die ersten Aussiedlungen bereits am 29. Mai 1952. Allerdings waren diese überstürzt und schlecht vorbereitet, so die Kritik in einem Zwischenbericht: Es fehlte an Wohnraum und Arbeitsplätzen für die Ausgesiedelten in den Aufnahmeorten. Während des Transportes mangelte es an ausreichend Lkw. Der Besitz wurde nicht ordentlich inventarisiert. Aufgrund dieser Erfahrungen wurden dann genaue Instruktionen und Anweisungen für die weiteren Ausweisungen ausgearbeitet. Eine zweite Welle von Zwangsaussiedlungen fand in Sachsen-Anhalt vom 7. bis 10. Juni statt. In Thüringen begann die Aussiedlungsaktion am 5. Juni und dauerte bis zum 8. Juni 1952 an. In Mecklenburg und Brandenburg wurde zwischen dem 5. und 14. Juni umgesiedelt. Am 15. Juni 1952 war die erste große Vertreibungswelle in der DDR abgeschlossen.

Die Aussiedlungen geschahen unter Zwang. Gewalt wurde zwar nicht direkt ausgeübt, aber sie wurde den Betroffenen angedroht. Der Ablauf sollte nach einem vorgegebenen Schema ablaufen, es gab aber auch hier lokale und regionale Abweichungen im Ablauf.

In allen Grenzkreisen der DDR begannen die Zwangsaussiedlungen sehr früh. Teilweise ab 4 Uhr morgens wurden die Haushaltsvorstände der auszusiedelnden Familien aufgesucht. Volkspolizisten in Begleitung von SED-Agitatoren und in der Regel einem Vertreter der Gemeinde klopfen in den frühen Morgenstunden bei den Betroffenen an. Diese mussten ihre Personalausweise abgeben. Dann wurde ihnen der Ausweisungsbeschluss vorgelesen. Der Wortlaut zur Ausweisung wurde im Vorfeld vorbereitet und war für alle identisch, bis natürlich auf den Aufnahmekreis.

Ich lese Ihnen diesen Wortlaut vor, der den Familienoberhäuptern so verlesen wurde: „Auf Grund des Regierungsbeschlusses über besondere Maßnahmen an der Demarkations-Linie zur Sicherung der Grenzen der DDR vom 26. Mai 1952 erhalten Sie durch die Volkspolizei folgende amtliche Mitteilung: Die Volkspolizei teilt Ihnen im Namen der Regierung mit, dass Sie ab sofort von Ihrem jetzigen Wohnort umzusiedeln sind. Sie werden nach dem Landkreis [...]

umgesiedelt. Dort wird Ihr weiterer Wohnort durch die örtlichen Behörden des Kreisrates bestimmt. Diese amtliche Mitteilung ist unanfechtbar und muß von Ihnen eingehalten werden. Bei Verweigerung werden Zwangsmaßnahmen durch die Staatsorgane gegen Sie in Kraft gesetzt und Sie werden dann wegen Widerstand gegen die Maßnahmen der Regierung gerichtlich zur Verantwortung gezogen. Sie haben Ihren DPA [Deutschen Personalausweis, Anm. d. Autorin] bei dem erklärenden VP-Angehörigen abzugeben und erhalten dafür eine Ersatzschrift. Ihre Ummeldung erfolgt durch die Organe der Volkspolizei zu Ihrem neuen Wohnort.“

Die Mitteilung über die Aussiedlung wurde dem Haushaltsvorstand nicht ausgehändigt. Kurz nach der Verlesung des Aussiedlungsbefehls kamen Hilfskräfte sowie Angestellte des Kreises hinzu, die die Räumung überwachten, die Inventarisierung des Besitzes vornahmen und die Habseligkeiten und Möbel auf Lkw luden.

Die ausgesiedelten Familien wurden meist mit Lkw zu einem vorbestimmten Bahnhof gebracht und dann per Bahn in ihren neuen Heimatkreis geführt. Während des Transportes übernahm die Volkssolidarität die soziale Betreuung an den Bahnhöfen. An den Ankunfts-



Foto der Zwangsräumung der Buchenmühle vor der Schleifung 1961. So ähnlich könnte das Aufladen der Habseligkeiten der Ausgesiedelten im Juni 1952 ausgesehen haben.

Quelle: Bildarchiv der Point Alpha Stiftung

bahnhöfen standen zumeist wieder Lkw bereit, die die Familien und ihr Hab und Gut an den abschließenden neuen Wohnort brachten. In den Ankunftsgemeinden hatten die Bürgermeister für Arbeitskräfte zu sorgen, die beim Auf- und Ausladen halfen. Wohnungen wurden durch den Kreisrat des aufnehmenden Kreises bereitgestellt.

Bemühungen um Rückkehr und Stigma

An dieser Stelle kann nicht ausführlich auf die teilweise schwierige Situation der ausgesiedelten Familien eingegangen werden. Hierüber haben Sie sich sicherlich auch gestern bereits ausgetauscht. Aus Zeitzeugengesprächen und anderen Quellen wird deutlich, dass sich die Wohnsituation in den neuen Wohnorten oftmals gegenüber der vorherigen verschlechterte. Die Kinder und Jugendlichen wurden in der Schule mitunter schikaniert. Die soziale Anbindung an die neuen Nachbarn gestaltete sich problematisch, da Gerüchte über den „Umzug“ kursierten, in denen die Ausgesiedelten als „Kriminelle und Asoziale“ stigmatisiert wurden. Vor allem die Propaganda der SED trug hierzu bei. Viele der erwachsenen Betroffenen, vor allem die ältere Generation, wurde nie mit der neuen Heimat vertraut und erlitt auch gesundheitliche Probleme durch die Vertreibung. Die Betroffenen durften zudem nicht mehr ins Sperrgebiet einreisen, daher trafen sich viele mit ebenfalls ausgesiedelten Nachbarn in den neuen Wohnorten, was wiederum Überwachungsmaßnahmen durch die Staatssicherheit hervorrief.

Zahlreiche Ausgesiedelte stellten unmittelbar nach der Aussiedlungsaktion beim Rat des Kreises Anträge auf Rücksiedlung und schrieben Eingaben an die Behörden. Denn während der Aussiedlung wurde die Hoffnung bei den Betroffenen genährt, dass es sich bei der Umsiedlung um eine vorübergehende Maßnahme handelte.

Am Beispiel des Kreises Arnstadt kann ich dies kurz erläutern: aus den Grenzkreisen Meiningen und Hildburghausen in Thüringen wurde in den Kreis Arnstadt umgesiedelt. Über ein Jahr nach der Aussiedlungsaktion, im September 1953, durften einige Wortführer der

Zwangsausgesiedelten beim Sekretär des Rates des Kreises Arnstadt vorsprechen. Sie brachten ihre Beschwerden über die Aussiedlung und den Wunsch auf Rückkehr vor. Der Sekretär des Rates des Kreises Arnstadt erläuterte aber, dass eine Rücksiedlung nicht möglich sei, so lange die Regierungsverordnung vom 26. Mai 1952 über Maßnahmen an der Demarkationslinie noch nicht aufgehoben sei. Eine Rücksiedlung könne erst erfolgen, wenn die Einheit Deutschlands hergestellt wäre.

Letztlich waren die Bemühungen der Ausgesiedelten in Arnstadt und anderswo bis auf sehr wenige Ausnahmen umsonst. Die Betroffenen mussten sich in ihrer neuen Heimat einrichten. Dies gelang in der Regel den jüngeren Betroffenen besser als den älteren. Viele der Zwangsausgesiedelten konnten erst ab dem Herbst 1989 in ihre alte Heimat zurückkehren.

Damit komme ich zum Schluss: Zu DDR-Zeiten wurde nur hinter „vor-gehaltener Hand“ über die Aussiedlung der Nachbarn geredet. Kaum einer im Ort wusste, was wirklich geschah. Auch dachten viele, die betreffenden Personen seien „abgegangen“, d. h. über die Grenze in Richtung Westen geflohen. Angst und das bedrückende Gefühl der Einschüchterung herrschten vor. Der eine oder andere wird damals auch den Ausführungen der Agitatoren der Staatspartei SED Glauben geschenkt haben, dass die Aussiedlung gerechtfertigt sei, da die ausgesiedelten Personen Kriminelle seien und den Frieden an der Grenze gefährden würden.

Viele Informationen zu den zwei Zwangsaussiedlungsaktionen in der DDR wurden bereits in den 1990er Jahren erarbeitet, v. a. durch Betroffene, die dadurch ein Stück weit die Ereignisse beleuchten und verstehen wollten. Hier sei vor allem das Buch von Inge Bennewitz und Rainer Potratz genannt, aber auch Manfred Wagners „Beseitigung des Ungeziefers“ über die Umsiedlungen aus den Kreisen Saalfeld, Schleiz und Lobenstein. An dieser Stelle sei auch auf die 2020 erschienene Publikation der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung hingewiesen, die in Kooperation mit der Point Alpha Stiftung

entstanden ist. Hierin sind zahlreiche Aufsätze zu den Zwangsaussiedlungen in der DDR enthalten.

Trotz der Beschäftigung mit dem Thema Zwangsaussiedlungen sind noch nicht alle Fragen abschließend beantwortet. Es stellen sich noch viele Forschungsfragen. Zugleich besteht auch noch ein immenser Bedarf an Aufklärung zu diesem dunklen Kapitel der Geschichte.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Panel Historische Einordnung & Wahrnehmung von Zwangsaussiedlungen in der DDR

Journalistische Perspektive – Dokumentation „Aktion Ungeziefer, vertrieben in der DDR“



Vortrag zur Entstehungsgeschichte der Reportage
Sven Stephan, Journalist

| CLIP 1: VORSPANN (1'30) | |
|-------------------------|---|
| Marlies Wagenknecht | Sie durften Möbel mitnehmen. Und nachdem das gepackt war, sind sie dann gleich mit auf den Lkw mit draufgeladen worden und ging dann ab zum Bahnhof. |
| Hans-Siegfried Schulz | Gerade die Tiere und alles. Wenn man die von heute auf morgen oder innerhalb von ein paar Stunden, wenn man das alles verlassen muss. Das ist traurig. Meine Eltern konnten es nicht glauben. Die haben geweint und gemacht, das war schlimm. |
| Hans-Siegfried Schulz | Die Alten haben immer gesagt: Es geht nach Sibirien. |
| Helmuth Hörig | Und wir durften auch nie reden. Von wo wir direkt kommen und was mit uns gemacht worden ist. |
| Lutz Winkelmann | Vertreibung ist in meinen Augen, das Schrecklichste, was einem Menschen überhaupt passieren kann. |

Was Sie gerade gesehen haben, ist der Auftakt zu einer 45-minütigen Reportage aus der MDR-Reihe „Der Osten – entdecke wo du lebst“. Sie wurde vor eineinhalb Jahren im MDR-Fernsehen ausgestrahlt; ganz genau am 22. September 2020. Einige von Ihnen hier im Saal werden den Film kennen, manche von Ihnen haben sogar als Zeitzeugen daran mitgewirkt.

Gedreht haben meine Kollegen und ich dafür im Sommer 2020 vorwiegend in der Altmark. Wenn Freunde mich damals fragten, woran ich gerade arbeite und ich ihnen von den Dreharbeiten erzählte, ertete ich für die Erwähnung der „Aktion Ungeziefer“ fragende Blicke.

| CLIP 2: HANS-SIEGFRIED SCHULZ (2'00) | |
|--------------------------------------|--|
| Erzähler/in | So wie Cheine liegt auch das Dorf Schmörlau unmittelbar an der Grenze zu Niedersachsen. Hier kommen im Mai 1952 die Räumtruppen der Staatsmacht auf den Hof der Familie von Hans-Siegfried Schulz. Auch sie wird von der Aktion völlig überrumpelt. |
| Hans-Siegfried Schulz | Ich habe mich dann noch von den Pferden verabschiedet, hier noch 'nen Scheffel Hafer gegeben, Hund und Katze alles. Und dann ging es nach Bonese auf den Bahnhof. Da waren so ein Haufen Leute. Als letztes kam, der Handwagen, da war oben ein Lattenrost und da hatten wir fünf Hühner drin, die haben wir auch noch mitgenommen. |
| Erzähler/in | Hans-Siegfried Schulz ist das älteste von drei Geschwistern. Damals ist er 17 Jahre alt. |
| Hans-Siegfried Schulz | Meine Eltern konnten es nicht glauben. Die haben geweint und gemacht, das war schlimm. Und meine Oma ... im Krieg sind noch zwei Söhne und ein Enkel sind noch im Fernen Osten geblieben. Und das alles. Und jetzt musste nun noch mit 75 ihr Haus und Hof verlassen. Also ... |
| Erzähler/in | Drei Schicksale aus der Altmark. In jenen Tagen Ende Mai und Anfang Juni 1952 widerfahren sie so oder ähnlich mehr als 8.300 Menschen zwischen Ostsee und Vogtland. Ohne Vorwarnung müssen sie <u>innen Stunden</u> ihre Heimat verlassen – zwangsausgesiedelt auf Beschluss der DDR-Staatsmacht, vertrieben im eigenen Land. Diese Filmaufnahmen eines westdeutschen Journalisten, gedreht direkt am Stacheldrahtzaun, sind möglicherweise die einzigen, die einen solchen Moment festhalten. |

Niemandem war der Begriff bekannt. Bei näherer Erläuterung wandelte sich das Fragen in Staunen und Entrüstung.

Eine andere Kollegin sagte mir, nachdem sie die Reportage gesehen hatte: das ist ja ein total trauriger Film. Ja, das ist er möglicherweise. Denn er berichtet über ernste, erschütternde und bewegende Begebenheiten. Zugetragen haben sie sich vor mittlerweile fast 70 Jahren. In friedlichen kleinen Dörfern, die Barnebeck heißen oder Bömenzien oder Cheine. Auch die Geschichte von Hans-Siegfried Schulz und seiner Familie gehört dazu.

Dass es diese Vertreibungsaktion gegeben hatte – davon hatte ich zumindest schon ein, zwei Mal gehört. Das war in den 90er Jahren gewesen, nach dem Ende der DDR. Auch die einmaligen Aufnahmen von Franz Joseph Schreiber, gedreht im Herbst 1961 bei der Räumung der Birxmühle in der Rhön, direkt am Grenzzaun zwischen Franken und Thüringen, hatte ich damals im Fernsehen gesehen. Sie hatten mich schwer beeindruckt und sich in mein Gedächtnis eingegraben.

Fernsehberichte und Zeitungsartikel versuchten damals schon, immer mal wieder öffentlich auf die Schicksale der Betroffenen aufmerksam zu machen. Ich habe das seinerzeit mit Interesse wahrgenommen, aber – als Student der Amerikanistik – nicht journalistisch verfolgt.

Es gingen rund zwei Jahrzehnte ins Land, bis ich – nun als freier Journalist für den Mitteldeutschen Rundfunk – wieder mit dem Thema in Berührung kam: im Frühjahr 2017, als sich der Ausbau der Sperranlagen an der deutsch-deutschen Grenze und das Grenzregime der DDR zum 65. Mal jährt.

Für das Landesmagazin „Sachsen-Anhalt heute“ drehte ich damals in Hötensleben, der Schwerpunkt lag auf der Schließung der Grenze. Es war Achim Walther vom Grenzdenkmalverein, der mir dabei erneut von den Zwangsaussiedlungen berichtete. Er war 1974 nach

| CLIP 3: DIE VERTREIBUNG (2'40) | |
|--------------------------------|---|
| Erzähler/in | Es ist eine Fahrt ins Ungewisse für die Deportierten. Denn ein Ziel wird ihnen nicht genannt – obwohl die Behörden genau wissen, wen sie transportieren und wohin. Das belegen Listen aus Archiven; Beamte haben sie akribisch angelegt. Unter den Menschen im Zug herrscht Angst, sie würden nach Sibirien gebracht; das erzählen Betroffene immer wieder. Die Fahrt dauert die ganze Nacht. |
| Anneliese Fleischer | Und wir sind dann am nächsten Tag zum Mittag in Delitzsch unterer Bahnhof angekommen. Und da gab es die erste Verpflegung, Nudelsuppe. Wir waren erst mal froh, dass wir in der DDR geblieben sind, nicht weiter nach Russland gefahren worden sind. |
| Erzähler/in | Die Zwangsaussiedlungen sind von langer Hand vorbereitet, die Ziele genau festgelegt. Betroffene aus dem Kreis Salzwedel werden in den Kreis Delitzsch deportiert. Für Vertriebene aus dem Kreis Osterburg liegt das Ziel der Fahrt im Kreis Kölleda. |
| Erzähler/in | Auch aus den übrigen Grenzkreisen werden Menschen ausgesiedelt – so weit weg von der alten Heimat wie möglich. |
| Erzähler/in | Staatliche Willkür, die sich entlang der gesamten deutsch-deutschen Grenze wiederholt. Bis zum Ende der Aktionen im Jahr 1961 werden so insgesamt 11.500 Menschen gezwungen, ihre angestammte Heimat zu verlassen. |
| Erzähler/in | Schon in den ersten Tagen der Aktion protokollieren Staat und Partei wiederum exakt, welchen Effekt die Zwangsaussiedlungen haben. Erschütternde Berichte sind darunter, festgehalten in nüchternem Beamtendeutsch. |
| Erzähler/in | <i>„In Zießau wollte die Mutter des Landwirts Gerhard Schmidt Selbstmord durch Ertränken begehen. ... Nach zweistündiger Agitation entschloss sich Frau Schmidt, die Sachen zu packen. ... Die Tochter Frieda Schmidt versuchte Selbstmord durch Einnehmen von Gift aus einer Flasche.“</i> |
| Erzähler/in | Unter denen, die in den Dörfern zurückbleiben herrscht häufig Unruhe. Die Bevölkerung, so sagen es viele Protokolle, habe Angst. Was die Beamten nicht schreiben: genau <u>das</u> ist das <u>eigentliche Ziel</u> der Zwangsaussiedlungen. |
| Erzähler/in | Sie sollten ein Signal sein an alle, die im Grenzgebiet bleiben durften. Wer sich nicht „an die Regeln“ hielt, den konnte es als nächsten treffen. Und zwar jederzeit. |

Hötensleben gezogen. 13 Jahre nach Ende der Aktionen spürte er im Ort noch immer die Angst und die Verunsicherung der Einwohner, Ähnliches könne sich jederzeit wiederholen.

Mit seiner Hilfe kam ich damals in Kontakt zu ersten Zeitzeugen. Vor die Kamera wollten sie nicht, aber sie haben stundenlang mit mir telefoniert. Was sie mir erzählten, hat mich bewegt – und es hat mich empört. Nicht nur die Aussiedlungsaktion bei Nacht und Nebel, sondern alles, was damit verbunden war: die staatliche Willkür, die Dif-famierung der Vertriebenen, ihre Stigmatisierung, die oft bis heute andauert.

Über dieses erlittene Unrecht musste in einer Reportage erzählt werden – dieser Gedanke reifte in mir sehr schnell. Bis es tatsächlich so weit war und auch die folgende Passage entstehen konnte, sollten aber noch einmal drei Jahre vergehen.

Oft werde ich gefragt, wieso ich mich ausgerechnet für dieses Thema interessiere. Ich bin in der DDR geboren und aufgewachsen; ich habe dort eine „normale“ Kindheit und Jugend verbracht – ohne „Hurra-Kommunismus“, aber auch ohne größeres Aufbegehren gegen den Staat. Man hatte sich dort eingerichtet. Wie auf Millionen DDR-Bürger traf das auch auf meine Familie zu. Als die Berliner Mauer fiel, war ich 18 Jahre alt.

Die Mauer und die deutsche Teilung hatten mich schon zu DDR-Zeiten beschäftigt. Dass in der DDR Unrecht geschah und dass der Staatsapparat die Macht hatte, jederzeit Unrecht auszuüben, war – so glaube ich – den allermeisten Menschen in der DDR bewusst. Aber es ist noch einmal etwas Anderes, wenn man Menschen begegnet, denen solches Unrecht widerfahren ist. Solche Begegnungen nach Ende der DDR haben mich beeindruckt und geprägt. Bis heute bringen sie mich immer wieder dazu, mein eigenes Leben als Jugendlicher in diesem Staat zu hinterfragen. Und als Journalist habe ich heute die Gelegenheit, über solche Schicksale zu berichten und dazu beizutragen, dass dieses Unrecht nicht in Vergessenheit gerät.

Bereits 2017 hatte ich also versucht, in der Redaktion der MDR-Reihe „Der Osten“ eine Reportage über die Zwangsaussiedlungen im DDR-Grenzgebiet unterzubringen. Damals ohne Erfolg. Warum, kann ich nicht mehr genau sagen. Vielleicht war mein Konzept nicht spannend genug verfasst. Möglicherweise fürchtete die Redaktion auch, das Thema könne nicht genügend Menschen interessieren. Und schließlich konkurrieren alljährlich rund 100 Angebote von Autoren um acht Sendeplätze, die die Magdeburger Redaktion in dieser Reihe besetzen darf.

| CLIP 4: HEINZ BÜLTGE (2'20) | |
|-----------------------------|---|
| Erzähler/in | Die Menschen im DDR-Grenzgebiet werden zum Spielball der Weltpolitik und des Kalten Krieges. Und der Stacheldraht zum Teil ihres Alltags. |
| Heinz Bültge | Das hat natürlich auch bei den Leuten bisschen geschockt, wenn zum Beispiel durch den Garten plötzlich die Grenze gezogen wurde, aber mit denen dann darüber gesprochen und das alles andere beruhigte sich gut. |
| Erzähler/in | So erinnert sich Heinz Bültge an das Jahr 1952. Er war Volkspolizist. |
| Heinz Bültge | 1952 habe ich den Dienst in der Volkspolizei aufgenommen. Das war die Zeit, wo der Druck auf die Staatsgrenze von dieser Seite aus hoch war. Und dadurch wollte man auch die Grenze stärker sichern. Also meine Einstellung dazu? Die Leute, die das festgelegt haben, die das organisiert haben, müssen ja einen Grund haben. Ich verstehe schon: die Sicherheit des Grenzgebietes ging zu der Zeit vor, und dann mussten alle Maßnahmen eingeleitet werden, die die Grenze nicht gefährdeten. |
| Erzähler/in | Dass zu diesen Maßnahmen die Zwangsaussiedlung von Menschen gehört, überrascht damals auch Heinz Bültge. Aber er hält sie für richtig. Bis heute bezweifelt er, dass die Vertreibung Unschuldige getroffen hat. |
| Heinz Bültge | Nein, das hat es nicht gegeben. Die Aufklärung dieser Leute war rechtzeitig und war auch ganz exakt durchgeführt. |
| Erzähler/in | Die „exakte Durchführung“ der Aussiedlungen regelt Befehl 38/52. Dort steht, wer das neue Sperrgebiet verlassen soll: Wer regelmäßig über die noch offene Grenze ging, wer als Fluchthelfer gilt, wer offen eine kontroverse Meinung vertritt oder als Bauer nicht in die LPG eintreten will, gilt als Staatsfeind und soll ausgesiedelt werden. |

Ein Hintergrund-Gespräch der Redaktionsleitung mit der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Birgit Neumann-Becker, brachte dann Anfang 2019 neue Aufmerksamkeit für das Thema. Jetzt war auch die Redaktion davon überzeugt und willens, dazu eine Reportage zu machen. Mit etwas Glück fiel diese Aufgabe dann am Ende tatsächlich mir zu – und es wurde eine echte Herzensangelegenheit.

Dabei geholfen hat sicherlich, dass sich die Ausrichtung der Reportage-Reihe „Der Osten“ in dieser Zeit änderte. Sie zeigt, wie sich Orte in Mitteldeutschland verändert haben. Der Schwerpunkt liegt dabei häufig auf der jüngeren Geschichte. Das war vor allem in den Anfangsjahren der Reihe oft recht nostalgisch und bisweilen sogar „ostalgie“. Nun öffneten sie sich zunehmend für Geschichten mit ernsterem Hintergrund. Im Fall der Zwangsaussiedlungen gehören neben den Schicksalen der Vertriebenen dazu auch Stimmen, die für Betroffene wohl nur schwer zu ertragen sind – wie die des ehemaligen Volkspolizisten Heinz Bültge.

Ein historischer Film steht und fällt mit den Zeitzeugen. Sie gefunden zu haben, ist hauptsächlich das Verdienst des Heimatforschers Hartmut Bock aus Jübar in der Altmark. Er hatte als Geschichtslehrer im Jahr 2002 mit Schülern Zeitzeugen zu den Zwangsaussiedlungen befragt und daraus einen Film gemacht, der in einem Geschichtswettbewerb prämiert wurde.

Über ihn kam ich in Kontakt zu Familie Winkelmann in Barnebeck, Familie Hörig aus Bömenzien und auch zu Heinz Bültge, den wir gerade gesehen und gehört haben – und dem ich für seine Bereitschaft zum Interview sehr dankbar bin. Auch wenn wohl kaum jemand hier seine Sicht der Dinge teilt – sie gehört zum historischen Bild und ist wichtig für den Film.

Lutz Winkelmann wiederum machte mich auf das Engagement von Marlies Wagenknecht aufmerksam, über sie lernte ich Anneliese Fleischer und Hans-Siegfried Schulz kennen. Sie alle sind in der Reportage zu sehen und zu hören.

Die Zeitzeugen steuerten zahllose Fotos und wichtige Dokumente bei, die im Film zu sehen sind. Das einzigartige Filmmaterial von Franz Joseph Schreiber fand ich bei der Bundesstiftung Aufarbeitung, und seine Erben haben uns die Rechte für die Verwendung der Aufnahmen zu sehr vernünftigen Bedingungen gewährt.

Ohne diese mannigfaltige Unterstützung wäre diese Reportage nicht möglich gewesen. Dafür sage ich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlichen Dank.

Dankbar bin ich aber vor allem für die Bereitschaft der Zeitzeugen, über die Schicksale ihrer Familien zu berichten. Es sind erschütternde Berichte, und sie wühlen die Menschen bis heute auf. Dennoch davon zu erzählen, ist keineswegs selbstverständlich. Man kann ihnen das gar nicht hoch genug anrechnen – vor allem, wenn man bedenkt, dass das erlittene Unrecht bis heute nicht gesühnt ist.

Produziert wurde die Reportage für den Mitteldeutschen Rundfunk – also für das öffentlich-rechtliche Fernsehen. Auch wenn wir einen öffentlichen Auftrag haben und eigentlich nicht auf die Sehbeteiligung – landläufig bekannt als „die Zuschauer-Quote“ – schauen müssen, tun wir das natürlich trotzdem. Schließlich interessiert uns, ob wir die Menschen mit unseren Programmen erreichen.

Zumindest für die Erstausstrahlung des Films am 22. September 2020 kann ich das sagen: da haben 340.000 Menschen zugeschaut. Das entspricht gut 10 Prozent Marktanteil im MDR-Sendegebiet und ist für diesen Sendepunkt (Hauptsendezeit um 21 Uhr) ein wirklich sehr guter Wert. So etwas freut die Redaktion und natürlich auch uns Autoren.

Nicht eingerechnet sind all die, die sich die Reportage in der Mediathek angesehen haben. Dort war sie ein Jahr lang zu sehen. Genaue Zahlen dafür lassen sich (aufgrund einer technischen Umstellung in der Zwischenzeit) heute nicht mehr ermitteln.

Ein privater Nutzer hat den Film auf YouTube eingestellt. Da sind es bislang etwa 3.800 Zugriffe von Menschen, die sich für das Thema

| CLIP 5: WIEDERGUTMACHTUNG (3'30) | |
|----------------------------------|--|
| Erzähler/in | Um Wiedergutmachung dieses Unrechts kämpfen die Zwangsausgesiedelten bis heute. Zwar hat die Bundesrepublik die Betroffenen inzwischen <u>moralisch</u> rehabilitiert, die Aussiedlungen auch per Gesetz zu Unrecht erklärt. Aber <u>finanziell</u> ließ sie die Vertriebenen im Regen stehen. Eine Vermögensabgabe für oft völlig heruntergewirtschaftete Höfe konnten sie abwenden. Um Land oder Wald wiederzubekommen, zahlten sie die karge „Entschädigung“ aus DDR-Zeiten zurück. Für Gebäude aber – etwa das Elternhaus, aus dem sie vertrieben wurden – verlangte der Staat nach einem komplizierten Rechenmodell Geld. Gezahlt haben es viele trotzdem. |
| Marlies Wagenknecht | Das ist ihr Eigentum. Es hat kaum ein Betroffener diese Zwangsausiedlung seelisch überstanden, und der Drang nach seinem eigenen Eigentum ist größer als alles andere. |
| Erzähler/in | Eine Entschädigung für die <u>Zwangsaussiedlung</u> – für staatliche Willkür, Verunglimpfung, seelisches Leid – gibt es aber bis heute nicht. Das eigentliche Unrecht bleibt ohne jede Wiedergutmachung. |
| Anneliese Fleischer | Na, gerecht ist wohl gar nichts mehr dabei. Denn Gerechtigkeit können Sie im Duden streichen. Das hat es nicht gegeben. Wird es nicht geben. |
| Erzähler/in | Auch Helmuth Hörig hat für den Hof seiner Vorfahren in Bömenzien diesen Kampf hinter sich. Die Frage, für die Rückgabe der Hofstelle zu zahlen, stellte sich die Familie nicht lange. |
| Helmuth Hörig | Und da war die einheitliche Meinung – da haben noch einige Ältere gelebt – das wird genommen. Dann hat meine Mutter das Geld hingebältert, überwiesen. |
| Erzähler/in | Kurz darauf brennt eine der Scheunen auf dem Hof bis auf die Grundmauern nieder. Brandstiftung. Der Täter wird nie gefasst. Vor allem aber ist das Haus in einem furchtbaren Zustand. |
| Helmuth Hörig | Meine Enkelin, die war damals fünf Jahre alt, die fragte: ‚Opa, das ist alles Schweinestall. Stimmt’s?‘ Und da drin, da haben Leute gehaust und gewohnt. Und mir wurde gesagt ja, jetzt gehört es dir, jetzt musst du dich darum kümmern. |
| Erzähler/in | Heute gehören Land, Wiesen und Wald wieder der Familie. Genauer gesagt: Helmuth Hörig, dem Erstgeborenen. Wie es in der Altmark jahrhundertlang üblich war. Das Land zusammenzuhalten, wie einst, sei jetzt <u>seine Verantwortung</u> , sagt er. |

| | |
|-----------------|--|
| Erzähler/in | Auch Lutz Winkelmann hat Geld gezahlt für den Hof seiner Großeltern in Barnebeck. Das Wohnhaus und eine Scheune konnte er nur noch abreißen. Sieben Jahre hat er um die Rückgabe gekämpft. |
| Lutz Winkelmann | Und dann war ich am Ziel und darüber bin ich stolz und freue mich, wo meine Generationen vorher für gearbeitet haben, dass das wieder Winkelmann heißt. So, wie es sein soll. |
| Erzähler/in | Nicht alle Zwangsausgesiedelten sind in die alte Heimat zurückgekehrt. Anneliese Fleischer und Marlies Wagenknecht kommen nur noch auf Besuch nach Cheine. Doch ihre Heimat, sagen beide, wird immer die <u>Altmark</u> bleiben. |

interessiert haben. Und ganz aktuell kann ich Ihnen sagen, dass der MDR die Reportage ab dem 1. Juni 2022 auf seinem eigenen YouTube-Kanal „MDR DOK“ einstellen wird. Sie wird also weitere interessierte Zuschauer finden.

Eine Suche im ARD-Archiv ergab, dass das Thema nach Ende der DDR immer wieder mal im Fernsehen präsent war: meist in Form kürzerer Berichte der Landesmagazine in MDR und NDR, zu Jahrestagen oder Mauerfall-Jubiläen, auch in Reportagen über die Grenze, das Grenzland oder das Leben im Sperrgebiet – dort aber immer als ein Teilaspekt.

Reportagen, die sich ausschließlich dem Thema Zwangsaussiedlung und „Aktion Ungeziefer“ widmen, habe ich genau drei gefunden: einen 45-Minuten-Film von HR und RBB über das thüringische Dorf Großburschla aus dem Jahr 2006, eine 30-Minuten-Reportage des MDR über das Geschehen in einem Dorf im Vogtland aus dem Jahr 2007 – und diesen, unseren Film.

All das ist sicher zu selten, zu sporadisch, zu wenig, um die Schicksale der betroffenen Menschen tatsächlich in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Das zeigen Zuschriften, die unsere Redaktion nach der Ausstrahlung der Reportage erreicht haben, wie bspw.:

- „Einen Tag nach dem Ansehen, bin ich immer noch komplett entsetzt über das, was Ihr dort ans Tageslicht gebracht habt. Das sind Themen, die man viel mehr in den Fokus rücken sollte.“

- „Danke für die Aufklärung und die Darstellung der Wirklichkeit.“ – „Danke für die klaren Worte!“
- „Das darf nie vergessen werden.“

Dem ist nichts hinzuzufügen, denke ich. Vielen Dank.

Panel Historische Einordnung & Wahrnehmung von Zwangsaussiedlungen in der DDR

Podiumsdiskussion unter Beteiligung des Publikums

Moderation: Sandra Czech

Dr. Anke Geier, Historikerin

Rainer Potratz, Historiker

Sven Stephan, Journalist



(v.l.n.r.): Dr. Anke Geier, Sandra Czech, Sven Stephan, Rainer Potratz

Sandra Czech: „Vielen Dank für die intensiven Vorträge, die uns noch mal reichlich mit Informationen versorgt haben und die auch für die Nichtbetroffenen sehr informativ waren. Gibt es dazu Fragen aus dem Publikum?“

Marie-Luise Busse: „Ich habe ein Anliegen. Die Berichte waren hauptsächlich aus Thüringen und Sachsen-Anhalt. Ich wurde aus dem Kreis Hagenow als ‚Ungeziefer‘ ausgewiesen. Wir im Amt Neuhaus/Elbe haben dafür gestimmt, dass das Amt wieder zu Niedersachsen gehört, aber von dort hört man überhaupt nichts. Ich hätte mal eine Bitte an die Veranstalter, auch an die UOKG und an alle Initiatoren hier in Magdeburg, sich mal an das Land Niedersachsen zu wenden, damit dort auch eine Veranstaltung zu 70 Jahre ‚Ungeziefer‘ gemacht wird.“

Sandra Czech: „Das ist ein guter Vorschlag, den nehmen wir gerne auf. Ich würde das Gespräch gerne mit Sven Stephan beginnen. Die öffentliche Wahrnehmung der Zwangsaussiedlungen ist doch sehr gering, ebenfalls das Wissen darüber. Herr Stephan, Ihre Dokumentation ‚Aktion Ungeziefer, vertrieben in der DDR‘ ist 2020 erschienen. Wie waren die Einschaltquoten?“

Sven Stephan: „Der Film war ein Jahr in der Mediathek. Bei der ersten Ausstrahlung haben ihn 340.000 Menschen gesehen. Das entspricht beim MDR einem Marktanteil von etwa 10 Prozent, und das ist für diesen Sendeplatz sehr, sehr gut. Das ist richtig gut, und das hat die Redaktion sehr gefreut, mich natürlich auch. Anschließend ist er ein Jahr in der Mediathek zu sehen gewesen. Leider kann ich die Zugriffszahlen auf die Mediathek nicht nennen, weil es zu der Zeit beim MDR eine technische Umstellung gegeben hat. Die Zahl existiert also leider nicht. Es hat auch jemand diesen Film privat als Nutzer auf YouTube eingestellt. Vorhin habe ich gehört, er sei jetzt raus, aber ich habe ihn diese Woche noch gesehen. Ich habe es vorhin auf dem Handy mal schnell gesucht, aber ich habe es nicht finden können, seit gestern nicht mehr. Letzte Woche waren es 3.800 Zugriffe. Das ist nicht wahnsinnig viel, aber es gab doch immer mal auch einen Kommentar drunter oder Leute, die sich es dann doch angeschaut haben, vielleicht, wenn sie den Begriff eingegeben haben.“

Und was ich sagen darf: Ab Juni möchte der MDR die Reportage noch mal offiziell präsentieren, und zwar auf YouTube im MDR eigenen

Kanal ‚MDR DOK‘. Das soll am 1. Juni 2022 starten, so ist es mir in Aussicht gestellt worden. Ich hoffe, dass alles klar geht. Dann wäre er auf jeden Fall wieder online verfügbar, und man könnte ihn sich anschauen.“

Sandra Czech: „Wir haben uns ja schon immer alle gewundert, dass der da überhaupt stehen darf, wie ist es mit den Rechten?“

Sven Stephan: „Man erwirbt die Rechte gegen die Zahlung eines wirklich sehr vernünftigen Geldbetrages für ein Jahr und darf es ein Jahr online stellen. Nach einem Jahr müsste man die Rechte neu erwerben. Das heißt, der MDR wird also jetzt auch noch mal Geld in die Hand nehmen, damit der Film noch mal gezeigt werden darf. Ganz offiziell.“

Sandra Czech: „Schön. Wir haben eine Meldung im Publikum.“

Dr. Hauke Heidenreich: „Ich habe an Sie, Herr Stephan, noch eine ganz kurze Frage. Sie hatten ganz kurz erwähnt in Ihrem Vortrag, dass Ihnen in den 90er Jahren schon Artikel zu dem Thema aufgefallen sind. Können Sie sagen, in welcher Art berichtet wurde über diese Aktion ‚Ungeziefer‘?“

Sven Stephan: „Ich denke, das sind Magazin-Berichte gewesen oder Zeitungsartikel, die berichtet haben, was da passiert ist, die auch einen Zeitzeugen, eine Zeitzeugin gefunden hatten, die vielleicht das alte Haus wieder aufgesucht haben, sich vielleicht sogar schon bemüht haben, das wieder zu bekommen. Dadurch war mir das zumindest ein Begriff. Auch diese Terminologie, diese Formulierung Aktion ‚Ungeziefer‘, das hatte ich damals auf jeden Fall gehört. Und auch diese Filmaufnahme, wie gesagt, die hatte ich damals schon gesehen.“

Ich habe sogar mal im ARD-Archiv gesucht. Es hat immer mal Bericht-erstattung dazu gegeben. Ich habe das mal versucht zurückzuverfolgen, zumindest für die ARD-Anstalten bis etwa 1990. Es waren aber fast ausschließlich Magazin-Berichte von drei, vier, fünf Minuten, meist im Frühjahr kurz vor den Jahrestagen. An längeren Produkti-

onen habe ich außer dem Film, den ich machen durfte, noch zwei gefunden, alle erst nach 2000. Ein Film von 2006 vom Hessischen Rundfunk und vom RBB über das Dorf Großburschla setzt sich mit den Zwangsaussiedlungen auseinander. Dann gab es 2007 eine Sachspiegelreportage von 30 Minuten über ein sächsisches Dorf im Vogtland, wo es auch nur um Zwangsaussiedlung geht. Es gibt viele andere Geschichten und Reportagen, wo das aber nur als ein Teilaspekt vorkommt. Es gibt einen tollen Film über den Point-Alpha, da hat Frau Tröbs mitgewirkt. Ganz beeindruckend, aber eben auch nur ein kleiner Part. Dann gab es vom Bayerischen Rundfunk einen Bericht über das Leben im Grenzland, Leben im Todesstreifen – so reißerische Titel hatten die teilweise. Aber ich will es gar nicht sehr kritisieren. Verkaufen gehört ja ein bisschen dazu.“

Rainer Potratz: „Ich erinnere mich daran, dass 1990, unmittelbar nach einem Kongress des BdZ in Erfurt, das DDR-Fernsehen berichtet hat und zwar die Sendung ‚Elf 99‘. Da wurden die ersten Interviews geführt, noch zu DDR-Zeiten. Und auch im Umfeld dieses ersten Kongresses gab es vor allem in Thüringen zahlreiche Zeitungsartikel, wo einzelne Geschichten, bestimmte Fälle, erzählt worden sind. ‚Die Volksstimme‘ aus Magdeburg war auch ganz aktiv.“

Sandra Czech: „Noch eine Frage aus dem Publikum. Das Mikrofon für Herrn Fuchs, bitte.“

Dr. Christian Fuchs: „Es haben mir sehr viele Betroffene sehr glaubwürdig, finde ich, erzählt, dass ihnen nicht mitgeteilt worden sei, wohin sie gebracht würden. Andererseits habe ich vorhin die Verordnung so verstanden, als müsste es Ihnen mitgeteilt werden. Kann man daraus schließen, dass das schlicht ignoriert wurde?“

Dr. Anke Geier: „Es wurde der Aufnahmekreis mitgeteilt. Aber welcher Ort genau? Also ich habe das aus den Quellen rekonstruiert. Und da habe ich eine Quelle, wo gesagt wurde: ‚Sie werden in den Landkreis Altenburg umgesiedelt.‘ Es sind sicherlich auch regionale Unterschiede, so auch in der Durchführung oder der Mitteilung.

Das war vielleicht auch teilweise den Volkspolizisten überlassen. Die wussten ja teilweise auch selber nicht, wo welche Personen hinkommen.“

Sven Stephan: „Vielleicht hat es auch daran gelegen, dass der Film vor allem aus Sachsen-Anhalt berichtet oder sich auf Fälle aus dem Land Sachsen-Anhalt bezieht. Wie wir gehört haben, waren die ja besonders flott, um das mal so salopp auszudrücken. Die waren die ersten und haben sich vielleicht auch gar nicht an alle Vorgaben gehalten. Denn die Zeitzeugen, mit denen ich gesprochen habe, haben alle unisono gesagt: ‚Wir wussten nicht, wo es hingehet, und wir hatten wirklich Angst, es geht nach Russland.‘“

Sandra Czech: „Herr Vesting, bitte.“

Justus Vesting: „Ich habe eine Frage zu einem Aspekt, der heute nur ganz kurz angeschnitten worden ist von Ihnen, Herr Stephan. Was hat das eigentlich mit denjenigen gemacht, die im Sperrgebiet zurückgeblieben sind, welche Auswirkungen hatte es für sie? Gibt es dazu schon Forschungsergebnisse? Wie ist da der Stand der Dinge?“

Dr. Anke Geier: „Vielleicht kann ich da anschließen. Diese Aussiedlung wurde natürlich auch genutzt, um die verbliebenen Bewohner im Grenzgebiet zu disziplinieren, um ihnen eine gewisse Angst vor weiteren Aussiedlungen zu vermitteln. In den Berichten, die nach den Aussiedlungen angefertigt wurden, ging es darum, wie die Situation danach im Grenzgebiet war. Da gibt es auch wieder lokale Unterschiede. Meistens stand in den SED-Berichten, die Maßnahme wurde gut aufgenommen und akzeptiert. Man ist ja für den Frieden. Ich habe aber auch Quellen gelesen, wo zum Beispiel die Bewohner eines Ortes sich gar nicht mehr äußern, einfach aus Angst davor, wenn sie sich äußern, werden sie auch ausgesiedelt. Die Behörden wollten natürlich ein befriedigtes und ruhiges Grenzgebiet, wo keine Vorkommnisse mehr sind. Aber ich denke, man hat auch bei diesen Berichten nicht immer mitbekommen, was wirklich unter der Bevölkerung diskutiert wurde.“

Sandra Czech: „Vielen Dank. Haben Sie noch Ergänzungen Herr Stephan?“

Sven Stephan: „Ich finde es sehr spannend, dass es sich teilweise bis heute auswirkt. Ich habe Herrn Bock, den Heimathistoriker, schon erwähnt. Den habe ich weit vor Beginn der Dreharbeiten besucht. Er ist mit mir im Auto nach Hanum gefahren. Das ist das Nachbardorf von Jübar und liegt direkt an der Grenze. Die letzten großen Bauernhöfe grenzen direkt an Niedersachsen. Er hat mich einer alten Dame vorgestellt, die dortgeblieben ist und die die Zwangsumsiedlung der Familie ihrer besten Freundin aus dem Nachbardorf eins zu eins mitbekommen hat. Sie hat alles ganz wunderbar erzählt, aber sie hätte das nie vor einer Kamera getan. Sie wollte das nicht, weil sie befürchtete, dass könnte dann anschließend in der Zeitung stehen, wie das manchmal so ist. Das wollte sie dann doch lieber nicht. Ich glaube, man muss auch bedenken: Die Menschen leben dort ja alle noch Tür an Tür. Diejenigen, die zurückgeblieben sind, die vielleicht trotzdem nicht super linientreu waren, leben aber mit den ehemaligen Grenzsoldaten Tür an Tür. Sie finden Streckmetallzäune als Gartenbegrenzung nicht nur im Garten von Herrn Bültge [ehemaliger Vopo aus der MDR-Dokumentation], sondern auch bei seinen Nachbarn. Die Leute müssen ja alle irgendwie miteinander auskommen. Ich glaube, dort wirkt sich das bis heute irgendwie aus. Man muss irgendwie miteinander zurechtkommen und redet vielleicht am liebsten gar nicht drüber. In dem Film kann man das nicht alles zeigen. In Jübar gibt es einen großen Gedenkstein, der an die Öffnung der Grenze 1990 nach Zasenbeck erinnert. Aber an die Aktion ‚Ungeziefer‘ erinnert dort gar nichts.“

Sandra Czech: „Danke schön. Herr Dombrowski, Sie haben eine Frage.“

Dieter Dombrowski: „Überall wo ich bin, werbe ich für Bürgerdialoge, Frau Zupke weiß das. Im Zuge von ‚30 Jahre Wiedervereinigung‘ war so etwas geplant zwischen Ost und West. Doch dann kam Corona. Aber ich werbe immer dafür, jetzt schon seit zwei Jahren, Bürger-

dialoge zwischen den Menschen aus der ehemaligen DDR zu führen in solchen Grenzorten oder auch in Haftorten, wo die Einwohnerschaft natürlich immer wusste, was dort los war. Aber es wird darüber geschwiegen. In meiner Heimatgemeinde im Milower Land, wo ich wohne, wollten wir mit dem evangelischen Pfarrer etwas zum Volksaufstand vom 17. Juni machen. Wir wollten diskutieren: Wie war das eigentlich in dem Ort? Und da kam dabei heraus, dass der Pfarrer sagte: ‚Ich habe von Bürgern, von Gemeindegliedern viele Schilderungen‘. Aber als wir gesagt haben: ‚Geben Sie mal her, da machen wir eine Veranstaltung draus oder eine Handreichung‘, sagt er: ‚Da muss ich Sie enttäuschen, die Leute haben gesagt, wir sagen Ihnen das, aber wir sagen es nicht in der Öffentlichkeit.‘ Die Menschen, die vielleicht am 17. Juni 1953 auf der anderen Seite beteiligt und in der SED waren, wohnen da alle noch. Ich finde, dass es neben dem, was wir hier für die Zwangsausgesiedelten zu regeln haben, sollte es auch zu einem Gesprächsaustausch zwischen den Ostdeutschen kommen. Was wissen eigentlich die anderen darüber? Oder wie bewertet man das heute? Es gibt ja viele, die zwar in ihre Heimat zurückgehen, aber mit großer Wehmut. Leider gibt es aber auch viele, die sich erst im Sarg dort beerdigen lassen. Da würde ein Gespräch zwischen Ostdeutschen vielleicht ein bisschen abhelfen können.“

Sandra Czech: „Eine sehr gute Idee. Wollen wir hoffen, dass das vielleicht auch innerhalb von Veranstaltungen in den bestehenden und zukünftigen Grenzland-Museen des Grünen Bandes aufgegriffen wird. Und da wäre auch noch mal direkt meine Frage an Herrn Potratz. Sie sprachen davon, dass Sie 40 Zeitzeugeninterviews durchgeführt haben. Sind diese 40 Interviews auch für junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugänglich? Kann man darauf zugreifen? Stellen Sie die zur Verfügung?“

Rainer Potratz: „Ich habe diese Forschung damals in einem Projekt der Fernuniversität Hagen beim Deutschen Gedächtnis, dem Institut für Biographie und Geschichte, gemacht. Dort sind diese Audio-Interviews archiviert. Inzwischen sind sie alle transkribiert und digitalisiert.“

siert worden und können für Forschungszwecke benutzt werden. Für journalistische Zwecke müssen datenschutzrechtliche Dinge berücksichtigt werden. Darüber hinaus hatte ich dann aber auch noch mal in Zusammenarbeit mit meinem alten Arbeitgeber, der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur im Land Brandenburg, in Potsdam Videointerviews mit Zwangsausgesiedelten geführt. Die stehen zum Teil im Internet auf der Homepage der Landesbeauftragten in Potsdam.“

Sandra Czech: „Es sind noch zwei Fragen aus dem Publikum. Herr Schrimpf, bitte.“

Gerd Schrimpf: „Das finde ich sehr interessant, was wir hier hören, und es kommt jeden Tag etwas Neues dazu. Also ich denke mir, jeder Tag hat eine bestimmte Qualitätssicherung, und heute haben wir wieder andere Ausführungen, die zum Teil für die Betroffenen neu sind. Alle Ausführungen, auch die der Zeitzeugen, die aus verschiedenen Bundesländern kommen, sind interessant. Ich komme aus Südost-Thüringen, aus Probstzella und muss feststellen, dass die Umsiedlungsaktionen trotz des deutlichen Beschlusses des Ministerrates überall etwas anders vollzogen wurden. Den Eindruck habe ich gewonnen. Was Frau Dr. Geier sagte, dass wir informiert worden wären: Damals, im Juni 1952, wurde angeblich der Beschluss vorgelesen, und dann wurde gesagt, in welchen Kreis oder wo man hinkommt innerhalb der DDR. Wir haben in Thüringen von den insgesamt 1.300 km mit 700 km die längste Grenze zur Bundesrepublik. Die Mitteilung, wohin wir kommen, die ist zum großen Teil nicht erfolgt. Das wurde schon mehrmals in Zeitungsartikeln berichtet. Wir hatten Angst, nach Polen, nach Tschechien, nach Sibirien oder sonst wohin zu kommen. Aber das waren alles Gerüchte. Das ging bis rein in die Güterwaggons, in denen wir saßen. Da wurden diese Gespräche geführt. Da war vorher keine Information, wohin wir jetzt deportiert werden. All das ist nicht geschehen. Vielleicht ist es in seltenen Fällen gemacht worden, aber zum großen Teil nicht.“

Dann der Versuch der Wohnungsvergabe. Das war ja schon Tage vorher bekannt, wo die Ausgewiesenen hinziehen mussten. Da war alles vorbereitet. Das ist aber nicht durchgedrungen. Das war bei denen gang und gäbe, bei der Staatssicherheit sowieso. Da waren die Unterschiede so groß. Da habe ich gelesen, dass manche Familien zufrieden waren mit dem, was sie bekommen haben an Wohnungen, luxuriös ausgestattet von anderen Leuten, denen sie vorher abgenommen worden waren.

Dann das Gegenstück dazu, andere wurden in Scheunen untergebracht. Und wie ich gestern erzählt habe, bei uns war es ein ehemaliger Pferdestall, wo wir untergebracht worden sind. All das ist ganz krass gewesen.

Mein Wunsch wäre, wenn wir jetzt diese zwei Tage mal zusammenfassen, dass vielleicht jetzt die Gelegenheit besteht, nach 70 Jahren endlich einmal mehr in die Öffentlichkeit zu gehen. Die Kenntnis über die Zwangsaussiedlungen ist zu gering, man spricht nicht darüber. Ich habe es selbst erlebt, als ich vor einigen Jahren in Probstzella war. Ich habe dort Menschen angesprochen und über diese Aussiedlungen gesprochen. Aber viele Menschen, die heute in diesen Orten wohnen, wo das damals passiert ist, die sind fast nicht interessiert daran.“

Sandra Czech: „Genau, das haben Sie sehr gut festgestellt.“

Gerd Schrimpf: „Das tut mir weh. Das tut einem leid. Wir müssen dazu beitragen, das muss wieder publik gemacht werden in einem großen Kreis, angefangen von der Jugend, von den Schülern, man muss mit ihnen reden. Die sind ja aufnahmebereit, die sind gar nicht so desinteressiert an Politik, die würden das aufnehmen, würden es weiterverbreiten und ihre Lehren daraus ziehen.“

Oder die Bevölkerung ist mehr zu informieren – über die Presse, über den Rundfunk, über das Fernsehen, über alle Möglichkeiten, die wir haben. Das wäre jetzt, nach 70 Jahren, endlich mal die Möglichkeit, an die Bevölkerung heranzukommen und denen die Probleme mal

zu erklären, mit denen wir gekämpft haben vor 70 Jahren. Wie das damals ausgesehen hat. Das ist mein Wunsch.“

Sandra Czech: „Vielen Dank für Ihren Redebeitrag. Die Veranstaltung wird dokumentiert. Wir werden den Hinweis von Frau Busse aufnehmen und das Buch auch nach Niedersachsen schicken. Wir können das Buch an etliche Schulen schicken. Die Kontaktdaten der UOKG haben Sie, dadurch können wir die sogenannten Multiplikatoren erreichen. Jetzt haben wir noch eine Wortmeldung.“

Dr. Anke Geier: „Vielleicht kann ich noch ganz kurz ergänzen. Selbst ich als Studentin habe an der Universität nichts von Zwangsausiedlungen gehört. Das Thema wäre aber auch wichtig für die Lehrerausbildung.“

Es gibt an der ehemaligen Grenze natürlich auch Initiativen und junge Leute, die sich dafür interessieren. Aber es ist nicht die gesamte Bevölkerung, die dieses Thema aufgreift. Da möchte ich auch das Engagement an der ehemaligen Grenze, in den Museen, mit kleinen Vereinen usw. auch wirklich hochleben lassen, weil die sich da sehr bemühen. Und im ehemaligen Grenzgebiet ist das Interesse stärker als beispielsweise im Landesinneren.“

Sandra Czech: „Ja. Es gibt noch eine Wortmeldung, ganz hinten bitte.“

Susanne Kschenka: „Ich wollte gerne an Herrn Schrimpf anschließen und auch Frau Busse eine Antwort geben, vielleicht eine kleine. Ich bin Mitarbeiterin bei der Landesbeauftragten in Brandenburg, und wir haben sehr dafür geworben, dass es an der brandenburgischen Grenze ein Gedenken in diesem Jahr geben wird mit Beteiligung von Brandenburg. Das wird es geben am 27. Mai in Lenzen/Elbe, direkt an der Grenze.“

Als wir mit den Vorbereitungen begannen, haben wir genau die Erfahrung gemacht, von der viele hier erzählt haben. Es wissen selbst die Leute dort vor Ort nichts mehr darüber und Leute aus der Staatskanzlei oder aus dem Landtag auch nicht. Die sind durch unsere Vor-

bereitung erst auf das Thema hingewiesen worden. Wir haben uns jetzt sehr bemüht, dass auch ein Vertreter aus Niedersachsen bei dem Gedenken dabei ist, ist noch nicht ganz klar.

Der Vorteil dieser Gedenkveranstaltung ist, dass es an diesem Wochenende, dem 27./28. Mai, einen Elbe-Kirchentag in der Stadt Lenzen geben wird. Wir haben sozusagen das Gedenken an 70 Jahre ‚Ungeziefer‘ vor den Elbe-Kirchentag gesetzt, um die Aufmerksamkeit in der Region noch mal darauf zu lenken und auch niedersächsische Vertreter einzuladen. Es wird im Rahmen dieses Kirchentages am 28. Mai auch eine Veranstaltung geben zusammen mit Rainer Potratz, wo ich drum werbe, dass Zeitzeuginnen und Zeitzeugen dabei sind und auch Leute von vor Ort.

Dass wir sozusagen nicht nur einen kleinen Vortrag hören, sondern auch miteinander sprechen. Nach den Erfahrungen, die ich gestern und heute hier gemacht habe, bin ich schon sehr gespannt, wer sich daran beteiligt an dem Gespräch und wie wir sozusagen auch die unterschiedlichen Facetten des Erlebens an der Grenze einbeziehen können. Wir können nachher noch mal drüber reden. Ich wollte bloß darauf hinweisen, ich habe draußen Flyer hingelegt vom Elbe-Kirchentag. Wer da irgendwie noch gerne teilnehmen will an dem Gedenktag und an der Veranstaltung, ist herzlich eingeladen – auch zum Weitersagen.“

Sandra Czech: „Vielen Dank für den Hinweis. Und eine letzte Wortmeldung: Frau Wagenknecht bitte.“

Marlies Wagenknecht: „Ich habe eine ganz, ganz große Bitte. Wir haben gestern von Erinnerungskultur gesprochen und wie man das den Leuten vermitteln kann. Das Einzige, was mir bisher fehlt, wenn ich so in Bildungseinrichtungen reingucke: Es steht nicht im Bildungsplan der Schulen. Mein Anliegen ist: Es muss an das Bildungsministerium herangetragen werden, es muss in die Geschichtslehrpläne aufgenommen werden. Wie entwickelt sich eine Diktatur? Das beste Beispiel ist gerade in den Jahren zwischen 1952 und 1959, was wir hier

gehört haben, Deutschlandvertrag und dann diese Repressionen, wie man eine Grenze dicht macht. Mit den Zwangsaussiedlungen fängt das an. Der 17. Juni 1953 ist in allen Köpfen. Damals in der Schule wurde gesagt Konterrevolution, schwupp ist es in unseren Köpfen drin. Aber die Zwangsaussiedlungen wurden totgeschwiegen. Es muss in die Bildungsarbeit. Das muss irgendwie, wer auch immer es macht, an das Bildungsministerium herangetragen werden, es muss aufgenommen werden.“

Panel Traumabewältigung

Vortrag: „Die Bedeutung einer angemessenen Entschädigung für die Traumabewältigung von Opfern politischer Gewalt“



Dr. Karl-Heinz Bomberg
Arzt und Liedermacher

Einleitung

Durch meine Arbeit mit politisch Traumatisierten der DDR wurde mir zunehmend klar, dass neben einer Psychotherapie, psychosozialen Beratung, seelsorgerlichen Gesprächen zur Bewältigung der Traumatisierung versorgungsrechtliche Fragen essentiell dazugehören.

Die individuelle Therapie reicht oft alleine nicht aus. Die gesellschaftliche Anerkennung ist notwendig, um die Würde der Betroffenen wieder herzustellen.

Mittlerweile gehöre ich selbst dazu, weil ich 90 Tage in politischer Haft verbrachte. Die Entschädigung bekomme ich allerdings erst dann, wenn ich nicht mehr arbeite und nur noch Rente beziehe.

Zu den Betroffenen gehören folgende Gruppen: politische Häftlinge, Betroffene von Zersetzung, Heimkinder insbesondere der geschlossene Werkhof Torgau, Zwangsadoptionen, Opfer von Armeeeunfällen, Stasikinder und eben auch die Zwangsausgesiedelten.

Die Begutachtung von Betroffenen politischer Gewalt

Die Praxis ist nach wie vor unzureichend. In der Realität gibt es eine Unterversorgung der Opfer und eine Überversorgung der Täter.

Warum Begutachtung? Therapie und versorgungsrechtliche Fragen politisch Traumatisierter gehören für mich zusammen (2016).

Was bedeutet für mich Heimat?

Ein interessantes Thema, dem ich mich mit ein paar Ausführungen annähern möchte.

Ich beginne zunächst mit dem heutigen Heimatgefühl. Heimat ist für mich nur zu einem Teil der Staat, obgleich ich mit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland identifiziert bin. Das ist die politische Heimat.

„Heimat sind so viele schöne Dinge.“ So lautete eine Radiosendung von 1992 über die Karibik in meiner Erinnerung. 30 Jahre später spricht der chinesische Künstler Ai Weiwei in der Berliner Zeitung über die Bedeutung von Heimat und die Freuden des Zuhauses. Er steht als ein Beispiel für viele mit Heimatgefühl.

Die emotionale Verwurzelung mit dem Geburtsort und der Region des Aufwachsens als Kind zieht sich durch die Menschheitsgeschichte. Wieso sollte ich davon abweichen?

Es sind so warme, zu Herzen gehende Gefühle, wenn ich vom Ausland nach Deutschland komme, wenn ich in Deutschland meinen Geburtsort Creuzburg besuche und in Eisenach die Wartburg sehe. Freudige Erregung durchströmt mich bis heute.

Die DDR war meine Heimat, aber seit meiner Studentenzeit nicht mehr meine politische.

Ich wollte einen demokratischen Sozialismus und aktiv mitgestalten. Meine Heimat wurde dann vielmehr meine Sprache, mein Geburts-

ort in einer lieblichen Landschaft in Westthüringen. Dazu kamen alte Klöster und Burgen, die mich prägten. Und vor allem aber meine warmherzige Oma und meine liebevollen Eltern und Freunde.

Später wurde mein Fernweh immer größer. Aber mein Heimweh ließ mich wahrscheinlich nicht ausreisen. Mir wurde erst vor kurzem deutlich, dass ich mir wünschte, dass Erich Honecker zurück ins Saarland sollte, damit die DDR-Bürger in Ruhe reisen können.

Irgendwie bin ich verliebt in meine Heimat und die deutsche Kultur.

Als Arzt, Psychoanalytiker und Liedermacher pflege ich diese Zuneigung. Weil ich meine eigene Sprache liebe, liebe ich auch Fremdsprachen.

An Hand dieser kurzen Darstellung wird deutlich, wie furchtbar Krieg und Vertreibung sein müssen. Deshalb ist es so wichtig, alles zu tun, um einen größeren Schaden zu verhindern. Mein Mitgefühl den Betroffenen des Russland-Ukraine-Krieges. Bildung ist Friedensarbeit.

Hier schlägt mein Herz in meinen Friedensliedern. Als politischer Häftling sang ich lautlos in der Zelle mein Lied „Was Menschen Schenk antun“.

Zwangsaussiedlungen in der DDR und ihre gesundheitlichen Folgen

Über die Fakten und historischen Hintergründe wurde bereits auf der Tagung ausführlich berichtet. Hier eine Zusammenfassung: mit der Aktion „Ungeziefer“ 1952 und der Aktion „Festigung“ 1961 wurden etwa 12.000 Menschen aus dem 5 km Sperrgebiet der Westgrenze in verschiedene andere Regionen umgesiedelt. Die Zwangsausgesiedelten sind eine heterogene Gruppe aus sogenannten politisch unzuverlässigen Personen. Oft konnten sie in ihrem Beruf nicht wieder Fuß fassen und fanden insgesamt deutlich verschlechterte Bedingungen vor.

Herr D., Protagonist im Buch „Seelische Narben“, im thüringischen Grenzgebiet aufgewachsen, schreibt dazu:

Festigung – Blümchen – Kornblume – 3.10.61

Allein mit Benennung, der bis zuletzt extrem geheim gehaltenen Operation ist die menschenverachtende Hinterhältigkeit des sogenannten Arbeiter- und Bauernstaates belegt.

Es ist immer noch die alte Zeit, die Zeit meiner Kindheit und frühen Jugend, direkt an der Grenze zum Bundesland Hessen – im DDR-Sperrgebiet, die mir tiefsitzende, bis heute bewegende Erinnerungen verschafft hat.

Ich brauche nur wenig Anlaß zu diesem Umfeld als Thema, und alles ist wieder präsent.

Die Berliner Mauer war gerade errichtet. Die Angst der Bevölkerung in den Thüringer Grenzorten war eine alles überdeckende Lebenssituation. Es verging wohl kein Tag, an dem meine Eltern mich nicht ermahnten „erzähle niemandem, was zu Hause gesprochen wird“, sprich nicht über unser Fernsehprogramm“, „halte dich zurück“, „sei nicht auffällig“ usw. usw.

Die Angst war begründet. Die Aktion „Ungeziefer“ von 1952 war ihnen in schmerzlicher Erinnerung. [...] Als selbständiger Handwerker, im Grenzgebiet mit überwiegend Westverwandtschaft, war das Risiko unkalkulierbar, eines Morgens verladen und ausgesiedelt zu werden.

An diesem besagten 3.10.1961 standen mehrere Lkw auf dem Marktplatz. Fremde Menschen in Zivil wie auch Uniformierte klingelten „die Auserwählten“ vor 6.00 Uhr früh aus den Betten. Es wurde angefangen, die Habe der Betroffenen zu verladen. Widerstand wurde mit Gewalt gebrochen. Verzweifelte Frauen weinten, Kinder waren verstört ob dieser Situation. Männer wurden regelrecht „in Schach“ gehalten! Binnen 2 Stunden war die Aktion wohl ausgeführt. Eigentum beschlagnahmt, Häuser in Grenznähe abgerissen, um optimales Sicht- und Schussfeld zu schaffen.

Später in der Schule waren die fehlenden Mitschüler natürlich Gesprächsthema. Von den Lehrern abgewiegelt, unterdrückt, so etwa eine vermutlich vorgegebene Argumentation „diese Bürger sind zu ihrem eigenen Schutz aus dem Grenzgebiet verwiesen worden.“

Ausgedacht von Stasi und SED-Genossen, um den Unmut der ortsansässigen Bevölkerung über Bevormundung und Versorgungslage in Angst zu ersticken!

Spitzel und Neider vor Ort halfen mit übler Nachrede, Denunziation und Treuebekanntnis zu diesem Staat. Erhofften sich wohl Vorteile, evtl. eine bessere Wohnung in den zwangsgeräumten Häusern.

Die systematische Drangsalierung ging weiter. Die Bewohner des 5 km Sperrgebietes und des 500 m Streifens (kein Ausgang nach Ausbruch der Dunkelheit) hat man gezielt „ausgedünnt“. Wichtige Ämter und Behörden außerhalb des Sperrgebietes verlegt. Verwandtenbesuche erschwert. Eine Antragsbearbeitung um Einreise ins Grenzgebiet dauerte Wochen – mit ungewissem Ausgang. Der „Vorzaun“ (ca. 5 km vor der innerdeutschen Grenze) mit Schlagbaum und Passkontrolle wurde 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr bewacht.

Die gezielte Verödung einer ganzen Region wurde immer deutlicher.

Erwähnenswert ist der Zusammenhalt in den abgelegenen kleinen Rhöndörfern in dieser Zeit. Zum Teil streng katholisch, gefestigt in ihrem Glauben, in sich geschlossen in ihrer bisweilen autarken Lebenswelt.

Die „roten Heilsbringer“ bissen sprichwörtlich auf den „Rhöner Basaltstein“. (Herr D., 21.4.2022).

Im „Zeitzeugen-Portal“ online – werden solche Schicksale und Erlebnisse bezeugt.

Herr S. und Frau B. beschreiben ähnliche Erlebnisse:

Eine Zwangsaussiedlung aus dem Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze lief – auch in den vermutlich seltenen Einzelfällen – so ab: Ohne Vorankündigung wurden ganze Familien aus ihren Wohnungen

und Häusern im gesamten, ca. 5 km breiten Sperrgebiet meist ohne Nennung von Gründen, ohne Gerichtsbeschluss innerhalb von Stunden unter entwürdigenden Bedingungen von Bewaffneten vertrieben und kamen, noch unter Schock stehend, in Elendsquartieren im Hinterland an. (Bennewitz, S.235)

Aber was bedeutet der Verlust von Heimat, stehenden Fußes Haus und Hof verlassen zu müssen? Auf brutale Weise, traumatisch getrennt zu werden?

Der Trennungsschmerz kann überwältigend sein. Der Verlust des Ganzen, das wiederum aus vielen geliebten Einzelteilen besteht. Das Sicherheitsgefühl geht verloren. Das Gehirn schaltet in eine Art Notfallmodus. Ich muss weiterleben, überleben und funktionieren. Aus solchen heftigen Belastungssituationen kann es zu Übererregung wie Panik, Weinen, Schreien, Klagen, innere körperliche Unruhe oder auch Untererregung wie Apathie, Ausdruckslosigkeit, Teilnahmslosigkeit kommen. All dies sind Versuche des Gehirns, das Überwältigende, Unmögliche, Überflutende zu regulieren. Erregung und Erschöpfung können einander abwechseln.

Wie ein Mensch letztendlich reagiert, hängt von seinen Ressourcen und die natürlich auch von seinem Alter ab. Bei Kindern spielt die Entwicklungsphase eine wesentliche Rolle.

In der Regel kämpfen die Betroffenen etwa sechs Monate damit, das traumatische Erlebnis zu verarbeiten. In dieser Zeit ist eine stützende, entängstigende, geschwätzige Begleitung sinnvoll. Wenn sich danach Traumafolgeschäden zeigen, ist zu prüfen, ob eine Traumatherapie indiziert ist.

Wie kann man Traumafolgeschäden diagnostizieren? Das Wiedererleben, die Intrusionen sind ein typisches Symptom einer posttraumatischen Belastungsstörung. Es kann zu massiven sogenannten Flashbacks kommen. Diese werden durch spezifische Situationen ausgelöst. Zum Beispiel kann ein bellender Hund ein akustisches Er-

innerungssignal sein beim traumatischen Verlassen des Heimathofes in der Frühe. Bellende Hunde können in der Folge Triggerfunktion haben. Außerdem natürlich auch Medienberichte über Vertreibung und Krieg. Im Gehirn entsteht durch eine Traumatisierung eine Unordnung wie in einem unaufgeräumten Schrank.

Ein weiteres wichtiges Merkmal einer psychischen Traumatisierung ist die Vermeidung all der Dinge, die mit dem Trauma in Verbindung gebracht werden könnten. Zudem kann es zu Erinnerungslücken bis hin zu dissoziativen Zuständen kommen, in denen Wahrnehmungs- und Gedächtnisfunktionen gestört sind.

Zur klassischen Trias der Symptome gehört noch die schon erwähnte vegetative Übererregbarkeit (Hyperarousal). Die Traumatisierung wird mit körperlichen Reaktionen wiedererlebt, das Vergangene verschiebt sich in die Gegenwart. Die Traumafolgeschäden liegen oft in Mischform vor. Neben posttraumatischen Belastungsstörungen kann es sich um Depressionen, Angst- und Panikstörungen, psychosomatischen Erkrankungen mit dem Schwerpunkt Schmerz handeln. Schlafstörungen sind ein sehr häufiges Symptom.

Was ist spezifisch für Zwangsaussiedlungen?

Staatlicher Willkür ausgesetzt zu sein, traumatisch seiner Lebensgrundlage, Haus, Hof und Heimat beraubt zu werden. Dazu kommt die gesellschaftliche Stigmatisierung, politisch unzuverlässig, kein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu sein. Diese Entwertung wird durch die schlechten Bedingungen an den umgesiedelten Orten noch vertieft. So entsteht ein Heimatverlusttrauma.

Wie kann geholfen werden?

Um die Wunde des Heimatverlusttraumas zu lindern, ist eine entsprechende gesetzliche Grundlage in Richtung Entschädigung zu schaffen. Es geht um die gesellschaftliche Anerkennung erlittenen Unrechts.

Wie sieht es in meiner bisherigen Praxis aus? Von den ca. 250.000 politisch in der DDR Inhaftierten haben bei einer anfänglichen Zahl von 25 Prozent mittlerweile 75 Prozent einen anerkannten Trauma-folgeschaden, einen sogenannten Grad der Schädigung (GdS) von 30 bis 50. Hier gehören für mich Psychotherapie und versorgungsrechtliche Fragen zusammen. In der Psychotherapie geht es um die Traumabewältigung, die Ablösung von traumatischen Erlebnissen, bei den versorgungsrechtlichen Fragen um gesellschaftliche Anerkennung. Diese beinhaltet, als politisch Verfolgter anerkannt zu sein, Unrecht erlitten zu haben, gesundheitliche Schäden davongetragen zu haben und finanzielle Entschädigung. Der letzte Punkt ist eben auch wichtig, weil viele Lebensläufe beschädigt wurden und insbesondere Hochschulabschlüsse nicht erreicht werden konnten.

Betroffene von Zersetzung (nichtstrafrechtliche Repressionen) haben es deutlich schwerer, Traumafolgeschäden anerkannt zu bekommen. In ähnlicher Weise verhält es sich mit beruflicher Rehabilitierung, beruflichem Schadensausgleich, Zwangsadoptionen, Opfern von Psychiatrie und Nationaler Volksarmee (NVA), Stasikindern und teilweise auch Heimkindern. Eine Ausnahme sind die Betroffenen von Torgau. Hier ist die Anerkennungsrate höher, vergleichbar mit politischer Haft.

Bei der Anerkennung der Zwangsausgesiedelten besteht, zusammengefasst gesagt, dringender Nachhol- und Handlungsbedarf. Die Trias Aufarbeitung – Rehabilitierung – Wiedergutmachung ist zu vertiefen. Neben einer angemessenen einmaligen Entschädigung geht es um die Diagnostik von Traumafolgeschäden.

Daneben kann eine entsprechende Psychotherapie hilfreich sein. Dazu gehören analytische Traumatherapie, Verhaltenstherapie, EMDR²¹, Entspannungstechniken wie Autogenes Training (AT), Pro-

²¹ Eye Movement Desensitization and Reprocessing, was auf Deutsch Desensibilisierung und Verarbeitung durch Augenbewegung bedeutet. Hier handelt es sich um ein spezielles Verfahren der Traumatherapie.

gressive Muskelrelaxation (PMR) und alternative Formen (z. B. Yoga, Tai Chi, Inhärenzmethode, Ito-Thermie²², Meditation) sowie psychosoziale Beratung und seelsorgerliche Gespräche.

Zur eigenen Bewältigung gehört die persönliche Resilienz mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen, die der Symbolisierung der traumatischen Erfahrungen dienen. Das können der Beruf, das soziale Netz, künstlerische Medien, Bildung, Reisen und entsprechende Freizeitaktivitäten sein. Es ist wichtig, in eine aktive Lebensform und damit aktive Traumabewältigung zu gelangen, um aus der depressiven Opferposition herauszufinden, Lebensfreude zu entwickeln und sich vom Trauma abzulösen.

Ausblick

Die etwa 12.000 Betroffenen von Zwangsaussiedlung an der innerdeutschen Grenze von 1952 und 1961 stellen eine wichtige Opfergruppe dar, für die aus meiner fachärztlichen Sicht entsprechende gesetzliche Grundlagen der Entschädigung und der Anerkennung von Traumafolgeschäden zu schaffen sind. Im Vortrag fanden neben den allgemeinen Schwerpunkten politischer Traumatisierung auch die Feinheiten dieser Betroffenengruppe Berücksichtigung. Hier sind weitere traumapsychologische Forschungen notwendig.

Literaturhinweise

- Bausch, Volker, Mathias Eisel, Alexander Jehn (Hrsg.): Die vergessene Vertreibung. De Gruyter Oldenburg 2020.
- Bennewitz, Inge und Rainer Potratz: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Ch. Links Verlag Berlin 2012.
- Bomberg, Karl-Heinz: Heilende Wunden. Psychosozial Verlag Gießen 2018.

²² Ein japanisches Massageverfahren der Alternativmedizin, das seine Wurzeln im Zen-Buddhismus hat.

- Bomberg, Karl-Heinz: Seelische Narben. Psychosozial Verlag Gießen 2021.
- Bomberg, Karl-Heinz: Verborgene Wunden. Ausprägungen und Folgen politischer Traumatisierung. In: Wege zu einer verbesserten Begutachtung von Opfern. UOKG Kongress Berlin 8. Oktober 2016.
- Gutz, Lea: Das Hirn schaltet in eine Art Notfallmodus. Artikel Berliner Zeitung 9.3.2022, S.6.
- Schönemann, Ernst-O.: Der Wurzeln beraubt. OEZ Berlin-Verlag 2011.
- Trobisch-Lütge, Stefan, Karl-Heinz Bomberg (Hrsg.): Verborgene Wunden. Psychosozial Verlag Gießen 2015.



Foto: ©UOKG

Erika Kunz und Dr. Karl-Heinz Bomberg

Panel Gedenk- und Erinnerungskultur

Vortrag: „Erinnerungskultur am Nationalen Naturmonument Grünes Band in Sachsen-Anhalt mit seinen europäischen Verbindungen“



Birgit Neumann-Becker
Beauftragte des Landes
Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

Herzlichen Dank, lieber Herr Bomberg, liebe Frau Kunz. Sie haben uns das Thema in Richtung Bewältigung geweitet. Es ist nicht möglich, Geschehenes ungeschehen zu machen. Und Sie haben über die Jahrzehnte mit dem, was Ihnen als Betroffene geschehen ist, gelebt. Das heißt, wir können auch lernen, wie man mit Schwerem lebt, wie man es verarbeitet, wie man damit umgeht und wie man es auch in Gutes wendet. Und durch das, was Sie bei der Beteiligung, bei so einem Film, wie ihn Herr Stephan gemacht hat, oder bei Zeitzeugengesprächen in Ihrer Verbandsarbeit tun, geschieht natürlich auch Aufarbeitung und persönliche Verarbeitung. Dafür ist Ihnen zu danken. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass Sie daran einen Anteil haben und dabei und dadurch einen eigenen Weg finden, für sich damit entweder einen Abschluss zu finden oder etwas zu lösen, je nachdem, was die persönliche Aufgabe ist.

Wir machen jetzt noch einen anderen Schritt in Richtung: Wie geht es denn mit diesem Thema Zwangsaussiedlung und Grenzregime

eigentlich weiter? Ich glaube, ein Beitrag zur persönlichen Verarbeitung ist es auch, darauf zu schauen, wie in der Öffentlichkeit darüber geredet wird. Welche gesetzlichen Möglichkeiten zur persönlichen Anerkennung gibt es? Aber die andere Frage ist, was gerade auch schon im Zusammenhang mit dem Film von Herrn Stephan angesprochen worden ist: Wie wird das für die nächsten Generationen diskutiert, wenn wir sagen, wir erinnern heute an 70 Jahre Zwangsausiedlung?

Wir hören jetzt drei kurze Vorträge. Diese beleuchten dieses Thema der Erinnerungskultur exemplarisch in Sachsen-Anhalt. Die Kolleginnen und Kollegen aus Brandenburg und Thüringen mögen es verzeihen. Aber ich glaube, es sind ähnliche Aktivitäten in den Ländern, und wir sind nun einmal in Magdeburg. Deshalb können wir am besten über das berichten, was wir hier tun. Es geht insgesamt um die Erinnerung zum Thema Grenzregime, die Erinnerung an die Deutsche Teilung, die Erinnerung an den Eisernen Vorhang im Zusammenhang mit der europäischen Teilung und die Erinnerungskultur an die Todesopfer.

Erinnerung an die Todesopfer an der innerdeutschen Grenze

Wir haben vor einigen Jahren schon eine Ausstellung zu den Todesopfern aus und in Sachsen-Anhalt erarbeitet. Diese ist im Grunde kurz vor der Coronakrise so richtig unterwegs gewesen und in die Rathäuser gekommen. Sie konnten sie während dieser Veranstaltung auf der dritten Etage sehen. Sie ist ausleihbar und zeigt die Anzahl der Todesopfer und persönliche Schicksale.



Insgesamt sind 75 Todesopfer des DDR-Grenzregimes in unserem sachsen-anhaltinischen Grenzabschnitt zu

Begleitbroschüre zur Ausstellung. Herausgeberin: Birgit Neumann-Becker. Verfasser: Dr. Jan Kostka



Erinnerungsort für Rainer Burgis

beklagen, davon 62 zivile Todesopfer. Die meisten sind erschossen worden, das heißt, sie sind direkt, gewaltsam und nicht durch ein Unglück zu Tode gekommen.

Das Anliegen der Ausstellung und auch meiner Erinnerungsarbeit ist es, an die Menschen zu erinnern, die in Sachsen-Anhalt an der innerdeutschen Grenze zu Tode gekommen sind. Und deshalb haben wir diese Ausstellung hauptsächlich diesen Einzelschicksalen gewidmet, so zum Beispiel Rainer Burgis, der in der Nähe von Mechau zu Tode gekommen ist.

Hier sieht man den Erinnerungsort, der von der UOKG für ihn eingerichtet worden ist, an dem Ort, an dem er von einer Mine tödlich verletzt wurde. Es gibt auch andere Erinnerungsorte in Sachsen-Anhalt, wie am ehemaligen Eisernen Vorhang einen ganz früh auf der westlichen Seite für einen unbekanntem Flüchtling errichteten.



Unbekannter Flüchtling



Klaus Schaper



Peter Müller

Fotos: LZA, Birgit Neumann-Becker

Die Harzer Tanne: das ist besonders im Harz eine gängige und übliche Art der Erinnerung an die Todesopfer. Und in der Mitte sehen Sie einen Erinnerungsort für Klaus Schaper, auch im Harz. Wir erinnern auch an Todesopfer aus Sachsen-Anhalt in Berlin, weil natürlich auch Sachsen-Anhaltiner in Berlin zu Tode gekommen sind. Und jetzt nur kurz der Blick darauf, wie das in Berlin in der Gedenkstätte Berliner Mauer aussieht, wo die Flüchtlinge, die Todesopfer einen Namen bekommen haben.



Foto: Hans-Hermann Hertle 2010

Den Namen und damit auch die Geschichte zurückzugeben, darum geht es auch in unserer Ausstellung. Ich komme später noch einmal darauf zurück, weil die Ausstellung in meiner Strategie eigentlich nur der Auftakt für einen längeren Weg zu einer vernünftigen Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt ist.

Den Opfern der Mauer: Fenster des Gedenkens der Gedenkstätte Berliner Mauer.

Erinnerung an die Deutsche Teilung

Wie erinnern wir an die Deutsche Teilung? Es gibt verschiedene Orte, hier ist nur eine kleine Auswahl und wahrscheinlich noch nicht einmal eine repräsentative. Was ist denn vor Ort eigentlich zu sehen? Wie wird vor Ort ganz konkret an die Deutsche Teilung, an Zwangsaussiedlungen, an geschleifte Orte erinnert?

Das eine sind Steine, die auch noch in 50 Jahren stehen. Das ist schon ein deutliches Zeichen. Das ist Böckwitz-Zicherie. In dem Ort war auch das erste Todesopfer überhaupt zu beklagen. Und Gedenksteine werden auch aufgestellt, aktuell zum Thema Zwangsaussiedlung in Benneckenstein. Es gab auch die Idee, die gerade leider noch einmal pausieren muss, an verschiedenen Orten zum Thema Zwangsaussiedlung in der Region Harz Gedenksteine aufzustellen, und diesen Grenzstreifen damit zu kennzeichnen, also zu zeigen, wie breit die Grenze war. Es ist also nicht nur dieser Kolonnenweg, den wir in Sachsen-Anhalt als nationales Naturmonument unter Schutz gestellt haben.



Gedenkstein Böckwitz-Zicherie Quelle: LZA



Kolonnenweg. Quelle: LZA



Blankenburg, 27.11.2018. Quelle: LZA

Die anderen Möglichkeiten sind Gedenktafeln. Das ist ein Autosperrgraben im Harz. Er wird unter dem Stichwort „nächste Generation“ vom Fallstein Gymnasium gemeinsam mit einem Verein gepflegt. Er steht jetzt unter Denkmalschutz, und man kann dort verstehen, wie diese Grenze überhaupt funktioniert hat, also wie es technisch funktioniert hat, ein ganzes Land abzuriegeln.



Gedenktafel in Sorge. Quelle: LZA



Stapelburg. Quelle: LZA

Und noch ein paar andere Möglichkeiten des Gedenkens: in Sorge z. B. gibt es diesen Ring der Erinnerung, also eine eher künstlerische Art, mit Texten und mit in Stein gelegten Wegmarken, um an die Deutsche Teilung zu erinnern.

Hier ist Stapelburg zu sehen, dort ist auch auf der Straße die Teilung markiert. Ich glaube, wir haben an vielen Orten solche Wegmarken. Es wird an die Deutsche Teilung erinnert, aber nicht an das Thema Zwangsaussiedlung und das Thema Todesopfer. Es ist immer allgemein das Thema Deutsche Teilung, aber die Formen von Repression kommen konkret nicht zur Sprache.

Der Eiserne Vorhang und die europäische Teilung

Ich mache jetzt einen Sprung zum Thema *Der Eiserne Vorhang und die europäische Teilung* mit einer Karte, auf der man sehen kann, wie monumental das als Folge des Zweiten Weltkrieges gewesen ist. Eine Teilung durch ganz Europa, die durch den Europäischen Radwanderweg Nummer 13 nachempfunden wird,



Verlauf des Europäischen Radwanderwegs Nummer 13, Screenshot von: de.eurovelo.com/ev13

welcher im Grunde der Europaabgeordnete der Grünen Michael Cramer ins Leben gerufen hat. Er war vor einigen Jahren auch auf dem Bundeskongress. Er fährt den Wanderweg immer wieder ab und belebt und kommuniziert ihn.

Es gibt dazu auch Literatur. Und natürlich versuchen wir in Sachsen-Anhalt diesen europäischen

Radwanderweg zu markieren. Das ist gerade in den letzten Wochen im Landtag diskutiert worden, weil hier einiges an Arbeit vor uns liegt.

Dokumentation eigener Touren auf dem Radwanderweg Nummer 13 durch den Initiator Herrn Michael Cramer, Screenshot von: bikeline Radtourenbuch Europa-Radweg Eiserne Vorhang 3 Deutsch-Deutscher Radweg – Verlag Esterbauer



Wie machen das die anderen Europäer?

Hier sehen Sie Hartmut Tautz, einen Magdeburger, der beim Versuch des Grenzübertritts in der Nähe von Bratislava von Hunden zerfleischt worden ist. Dort ist zur Erinnerung an ihn ein Grenzdenkmal aufgestellt worden. Danach begann im Grunde erst die juristische Aufarbeitung dieser im Ausland zu Tode gekommenen Deutschen. Diese Verfahren laufen jetzt. Das heißt, wir sind eigentlich noch gar nicht richtig bei der Erinnerungskultur, wir sind noch bei der juristischen Aufarbeitung. In den letzten Jahren – wir haben das auch im Tätigkeitsbericht gesagt – gab es in Tschechien eine ganze Reihe von Verfahren zur Anerkennung und zur Rehabilitierung. Staatsanwalt Christian Härtl ist derjenige, der das aus der Staatsanwaltschaft Weiden begleitet und mit dem wir sehr eng zusammenarbeiten.



Hartmut Tautz
Quelle: Privatbesitz Familie Tautz



Wie erinnern die Slowaken sonst noch an den Eisernen Vorhang? Das ist monumental, und das ist eine Formensprache, die versteht jeder. Sie sehen den Ort, an dem die Donau in die March fließt. Und der Gedanke dahinter ist: der Flüchtling hat-

Gedenkveranstaltung zu Ehren Hartmut Tautz mit Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Quelle: LZA



Das zerschossene Tor der Freiheit als Monument zum Gedenken in der Slowakei. Quelle: LZA

te schon Österreich vor Augen. Da auf der Insel, das war schon Österreich. Und wer dahin wollte, dem wurde in den Rücken geschossen, und deshalb ist das sozusagen das Tor zur Freiheit, das zerschossen ist. Das ist die Sprache dieses Bildes. Und in den Sonnenschenkeln dieses Tores zur Freiheit sind die Namen derjenigen eingraviert, die man kennt und die zu Tode gekommen sind.



An derselben Stelle steht noch ein anderes, auch sehr monumentales künstlerisches Werk, das an die Todesopfer und an die europäische Teilung erinnert.

Monument zum Gedenken an die Opfer der Teilung
Quelle: LZA



Erinnerungsstelen in Mikulov in der Nähe von Brünn

Quelle: LZA

Das nächste Beispiel steht in der Nähe von Brünn in Mikulov, wo wir ebenso Partner haben, mit denen wir zusammenarbeiten: 53 Stelen, acht Meter hoch, eine Stele für ein Todesopfer. Das ist eine Formensprache, die klar macht, worum es geht. Vor zwei bis drei Jahren wurden für die Nationen auch die Namen am Grenzwert aufgestellt.

Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt

Wir haben in Sachsen-Anhalt diese kleinen, von mir vorhin gezeigten Harzer Tannen. Aber wir haben kein gemeinsames Denkmal für die an der Grenze zu Tode gekommenen. Und diese Einzelnen, die muss man finden. Doch es ist

gar nicht so einfach, immer an die Stellen zu kommen, an denen jemand zu Tode gekommen ist.

Am 13. Dezember 2018 wurde durch eine Klasse aus dem Naumburger Domgymnasium in einer öffentlichen Veranstaltung ein Gedenkstein für Christian Peter Friese zur Erinnerung und Mahnung gesetzt.

Hier sehen Sie ein sehr bewegendes Beispiel in Naumburg. Das ist zwar gar nicht an der Grenze. Aber der Naumburger Christian Peter Friese ist auf die Idee gekommen, 1972 zu Heiligabend in Berlin über die Mauer klettern zu wollen. Das ist ihm nicht gelungen, und er ist erschossen worden. Und das Naumburger Domgymnasium hat ein Projekt zu ihm gemacht. Das ist der Gedenkstein, den die Schüler für Christian Peter Friese in Naumburg auf den Friedhof gestellt



Gedenkstein für Christian Peter Friese in Naumburg

Quelle: unbekannt

haben mit einer sehr bewegenden Gedenkveranstaltung. Die nächste Generation, das sind tolle junge Leute.

Wir versuchen gerade unsere Ausstellung zu den Todesopfern in Gedenkstellen umzusetzen, von denen wir Prototypen entwickeln – das ist noch im Entwurfsstadium – die dann drei Meter hoch in der Landschaft stehen und auf die die Namen der Toten aufgeschrieben sind, die auch an verschiedene Orte gestellt werden können – sie müssen ja nicht nur an einem Ort stehen –, wo auch Kränze niedergelegt werden können, wo man auch eine Gedenkveranstaltung machen kann, wo man Blumen oder Kerzen hinstellen kann.

Letzter Punkt zur Gedenkkultur: Wir haben jedes Jahr in Sachsen-Anhalt das jährliche Gedenken an die Zwangsaussiedlungen in Hötensleben, auch in diesem Jahr wieder. Dieses Jahr findet es an Christi Himmelfahrt statt.

Es ist, glaube ich, auch wirklich ein Alleinstellungsmerkmal, und deshalb waren die Grüße des Ministerpräsidenten vorhin auch nicht nur so als Höflichkeitsfloskeln dahingesagt. Das ist ein Thema hier in der Landespolitik in Sachsen-Anhalt. Wir haben die Tagung absichtlich vier Wochen vor der Gedenkveranstaltung in Hötensleben anberaumt, um es in der Zwischenzeit kommunizieren zu können. Und wir haben hier das jährliche Gedenken an die Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze an diesem Tag mit den Kränzen an den Panzersperren und Gedenkreden, auch häufig Kulturbeiträgen von



Kranzniederlegung in Hötenleben

Quelle: LzA

Schülerinnen und Schülern, um Ihnen einen kleinen Überblick zu geben, wie die Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt aktuell funktioniert und was getan wird. Der nächste Beitrag macht das noch konkreter, weil wir zum Thema „Grünes Band. Vom Todesstreifen zur Lebenslinie“ in Sachsen-Anhalt gerade eine sehr intensive Arbeit haben. Und Dr. Heidenreich vom Landesheimatbund wird uns jetzt zeigen, wie er vorhat, die Öffentlichkeit über dieses Thema zu informieren.

Panel Gedenk- und Erinnerungskultur

Vortrag: **Multimediaportal zum Projekt
„Erinnerungskultur und Engagement am Grünen Band“**



Dr. Hauke Heidenreich
Historiker

Vielen herzlichen Dank für die Einladung hier zu dieser Tagung, die ich wirklich sehr, sehr interessant finde. Ich selber bin noch relativ neu in der Zeitgeschichte und finde das immer sehr faszinierend, wie die Geschicke von Menschen mit Geschichte zu tun haben. Es ist wirklich sehr bewegend für mich, diese ganzen Berichte und auch die Einordnung zu hören.

Der Landesheimatbund am Grünen Band – was macht der da? Der Landesheimatbund, für den ich arbeite, ist seit einem Dreivierteljahr der Dachverband von allen Vereinen in Sachsen-Anhalt, die sich in irgendeiner Form mit regionaler Kultur beschäftigen und hat vor allem auch einen Schwerpunkt in der regionalen Kulturgeschichte. Es geht um die Erforschung von lokalen Bräuchen, Brauchtum, um die lokale Ethnologie, die von manchen noch Völkerkunde oder Volkskunde genannt wird. Musikkultur. Und so weiter und so fort.

Also der Landesheimatbund beschäftigt sich nicht nur mit rein historischen Themen, sondern auch mit der Frage, wie das heute gelebt

oder anders gemacht wird. Wir sind aber nicht weiter überrascht, dass diese lokale und regionale Kultur sehr stark mit der Pflege und mit dem Erhalt von Geschichte zu tun hat. Frau Neumann-Becker hat gesagt, es geht um die Frage, welche Denkmäler aufgestellt werden, woran gedacht wird. Und deswegen haben wir ein Projekt eingeworben bei der Staatskanzlei und beim Kulturministerium des Landes Sachsen-Anhalt, das den schönen Titel trägt „Erinnerungskultur und Engagement am Grünen Band“. Ich betreue das Projekt als Referent für die nächsten zweieinhalb Jahre, die es noch beim Landesheimatbund angesiedelt ist.

Was machen wir da? Erinnerungskultur, zu der ich Erinnerungspolitik sage, beschäftigt sich damit, wie aus der Gegenwart die Geschichte betrachtet wird. Wir haben natürlich schon häufig gehört, man muss die Geschichte im Kontext sehen. Aber wir haben ja nicht nur die Geschichte, sondern auch die Leute. Die erinnerungspolitische Frage ist: Wer erzählt wie und worüber?

Und dann auch die Frage, die hier auf der Tagung zentral ist: Wer erzählt nicht und worüber wird geschwiegen? Wenn ich so an meine eigene Schul- und Universitätsausbildung denke, ich bin Historiker, kennt man meist nur herausragende Ereignisse: 1949, 1953, 1961, 1989. Und das Narrativ ist: Die DDR wurde gegründet, und die DDR hat aufgehört zu existieren. Das Ende der Geschichte – das hat Francis Fukuyama mal gesagt – das kennt man.

Was wird nicht erzählt? Zum Beispiel das Thema 1952. Wir hatten es letztes Jahr mit der Debatte um die Berliner Mauer zu tun. Dieses Jahr haben wir das Jubiläum der Grenzsicherung und der Zwangsausiedlungen, also die Ereignisse, in denen die konkret lokale Kultur, mit denen sich der Landesheimatbund beschäftigt, von globalen politischen Ereignissen heimgesucht wird. Und die Frage ist dann: Wer kümmert sich um das, was bisher nicht erzählt wurde?

Das, was bisher nicht erzählt wurde, die Menschen, die nicht erzählen konnten, sollen zu Wort kommen. Das ist der erste Teil des

Projekts „Erinnerungskultur und Engagement“. Wer kümmert sich um Aufarbeitung? Ganz klar natürlich die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, die UOKG, die Stiftung Gedenkstätten selbstverständlich, die die Gedenkstätte Marienborn betreibt, die Landeszentrale für politische Bildung, das Institut für Landesgeschichte, was jetzt am Landesamt für Denkmalpflege entstanden ist, die Stiftung Umwelt und Klimaschutz, der BUND. Das sind Akteure, die sich darum auf Landesebene kümmern.

Aber wer stellt denn diese ganzen schönen Denkmäler und die Erinnerungstafeln auf? Das machen Vereine, die zum großen Teil Mitglieder beim Heimatbund sind. Das bedeutet also Vereine, die sich in ihrer jeweiligen Region oder/und in ihrem jeweiligen Ort für die Erhaltung der Geschichte und der Kultur dieses Ortes einsetzen. Das sind Vereine oder Initiativen, die Museen betreiben, die Grenzwanderungen anbieten.

Frau Neumann-Becker hat eben schon Bilder davon gezeigt. Das sind Initiativen, die es teilweise seit den frühen 1990er Jahren gibt. Die Leute bemühen sich seit der Wende um die Aufarbeitung ihrer Geschichte. Und das ist alles ehrenamtlich, also unbezahlt. Die Leute kriegen Projektmittel vom Land zur Verfügung gestellt, die sie beantragen müssen, wo der Landesheimatbund auch eine gewisse Rolle spielt. Es geht um den Erhalt von Baudenkmalern, um die Dokumentation historischer Ereignisse, teilweise um die Sicherung von Quellen, um die Dokumentation historischer Orte, etwa wenn es um die Maueröffnung geht, um die Grenzübergänge, die dann sukzessive entstanden sind.

Es geht um den Erhalt der Umwelt, um sanften Tourismus. Das ist ein großes Thema in den letzten zehn Jahren gewesen. Historische Bildung und die erwähnten Grenz-Museen, Grenz-Ausstellungen, künstlerische Mahnmale wie in Übersfelde zum Beispiel. Das machen die Vereine alles ehrenamtlich. Ein großer Wust an Aufarbeitung, der jetzt sozusagen versammelt werden soll. Denn es stellt sich die Frage: Wer weiß eigentlich davon? Und hier kommt der Landes-

heimatbund als einer der Akteure ins Spiel. Wir und alle Akteure auf Landesebene arbeiten auf Basis des Grüne-Band-Gesetzes von 2019, das hier schon öfter erwähnt worden ist. Wir haben eine Förderung von der Staatskanzlei und vom Ministerium für Kultur bekommen. Das bedeutet also, es steht die Frage im Raum für uns als Landesheimatbund, gefördert vom Kulturministerium, welche konkreten Effekte der Zeitgeschichte, der DDR-Geschichte, jetzt in der Gegenwart bedeutend sind.

Zwangsaussiedlungen und vor allem die Frage, wie die Leute ihre materielle Lebensgrundlage, ihre Existenzgrundlage, ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage verloren haben. Was sind also die Aufgaben des Landesheimatbundes, wenn es darum geht, Geschichte, die gerade aufgearbeitet wird, zu bündeln? Denn das macht der Landesheimatbund, das ist vor allem ein Netzwerk-Verein, der mit Forschungsinstitutionen zusammenarbeitet, wie eben dem Landesamt für Denkmalpflege.

Wir versuchen, historische Prozesse zu vergegenwärtigen. Wir versuchen das Engagement, was da ist, die Leute, die sich für Rehabilitation oder für Erinnerung einsetzen, sichtbar zu machen. Wir versuchen, ehrenamtliche Tätigkeiten darzustellen. Und wir versuchen vor allem die Akteure, die in diesen ganzen kleinen Orten an der ehemaligen Grenze aktiv sind, an einen Tisch zu bringen, um dort der historischen Aufarbeitung der regionalen Kultur einen Rahmen zu geben, in dem die regionale Kultur über sich selbst hinauswächst als Teil dieser europäischen Geschichte, die Sie, Frau Neumann-Becker, ja eben erwähnt hatten.

Das Grüne-Band-Gesetz möchte, und das auch zu recht, dass Umwelt- und Erinnerungspolitik gleichwertige Faktoren sind. Das Grüne Band ist ein Naturschutzgebiet seit der Wende. Und es geht darum, beide Aspekte zu berücksichtigen. Dass es das Grüne Band gibt, ist teilweise auch den Umweltgruppen der DDR zu verdanken. Sie waren an der Schaffung des Grünen Bandes auch als Naturschutzgebiet beteiligt.

Das bedeutet Pflege der Umwelt. Der Umgang mit Umwelt ist Teil der historischen Aufarbeitung dieses Grünen Bandes. Der Umweltschutz gehört zur historischen Aufarbeitung dazu. Es gibt eine Artenvielfalt am Grünen Band, die einzigartig ist. Das bedeutet also, die Umwelt ist Kontext der historischen Aufarbeitung.

Die Arbeit der Naturschutzverbände am Grünen Band ist zu benennen, die bis zum Grünen-Band-Gesetz einen Großteil der historischen Aufarbeitung gemacht haben. Das bedeutet also, wenn man sich mit Umwelt und Natur am Grünen Band beschäftigt, stolpert man über diese Denkmäler. Es geht darum, wie kann man gleichzeitig das Grüne Band als Ort der Geschichte und der Umwelt wahrnehmen.

Wie soll das jetzt passieren? Wie wollen wir die Inhalte gestalten? Wie wollen wir die Arbeit der Vereine eigentlich so bekannt machen, dass man sich informieren kann, wenn man vielleicht weit, weit weg davon wohnt? Wir haben als Landesheimatbund mit dem Kulturministerium und der Staatskanzlei die Idee erarbeitet, ein Onlineportal über diese ganzen Aktivitäten am Grünen Band zu machen, das sich „Digitales BesucherInnen Zentrum“ nennt. Ein Onlineportal, durch das man sich umfänglich darüber informieren kann, was an der Grenze passiert ist, welche Personen und Akteure heute da zuständig sind, welche Akteure, Akteurs-Gruppen, Betroffenen-Gruppen dort arbeiten. Wie die Geschichte Teil der heutigen politischen Auseinandersetzungen, der sozialen Auseinandersetzungen sind.

Es soll darin anhand einer Karte das Grüne Band als Kulturlandschaft gezeigt werden, auf der das Grüne Band Sachsen-Anhalt zu sehen ist. Aber das Grüne Band Sachsen-Anhalt ist nicht alles. Wir als Landesheimatbund sind jetzt in Kontakt mit dem Niedersächsischen Heimatbund, um die Vereine auf der niedersächsischen Seite, die auch an die ehemalige Grenze erinnern, mit ins Boot zu holen.

Wir sind in Kontakt mit dem BUND, der sich in Brandenburg aktiv mit dem Grünen Band beschäftigt. Es ist wichtig, dass diese Seite leicht verständlich formuliert ist, damit sie einen größeren Interessenten-

kreis findet. Das heißt, wir können nicht alle Informationen aufnehmen, die wir haben. Wir können nicht jedes Baudenkmal abbilden oder jeden Turm an der ehemaligen Grenze. Es muss ein kritischer Umgang mit Geschichte stattfinden.

Das bedeutet die Geschichte, die Einordnung der Geschichte, der persönlichen Erlebnisse in den damaligen Kontext und auch in den heutigen Kontext, wie heute mit Geschichte umgegangen wird. Wir kooperieren mit dem Niedersächsischen Heimatbund und vielen anderen Akteuren. Und ich möchte auch Sie alle bitten: Wenn Sie Inhalte und Quellen haben, dann können wir gerne in Kontakt miteinander treten. Am Ende geben wir eine E-Mail-Adresse an.

Wir arbeiten mit der Agentur Knick Design aus Leipzig zusammen und hatten jetzt eine Online-Präsentation eines ersten Entwurfes, den ich Ihnen heute leider nicht zeigen kann, weil wir noch keinen Vertrag über die Weiternutzung dieses Entwurfes haben. Aber wir haben mit dieser Agentur auch einen sehr jungen Partner, der uns hilft, die Darstellung der Seite zeitgemäß zu machen, um die junge Generation an dieses Thema heranzuführen. Es wird dazu am Ende des Jahres, gegen Weihnachten wahrscheinlich, eine erste Präsentation eines ersten Prototyps dieser Webseite geben. Und wenn es soweit ist, werden auch die entsprechenden Stellen noch informiert werden.

Vielen Dank an Sie alle und noch eine schöne Tagung uns allen.

Frau Neumann-Becker: Herzlichen Dank, Herr Heidenreich, für diese Präsentation. Es geht ja darum, wie können wir das, was man im Prinzip als ein schwieriges Flächendenkmal bezeichnen muss, wie können wir schwierige Orte, wie können wir schwierige Flächen kommunizieren und in Erinnerung behalten, in Erinnerung bekommen, was dort geschehen ist und gerade so eine Homepage, leider konnten sie diese und was damit eigentlich gemeint ist, jetzt nicht

zeigen, sondern nur beschreiben. Bei dieser Homepage wird es ausschließlich um das Thema Grünes Band gehen, also sozusagen diese 343 Kilometer in Sachsen-Anhalt als Teil dieses 12.000 Kilometer langen europäischen Teilungsgrabens.

Und wir wollen Sie jetzt gerne noch damit erfreuen oder Sie hoffentlich dafür interessieren: Wir haben in der Behörde über längere Zeit ein Projekt mit unseren Freiwilligen. Wir haben jedes Jahr freiwillige junge Menschen, die zwischen Abitur und Studium oder generell ein Orientierungsjahr machen. Die haben ein Projekt gemacht, das heißt „Orte der Repression“, und das steht schon online.

Da kann man sehen, welche Orte von Repression, also Orte der Unterdrückung in der DDR es in Sachsen-Anhalt zwischen 1945 und 1989 gegeben hat. Also beides: SBZ und DDR. Und das wird auch gleich präsentiert von unserem aktuellen FSJler, Herrn Rack.

Panel Gedenk- und Erinnerungskultur

**Vortrag: Vorstellung der Karte
„Orte der Repression in Sachsen-Anhalt 1945–1989“**



Christopher Raak
FSJler bei der Beauftragten
des Landes Sachsen-Anhalt
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Wie schon von Frau Neumann-Becker angedeutet, haben wir in der Behörde ein Angebot, das sich unter anderem auch an junge Menschen richtet, aber eventuell auch an Sie, wenn Sie interessiert sind. Und zwar geht es um eine interaktive Onlinekarte. Wir haben das Problem, dass, wenn man sich das Unrecht, das in der DDR passiert ist, ansieht, es ein wahnsinnig großes und wahnsinnig komplexes Themenfeld ist. Wie wir das auch heute schon unter anderem besprochen haben, ist es das Problem, dass sich das unter anderem in den Lehrplänen überhaupt nicht wiederfindet.

Ich kann aus meiner Erfahrung reden, es war für mich wirklich schockierend, was ich im Rahmen des FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr) gelernt habe, was damals in der DDR passiert ist. In der Schule bekommt man das überhaupt gar nicht mit. Und ich denke, ich kann für viele sprechen, dass es vielen jungen Leuten so geht, dass man überhaupt gar nicht weiß, was damals passiert ist.

Mit dieser Problematik im Hintergrund haben sich die FSJler vor meiner Zeit hingesetzt und ein Projekt begonnen, und ich habe das übernommen. Im Grunde genommen geht es darum, dass wir z. B. aus Fachliteratur oder auch aus den Gefangenenakten der Gedenkstätte Hohenschönhausen Daten erarbeiten und diese auf einer Karte, nur mit dem Fokus auf Sachsen-Anhalt, zusammenfassen. Dadurch bekommen auch junge Menschen oder Leute, die nicht in diese Richtung gebildet sind, eine Übersicht, was hilft, die Thematik zu begreifen.²³

Das ist die aktuelle Karte mit allen Datensätzen. Zusammen mit dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation haben wir sie erstellt. Das Vermessungsamt stellt die Infrastruktur für die Karte, auch für die Website und von unserer Seite aus. Die Landesbeauftragte erledigt die Recherchearbeit und die Öffentlichkeitsarbeit. Wir FSJler führen die Daten zusammen. Die Daten werden dabei standardisiert zusammengefasst in Tabellen, wie Sie die da sehen. Und dabei werden erst mal nur die wichtigsten Daten, damit das Ganze nicht zu groß wird, auf einmal erfasst.

Die Daten werden dann noch mal kontrolliert und danach an das Vermessungsamt übergeben. Dieses pflegt die Daten dann ein, und in Absprache mit uns werden sie dann letztendlich veröffentlicht. Hinzu kommt das Feedback der Leute, die sich die Karte angucken. Eventuell wird korrigiert, falls sich doch noch Fehler eingeschlichen haben. Der aktuelle Erfassungsstand sind etwa 430 Datensätze mit ein bisschen über 50 Schauplätzen der Zwangsausiedlung.

Es gibt natürlich noch mehr, aber wir konnten da leider keine guten Daten finden, um explizit Orte zu adressieren. Weiterhin haben wir auch die speziellen Einrichtungen der Jugendhilfe der DDR-Jugendwerkhöfe, Durchgangsheime, Spezialheime, Haftanstalten, Einsatzorte von Haftzwangsarbeit, zum Beispiel, die Bezirksverwaltung und Kreisdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit und teil-

²³ <https://www.geodatenportal.sachsen-anhalt.de/gfds/de/repressionsorte.html>

weise auch der Volkspolizei, zwei Speziallager, die mittlerweile nicht mehr auf dem Gebiet von Sachsen-Anhalt liegen, aber damals, und natürlich auch Orte, an denen Menschen im Zusammenhang mit einem Fluchtversuch ums Leben gekommen sind.

Und unten sehen Sie, was momentan in Planung ist bzw. wo die Erarbeitung läuft. Wir haben einmal Orte der Erinnerung bzw. Orte des Gedenkens. Da werden die Daten gerade eingepflegt, das heißt: sie sind bald verfügbar. Wir arbeiten momentan am Verlauf der Sperrzone an der innerdeutschen Grenze, da ist die erste Konzeption fertig, und das Material wird bestellt. Zusätzlich möchten wir auch zu den bereits bestehenden Daten weiterführende Informationen, wie Bücher, Zeitzeugengespräch und Bilder zur Verfügung stellen.

Was hat die Karte zu bieten? Einmal: Wir haben Sachsen-Anhalt in vier Grenzen, die es zwischendurch hatte. Einmal ist das Sachsen-Anhalt in den Grenzen von 1947 bis 1950. Dann haben wir auch noch die Grenzen von 1950 bis 1952, dann die Grenzen, die bis 1989 aktuell waren und dann die modernen. Und in Abhängigkeit von der Zeit lassen sich auch die Daten auswählen.

Da ist erst mal ein Datensatz ausgewählt.

Das ist die Aktion „Ungeziefer“ im nördlichen Sachsen-Anhalt. Wir haben das so visualisiert, dass wir einmal von den Orten, von denen wir das wissen konnten, die Standorte eingezeichnet haben und dann allgemein noch mal in die Kreise die jeweilige Anzahl der Personen, die ausgesiedelt wurden. Außerdem sehen Sie da auf der Seite die Auswahlliste für die weiteren Daten, die Sie sich noch ansehen können. Auf der Karte sind alle Eintragungen in unterschiedlichen Farben vorgenommen, je nach Themenfeld.

In Rot zum Beispiel das, was überall in Sachsen-Anhalt zu sehen ist, das sind zum Beispiel die Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen an der Grenze. Die roten Punkte, das sind die Orte, aus denen zwangsausgesiedelt wurde. Und die Kreuze sind Orte, an denen

Menschen im Zusammenhang mit einem Fluchtversuch gestorben sind. Dabei sind die Datensätze standardisiert erfasst. Es ist uns wichtig, dass wir die Quellen dazu angeben, zum Beispiel aus dem Buch von Rainer Potratz und Inge Bennewitz. Ansonsten lassen sich auch noch die Adressen finden, die historischen bzw. die aktuellen, falls es da Änderungen gab, und weitere Erläuterungen, zum Beispiel, falls das Gebäude gar nicht mehr existiert.

Die Karte gibt es einmal in der Luftansicht, also mit Fotos. Und natürlich in einer Schwarz-Weiß-Ansicht, aber das sind nur die aktuellen Daten in der Schwarz-Weiß-Ansicht, auch die aktuellen Straßennamen. Die Karte hat mehrere Werkzeuge, mit denen man arbeiten kann, falls erforderlich, zum Beispiel die Flächenmessung und die Messung von Strecken. Man kann Adressen und Ortsnamen suchen und auch Flurstücke, falls man das braucht, zeichnen. Das sind dann die Zugangsdaten zur Karte: einmal oben die Internetadresse bzw. der QR-Code. Wir haben natürlich auch die Karten, die in der Tagungsmappe waren, die liegen vorne auf dem Tisch, falls Sie das interessiert.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Birgit Neumann-Becker: „Ganz herzlichen Dank, Herr Raak, für den Vortrag. Und danke auch für Ihren begeisterten Applaus. Der ist wirklich gerechtfertigt. Sie haben das hier in der Tagungsmappe, und das können Sie dann gleich ihren Enkeln zeigen. Da hinten ist der QR-Code drauf, und dann können die sich das angucken. Das sind hoch aufgelöste Karten. Wir haben das mit dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation zusammen gemacht. Das heißt, wir haben die amtlichen Karten hier hinterlegt, und da können Sie sich genau Ihr Flurstück raussuchen. Das ist nicht Google Maps, sondern das sind die amtlichen Karten des Landes Sachsen-Anhalt, die hier hinterlegt sind.“

Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit, für das Mitdenken, für das Vortragen, für das Fragen, für das Dabeisein. Wir

haben in der Vorbereitung gesagt: Wir haben ein schweres Thema, weil es um einen schwierigen Teil unserer Zeitgeschichte und unserer Vergangenheit geht. Und deshalb wollen wir uns noch einmal in einer anderen Form zusammenfinden, in der Sebastian-Kirche. Sie gehen unten raus und gleich über die Straße ist die Sebastian-Kirche zu finden. Mit einer kleinen Andacht und dem Reisesegen werden wir uns voneinander verabschieden. Und dort wird auch Herr Dombrowski, wir haben ja eine Kooperationsveranstaltung mit der UOKG, dann auch als Vorsitzender der UOKG ein Schlusswort halten. Also in diesem Sinne schließe ich jetzt hier an dieser Stelle das Nachmittagspanel.

Auf Wiedersehen.

Andacht in der Kathedralkirche St. Sebastian

**Pfarrerin Birgit
Neumann-Becker**



Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.
Amen.

Der Sonntag, in den wir gehen, ist der Sonntag Misericordias Domini. Da geht es um die Barmherzigkeit des Herrn. Denn Christus spricht: Ich bin der gute Hirte. Meine Schafe hören meine Stimme, und ich kenne sie, und sie folgen mir, und ich gebe ihnen das ewige Leben. (Johannes 10,11a+27-28a).

Und weil wir in der österlichen Zeit sind, möchte ich gerne mit Ihnen auch ein österliches Lied singen. Wir haben schon Musik gehört, und jetzt wollen wir selbst singen. Das Osterlied „Wir wollen alle fröhlich sein“. Ich habe mich gefragt, ob das denn angemessen ist, nach diesen schwierigen Themen und den Traurigkeiten, dem Heimweh, über das wir auch gesprochen haben, dieses Osterlied – „Wir wollen alle fröhlich sein“ – miteinander zu singen. Aber ich glaube,

es steckt eine tiefe Weisheit in diesen Worten und in diesen Sätzen. Es geht nicht um betrunkene Lustigkeit, sondern genau mitten in der Beschwertheit hat Spangenberg dieses Lied geschrieben. Mitten in der Bewegtheit von Seuchen und Krieg geht es genau darum, auch fröhlich zu sein, fröhlich zu sein inmitten des Schweren und sich ganz bewusst in diese Haltung, in die Osterfreude, hineinzubegeben, die den Tod überwindet. Ostern feiern wir immer im Angesicht des Schweren. Und deshalb lassen Sie uns dieses Lied mit allen Strophen singen. Das kann man nicht kürzen, das sind einfach fünf Osterliedstrophen.

- 1) Wir wollen alle fröhlich sein
in dieser österlichen Zeit,
denn unser Heil hat Gott bereit.
Halleluja, Halleluja, Halleluja, Halleluja.
Gelobt sei Christus, Marien Sohn.
- 2) Es ist erstanden Jesus Christ,
der an dem Kreuz gestorben ist;
ihm sei Lob, Ehr zu aller Frist
Halleluja, Halleluja, Halleluja, Halleluja.
Gelobt sei Christus, Marien Sohn.
- 3) Er hat zerstört der Höllen Pfort,
die Seinen all herausgeführt
und uns erlöst vom ewgen Tod.
Halleluja, Halleluja, Halleluja, Halleluja.
Gelobt sei Christus, Marien Sohn.
- 4) Es singt der ganze Erdenkreis
dem Gottessohne Lob und Preis,
der uns erkaufte das Paradeis.
Halleluja, Halleluja, Halleluja, Halleluja.
Gelobt sei Christus, Marien Sohn.

- 5) Des freu sich alle Christenheit
und lobe die Dreifaltigkeit
von nun an bis in Ewigkeit.
Halleluja, Halleluja, Halleluja, Halleluja.
Gelobt sei Christus, Marien Sohn.

(Cyriacus Spangenberg (* 1528 - † 1604) –
Wir wollen alle fröhlich sein)

Zu diesem Sonntag gehört der Psalm 23, den finden Sie auf der Rückseite des Liedblattes. Ich möchte Sie einladen, ihn gemeinsam zu sprechen. Ich beginne mit den ausgerückten Versen, und Sie antworten mit den eingefügten Versen:

Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln.
Er weidet mich auf einer grünen Aue und führet mich
zum frischen Wasser.
Er erquickt meine Seele. Er führet mich auf rechter Straße
um seines Namens Willen.
Und ob ich schon wanderte im finsternen Tal,
fürchte ich kein Unglück;
Denn du bist bei mir, dein Stecken und Stab trösten mich.
Du bereitest vor mir einen Tisch im Angesicht meiner Feinde.
Du salbest bist mein Haupt mit Öl und schenkst mir voll ein.
Gutes und Barmherzigkeit werden mir folgen mein Leben lang,
und ich werde bleiben im Hause des Herrn immerda. Amen.
(Psalm 23, Der gute Hirte)

Und das Evangelium für diesen Sonntag steht im Evangelium nach Johannes im zehnten Kapitel:

Ich bin der gute Hirte. Der gute Hirte lässt sein Leben für die Schafe. Der Mietling aber, der nicht Hirte ist, des die Schafe nicht eigen sind, sieht den Wolf kommen und verlässt die Schafe und flieht; und der Wolf erhascht und zerstreut die Schafe. Der Mietling aber flieht; denn er ist ein Mietling und achtet der Schafe nicht. Ich bin der gute Hirte und erkenne die Meinen und bin bekannt den Meinen, wie

mich mein Vater kennet und ich kenne den Vater. Und ich lasse mein Leben für die Schafe.

(Johannes 10,11-15)

In der Osterzeit feiern wir die Auferstehung. Das Leben nach dem Tod. Und hier an diesem Sonntag geht es um die Barmherzigkeit, und die Barmherzigkeit des Herrn hat sich biblisch immer wieder im Bild eines Gottes dargestellt, der auf seine Schafe aufpasst. Der seine Herde zusammenhält und die verlorenen Schafe sucht. Wie eben gehört, der Hirte, der kann nicht verhindern, dass der Wolf sich auf die Herde stürzt. Er kann auch nicht verhindern, dass am Wege Risiken lauern. Der Hirte ist aber einer, der mit vollem Einsatz für seine Schafe eintritt und sein Leben für sie lässt. Und das unterscheidet ihn von dem, der das für Geld macht. Der wirkliche Hirte wird alles geben und seine Schafe sicher nach Hause bringen. Eine provokante Geschichte in unserem Zusammenhang, unserer Tagungsgemeinde. Denn natürlich fragen wir uns bei einem Unglück und noch mehr bei Unrecht – bei staatlichem Unrecht, das Menschen anderen willentlich zufügen –, warum das eigentlich geschehen ist und warum Gott das nicht verhindert hat? Wo ist er denn in dieser schweren Zeit gewesen? Auf diese Frage, die so alt ist wie die Menschheit selbst, wollen der Psalm 23 und unser Evangeliumstext, die ja beide vom guten Hirten sprechen, zumindest eine Antwort versuchen. Beide Texte sind nicht in Sorglosigkeit und nicht in Sicherheit hineingeschrieben, sondern sprechen genau aus der Erfahrung von Angst, Not und Bedrängnis. Und letztlich leben wir auch in einer langen Abfolge menschlichen Unglücks und Unrechts. Und das Bild vom guten Hirten stellt uns den Bewahrungswillen Gottes vor Augen, gegen Unrecht, gegen Chaos, gegen Bedrohung, gegen Vertreibung und Waffengewalt. Die Vorstellung vom guten Hirten ist ein Trostbild, ein Trostbild in schweren Zeiten. Und wohl deshalb gehörte der Psalm 23 zum unverrückbaren Kanon protestantischen Konfirmandenunterrichts, in der festen Hoffnung, den jungen Menschen Bilder und Worte mit ins Leben zu geben, die in schweren Zeiten halten. Wohl wissend, dass man

diese jungen Menschen vor der Not und vor schweren Zeiten selbst nicht sicher würde bewahren können. Der Psalm 23 ist, da bin ich mir ganz sicher, von Menschen während der Vertreibung, während der Zwangsaussiedlung, auf der Flucht gebetet worden. Dort hat er seinen Sitz im Leben. Und auch wir können in diesem Sinne Getröstete sein und uns trösten lassen. Amen.

Lassen Sie uns gemeinsam beten, so wie wir es von Jesus Christus gelernt haben.

Vater unser im Himmel, geheiligt werde dein Name, dein Reich komme, dein Wille geschehe wie im Himmel, so auf Erden. Unser tägliches Brot gib' uns heute und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern. Und führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Bösen. Denn dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.

(Matthäus 6,9-13)

Bewahre uns, Gott,
behüte uns, Gott,
sei mit uns auf unseren Wegen.
Sei Quelle und Brot in Wüstennot,
sei um uns mit deinem Segen,

sei Quelle und Brot in Wüstennot,
sei um uns mit deinem Segen.

(Eugen Eckert [1985] 1987)

Es segne und behüte uns der allmächtige und barmherzige Gott, der Vater, der Sohn und der Heilige Geist. Amen.

Schlußwort



Dieter
Dombrowski

Die ganze Veranstaltung hatte nicht zum Ziel, uns alle in Depressionen zu stürzen, sondern zu erinnern, aufzuarbeiten, zu planen, wie wir gemeinsam den Ball ins Tor bringen und zu einer Entschädigung kommen. Das Ziel war auch, Gemeinschaft zu zeigen, sich gegenseitig zu stützen, auch zu dokumentieren, dass wir, dass Sie nicht allein sind und dass wir gemeinsam auch etwas bewirken können. Und obwohl wir von erwachsenen, gestandenen Frauen und Männern so ergreifende Schicksale gehört haben, ist es doch schön zu sehen, dass wir trotzdem Lebensfreude empfinden und uns die Kraft nicht ausgegangen ist, um gemeinsam für Gerechtigkeit zu sorgen und diese zu erreichen. Bedanken möchte ich mich natürlich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der UOKG. Sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir aus Berlin mitgebracht, die vorbereitet und mitorganisiert haben. Herzlichen Dank auch dafür.

Ich möchte noch sagen, dass mir persönlich die ein oder andere Schilderung nahe gegangen ist, da wir selbst auf dem Land wohnen und wir auch eine Menge Tiere haben. Als ich den Film gesehen

habe, wie der Bauer, sagte, bevor er wegmusste, hat er den Pferden noch eine Schippe Hafer gegeben, hat sich verabschiedet. Da mag so manch einer denken: Ja, wie kann man sich von einem Pferd verabschieden? Menschen, die aus der Landwirtschaft kommen, gerade aus der Familienlandwirtschaft, die wissen, was damit gemeint ist. Für diese Menschen, für diese Bäuerinnen und Bauern sind die Tiere nicht irgendein Gegenstand, sondern sie gehören dazu. Sie werden wertgeschätzt, und man macht sich Sorgen, ob es ihnen gut geht. Und dadurch ist das für mich bedrückend. Wir haben selbst Pferde, und ich weiß, in der Adventszeit – auch wenn es dem Städter dann vielleicht komisch vorkommen mag – dann gehe ich auch in den Stall und hänge dort einen Stern hin mit Zeitschaltuhr. Die Nähe zur Landwirtschaft, zu den Tieren und letztendlich auch zur Schöpfung, ist bei uns begründet durch einen ausgeprägten Glauben an Gott. Der Glaube hat uns auch in DDR-Zeiten geholfen. Und wenn alles schief geht, dann haben wir Halt und Richtung und Trost auch gefunden im christlichen Glauben. Es hat den meisten jedenfalls geholfen, ohne die Probleme selbst zu lösen. Wenn wir erwarten würden, dass der liebe Gott alle unsere Probleme löst, so viele Wunder kann er ja nicht jeden Tag vollbringen, wie auf der Welt jeden Tag und jede Stunde, jede Minute Unrecht geschieht.

Von daher Ihnen allen herzlichen Dank. Seien Sie versichert, dass wir uns sehr bemühen, Ihre Interessen, die auch unsere sind, so wahrzunehmen, dass wir hoffentlich in den nächsten Monaten zu positiven Nachrichten kommen. Wir wissen alle als erwachsene Menschen: rückgängig machen kann man nichts mehr. Das ist völlig klar. Aber Respekt und Anerkennung gewinnen. Und ich weiß, ich habe das auch gleich in meiner Begrüßungsrede am Freitag schon gesagt: Sie tun es ja nicht nur für sich, sondern auch für Ihre Eltern, gegebenenfalls für Ihre Großeltern. Ich darf Ihnen allen nicht nur danken, ich möchte Ihnen Kraft wünschen, dass Sie nicht aufgeben. Und immer, wenn Sie etwas haben, wo Sie meinen, dass Sie eine Idee haben, wie wir weiterkommen können. Melden Sie sich bei uns. Also seien Sie alle bedankt und Gottes Segen.

Danksagung

Zu einer gelungenen Durchführung einer Tagung gehören sehr viele inhaltliche Vorbereitungen, Absprachen und Arbeiten, die von vielen nicht wahrgenommen werden. Deshalb möchten wir an dieser Stelle unseren Dank für all die Beteiligten im Vorder- und Hintergrund ausdrücken.

Wir danken insbesondere allen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen für ihre eindrücklichen Berichte während des Podiums, aber auch während der gesamten Tagung.

Wir danken allen Referentinnen und Referenten für ihre anregenden Fachvorträge.



Roncalli-Haus Magdeburg

Wir danken allen Moderatorinnen und Moderatoren der Podiumsgespräche für die kenntnisreiche Vorstellung der Beteiligten und die Leitung der sich jeweils anschließenden Diskussionsrunden.

Wir danken allen Beteiligten hinter den Kameras und Bildschirmen, die es Interessierten ermöglichten die Veranstaltung per Livestream und später auf YouTube UOKGNews zu verfolgen.

Abschließend bedanken wir uns bei allen Kooperationspartnern für die hilfreiche Unterstützung bei der Planung und Durchführung der Tagung und ein letzter besonderer Dank gilt der Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky für die finanzielle Förderung.

